

**Beziehungskrise?
Bürger und
ihre Demokratie
in Deutschland,
Frankreich,
Großbritannien,
Polen und den USA**



**More in
Common**



**Robert Bosch
Stiftung**

Für eine bessere Lesbarkeit verzichten wir häufig auf die gleichzeitige Nennung weiblicher und männlicher Formen von personenbezogenen Substantiven. Wenn nicht anders erwähnt, sind beide Geschlechter gemeint.

Impressum

More in Common wurde 2020 von der Robert Bosch Stiftung mit der Durchführung dieser Studie beauftragt. Die ihr zugrunde liegenden Umfragen in Deutschland, Frankreich, Polen, Großbritannien und den USA wurden in Kooperation mit den Meinungsforschungsinstituten KANTAR und YouGov durchgeführt. „Bürger und ihre Demokratie“ ist ein internationales Kooperationsprojekt der More in Common-Standorte in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA unter Einbeziehung externer Expertinnen und Experten. Es profitiert davon, dass More in Common durch seine Struktur sowohl länderspezifisches Verständnis als auch länderübergreifende Expertise zur Analyse gesellschaftlicher Dynamiken vorhält. Wir danken der Robert Bosch Stiftung für die gute Zusammenarbeit.

More in Common Autoren- und Projektteam

Projektkoordination

Laura-Kristine Krause, Geschäftsführerin Deutschland (Projektleitung)
Jérémie Gagné, Senior Associate
Stephen Hawkins, Research Director
Falco Hüsson, Associate

Deutschland

Jérémie Gagné
Laura-Kristine Krause

Frankreich

Chloé Morin, Externe Autorin und Meinungsforscherin
Mathieu Lefèvre, CEO und Co-Founder von More in Common

Großbritannien

Miriam Juan-Torres, Senior Researcher
Tim Dixon, Co-Founder von More in Common
Arisa Kimaran, Research Analyst
Conleth Burns, Associate

Polen

Adam Traczyk, Autor und Berater

USA

Noelle Malvar, Senior Researcher
Dan Vallone, Geschäftsführer USA
Kelly Flynn Eisner, Externe Beraterin

Herausgeber

Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstraße 31, 70184 Stuttgart
www.bosch-stiftung.de

More in Common Deutschland
Gipsstraße 3, 10119 Berlin
www.moreincommon.de

Kontakt in der Robert Bosch Stiftung

Melanie DENSE
melanie.dense@bosch-stiftung.de

Gestaltung

mischen, www.mischen-berlin.de

Copyright 2021

Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
More in Common Deutschland, Berlin
Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 978-3-939574-68-2

Vorwort

Der Zustand und die Zukunft der westlichen Demokratien, ihre Herausforderungen und Gefährdungen werden seit einigen Jahren stark diskutiert.

Tatsächlich werden in vielen Ländern der Welt Freiheitsrechte eingeschränkt und die Demokratiequalität sinkt. Der Nichtregierungsorganisation Freedom House zufolge nehmen bereits das 15. Jahr in Folge Freiheitsrechte im globalen Vergleich ab. Zugleich schwindet in zahlreichen westlichen Demokratien wie den USA, Großbritannien und Deutschland das Vertrauen in die Politik und in ihre Fähigkeit, zukunfts- und gemeinwohlorientiert große globale Herausforderungen wie die Zukunft und Resilienz der Demokratie, Klimawandel, Ungleichheit oder Migration anzugehen. Die gesellschaftliche Polarisierung nimmt zu, auch befeuert durch eine Verrohung der Diskussionskultur und einen Rückzug in Filterblasen. Desinformation, Hassrede und Verschwörungsmymen verbreiten sich im digitalen Zeitalter mühelos. Hinzu kommt, dass die Pandemie uns vor neue, existenzielle Herausforderungen stellt. In vielen Ländern mussten Maßnahmen zum Gesundheitsschutz ergriffen werden, die erhebliche Auswirkungen auf den Zustand der Demokratie haben: Im Demokratie-Index der Economist Intelligence Unit fallen die globalen Werte zum Zustand der Demokratie im Jahr 2020 auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Erhebungen im Jahr 2006.

Die Robert Bosch Stiftung will mit ihrer Arbeit im Thema Demokratie dazu beitragen, die demokratische Kultur in Deutschland und Europa zu stärken, Demokratiekompetenzen zu fördern und Voraussetzungen zu schaffen, damit Bürgerinnen und Bürger sich an politischen Prozessen beteiligen und ihre Interessen und Perspektiven einbringen können. Um ihre Förderung wirksam auszurichten, arbeitet die Robert Bosch Stiftung auf Grundlage von Studien und Lernerfahrungen aus Praxis und Wissenschaft.

Demokratie gelingt nur dann, wenn wir stärker auf diejenigen Menschen zugehen, die weniger sichtbar sind, sich von der Politik nicht gehört und nicht angesprochen fühlen. Es gilt zu verstehen: Was bewegt Menschen, die nicht zu den „Lauten“ gehören, die weniger sichtbar sind? Welche Rolle spielt Demokratie in ihrem Alltag? Wie schauen Bürgerinnen und Bürger auf Demokratie, die wenig eingebunden sind in politische Prozesse?

Es ist ein ambitioniertes Vorhaben, Fragen zum Demokratieverständnis in einem internationalen Kontext länderübergreifend in der Tiefe zu erörtern und dabei den Fokus auf Menschen zu richten, die der Demokratie ambivalent gegenüberstehen. Die Organisation More in Common hat sich dieser Aufgabe im Auftrag der Robert Bosch Stiftung gestellt und über 10.000 Bürgerinnen und Bürger in fünf Ländern befragt.

Die vorliegende Studie gewährt einen Einblick in die Einstellungen, Bedarfe und Wünsche von Menschen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA zum Thema Demokratie.

Die Ergebnisse erlauben kein „weiter so“. Die Ambivalenz und Indifferenz von vielen Bürgerinnen und Bürgern in westlichen Demokratien, gepaart mit der Enttäuschung über nicht erfüllte Erwartungen an die Demokratie, gilt es ernst zu nehmen und zu adressieren. Viele Menschen, mit denen im Rahmen der Studie in den letzten Monaten gesprochen wurde, sind der Ansicht, dass ihre Perspektive für Politik nicht relevant ist und dass ihre politische Beteiligung keine Wirkung entfalten würde. Sie glauben, dass ihre Anliegen nicht gehört werden und ihre Stimme keinen Unterschied macht. Zudem haben sie nur ein geringes Vertrauen in Politik und Medien. Dieser Befund sollte uns – gerade in einem Superwahljahr wie in Deutschland 2021 – zu denken geben.

Die Studie bietet Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Zivilgesellschaft, Medien und Bildung Anlass, zu reflektieren, ob sie die Menschen, die für den Erhalt der Demokratie so wichtig sind, erreichen oder ob neue Zugänge gefunden werden müssen, die die Vertrauens- und Beziehungstärkung in den Fokus rücken.

Ich lade Sie herzlich ein, mit uns zu den Ergebnissen der Studie in Austausch zu treten.

Sandra Breka

Geschäftsführerin
Robert Bosch Stiftung

Inhaltsverzeichnis

8 Einleitung

- 9 Forschung in fünf Ländern
- 10 Einordnung im Verhältnis zu anderen Demokratiestudien

11 Methode: Gesellschaftlicher Dynamik rund um Demokratie auf der Spur

- 13 Variablenauswahl für Frankreich, Deutschland, Polen, Großbritannien
- 14 Variablenauswahl für die USA: Amerikas Demokratie im Jahr 2021

15 Ausreichend gefestigt? Einstellungen zur Demokratie in Deutschland

- 17 Demokratische Werte und Grundsätze in Deutschland
- 22 Demokratische Realität: Rufe nach Verbesserung, belastetes Vertrauen
- 28 Zwei Potenzialgruppen: Ambivalent gegenüber der Demokratie – aus unterschiedlichen Motiven
- 35 Exkurs: Zusätzliches Risiko – Entfremdungs- und Eskalationsgefahr in der Bevölkerung
- 38 Fazit und Handlungsempfehlungen

40 Demokratie in Frankreich: Zerrissen zwischen Idealismus und Desillusionierung

- 42 Einstellungen der Franzosen zu ihrer Demokratie
- 48 Ambivalente Gruppen in Frankreich: Zwischen Resignation und der Tendenz zur Revolte
- 56 Fazit und Handlungsempfehlungen

59 Polen: Demokratie im Stresstest

- 61 Demokratieverständnis in Polen: Zwischen Konsens und Konflikt
- 67 Demokratie in der Praxis: Mobilisierung und Polarisierung
- 73 Potenzialgruppen: Wo die liberal-demokratische Regeneration ansetzen kann
- 78 Fazit und Handlungsempfehlungen

79 Großbritannien: Instandsetzung und Resilienz der britischen Demokratie

- 80 Einleitung
- 81 Dynamiken und Trends in Einstellungen zur Demokratie
- 86 Schlüsselsegmente für eine Stärkung der Demokratie
- 101 Fazit und Handlungsempfehlungen

104 Die Vereinigten Staaten von Amerika: eine gespaltene Demokratie?

- 105 Einleitung
- 106 Die Lage der Dinge in den USA
- 106 Demokratische Tendenzen und Dynamiken
- 112 Drei Potenzialgruppen in den USA
- 127 Fazit und Handlungsempfehlungen

129 Fazit

- 129 Länderspezifische Befunde
- 130 Wiederkehrende Motive
- 133 Erkenntnisse über besonders ambivalente Gruppen
- 134 Empfehlungen

136 Abbildungsverzeichnis

137 Literaturverzeichnis

Einleitung

In zahlreichen westlichen Gesellschaften wächst die Sorge um die Zukunft der Demokratie. Neben dem bekannten Phänomen der Politikverdrossenheit haben sich in den vergangenen Jahren grundsätzliche Fragen zum Vertrauen in Institutionen und demokratische Prozesse gestellt – meist gepaart mit der Herausforderung, dass es in Deutschland, Europa und anderen westlichen Demokratien erstarkende gesellschaftliche Kräfte gibt, die das politische System in seiner Gänze ablehnen beziehungsweise eine illiberale Vorstellung¹ von Demokratie propagieren. Mancherorts gerät so bereits die Begrifflichkeit „Demokratie“ an sich unter Druck und es entsteht Verwirrung darüber, wer hier eigentlich wessen Demokratie „verteidigt“.

Die unerlässliche Forschung nach den Ursachen dieser gesellschaftlichen Herausforderung ist in vollem Gange und längst nicht abgeschlossen. Für gesellschaftliche Akteure im Stiftungssektor, in der Zivilgesellschaft, in Institutionen und Vereinen, die sich für die Stärkung der Demokratie einsetzen, stellt sich jedoch seit geraumer Zeit die ganz praktische Frage nach dem richtigen Handeln: Was können wir tun? Wo können Projekte und Formate ansetzen, um die Demokratie wirkungsvoll zu stärken? Wo gibt es vielleicht Lücken, wo können wir besser werden? Und nicht zuletzt: **Wen sollten wir besser erreichen, wenn wir über Demokratie sprechen?**

Vor dem Hintergrund dieser Fragen haben sich die Robert Bosch Stiftung und More in Common zu diesem anwendungsorientierten Forschungsprojekt zusammengefunden.

Die **Robert Bosch Stiftung** ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Europa. Nach intensiver Analyse der gesellschaftlichen Lage in Deutschland und in anderen Ländern entschied sich die Stiftung 2020, dem Thema Demokratie künftig einen noch größeren Raum in der eigenen Arbeit und in der zukünftigen Förderstrategie zu geben. Dabei stand und steht vor allem die Frage im Raum, wo die Stiftung bestmöglich ansetzen kann, um im Sinne ihrer Wirkungslogik die Demokratie zu stärken.

More in Common ist eine Initiative für gesellschaftlichen Zusammenhalt mit Teams in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA. Seit 2017 haben wir Tausende Menschen zu ihrem gesellschaftlichen Erleben befragt, ihnen in Fokusgruppen zugehört und in praktischen Projekten und Studien viel dazu gelernt, was Polarisierung und gesellschaftliche Spaltungsdynamiken befeuert. Dabei war und ist das Thema Demokratie allgegenwärtig: Wir sehen, wie wichtig eine funktionsfähige Demokratie für den Zusammenhalt ist, (und andersherum) aber auch, dass die Menschen durchaus unterschiedliche Vorstellungen mit der Demokratie verbinden.

Gemeinsam wollten wir verstehen, wen zivilgesellschaftliche Arbeit (stärker oder erstmalig) in den Fokus nehmen kann, um die liberale Demokratie² zu stärken, und welchen konkreten Herausforderungen dabei begegnet werden muss. Dabei verbindet uns eine Reihe gemeinsamer Prämissen, die More in Common auch in ihren bisherigen Studien³ dargelegt hat:

Seit 2017 haben wir in zahlreichen Studien die Wertebasis, Selbst- und Gesellschaftssicht, Weltbilder und Denkmuster der Menschen in unseren Ländern untersucht. Besonders bekannt sind wir dafür, auf Basis von Meinungsforschung, die zugleich Erkenntnisse aus der Sozialpsychologie anwendet, gängige Konfliktlinien zu hinterfragen. Diese Herangehensweise, die die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit in den Fokus nimmt, wenden wir nun auch auf den Gegenstand der Demokratie an.

1 In der politikwissenschaftlichen Debatte wird die illiberale Demokratie aufgrund der Verschränkung von Liberalismus und Demokratie mitunter als Oxymoron gesehen, s. z. B. Lührmann, A. und Hellmeier, S. (2020): Populismus, Nationalismus und Illiberalismus: Herausforderung für Demokratie und Zivilgesellschaft. Heinrich-Böll-Stiftung.

2 Der Begriff bezeichnet hier die Verbindung aus freien Wahlen, institutioneller Gewaltenteilung und -beschränkung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten sowie Bürger- und politischen Freiheitsrechten, die moderne Verfassungen, u. a. in Europa und Nordamerika, kennzeichnet. Zum Verhältnis zwischen liberalen und demokratischen Prinzipien s. auch ebd.

3 Vgl.: More in Common (2018/2019/2020): The Hidden Tribes of America (2018); Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft (2019); Finding France: A People in Search of Their Country (2019); Britain's Choice: Common Ground and Division in 2020s Britain (2020) und die länderübergreifende Erhebung The New Normal (2020).

Denn die Zukunft der Demokratie lässt sich nicht hinreichend sichern, wenn sie sich nur auf einen (womöglich kleinen) Teil „engagierter und überzeugter, liberaler Demokraten“ stützt. **Es müssen auch diejenigen erreicht werden, die aktuell vielleicht keine aktiven oder lautstarken Unterstützer, aber eben auch keine Gegner der Demokratie sind.** Womöglich gerade in westlichen Gesellschaften mit langer demokratischer Tradition gibt es Menschen, die der Demokratie nicht nahe oder von ihr enttäuscht sind, die nicht wählen und nicht gut in politische Prozesse eingebunden sind. Sie erfahren Demokratie nicht als Teil des eigenen Lebens- und Wirkungskreises. Diese Menschen kennen Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Bildungslandschaft oft schlichtweg weniger gut, weil letztere sie bislang nicht erreichen. So entsteht eine Art Teufelskreis: Gerade, weil demokratische und politische Akteure mit diesen Menschen nicht oft genug in Kontakt kommen, wissen sie ihrerseits zu wenig über sie und tun sich entsprechend schwer, geeignete Formate oder Kommunikationswege für ihre bessere demokratische Einbindung zu entwickeln.

Die vorliegende Studie versucht, den Anfang zu machen, diese Zirkularität aus Nichtverstehen und Nichterreichen zu durchbrechen. Ein halbes Jahr lang haben wir mehr als 10.000 Personen befragt, um besser zu verstehen, was Demokratie ausmacht, was Demokratie den Menschen bedeutet.

Mit der nun vorliegenden Studie versuchen wir zweierlei: **Erstens**, die allgemeine gesellschaftliche Dynamik rund um das Thema Demokratie zu ergründen und so zu erkennen, wo Konflikte eventuell unerkannt schwelen. Und **zweitens**, diejenigen in der Gesellschaft zu identifizieren und besser zu verstehen, die derzeit kein gefestigtes Verhältnis zur Demokratie haben. Wir wollen wissen, welche Erwartungen diese Menschen an Demokratie formulieren und worin genau es Ansatzpunkte gibt, das Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und den politisch-gesellschaftlichen Akteuren zu stärken.

Forschung in fünf Ländern

Weil das Thema Demokratie seit einigen Jahren nahezu die gesamte westliche Welt umtreibt, beschränkt sich dieses Forschungsprojekt bewusst nicht auf ein einzelnes Land. Um verschiedene Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, hat More in Common Demokratieeinstellungen parallel in vier europäischen Ländern und in den USA untersucht. Dafür wurden in quantitativen und qualitativen Befragungen im ersten Quartal 2021 pro Land über 2.000 Menschen zu ihren Vorstellungen und Ansichten rund um Demokratie sowie zu ihrem politisch-gesellschaftlichen Erleben befragt. Dabei arbeiteten wir mit den Meinungsforschungsinstituten KANTAR (Deutschland, Frankreich, Polen) und YouGov (Großbritannien, USA) zusammen.

Die Studie umfasst also **Deutschland, Frankreich, Polen, Großbritannien und die USA**. Mit dieser Länderauswahl werden verschiedene politische Systeme (Mehrheits- vs. Verhältniswahlrecht, parlamentarische vs. präsidentielle Demokratie), verschiedene Bezüge zur EU (Gründungsland, neues Mitglied, ehemaliges Mitglied) und unterschiedliche Ausprägungen der derzeit zu beobachtenden gesellschaftlichen Spaltungstendenzen abgedeckt. Dazu werden so – neben Deutschland – jeweils Länder behandelt, die in den vergangenen Jahren mit dem Brexit (Großbritannien), der Gelbwestenbewegung und der Disruption des Parteiensystems (Frankreich), der Polarisierung der Trump-Ära (USA) sowie der Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit (Polen) vor sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Herausforderungen standen und stehen.

Für den praktischen zivilgesellschaftlichen oder politischen Einsatz zur Stärkung der Demokratie ist es nicht an erster Stelle wichtig, länderübergreifend ganz genau zu wissen, wo die Menschen ihrer Regierung oder Lokalpolitikern jeweils mehr oder weniger vertrauen. Deshalb haben wir uns in dieser Studie bewusst gegen einen unmittelbar vergleichenden Ansatz entschieden.

Vielmehr wollten wir für jede der untersuchten Gesellschaften tiefgehend und fallstudienhaft verstehen, welchen Herausforderungen sich die dortige Demokratie gegenüber sieht und wo die Konfliktlinien verlaufen, immer mit einem besonderen Fokus auf jenen Bevölkerungsteilen, die derzeit in der Demokratiedebatte womöglich unbeteiligt sind oder „zwischen den Stühlen sitzen“.

Aus der Gesamtschau erhoffen sich More in Common und die Robert Bosch Stiftung Erkenntnisse zu Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern und ähnlichen Dynamiken in den Demokratieinstellungen, aber auch Rückschlüsse auf spezifische Länderkontexte und ihre ganz eigenen Herausforderungen. Idealerweise gibt die Studie letztlich Hinweise auf Phänomene, die es lohnt, auch in anderen, hier nicht mit abgedeckten Ländern näher zu untersuchen. Sie ist als Reise zu den Menschen und ihrer jeweiligen Demokratie in fünf teils sehr unterschiedlichen Ländern zu lesen.

Einordnung im Verhältnis zu anderen Demokratiestudien

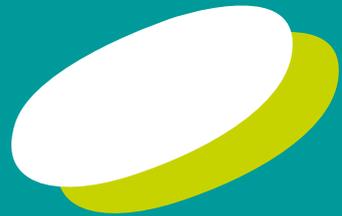
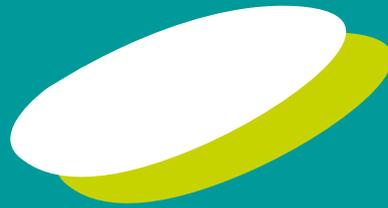
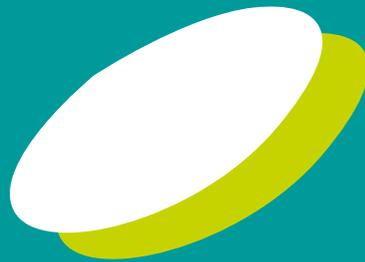
Die bisherige akademische Forschung rund um Einstellungen zur Demokratie ist weit fortgeschritten und vielfältig. Politikwissenschaftler sind beispielsweise erfahren darin, die Zustimmung der Menschen zur Demokratie als Prinzip sowohl zu ihrer konkreten konstitutionellen Umsetzung als auch zu ihrer praktischen Funktionsweise zu messen. Auch in großen internationalen Umfrageinstrumenten sind Fragen, etwa zur Demokratiezufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger, feste und wiederkehrende Bestandteile.⁴ Jenseits dieser grundlegenden Einstellungsebene untersucht die Forschung auch kleinteiligere Definitionen dessen, was Menschen eigentlich unter Demokratie verstehen.⁵ Vor allem auf diese letztere Forschungsfährte bauen wir für unser vorliegendes Studienprojekt auf. **Wir legen besonderes Augenmerk darauf, welche „Konzepte“ von Demokratie derzeit in den Köpfen der Menschen wirkmächtig sind**: Was heißt Demokratie eigentlich für sie, was gehört dazu – und was nicht?⁶

⁴ Vgl. z. B. European Social Survey: Deutschland in Europa, Deutsche Teilstudie im Projekt European Social Survey, Welle 9, 2018/2019, Fragebogen.

⁵ Vgl. z. B. Neu, V. (2019): Niemand möchte die Demokratie abschaffen – Einstellungen zu Demokratie, Sozialstaat und Institutionen. Ergebnisse einer repräsentativen Studie. In: Konrad-Adenauer-Stiftung: Analysen und Argumente, Nr. 351, Juni 2019. Siehe auch Länderkapitel für Beispiele.

⁶ Hinweis zur Einordnung: Indem wir Einstellungen zur Demokratie auf der Bevölkerungsebene betrachten, unterscheidet sich unser Ansatz maßgeblich vom Vorgehen bei Demokratisierungsindizes. Diese dienen vorrangig dem Ziel, den objektiven Zustand bzw. die „Qualität“ der Demokratie in verschiedenen Ländern, u. a. auf der Systemebene, zu messen. Vgl. zum Beispiel Alizada, N. et al. (2021): Autocratization Turns Viral. Democracy Report 2021. Universität Göteborg: V-Dem Institute.

Methode:
**Gesellschaftlicher
Dynamik rund um
Demokratie auf
der Spur**



Methode: Gesellschaftlicher Dynamik rund um Demokratie auf der Spur

Für diese Studie wurde in allen fünf Untersuchungsländern jeweils eine umfangreiche Online-Panel-Befragung mit rund 2.000 Befragten durchgeführt, die nach soziodemografischen Kriterien quotiert war, um die volljährige Bevölkerung des jeweiligen Landes möglichst genau abzubilden. Auf Grundlage einer weiterführenden Segmentationsanalyse haben wir für jedes Land zudem **diejenigen Gruppen in der Bevölkerung identifiziert, die derzeit in einem besonders ambivalenten Verhältnis zur jeweiligen nationalen Demokratie stehen**. Im Anschluss daran haben wir in allen Ländern qualitative Fokusgruppen zur Vertiefung und Einordnung der Ergebnisse abgehalten.

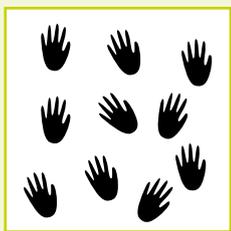
Das Besondere an dieser Studie ist, dass wir **innerhalb eines länderübergreifenden Forschungsrahmens** für jedes Land ein eigenes Untersuchungsinstrument erstellt haben, das nicht nur tief in die Akzeptanz der Menschen für die Idee der Demokratie als solche, sondern ebenso in ihr nuanciertes Demokratieverständnis vordringt und so nationale Schwerpunktsetzung erlaubt. **Es ging uns darum herauszufinden, was genau die Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Gesellschaft sich unter Demokratie vorstellen, welche Maßstäbe sie also an die gelebten politischen Systeme anlegen – und wie sie sich auf dieser Grundlage zur politischen Wirklichkeit verhalten.**

Im Zentrum der Befragungen standen also **Werthaltungen** und **Einstellungen** zur Demokratie, mit einem besonderen Fokus auf dem detaillierten Demokratie- und Politikverständnis der Teilnehmenden. Auch beleuchteten wir das eigene Rollenbild der Befragten im demokratischen System, einschließlich Ausmaß und Formen ihrer persönlichen Beteiligung am politisch-gesellschaftlichen Geschehen. Neben den demokratischen Normen und der demokratischen Partizipation wollten wir außerdem wissen, wie die Bürger das derzeitige politische System, so wie es momentan besteht, bewerten.

Die Identifikation von Bevölkerungssegmenten, die der Demokratie gegebenenfalls ambivalent gegenüberstehen, wurde in dieser Untersuchung über eine agglomerativ-hierarchische Clusteranalyse durchgeführt. Dieses statistische Verfahren ermöglicht es, Menschen mit ähnlichen Einstellungsmustern zu „gruppieren“ und im Vergleich zur Gesamtbevölkerung einzuordnen. So soll überdies ein präziseres Bild der Dynamik rund um Demokratie in bestimmten Bevölkerungssegmenten entstehen, als es zum Beispiel bei einer reinen Analyse der Daten nach Geschlecht, Generation, Parteipräferenz oder anderen soziodemografischen Kriterien der Fall wäre.

Abbildung 1:

Mehrwert einer Segmentationsanalyse



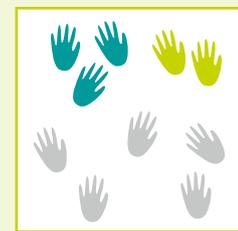
Öffentliche Meinung



Erkennen unterschiedlicher
Einstellungen und
Bedürfnisse



Bündelung zu homogenen
Gruppen, Resultat:
Differenziertes Bild
vorhandener
Einstellungsmuster



Identifikation relevanter
Ziel- und Analysegruppen

Quelle: More in Common (2021)

Variablenauswahl für Frankreich, Deutschland, Polen, Großbritannien

Die Variablen, die in die Segmentierungsanalysen für die europäischen Länder einbezogen wurden, fallen insgesamt in zwei Kategorien: (1) Normative Grundlagen und (2) politische Beteiligung. Erstere umfasst die grundlegenden Ansichten, die ein Befragter zur Demokratie hat, einschließlich Vorstellungen davon, wie die Demokratie in ihrer idealen Form funktionieren sollte. Zweitere wiederum misst Ausmaß und Formen der politischen Betätigung – vom reinen Politikinteresse über politische Diskussionsfreude bis hin zum aktiven Engagement.

In ihrer Verbindung eignen sich diese beiden Kategorien dazu, das Verhältnis der Menschen zur Demokratie und ihre eigene Rolle darin zu erfassen – und so gezielt Bevölkerungssegmente zu identifizieren, die in einem besonders ausbaufähigen Verhältnis zur Demokratie stehen.

Normative Grundlagen

1. Akzeptanz der Demokratie als Prinzip, z. B.:

- Demokratie als beste Regierungsform
- persönliche Bedeutung, in einer Demokratie zu leben
- Akzeptanz von Alternativen zur Demokratie

2. Verbundenheit mit liberal-demokratischen Grundsätzen, z. B.:

- Einstellungen zu Repräsentationsprinzip, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, verfassungsrechtlichen Vorbehalten, Diskurs und Deliberation etc.
- Akzeptanz von Minderheitenrechten und Schutzmechanismen

3. Verbreitung konkurrierender Konzepte und Verständnisse von Demokratie, z. B.:

- monolithischer Volkswille vs. politischer Pluralismus
- imperatives vs. freies Mandat
- direkte vs. indirekte Volksherrschaft
- starke Führung vs. deliberativer Prozess
- intrinsische vs. Performanz-Legitimation der Demokratie
- Erwartungen, was Demokratie gewährleisten soll
- Erwartungen an gutes Regieren

4. Persönliche Handlungsmacht und Selbstwirksamkeit

- politische Selbstwirksamkeit der Einzelnen – intern und extern
- kollektive Selbstwirksamkeit (Fähigkeit der Bürger, die Gesellschaft zu verändern)

5. Kompromissbereitschaft und Ambiguitätstoleranz

Politische Beteiligung

- politisches Interesse
- politische Partizipation (von passiver Beteiligung zu aktivem Engagement)
- Teilnahme an und Verhalten in der politischen Debatte

Variablenauswahl für die USA: Amerikas Demokratie im Jahr 2021

Die Arbeit an diesem Projekt begann vor den Ereignissen am US-Kapitol am 6. Januar 2021 und bevor Vorwürfe der angeblichen Manipulation der US-Präsidentschaftswahl noch einmal vor Augen führten, welcher akuten Herausforderung sich die US-Demokratie gegenüber sieht. Diese Ereignisse bekräftigten uns zwar in unserem Vorhaben, unterschiedliche Perspektiven auf die Demokratie zu erforschen, sie erschwerten aber den etwaigen Versuch, die Ansichten der US-Bürger zur Demokratie unabhängig vom tagespolitischen Geschehen zu untersuchen.

Aufgrund der veränderten Ausgangslage wählten wir für die USA einen etwas abweichenden Forschungsrahmen, der weniger auf die abstrakten normativen Kategorien abzielt, sondern exakt die Risse zu erfassen versucht, entlang derer die Amerikaner kurz nach der Trump-Präsidentschaft in Bezug auf ihre Demokratie gespalten sind.

1. Politisches Interesse/Beteiligung

- politisches Interesse
- politische Partizipation

2. Auswirkungen von Betrug bei der Ermittlung des Wahlsiegers 2020

- wahrgenommene Legitimität des Wahlsiegs von Joe Biden

3. Wahrnehmung der demokratischen Freiheiten

- Freiheit der Meinungsäußerung
- Freiheit der Presse
- Freiheit zur Organisation und zum Protest
- Schutz vor Hassreden

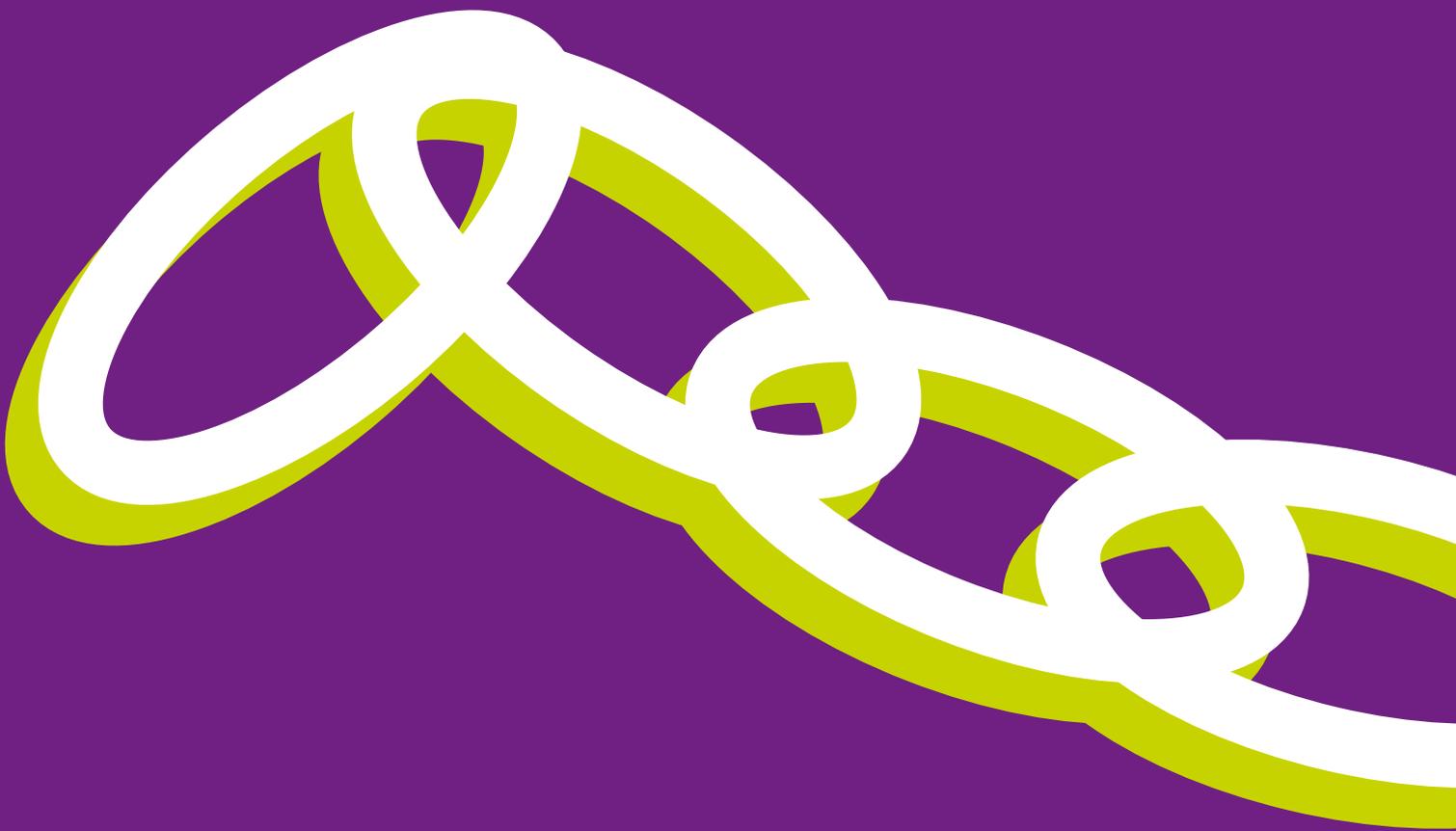
4. Unterstützung von Gewalt

- gerechtfertigte Handlungen bei der Verteidigung der Demokratie

5. Unterstützung für staatliches Vorgehen gegen Ideen und Handlungen

- Ideen und Handlungen, die unterdrückt werden sollten oder nicht

**Ausreichend
gefestigt?
Einstellungen
zur Demokratie in
Deutschland**



Ausreichend gefestigt? Einstellungen zur Demokratie in Deutschland

Sorge um die Demokratie

Am 29. August 2020 durchbrechen Teilnehmende einer sogenannten „Querdenken“-Demonstration die Polizeiabsperungen vor dem Reichstagsgebäude. Sie schwenken unter anderem die Flagge des Kaiserreichs und wollen sich Zutritt zum Parlament verschaffen. Auch wenn die Bilder durch das spätere Geschehen am US-Kapitol eine beklemmend internationale Dimension bekommen, haftet ihnen eine unverkennbar deutsche Symbolik an: aggressives Schwarz-Weiß-Rot an einem Ort, der wie kaum einer für das Auf und Ab der deutschen Geschichte steht.⁷ Bei vielen Beobachtern springt die demokratische „Alarmanlage“ an.

Der Blick auf den Zustand der Demokratie in Deutschland ist angesichts einer schwierigen Geschichte bis heute ein besonderer. Es geht dabei stets auch um die bundesrepublikanische Staatsräson, die im Hinblick auf die Demokratie zwei Motive verbindet: einerseits eine bleibende Wachsamkeit gegen autoritäre Gefahren im Sinne des „Nie wieder“, andererseits das gewachsene Selbstbewusstsein, als geeintes Land in einem friedlichen Europa seinen Teil aus der Vergangenheit gelernt zu haben. Deutschland kann dabei auf eine aktive Zivilgesellschaft, stabile Institutionen und ein kompromissorientiertes Parteiensystem bauen. Dennoch haben Bilder wie jene vom Reichstag schnell das Potenzial, an diesen erarbeiteten Gewissheiten zu rühren. Einmal mehr steht die Frage im Raum: Wie halten es die Deutschen mit der Demokratie?

Zweifel an der demokratischen Realität in Deutschland sind kein neues Phänomen. Schon in vergangenen Jahrzehnten gab es Debatten rund um „Politikverdrossenheit“ oder steigende Nichtwählerzahlen, bis hin zu parteiübergreifenden Bemühungen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen.⁸ Auch extremistische Anschläge und Wahlerfolge von rechtsradikalen Parteien kehren seit Jahrzehnten mehrfach wieder. Und doch ist die öffentliche Sorge um die Demokratie angesichts des Aufstiegs des Rechtspopulismus und der Etablierung der AfD (Alternative für Deutschland) auf allen politischen Ebenen sowie eines verschärften gesellschaftlichen Gesprächsklimas⁹ heute größer als etwa noch in den Nullerjahren.

Zugleich verschieben sich im Diskurs um die Demokratie die Dinge, bis hin zum Konflikt um Begriffe und Symbole. So berufen sich die selbsternannten „Querdenker“ auf das Grundgesetz, als dessen Verteidiger sie sich fühlen; und insbesondere Populisten verwenden systematisch demokratische Symbole, erheben zudem den Anspruch, im Gegensatz zu den bislang gewählten Volksvertretern die „wahre“ Vertretung der Menschen zu sein. Diese konkurrierenden Deutungsmuster können verwirren.

Zeit also, die Frage zu stellen, wie es wirklich um die Demokratie in Deutschland steht und vor allem, welches Verhältnis die Menschen zu ihr haben. Wichtig ist dabei nicht nur zu verstehen, inwieweit sich die Menschen in Deutschland zur Demokratie per se bekennen. Es rückt ebenso die Frage ins Zentrum, welche Demokratieverständnisse eigentlich in Deutschland existieren. Was heißt Demokratie für die Menschen im Land – und wie sehen sie ihre eigene Rolle in ihr?¹⁰

7 Am selben Ort wurde am 9. November 1918 von Philipp Scheidemann die deutsche Republik ausgerufen, dort gab der Reichstagsbrand im Februar 1933 den Nazis einen Vorwand, um ihre Diktatur voranzutreiben, und ebenfalls dort wurde 1990 der erste gesamtdeutsche Bundestag eröffnet.

8 Vgl. z. B. Roßmann, R. (2015, 13. Juni): „Ganz große Koalition gegen Stimmverweigerer“. Süddeutsche.de.

9 Bereits 2019 zeigte die More in Common-Studie „Die andere deutsche Teilung“, dass 75 Prozent der Menschen in Deutschland die öffentliche Debatte als „zunehmend hasserfüllt“ wahrnahmen.

10 Im Februar 2021 wurden gemeinsam mit KANTAR Deutschland 2.015 Erwachsene in Deutschland zu ihren Einstellungen rund um Demokratie und Politik sowie zu ihrer eigenen politischen und lebensweltlichen Teilhabe befragt. Im März 2021 wurden qualitative Fokusgruppen zur Nuancierung der Ergebnisse durchgeführt.

Demokratische Werte und Grundsätze in Deutschland

Auch ein klares Bekenntnis hat viele Facetten

Um es gleich zu sagen: Unsere Untersuchung ergibt, dass **das Prinzip der Demokratie als solches in Deutschland nicht umstritten ist** – das Land spaltet sich keineswegs in selbst-erklärte Demokraten und Antidemokraten. Danach gefragt, ob sie persönlich eher für oder gegen die Idee der Demokratie sind, bekennen sich 93 Prozent der Menschen zu ihr. Das Lager der bekennenden Demokratiegegner existiert zwar, ist aber mit 7 Prozent klein. 94 Prozent der Befragten ist es außerdem wichtig, selbst in einem demokratischen Land zu leben. Das zeigt: **Politische Kräfte, die offen mit der Abschaffung der Demokratie werben, fänden mit dieser Forderung kaum Rückhalt.**

Was allerdings schwankt, ist die Unbedingtheit des Bekenntnisses. So wenden sich 50 Prozent der Menschen in Westdeutschland „ausdrücklich“ der Demokratie zu, in Ostdeutschland sind es 38 Prozent. Ähnliches gilt für die Altersverteilung, bei der vor allem die Jüngeren zurückbleiben: Während die über 70-Jährigen zu 69 Prozent maximale Zustimmung signalisieren, sind es bei den 18- bis 29-Jährigen 40 Prozent und bei den 30- bis 39-Jährigen nur 35 Prozent. Jüngere Menschen in Deutschland befürworten die Demokratie also, aber nicht mit dem Nachdruck ihrer älteren Mitmenschen.

Außerdem sehen wir, dass auch ein Bekenntnis zur Demokratie keine vollständige Immunisierung gegen autoritäre Versuchungen garantiert: Immerhin 20 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass „im nationalen Interesse (...) unter Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ sei.

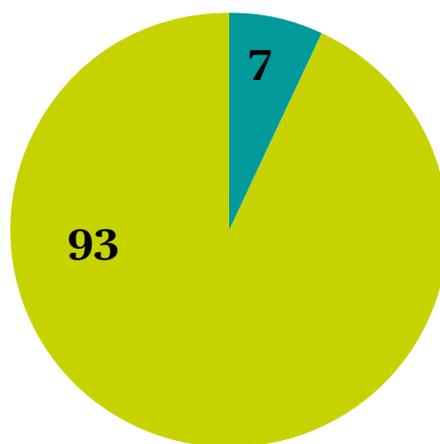
Abbildung 2:

Zustimmung zur Demokratie

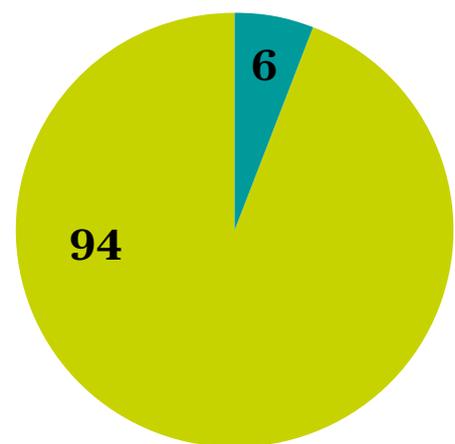
Die Idee der Demokratie wird sehr breit geteilt in Deutschland

Demokratie als Idee

Zustimmung in %



Wichtig, in Demokratie zu leben



■ Bin eher für die Idee der Demokratie

■ Bin eher gegen die Idee der Demokratie

■ Eher wichtig

■ Eher nicht wichtig

Fragen: Was würden Sie sagen: Sind Sie persönlich eher für die Idee der Demokratie, oder sind Sie eher gegen die Idee der Demokratie? Wie wichtig ist es für Sie persönlich, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird? Quelle: More in Common (2021)

Demokratievorstellungen: Viel Konsens, aber auch Potenzial für Missverständnisse

Das Ja zur Demokratie beantwortet zudem noch nicht die Frage, was Demokratie für die Menschen eigentlich ist. Wir haben deshalb die Befragten gebeten, selbst zu beurteilen, was in einem Land gegeben sein muss, damit man von einer Demokratie sprechen kann. Dabei ergibt sich ein vielschichtiges Bild. Ganz oben landet Grundlegendes, wie es auch das Grundgesetz an zentraler Stelle vorsieht: Auf einer Skala von 1 bis 6 fordert man in erster Linie Meinungsfreiheit (Durchschnittswert: 5,5), freie Wahlen (5,4) und die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz ein (5,4) – jeweils 66 Prozent stimmen nicht nur zu, sondern finden, diese Punkte müssten „auf jeden Fall gegeben“ sein. Hier herrscht also breiter Konsens.

Die Demokratiedefinition vieler Menschen bleibt aber nicht auf „klassische“ Rechts- und prozedurale Prinzipien beschränkt, sondern wird von vielen breiter gedacht – und setzt beispielsweise auch die Grundversorgung der Bürger voraus (5,1). Die Demokratie hat also in vielen Köpfen auch eine „materielle“ Komponente.

Etwas weniger eindeutig ist dann die Antwort auf die Frage, wie sich die Entscheidungsfindung zu gestalten hat. Während 25 Prozent „unbedingt“ einfordern, dass sich möglichst alle Bürger aktiv am politischen Geschehen beteiligen (Durchschnittswert: 4,4), halten ebenso immerhin 21 Prozent das Vorhandensein einer „starken Führung“ für ein unbedingtes Kriterium der Demokratie (4,2). Es wird bereits deutlich: Das Bild davon, was Demokratie ausmacht, ist komplex.

Neben den genannten Kriterien interessieren uns die demokratischen „Reflexe“ der Menschen, die wir im Detail angeschaut haben. **Dabei zeigt sich, dass die meisten Menschen in Deutschland ein intaktes Abwehrgespür für antidemokratische Gefahren besitzen.** So stimmen 78 Prozent der Aussage zu, dass auch wählerstarke Parteien undemokratisch sein können, wenn sie wichtige Grundsätze verletzen – eine vor der deutschen Geschichte hochrelevante Erkenntnis. 64 Prozent sind der rechtsstaatlichen Ansicht, dass Politik stets alle vorgeschriebenen Verfahren einhalten solle. Ebenso besteht ein **reifes und nuanciertes Diskursverständnis**: 69 Prozent begrüßen den parteilichen Streit – in konstruktiver Verbindung mit der Suche nach Kompromissen (63 Prozent). Unsere qualitativen Fokusgruppen illustrieren diesen Doppelbefund zum Diskurs: Streit um der Debatte willen ist für viele Menschen kein Selbstzweck, er muss in Ergebnisse münden.

Zugleich gibt es aber unter anderem drei zentrale Stellen, an denen in der Bevölkerung unterschiedliche Demokratieverständnisse aufeinanderprallen. Diese Konflikte sind grundsätzlich nicht neu, zeigen aber, wie leicht der Begriff Demokratie zu einem in der Sache umkämpften werden kann. Außerdem demonstrieren unsere Fokusgruppen, dass diese Zerrissenheit oftmals in ein und derselben Person auftreten kann.

Abbildung 3:

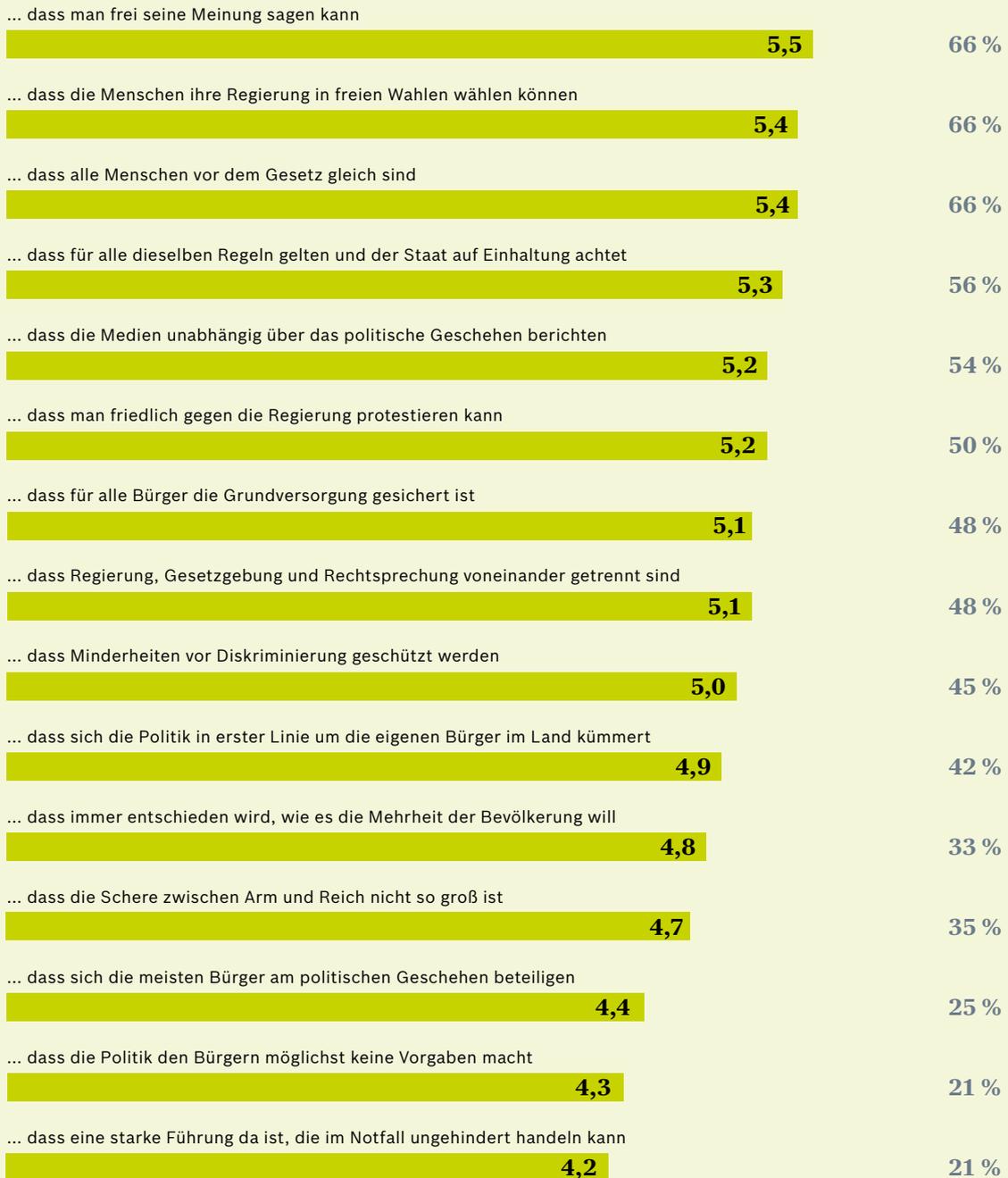
Kriterien der Demokratie

Viele Facetten von Demokratie mehrheitsfähig,
aber unterschiedlicher Nachdruck

Folgende Dinge müssen erfüllt sein, damit von Demokratie gesprochen werden kann:

... davon:

Muss auf jeden Fall erfüllt sein (6)



Mittelwert

Frage: Bitte sagen Sie für jedes der folgenden Dinge, inwiefern es Ihrer Meinung nach erfüllt oder nicht erfüllt sein muss, damit man von einer Demokratie sprechen kann. Nutzen Sie dazu eine Skala von 1 bis 6, auf der 1 für „muss überhaupt nicht erfüllt sein“ und 6 für „muss auf jeden Fall erfüllt sein“ steht. Quelle: More in Common (2021)

Abbildung 4:

Demokratie- und Politikverständnis

Großer Konsens

Zustimmung zur
jeweiligen Aussage in %

Auch eine von vielen Menschen gewählte Partei kann undemokratisch sein, wenn ihre Positionen gegen wichtige Grundsätze verstoßen	78	22	Solange eine Partei von vielen Menschen gewählt wird, ist sie automatisch demokratisch
Wir können in politischer Hinsicht nur wenig von Ländern wie China lernen, weil dort schließlich eine Diktatur herrscht	74	26	Wir können in politischer Hinsicht viel von Ländern wie China lernen, weil dort Entscheidungen viel schneller getroffen werden können als hier
Eine Demokratie funktioniert vor allem dann, wenn die Politik sich umfassend um die Bürger kümmert	71	29	Eine Demokratie funktioniert vor allem dann, wenn die Politik sich aus den Angelegenheiten der Bürger möglichst heraushält
Es ist wichtig, dass sich Politiker auch einmal streiten, wenn sie unterschiedlicher Ansicht sind	69	31	Es ist wichtig, dass Politiker Streit vermeiden und an einem Strang ziehen
Ich erwarte von Leuten, die politisch meine Überzeugungen teilen, dass sie bereit sind, auf andere zuzugehen und Kompromisse zu schließen	67	33	Ich erwarte von Leuten, die politisch meine Überzeugungen teilen, dass sie unbedingt zu diesen Überzeugungen stehen und für sie kämpfen

Eher Konsens/ mehrheitliche Übereinstimmung

Die Politik sollte immer alle vorgeschriebenen Verfahren und Gesetze einhalten, auch wenn Entscheidungen dann manchmal länger dauern	64	36	Die Politik sollte möglichst schnell und entschieden handeln, auch wenn dabei nicht immer alle vorgeschriebenen Verfahren und Gesetze eingehalten werden.
Es ist wichtig, dass Parteien auch einmal von ihren Standpunkten abweichen, um mit anderen Kompromisse zu schließen	63	37	Es ist grundsätzlich nicht in Ordnung, wenn Parteien von den Standpunkten abweichen, für die man sie wählt
Als Bürger sollte man versuchen, sich am politischen Geschehen zu beteiligen	62	38	Es ist in Ordnung, wenn man als Bürger die politische Arbeit den Politikern überlässt
In einer Demokratie sollte man gegen Äußerungen vorgehen, die Hass schüren oder andere gezielt herabwürdigen	61	39	In einer Demokratie sollte man seine Meinung ausnahmslos immer äußern dürfen, unabhängig vom Inhalt

Dissens

In der Politik geht es darum, unterschiedliche Meinungen und Interessen in Ausgleich zu bringen	56	44	In der Politik geht es darum, den Willen des Volkes umzusetzen
Um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, sollte die Regierung das Recht haben, Freiheiten der Bürger einzuschränken	53	47	Die Regierung sollte nicht das Recht haben, Freiheiten der Bürger einzuschränken, auch wenn dies zu weniger Sicherheit führt
Die Demokratie ist nur dann eine gute Sache, wenn sie auch gute Ergebnisse für die Menschen im Land hervorbringt	53	47	Die Demokratie ist immer eine gute Sache, auch wenn sie einmal keine guten Ergebnisse für die Menschen im Land hervorbringt
Über wichtige Fragen sollten am besten die Bürger selbst abstimmen	52	48	Über wichtige Fragen sollten am besten die gewählten Volksvertreter entscheiden

Frage: Welcher der folgenden Aussagen in Bezug auf Demokratie und Politik stimmen Sie jeweils eher zu?

Quelle: More in Common (2021)

Die erste Uneinigkeit oder Zerrissenheit **betrifft die Frage, woraus die Demokratie ihre Legitimation zieht: Muss sich Demokratie beweisen, um Unterstützung zu finden?**

47 Prozent der Bevölkerung sagen eher Nein und gehen von einer intrinsischen Legitimität dieser Regierungsform aus, da „Demokratie immer eine gute Sache“ sei, auch wenn sie „einmal keine guten Ergebnisse“ liefere. Für diese Menschen ist die Demokratie ein Selbstwert. Hier aber widersprechen 53 Prozent der Menschen, die die Demokratie nur dann für eine gute Sache halten, „wenn sie auch gute Ergebnisse für die Menschen im Land hervorbringt“. Aus dieser sogenannten „Output“-Perspektive muss das System „liefern“, um Unterstützung zu finden. Das muss nicht bedeuten, dass man die Demokratie im Zweifelsfall aufzugeben bereit wäre, aber man geht womöglich kritischer mit ihr ins Gericht. Dieser Umstand entfaltet volle Relevanz auch deshalb, weil 71 Prozent der Menschen sich eine „kümmernde“ Politik wünschen, die das Leben der Menschen aktiv verbessert. **Viele Menschen knüpfen ihre Unterstützung für eine konkrete Demokratie also an harte Kriterien – der rein normative Verweis auf den demokratischen „Geist“ genügt ihnen nicht.**

11 Vgl. Schubert, K., Klein, M. (2018): Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz 2018. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Die zweite Uneinigkeit oder Zerrissenheit betrifft das Konzept des „Volkswillens“, das zwar in landläufigen Demokratievorstellungen auftaucht, aber in seiner Essenz umstritten ist¹¹ und überdies mehr oder weniger wortwörtlich interpretiert werden kann. Eine grundsätzliche Frage ist zum Beispiel, ob es so etwas wie diesen einheitlichen „Willen“ überhaupt gibt, oder ob es in der Politik nicht eher (nach liberal-pluralistischem Verständnis) um die Aushandlung komplexer Interessenlagen geht. Wir sehen in den Daten: **44 Prozent verstehen die Demokratie tatsächlich eher als die Umsetzung eines Volkswillens, 56 Prozent als Aushandlungsprozess innerhalb einer pluralen Gesellschaft.** Diese Unterscheidung mag auf den ersten Blick theoretisch-abstrakt erscheinen, sie kann aber sehr schnell praktische Bedeutung erlangen, zum Beispiel wenn es um den Umgang mit vielstimmigen Debatten, Meinungsunterschieden oder Minderheitenpositionen geht. Nicht zufällig beziehen sich gerade populistische Bewegungen auf das Vorhandensein einer „Volksstimme“, die von einer „Elite“ missachtet werde. Hier besteht also Spannungspotenzial, weil die Konzepte in den Köpfen konkurrieren und auseinandergehen – gepaart damit, dass sich in der Regel auf der Bürgerebene alle Seiten als Demokraten verstehen.

Der dritte unterschwellige Ideenkonflikt betrifft die Frage, ob die deutsche Demokratie eher repräsentativ oder eher direktdemokratisch gestaltet sein sollte. Insgesamt sind 52 Prozent der Befragten eher der Ansicht, dass über wichtige Fragen „die Bürger am besten selbst abstimmen“ sollten, 48 Prozent wollen das lieber den „gewählten Volksvertretern“ überlassen. In einem Land, in dem auf Bundesebene direktdemokratische Verfahren nicht vorgesehen sind, ist dies eine erstaunliche Aufteilung. Und unsere Fokusgruppen zeigen eindrucklich, dass auch viele eher repräsentativ denkende Menschen sich eine Ergänzung mit direkten Elementen vorstellen könnten. **Der Ruf nach plebiszitären Ergänzungen zum Repräsentativprinzip des Grundgesetzes kann sich einer beachtlichen Unterstützung sicher sein**, wobei allerdings nicht gewährleistet ist, dass dieser Mitwirkungsanspruch stets mit einer persönlichen Mitwirkungsbereitschaft der Bürger einhergeht: Tatsächlich fällt laut unseren Daten der Ruf nach direkter Demokratie nämlich bei jenen höher aus, die sich laut eigener Aussage vor allem um ihr Privatleben kümmern – und eben nicht bei jenen, die sich aktiv am politischen Leben beteiligen.

Alle drei beschriebenen Kollisionen wären nicht unbedingt Grund zur Sorge, denn unterschiedliche Demokratieverständnisse sind wohl so alt wie die Demokratie selbst. Sie können aber problematische Wirkmacht entfalten, wenn der Begriff Demokratie politisiert wird und unterschiedliche „Vertretungsansprüche“ öffentlich um ihn ringen.

Demokratische Realität: Rufe nach Verbesserung, belastetes Vertrauen

Demokratische Werte und Grundsätze sind das eine, das Zurechtfinden der Bürgerinnen und Bürger in der politischen Realität Deutschlands das andere. Denn natürlich wird Demokratie nicht im luftleeren Raum, sondern inmitten des laufenden politischen Betriebs erlebt.

In der Studie „Die andere deutsche Teilung“ hatten wir 2019 eine zweifache Unzufriedenheit der Menschen mit dem politischen System festgestellt: Viele fanden, dass sich die Politik nicht oder nur unzureichend für die Meinung von Leuten wie ihnen selbst interessiere, also nicht ausreichend zuhört, zum anderen hatten die meisten den Eindruck, dass die Politik die Probleme des Landes nicht angehe. Wir sprachen damals vom „Land im Wartestand“.

Wir sehen, dass beide Befunde auch im Jahr 2021 in ihrer Stoßrichtung Bestand haben. 70 Prozent sind weiterhin der Ansicht, dass sich die Politik unzureichend für ihre Meinung interessiere – und nur 40 Prozent sind zuversichtlich, dass die Politik die wichtigen Probleme in Deutschland entschieden angehe. Nur eine knappe Mehrheit von 55 Prozent ist überdies bereit, der Aussage „In unserem aktuellen politischen System kommen in der Regel gute Ergebnisse heraus“ zuzustimmen. **In der demokratischen Realität sehen also viele Menschen Verbesserungspotenziale.** Auch war in den Fokusgruppen deutlich zu spüren: Werden diese Bedarfe dauerhaft nicht angegangen, leidet das Vertrauen.

Repräsentation und Mitsprache

Eine Demokratie lebt von dem Gefühl ihrer Bürgerinnen und Bürger, im politischen Prozess vorzukommen und ihn beeinflussen zu können. Deshalb wollten wir wissen, wie gut sich die Menschen in der deutschen Demokratie berücksichtigt fühlen. In den Antworten zeigt sich insgesamt ein eher durchwachsenes Bild, das auf Defizite im Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Politik hinweist. **Derzeit glauben 53 Prozent der Menschen, sich gut in das politische Geschehen einbringen zu können, wenn sie das möchten – umgekehrt tun das 47 Prozent nicht.** Im repräsentativen System fühlen sich zudem derzeit nur rund 51 Prozent der Menschen in ihren Ansichten gut vertreten: Hier tut sich (zumindest gefühlt) eine Repräsentationslücke auf. Trotz dieser Unzufriedenheit und dem zunehmend scharfen Ton auch gegenüber Volksvertretern muss aber nicht unbedingt von einer grundsätzlichen Politikerverachtung die Rede sein: 76 Prozent der Menschen sind der Ansicht, „wer sich für die Demokratie als Politiker/in engagiert, verdient auf jeden Fall unsere Anerkennung“.

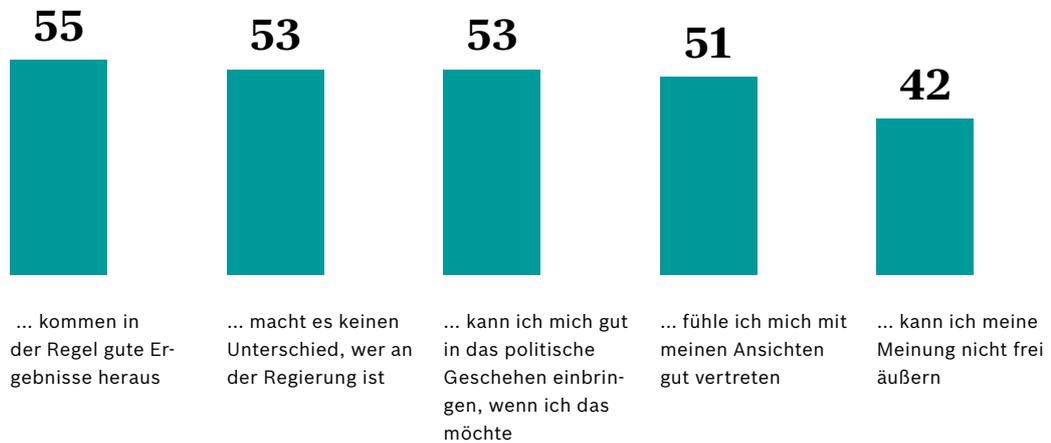
Eine beachtliche Minderheit (42 Prozent) geht allerdings in ihrer Kritik noch weiter und sieht in Deutschland sogar die Meinungsfreiheit selbst in Gefahr („kann im aktuellen politischen System Meinung nicht frei äußern“) – ein Recht, das, wie wir oben gesehen haben, bei den demokratischen Grundsätzen ganz oben rangiert. Diese Zahlen sind angesichts grassierender Verschwörungserzählungen also hochbrisant: Anscheinend fallen derartige Vorwürfe bei vielen Menschen auf fruchtbaren Boden.

Abbildung 5:

Aussagen zur politischen Realität

In unserem aktuellen politischen System ...

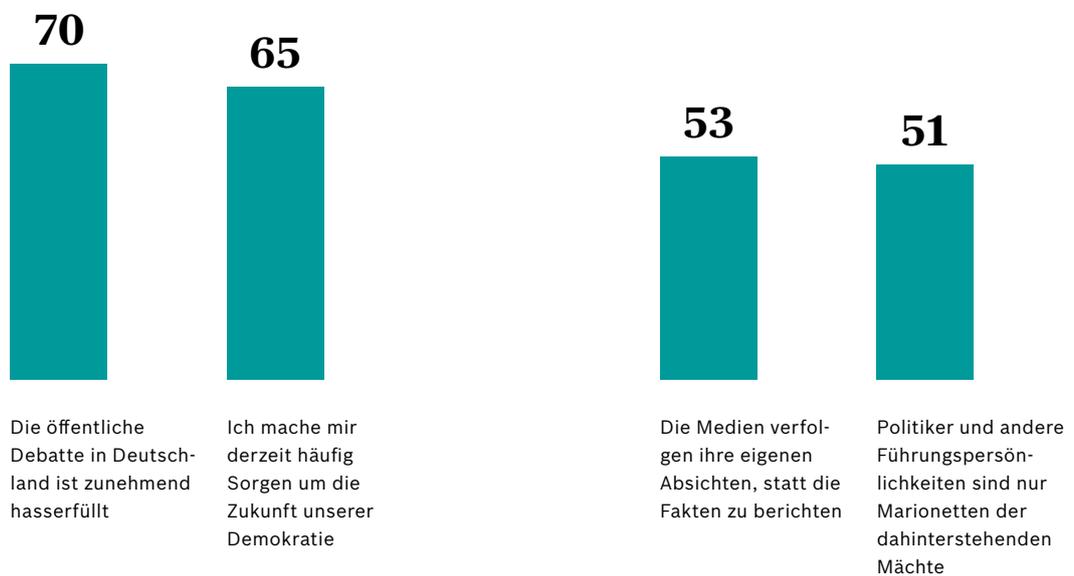
Zustimmung in %



Wie sehr treffen diese Aussagen Ihrer Meinung nach zu?

Elitenskepsis

Zustimmung in %



Fragen: Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Wie sehr treffen diese Aussagen Ihrer Meinung nach zu?
Quelle: More in Common (2021)

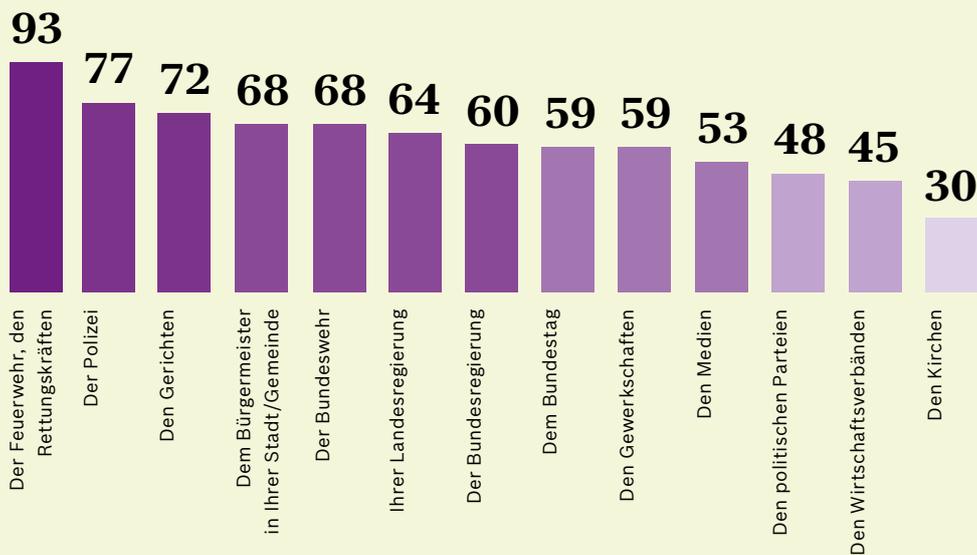
Vertrauen in Wahlen, Medien und Institutionen

Nicht zuletzt die Bilder aus den USA vom 6. Januar 2021 zeigen eindrucksvoll, dass Vertrauen die Kernwährung demokratischer Politik ist. Wo es verloren geht oder zerstört wird, leidet der politische Prozess mitsamt seiner Legitimation. Dies gilt vor allem für grundlegende Vorgänge wie Wahlen. Ein Blick auf die deutsche Wirklichkeit kann daher beruhigen: **84 Prozent der Menschen im Land gehen von in der Regel fairen Wahlen aus** – in Zeiten gezielter Desinformation durchaus ein robuster Wert.

Abbildung 6:

Vertrauen in Institutionen und Organisationen

Vertrauen in %



Frage: Wie stark ist jeweils das Vertrauen, das Sie den folgenden Organisationen und Institutionen entgegenbringen? Quelle: More in Common (2021)

Wir sehen aber auch, dass Misstrauen gegenüber politischen und medialen Akteuren in Deutschland ein wichtiger Faktor ist. **Es gibt zwar einerseits noch ein Fundament an Institutionenvertrauen (siehe Grafik), andererseits erkennen wir bei vielen die Bereitschaft, elitenkritische Aussagen bis hin zu Verschwörungserzählungen zu unterstützen.** 51 Prozent der Menschen sehen Politiker als „Marionetten der dahinterstehenden Mächte“. In diesem Sinn recherchieren 44 Prozent oftmals gezielt „nach Themen, die die Politik verschweigt“.

Anlass für Misstrauen sehen die Menschen außer im politischen insbesondere im Medienbetrieb. Dieser steht bei vielen unter Verdacht, nicht ausgewogen genug zu berichten. 53 Prozent glauben, die Medien verfolgten ihre eigene Agenda. Zugleich ist aber zu sagen, dass die Menschen im Alltag trotzdem in großer Zahl auf Informationen aus „klassischen Medien“ bauen: So halten 71 Prozent die beiden großen öffentlich-rechtlichen Fernsehsender für glaubwürdig – im Vergleich sind es bei einer „Alternative“ wie dem deutschen Ableger des staatlich finanzierten russischen Senders Russia Today nur 22 Prozent. Der Befund ist also ambivalent.

Diskurs: Sorge um den Ton

Die Menschen in Deutschland legen grundsätzlich großen Wert auf einen zivilen Umgangston in der Demokratie. Man verpflichtet sich auch selbst dazu: Zwei Drittel der Menschen erwarten von sich beziehungsweise Gleichgesinnten die Bereitschaft zum Kompromiss. Deshalb ist es bedenklich, dass viele Menschen derzeit einen zu scharfen Debattenton beklagen: **70 Prozent halten die öffentliche Debatte für zunehmend hasserfüllt**. 65 Prozent gehen sogar so weit, sich häufig Sorgen um die Zukunft der Demokratie zu machen.

Gemessen daran, dass für diese Diskursverschärfung oftmals die sozialen Medien verantwortlich gemacht werden, ist spannend: **42 Prozent der Befragten empfinden den Online-Austausch der Bürger in den sozialen Medien als demokratieförderlich**, nur 19 Prozent halten ihn für schädlich.

Abbildung 7:

Was nützt, was schadet der Demokratie in Deutschland?

Angaben in %

Das Verbot von Parteien, die als verfassungsfeindlich eingestuft werden



Das Bestehen eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks



Der politische Austausch der Bürger in den sozialen Medien



Ein höherer Anteil von Politikern mit Migrationshintergrund



Die Abschaffung von möglicherweise diskriminierenden Begriffen oder Schreibweisen



Wahlerfolge von Parteien wie der AfD



■ Förderlich ■ Weder noch ■ Schädlich

Frage: Bitte geben Sie an, ob Sie bei den folgenden Dingen denken, dass Sie eher förderlich oder eher schädlich für das gute Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind. Quelle: More in Common (2021). Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Politische Beteiligung: Es gibt eine Bürgerkultur – zumindest in den Köpfen

Eine deutliche Mehrheit von 62 Prozent der Menschen in Deutschland hat ein aktives Bürgerbild, das die Beteiligung der Menschen am politischen Geschehen vorsieht – ein passives Zurücklehnen entspricht also nicht dem Ideal der meisten. Dies spiegelt sich im Bild, das die Befragten von ihrem eigenen Engagement zeichnen, wenn auch meist eher im Kleinen.

So geben 76 Prozent an, regelmäßig die politischen Nachrichten zu verfolgen, und 68 Prozent bezeichnen sich als politisch interessiert. Laut eigener Angabe denken überdies 66 Prozent der Menschen regelmäßig über politische und gesellschaftliche Fragen nach. **Die persönliche Beschäftigung mit Politik ist also in Deutschland absolut mehrheitsfähig.** Geht es dann um den Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, nehmen die Zahlen etwas ab – dennoch: 60 Prozent geben an, „gern“ mit anderen über politische und gesellschaftliche Themen zu diskutieren. Es gibt also eine verbreitete demokratische Bürgerkultur im Land.

Zwischenfazit

Insgesamt sehen wir in Deutschland ein klares und reifes Bekenntnis zur Demokratie, das aber in großen Teilen der Bevölkerung mit dem Ruf nach einer besseren demokratischen Realität einhergeht. Die Stichworte „Vertrauen und Zutrauen“ zwischen Bürgern und Politik stehen dabei an zentraler Stelle, wenn es um die Stärkung der Demokratie geht. Viele wünschen sich mehr Mitsprache, eine handlungsfreudigere Politik und einen konstruktiveren Diskurs.

Kritikpunkte an der aktuellen demokratischen Realität gewinnen wegen der unterschiedlichen Demokratievorstellungen der Menschen zusätzliche Brisanz. Denn wer die Demokratie stark als Eigenwert begreift oder repräsentativ-demokratisch gestimmt ist, wird trotz Kritik an der Tagespolitik zu deutlich weniger grundsätzlichen Urteilen kommen als jemand, der die Demokratie vorrangig an ihren Ergebnissen misst oder von Haus aus eine größere direktdemokratische Rolle für die Bürgerinnen und Bürger einfordert. **So drohen Missverständnisse zwischen Menschen, die allesamt demokratische Normen teilen,** aber unterschiedliche Demokratieverständnisse in sich tragen.

Um die komplexe Dynamik rund um Demokratieeinstellungen bestmöglich zu verstehen, reicht uns der Blick auf die Gesamtbevölkerung nicht, da er wichtige Nuancen innerhalb der Bevölkerung verdeckt. Wir erfahren nicht, von welcher Warte aus bestimmte Menschen auf einen Sachverhalt blicken, wo Unterschiede zwischen Gruppen bestehen und wo sich bestimmte Ansichten „ballen“ – und damit auch nicht, bei wem derzeit besonderes Potenzial für die Stärkung der Demokratie und ihrer Widerstandskräfte liegt.

Genau dieser Blick auf unterschiedliche Sichtweisen innerhalb der Bevölkerung liegt dieser Studie zugrunde. Besonders interessieren uns die Menschen, deren Ansichten in keinerlei Richtung besonders radikal oder entschieden sind, die aber Risiko laufen, in eine gewisse „Ferne“ oder Indifferenz zur Demokratie zu geraten. **In der Folge wollen wir bewusst die Perspektive derjenigen Menschen genauer betrachten, die derzeit in einem ambivalenten oder wenig gefestigten Verhältnis zur liberalen Demokratie stehen.** Verkürzt gesagt interessieren uns also all jene, die oftmals untergehen, wenn der öffentliche Fokus sich auf die „Verteidiger und Gegner“ der Demokratie zuspitzt, die aber gebraucht werden, um die Demokratie zu stärken.

Allerdings findet dieses Engagement legitimerweise seine Grenze im Vorrang des Privaten. Ein „athenisches“ Modell, bei dem das Öffentliche das Persönliche in der Wertigkeit übersteigt, ist in Deutschland nicht mehrheitsfähig. Vor die Wahl gestellt, ob man eher dazu neigt, sich um die „eigenen, privaten Belange“ zu kümmern oder sich am „politischen und gesellschaftlichen Geschehen“ zu beteiligen, entscheiden sich 55 Prozent für den kleinen Wirkungskreis – wenngleich 45 Prozent an aktiven Bürgerinnen und Bürgern einen beachtlichen Anteil darstellen.

Im Kontext Beteiligung ist überdies wichtig, dass (wie oben gezeigt) viele Bürgerinnen und Bürger mit der Teilhabe im derzeitigen politischen Betrieb unzufrieden sind. Möglicherweise kann ein solcher Unmut die aktive Beteiligung mancher Menschen bremsen. Es besteht also eine gewisse Kluft zwischen dem Teilhabeanspruch der Menschen und seiner gefühlten Einlösung.

Abbildung 8:

Formen des Engagements

Angaben in %

Mit persönlichem Umfeld über Politik diskutiert



Petition oder Unterschriftensammlung unterstützt



Persönlichkeiten, die sich zu politischen/gesellschaftlichen Themen äußern, in den sozialen Medien gefolgt



Online-Nachricht mit politischem/gesellschaftlichem Inhalt verschickt oder weitergeleitet



Im Internet politisch Stellung bezogen



Veranstaltungen zu politischen oder gesellschaftlichen Themen besucht



Politiker oder eine Partei kontaktiert



An Demonstration teilgenommen



■ Häufig ■ Gelegentlich

Frage: Wie häufig haben Sie die folgenden Aktivitäten in den letzten zwölf Monaten ausgeübt? Nicht abgetragen die Antwortkategorien „Selten“, „Nie“ und „Keine Angabe“. Quelle: More in Common (2021)

Es geht also ausdrücklich weder um demokratiepolitische „Ränder“ mit Extrempositionen noch um solche Menschen, die einen positiven und starken Bezug zur gelebten Demokratie haben. Diese Gruppen werden in der Folge bewusst aus der Analyse ausgeklammert.

Zwei Potenzialgruppen: Ambivalent gegenüber der Demokratie - aus unterschiedlichen Motiven

In unserer Forschung haben wir durch einen Segmentierungsprozess Menschen mit ähnlichen Demokratievorstellungen, Normen, Niveaus an Engagement und Einschätzungen ihrer eigenen Rolle in der Demokratie gruppiert. Auf Basis dieser Methode haben wir **zwei Bevölkerungssegmente identifiziert, die jeweils auf ihre eigene Weise eine große Ambivalenz gegenüber der Demokratie in Deutschland aufweisen, aber durchaus für ihre Werte erreichbar sind**. Sie haben derzeit keinen ausreichend positiven beziehungsweise erfüllenden Bezug zum System, seinen Grundsätzen, Teilhabeformen und Vertretern.

Diese beiden Gruppen, die von besonderem Interesse für eine breite Stärkung der Demokratie sind, machen insgesamt 24 Prozent der Bevölkerung aus. In ihren Wertmustern, Antrieben und Einstellungen unterscheiden sie sich:

- Die **Passiv-Indifferenten (16 Prozent)**. Charakteristisch für sie sind die normative Vagheit gegenüber demokratischen Werten und Grundsätzen sowie ein mangelndes Verhältnis zum beziehungsweise Interesse am Gemeinwesen, das mit bürgerschaftlicher Passivität einhergeht.
- Die **Enttäuschten Output-Orientierten (8 Prozent)**. Charakteristisch für sie ist das enttäuschte Bedürfnis nach einem starken und fürsorglichen Gemeinwesen und daraus resultierend eine Entfremdung vom politischen System sowie starke Ohnmachtsgefühle.

Kurzprofil: Die Passiv-Indifferenten (16 Prozent)

„In Gefahr sehe ich sie [die Demokratie] nicht, nein. Interessiert mich auch ehrlich nicht so, ich bin nicht so politisch interessiert. Kann man eh nichts ändern, außer man ist in einem Riesenverein oder hat richtig viel Geld oder ist richtig gut vernetzt.“

– aus der Fokusgruppe der Passiv-Indifferenten

Ihre zentrale Eigenschaft ist ihr schwacher Bezug zum Gemeinwesen. In Denken und Tun bleiben die Passiv-Indifferenten der politisch-gesellschaftlichen Ebene fern. Sie sind also weder radikal noch gemäßigt, sondern in erster Linie unbeteiligt. Es herrscht deshalb auch eine gewisse Ambivalenz, wenn es darum geht, sich mit der Demokratie zu identifizieren – der Nachdruck fehlt. Sie pflegen ein funktionales Verhältnis zur „großen“ Politik und zu Fragen der Gesellschaftsgestaltung insgesamt.

Wiederkehrende Motive: Politik als schnelles Entscheiden; Debatten ermüden; kaum Drang zur Mitwirkung

Demografische Muster

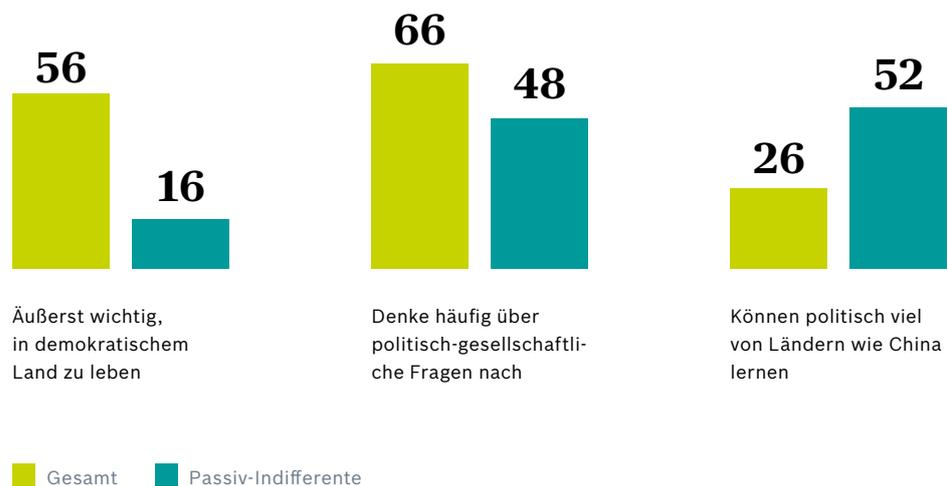
- im Durchschnitt weit jünger als Gesamtbevölkerung: 55 Prozent unter/bis 40 Jahre
- Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund deutlich erhöht
- eher einfaches Bildungsprofil
- hoher Anteil an Erwerbstätigen, Einkommen neigen unterem Mittelfeld zu
- großer Anteil von Eltern mit minderjährigen Kindern

Abbildung 9:

Profil der Passiv-Indifferenten

Schwaches Verhältnis zu Demokratie und Politik,
anfälliger für autoritäre Alternativen

Zustimmung in %



Fragen: Wie wichtig ist es für Sie persönlich, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird?
Welcher der folgenden Aussagen in Bezug auf Demokratie und Politik stimmen Sie jeweils eher zu?
Inwiefern treffen die folgenden Aussagen auf Sie persönlich zu? Quelle: More in Common (2021)

Normen und Grundsätze

Schon beim generellen Bekenntnis zur Demokratie sind die Passiv-Indifferenten merklich zurückhaltender als der Bevölkerungsdurchschnitt: Nur 75 Prozent von ihnen befürworten die Idee grundsätzlich (-18 Punkte) und sogar nur 12 Prozent positionieren sich „ausdrücklich“ dafür (-37).

Dieses Zögern ist weniger als Ablehnung, sondern als Unbestimmtheit zu deuten: Man begrüßt die Demokratie zwar grundsätzlich, jedoch weniger nachdrücklich als andere. So sind die Passiv-Indifferenten zum Beispiel auch verhaltener in der Definition dessen, was unbedingt zur Demokratie gehört: Fast sämtliche möglichen Kriterien werden weniger deutlich eingefordert als von anderen – man hat kurzum keine klare Vorstellung dazu. Das „Konzept“ Demokratie bleibt für sie unscharf und unverbindlich.

Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass sie weniger immun gegen autoritäre Alternativen sind – es fehlt ja das entschiedene demokratische „Antigen“. So finden 52 Prozent der Passiv-Indifferenten, dass man in Deutschland durchaus von China lernen könne, da dort viele Dinge schneller gingen (+26). Und dass auch eine gewählte Partei undemokratisch sein kann, erscheint ihnen wesentlich weniger eingängig als anderen (-29). Dazu passt, dass man eher als andere bereit ist, Einschnitte bei der Demokratie oder gar eine Diktatur hinzunehmen (+22). Daran wird deutlich: Unbewusste Gleichgültigkeit und die daraus entspringende Ambivalenz können ähnlich gefährlich sein wie bewusster antidemokratischer Wille. Hierin liegt die Krux dieses Segments.

„Ich bin für Diktatur auf keinen Fall. Aber irgendwann kommt der Punkt, wo man sich denkt, es muss jetzt jemanden geben, der die Zügel in die Hand nimmt und sagt: ‚Passt auf, das machen wir so und so.‘ Ohne dass jemand da reingrätscht und sagt: ‚Aber, aber, aber.‘“

– aus der Fokusgruppe der Passiv-Indifferenten

Demokratische und politische Teilhabe

Obwohl die Passiv-Indifferenten aus ihrer Vagheit heraus nicht automatisch vor autoritären Modellen zurückschrecken, **sind sie ausdrücklich kein militantes Segment, das aktiv gegen die liberale Demokratie arbeitet**. Im Gegenteil herrscht eher Teilnahmslosigkeit: Man ist mit 52 Prozent unterdurchschnittlich politisch interessiert (-16), verfolgt seltener die Nachrichten (-15), denkt seltener über Politik und Gesellschaft nach (-18), diskutiert seltener (-12) und geht auch seltener wählen (-11).

Zur Abgrenzung: Dieses passive Profil unterscheidet das Segment maßgeblich von subversiven Bevölkerungsteilen, die in unserer Befragung ein geschlossen autoritäres Gesellschaftsbild mit militanter Entschiedenheit verfolgen und deren Anteil in dieser Radikalität laut unserer Erhebung auf circa 5 Prozent der Bevölkerung beziffert werden kann.

Bewertung der demokratischen Realität, Vertrauensbezüge, Wahlverhalten

Die Passiv-Indifferenten tun sich schwer, eine eigenständige Bewertung des politischen Betriebs vorzunehmen. Es ist weder eine besondere Zufriedenheit noch eine besondere Feindseligkeit zu spüren.

Allerdings sehen wir bei den Vertrauensbezügen, dass die Passiv-Indifferenten den Institutionen des Gemeinwesens wirklich fernstehen. Sie vertrauen zum Beispiel der Bundesregierung weniger als andere (-12), und auch ihr Medienvertrauen ist in der Tendenz niedriger. Aufgrund dieser Ferne neigen sie im Zweifelsfall auch etwas stärker zu Misstrauensnarrativen. So sind sie sich seltener als andere sicher, dass Wahlen in Deutschland immer fair ablaufen (-12), und gehen häufiger davon aus, dass Medien ihre eigenen Absichten verfolgen (+8). Das enge Vertrauen fehlt. Die Passiv-Indifferenten sind zudem häufiger als andere unentschieden, wen sie wählen sollen; eine klare Parteineigung lässt sich nicht ausmachen. Dies passt zu ihrem insgesamt vagen politischen Profil.

Lebenswelt

Beim Blick auf die subjektive Lebenswirklichkeit dieser oftmals jungen Menschen fallen Motive von Verunsicherung und fehlender Verankerung auf. So ist die durchschnittliche Lebenszufriedenheit erniedrigt (-13), sie fühlen sich seltener wertgeschätzt (-12). Ebenso wissen sie seltener, wo sie zu Hause sind und „hingehören“ (-12) und fühlen sich umgekehrt häufiger als andere fremd im eigenen Land (+13). Auch die Kontrolle über das eigene Leben (-10) ist im Vergleich zur Gesamtbevölkerung vermindert. Die Lebenswelt der Passiv-Indifferenten ist also durchaus problembelastet und von Instabilität geprägt.

Kurzprofil: Die Enttäuschten Output-Orientierten (8 Prozent)

„Demokratie ist nur gut, wenn es fürs Volk ist. Wenn es fürs Volk gemacht wird und nicht für Lobbyisten ...“

– aus der Fokusgruppe der Enttäuschten Output-Orientierten

Die Enttäuschten Output-Orientierten erwarten einen fürsorglichen Staat, der das Leben der Menschen gestaltet und gute Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger erzielt. Daran misst man die eigene Zufriedenheit mit dem demokratischen System. Genau dieser Anspruch wird jedoch derzeit in ihren Augen keineswegs erfüllt: Sie fühlen sich ungehört und gehen auf Distanz zum politischen System – obwohl sie Interesse an einem funktionierenden Gemeinwesen haben. Starke Ohnmachtsgefühle lähmen die eigene Teilhabe. Bei diesen Menschen droht die demokratische Entfremdung durch Enttäuschung.

Wiederkehrende Motive: Demokratie als Volkswohl; unzureichende Ergebnisse der Politik; verlorenes Vertrauen

Demografische Muster

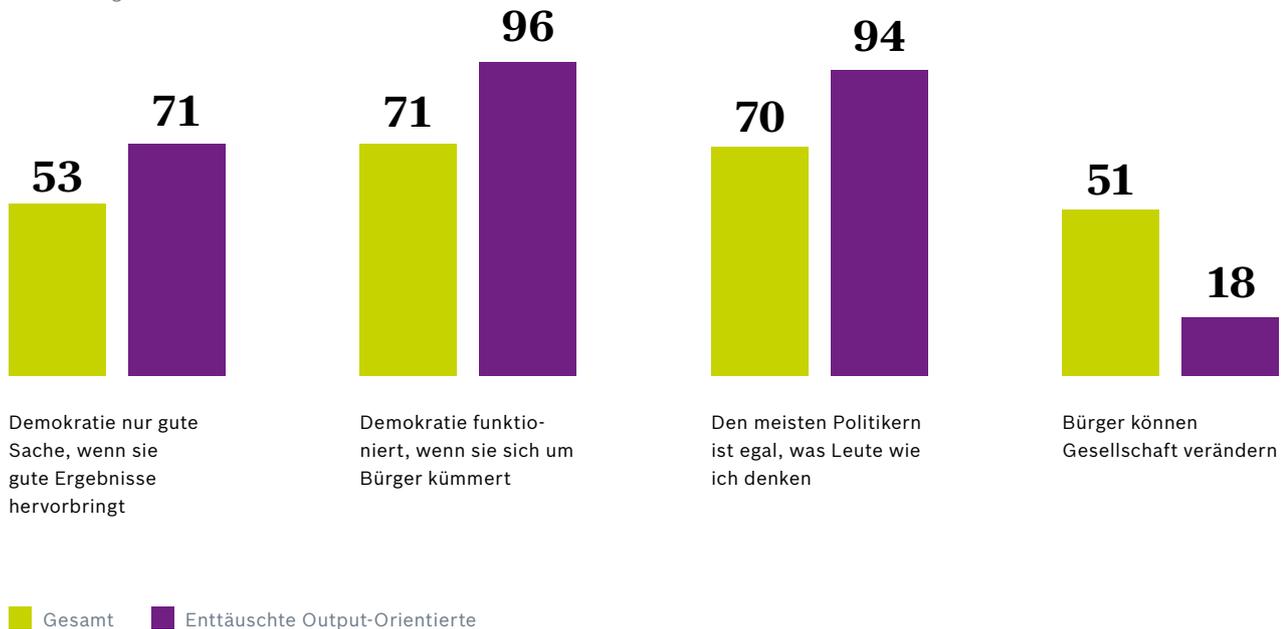
- häufig eher älter: 64 Prozent über 50 Jahre
- häufig eher einfacher oder mittlerer Bildungsstatus
- oftmals niedriger Sozialstatus, in eigener Wahrnehmung häufiger untere Gesellschaftshälfte; viele Personen mit niedrigen Einkommen, wenn auch nicht durchgängig
- Frauen überwiegen

Abbildung 10:

Profil der Enttäuschten Output-Orientierten

Fürsorgendes Politikverständnis, starke Ohnmachtsgefühle

Zustimmung in %



Fragen: Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie jeweils eher zu? Quelle: More in Common (2021)

Normen und Grundsätze

Die Enttäuschten Output-Orientierten sind ohne Abstriche selbsterklärte Demokraten: **Wie im Bevölkerungsdurchschnitt befürworten sie zu 93 Prozent die Idee der Demokratie.** Im Detail demonstrieren sie ein auf Gemeinschaft und Sicherheit zielendes Verständnis von Demokratie, das auf einem starken Staat aufbaut.

So erklären es die Enttäuschten Output-Orientierten zur absoluten Grundbedingung von Demokratie, dass die Grundversorgung für alle gesichert sein müsse (Durchschnitt: 5,7; +0,6). Aus einer nationalstaatlichen Grundversorgung ergibt sich zudem der Wunsch, dass Politik sich in erster Linie um die eigenen Bürgerinnen und Bürger kümmere (5,4; +0,5). Für einen reibungslosen Ablauf wünscht man sich eine starke politische Führung (4,8; +0,6). Dafür dürften im Notfall auch die Freiheiten der Bürger eingeschränkt werden (+21).

Die Enttäuschten Output-Orientierten messen das demokratische System an der konkreten Leistung, die es hervorbringt: 71 Prozent stimmen zu, dass Demokratie nur dann eine gute Sache sei, wenn sie auch gute Ergebnisse für die Menschen liefere (+18). Der reine Verweis auf den Selbstwert der Demokratie ist für dieses Segment nicht hinreichend, solange damit nicht zugleich ihr Ideal eines fürsorglichen Gemeinwesens verknüpft ist. Ganze 96 Prozent von ihnen fordern nämlich, dass sich demokratische Politik um die Bürger „kümmert“ (+25).

Dass die Enttäuschten Output-Orientierten ihre Zustimmung zur Demokratie an materielle Auflagen knüpfen, macht sie nicht automatisch anfällig für autoritäre Alternativen. Mit der Idee einer Diktatur können sie sich zum Beispiel nicht häufiger anfreunden als andere. Allerdings weisen

die Daten darauf hin, dass gewisse demokratische Einschränkungen unter anderem im Tausch gegen weniger soziale Ungleichheit oder größere Sicherheit hingenommen würden. Für die Enttäuschten Output-Orientierten ist Demokratie zudem vor allem die Umsetzung des Volkswillens (+10), ein liberal-pluralistisches Verständnis liegt eher nicht vor. Deshalb müssen die Bürgerinnen und Bürger im Zweifelsfall auch selbst entscheiden dürfen (+22).

Insgesamt gibt das Normgerüst der Enttäuschten Output-Orientierten ein materielles, in der sozialen Lebensrealität der Menschen verankertes Demokratiekonzept vor. **Die Demokratie ist hier weniger ein abstrakter Eigenwert als vielmehr die Verpflichtung der Politik, für die Menschen da zu sein.**

Demokratische und politische Teilhabe

Die Enttäuschten Output-Orientierten wissen um die Notwendigkeit, sich politisch auf dem Laufenden zu halten. 89 Prozent verfolgen regelmäßig die Nachrichten (+13), man denkt häufig über gesellschaftliche Fragen nach (+17). Allerdings endet das eigene Engagement mit dieser Beschäftigung „im Kleinen“.

Sobald es um ihr größeres gesellschaftliches Rollenverständnis geht, neigen die Enttäuschten Output-Orientierten zum Rückzug: Lediglich 32 Prozent von ihnen geben an, sich gerne am politischen und gesellschaftlichen Geschehen zu beteiligen (-13). Diese Passivität ist aber keine beliebige

Entscheidung aus Trägheit, sondern entspringt einer tiefen Verunsicherung hinsichtlich der eigenen Handlungsmacht. In ihren Augen können Bürgerinnen und Bürger durch ihr Tun die Gesellschaft ohnehin nicht verändern (+33). Ohnmachtsgefühle blockieren die aktive Teilhabe.

Bewertung der demokratischen Realität, Vertrauensbezüge, Wahlverhalten

Die empfundene Hilflosigkeit der Enttäuschten Output-Orientierten findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern fällt mit einer massiven Systemkritik zusammen. Das Segment ist durchgängig unzufrieden mit der demokratischen Realität, im Hinblick auf den Prozess und seine Ergebnisse.

Dass in der deutschen Politik am Ende gute Ergebnisse herauskommen, glauben zum Beispiel nur 38 Prozent der Enttäuschten Output-Orientierten (-17). Es werde nur unzureichend geliefert, die Politik kümmere sich nicht um die wichtigen Probleme (+9). Andersherum fühlen sich ganze 94 Prozent der Enttäuschten Output-Orientierten von den meisten Politikern ungehört (+24), nur 28 Prozent in ihren Ansichten gut vertreten (-23).

„Wir werden ja sehr wenig gefragt. Wir haben so Meinungsfreiheiten, aber was die Politik betrifft, können wir nicht großartig daran rütteln.“

– aus der Fokusgruppe der Enttäuschten Output-Orientierten

Die Enttäuschten Output-Orientierten sollten also stets vor dem Hintergrund dieser enormen (und namensgebenden) Enttäuschung eingeordnet werden, die sich auch auf ihre Vertrauensbezüge zu den Institutionen auswirkt. So ist ihr Vertrauen in die Regierenden strukturell erniedrigt. Für sie mache es ohnehin keinen Unterschied, wer regiere (+12) – es stellt sich resignative Abwendung ein. Hinzu kommt im Gegenzug eine spürbare Affinität für elitenkritische Narrative und das Gefühl, die Demokratie könnte „von oben“ her bedroht sein: 77 Prozent machen sich häufig Sorgen um die Demokratie (+12), wobei zwei Drittel Politiker als „Marionetten der dahinterstehenden Mächte“ betrachten (+16) und Medien eine geheime Agenda unterstellen (+13).

Bei der Wahlabsicht neigen die Enttäuschten Output-Orientierten aufgrund ihrer politischen Ernüchterung zur Unentschiedenheit; auch wird überdurchschnittlich häufig die Linke gewählt.

Lebenswelt

Auch in der subjektiven Bewertung ihrer Lebensrealität klagen die Enttäuschten Output-Orientierten über Zurücksetzung und Unsicherheit. So fühlen sie sich seltener gut abgesichert (-13) und verfügen seltener über ausreichende Lebenschancen (-9). Dahinter verbirgt sich zudem ein allgemeineres Ungerechtigkeitsempfinden: Nur 35 Prozent von ihnen finden, dass es in Deutschland alles in allem gerecht zugehe (-17). Der Eindruck, ein Bürger zweiter Klasse zu sein, ist zudem weit verbreitet (+13). Die empfundene Lebenswirklichkeit dieses Segments wirkt also entfremdend und destabilisierend.

Die beiden Potenzialgruppen im Vergleich: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Die Profile der beiden Segmente zeigen, wie sehr sich ihr „Weg“ in die Indifferenz unterscheidet. Bereits das Grundverhältnis zur Demokratie ist jeweils ein völlig anderes: Während bei den Passiv-Indifferenten von einer ganz grundlegenden Distanz zum Gemeinwesen gesprochen werden muss (sozusagen „primäre“ Indifferenz), kommt es bei den Enttäuschten Output-Orientierten eher zu einer Abwendung von einem System, das den eigenen Ansprüchen nicht gerecht wird. Die relative Demokratieferne des ersten Segments ist also viel unmittelbarer als die durch subjektive Erfahrung „erworbene“ Skepsis des zweiten Segments. In anderen Worten: **Die Passiv-Indifferenten haben insgesamt ein schwaches Verhältnis zur Demokratie, die Enttäuschten Output-Orientierten haben ein schlechtes Verhältnis zu dieser Demokratie.**

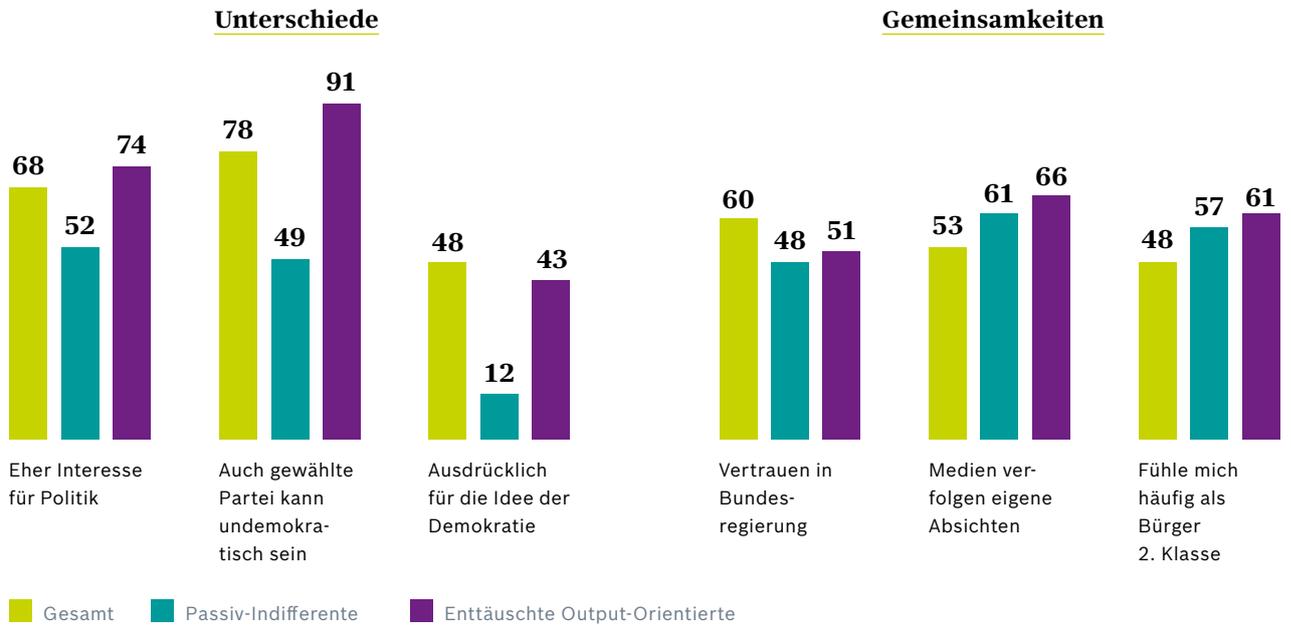
Das bringt uns zu den Gemeinsamkeiten. **Beide Segmente haben vermindertes Vertrauen und einen verminderten Bezug zu den Institutionen des Gemeinwesens. Dementsprechend reagieren beide zustimmender als andere auf Misstrauensnarrative und Systemschelte.** Zur Erinnerung: Bei beiden Gruppen steckt dahinter keine autoritäre oder gar subversive Militanz – aber ihre Ferne zum politischen System und fehlendes Zutrauen in seine Akteure sind eben mit Händen zu greifen. Und ebenso leiden beide Segmente unter Verunsicherungsgefühlen in ihrer Lebenswelt. Es handelt sich bei beiden nicht um „angekommene“ und selbstbewusste Bevölkerungsteile – Empfindungen von Zurücksetzung, Entwurzelung und Desorientierung sind wirkmächtig. Diese Gemengelage erleichtert möglicherweise Akteuren den Zugang, die negative Gefühle auf destruktive Weise für sich nutzen wollen.

Abbildung 11:

Unterschiede und Gemeinsamkeiten der beiden Segmente

Unterschiedliche Bindung an Demokratie, ähnlich negative Gefühle

Zustimmung in %



Fragen: Sind Sie persönlich eher für die Idee der Demokratie, oder sind Sie eher gegen die Idee der Demokratie? Welcher der folgenden Aussagen in Bezug auf Demokratie und Politik stimmen Sie jeweils eher zu(jeweils Gegensatzpaare)? Wie stark interessieren Sie sich für Politik? Wie stark ist jeweils das Vertrauen, das Sie den folgenden Organisationen und Institutionen entgegenbringen? Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Wie sehr treffen diese Aussagen Ihrer Meinung nach zu?

Quelle: More in Common (2021)

Exkurs: Zusätzliches Risiko - Entfremdungs- und Eskalationsgefahr in der Bevölkerung

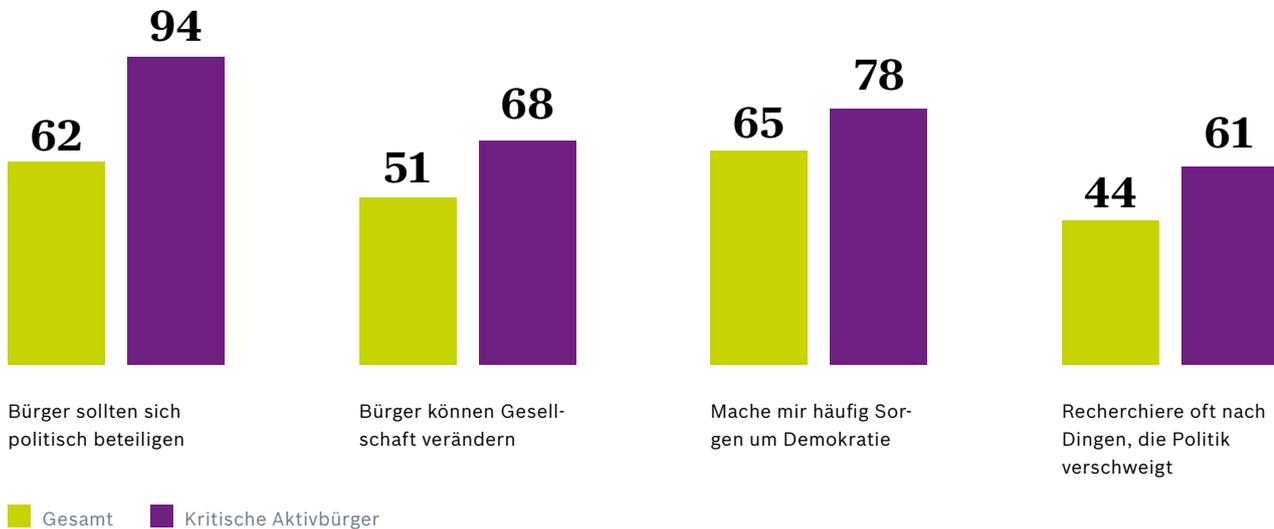
Neben den beiden Potenzialgruppen, die ein ambivalentes Verhältnis zur Demokratie haben, hat die Forschung eine Gruppe innerhalb der deutschen Bevölkerung ermittelt, die ein durchaus problematisches Verhältnis zum politischen System entwickelt. Bei ihnen geht es aber keineswegs um ein Zuviel an Ambivalenz oder Passivität (im Gegenteil), sondern um die Anfälligkeit einer besonders demokratiefreudigen Gruppe für Militanz und Verschwörungsglauben – weshalb sie zwar nicht als Potenzialgruppe einzuordnen sind, aber in einer Analyse der derzeitigen Dynamik rund um Demokratie berücksichtigt werden sollten. Diese Gruppe (ca. 10 Prozent), die man als „Kritische Aktivbürger“ bezeichnen kann, fordert Mitsprache ein und legt eine ausgesprochen misstrauische Grundhaltung an den Tag. Dies an sich ist selbstredend legitim – allerdings könnten sie angesichts ihres Gesamtprofils vor allem in Pandemiezeiten auf unstete Pfade gelangen.

Abbildung 12:

Profil der Kritischen Aktivbürger

Bürgerschaftliches Selbstbewusstsein, systemskeptische Grundhaltung

Zustimmung in %



Fragen: Wie sehr treffen diese Aussagen Ihrer Meinung nach zu? Welcher der folgenden Aussagen in Bezug auf Demokratie und Politik stimmen Sie jeweils eher zu (jeweils Gegensatzpaare)? Quelle: More in Common (2021)

Ein aktives Bürgerbild trifft ...

Für das Demokratieverständnis dieser Menschen ist der Mitbestimmungsanspruch zentral, es sollen sich also möglichst alle Bürgerinnen und Bürger auch tatsächlich beteiligen (+32). Dazu gehört insbesondere das Recht auf friedlichen Protest gegen die Regierenden (Durchschnittswert: 5,7; +0,5). Am besten sollten die Bürger die Dinge gleich selbst entscheiden (+28); das repräsentative Prinzip scheint da eher im Weg. Insgesamt versteht man die Bürger als zu Recht unbequemen Souverän, dem die Politik keine Vorgaben zu machen habe (5,1; +0,8) und dessen Freiheiten sie auf keinen Fall einschränken dürfe (+32).

Ihr Bedürfnis, sich von der institutionellen Politik zu emanzipieren, ist also mit Händen zu greifen. Dabei sind sie in der Bürgerrolle äußerst selbstbewusst: Sie glauben charakteristischerweise daran, dass die Leute die Gesellschaft verändern können (+17). Deshalb bauen die Kritischen Aktivbürger auch auffällig stark auf den Online-Austausch der Bürgerinnen und Bürger in den sozialen Medien, um die Demokratie zu stärken (+12). In ihrem Gestaltungsanspruch legen sie auch gesteigerte Militanz an den Tag: Gleichgesinnte sollen vehement für ihre Positionen kämpfen (+13). Zur Abgrenzung: Mit einem zufrieden-gemäßigten, liberalbürgerlichen Selbstbild, wie wir es bei anderen Befragten finden, hat dieser Nachdruck wenig zu tun.

„Mitbestimmung. Dass jemand irgendwelchen Herren ein bisschen Feuer unter dem Hintern bereitet.“

– aus der Fokusgruppe der Kritischen Aktivbürger

Konsequenterweise ist ihr konkretes Engagement in der Regel erhöht, man bringt sich ein und ist sehr interessiert. Allerdings hat dieses Engagement eine ausgesprochen misstrauische und prüfende Note, man sieht sich in einer investigativen Rolle: 61 Prozent geben an, oft nach Dingen zu recherchieren, die die Politik verschweige (+17). Es wird schnell deutlich, dass dieses Segment auf Distanz zum politischen Betrieb steht.

... auf politisches Misstrauen

Die Kritischen Aktivbürger gehen mit der Politik hart ins Gericht: Sie höre ihnen viel zu wenig zu (+14) und ignoriere die eigentlichen Probleme (+16). In diesem System mit diesem Personal fühlen sie sich unzureichend vertreten (-17).

Entsprechend schlecht steht es um die Vertrauensbezüge zu Institutionen: Der Bundesregierung trauen sie wesentlich seltener über den Weg als andere. Im Gegenzug neigen sie stark zu Unterstellungen: Die Medien verfolgten ihre eigene Agenda (+10), Politiker seien bloße Marionetten (+16). Folgerichtig ist man um die Zukunft der Demokratie sehr besorgt (+13).

„Ich bekomme halt meine Informationen über Telegram, über die Alternativmedien, die einfach vielschichtiger sind. Für mich sind die Nachrichten einfach Staatsfunk.“

– aus der Fokusgruppe der Kritischen Aktivbürger

Angesichts dieser Mischung aus Aktivismus, Freiheitsdrang und Misstrauen ist es eine naheliegende Ableitung, dass die Kritischen Aktivbürger in der gegenwärtigen COVID-19-Situation, die mit staatlichen Einschränkungen einhergeht, in ihren Grundfesten erschüttert werden.

Obwohl sich das Segment in der Tendenz eher als mittig oder sogar leicht links der Mitte versteht, sind seine Wähleranteile für die Antisystempartei AfD deutlich erhöht. Hierin zeigt sich seine Bereitschaft, im Zweifelsfall auch mit bewusster Aktion und Militanz gegen die derzeitige Ordnung zu rebellieren, die es als unzureichend erachtet. Hierbei sei aber nochmals darauf hingewiesen, dass das Segment kein autoritär-antidemokratisches Profil aufweist. Auch in Sachen empfundener „Meinungszensur“ und subversiver Tendenzen dürfen die Kritischen Aktivbürger nicht mit dem radikalen systemfeindlichen Rand verwechselt werden. Vor allem das vehemente Protestmotiv ist aber augenfällig – inwieweit es von anderen Akteuren genutzt werden kann, erscheint deshalb als die zentrale Frage.

Diagnose: Militanz und Entfremdungsgefahr

Insgesamt wird deutlich: Mit den Kritischen Aktivbürgern ist auf sehr ambivalente Weise zu rechnen. Sie sind mit ihrem Einsatz- und Geltungswillen einerseits eine potenzielle Stütze der Bürgerdemokratie, andererseits birgt ihr Misstrauen aber auch ein großes Potenzial für Militanz, wenn sie und das politische System sich noch weiter voneinander entfremden.

Dass sich Systemkritik im Ernstfall verselbstständigen kann, zeigt ein Blick auf die potenzielle Militanz auch in der Gesamtbevölkerung: Derzeit sind 29 Prozent der Meinung, dass manchmal die Bürger die Dinge „selbst in die Hand nehmen (müssen), auch wenn es dabei zu Gewalt kommen kann“.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Analyse zeigt: In der deutschen Bevölkerung geht es in aller Regel nicht grundsätzlich um das Für und Wider der Demokratie. Die Idee der Demokratie ist – mit der gewichtigen Ausnahme eines kleinen Teils der Gesellschaft – in ihrem Grundsatz unumstritten. Auch viele wichtige Prinzipien des Grundgesetzes stoßen unter den Menschen auf Zustimmung.

Dennoch wird deutlich, warum es Konflikte um die Demokratie gibt und auch der Begriff selbst ein Stück weit „politisiert“ ist: Die Menschen in Deutschland haben nämlich teils unterschiedliche Intuitionen dazu, was Demokratie eigentlich ausmacht, und reden deshalb manchmal aneinander vorbei, wenn sie vermeintlich dasselbe meinen. Das an sich ist nichts Neues, gewinnt aber eine andere Brisanz, wenn – wie derzeit – eine schwelende Vertrauenskrise zwischen Bürgerschaft und dem politischen Betrieb hinzukommt: Da sich viele Menschen unzureichend gehört und noch dazu in den politischen Ergebnissen „schlecht bedient“ fühlen, leidet ihr Zutrauen in das politische System. Das können sich populistische Akteure geschickt zunutze machen und einen Kampf um die Deutungshoheit darüber anstoßen, wer die „besten“ oder „eigentlichen“ Demokraten seien, wer also dem demokratischen Anspruch der Menschen am ehesten gerecht werde.

Außerdem hat uns die Forschung vor Augen geführt, wie stark die COVID-19-Pandemie viele Menschen in Deutschland aktuell politisiert. In unseren Fokusgruppen berichteten viele Teilnehmende, dass sie erstmalig Politik intensiv verfolgten und sich mit den Akteuren beschäftigten. Darin liegt eine Chance, wird doch deutlich, dass Demokratie und Politik das eigene Leben unmittelbar beeinflussen; allerdings auch eine Gefahr, da diese neue Aufmerksamkeit oft mit kritischen Aussagen über politische Abstimmungsprozesse und Handlungsfähigkeit einhergeht.

Politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für die Stärkung der liberalen Demokratie einsetzen, kann man zusammenfassend folgende Empfehlungen geben:

- Bei allen Bemühungen um eine Stärkung der liberalen Demokratie sollte berücksichtigt werden, dass rein appellative Zugänge auf der Werteebene Gefahr laufen, just die Menschen nicht zu erreichen, die ein durchwachsendes Verhältnis zur aktuellen politisch-gesellschaftlichen Lage haben. Zivilgesellschaftliche Arbeit sollte Demokratie also nicht nur als selbsterklärenden Eigenwert behandeln, sondern in das Gespräch über sie eintreten. Diesem Gespräch tut die Betonung des gemeinsamen Kerns demokratischer Rechte gut, der von fast allen Menschen in Deutschland geteilt wird. Doch es sollte auch Raum für Problembefunde derjenigen Menschen geben, die Demokratie anhand der erlebten Praxis und materieller Fragestellungen diskutieren wollen.
- Die verschiedenen Demokratievorstellungen zeigen auch, warum es der Pluralismus – eigentlich eine Grundfeste der demokratischen Kultur in Deutschland – schwer hat. Das diskursive Aushandeln verschiedener Interessen innerhalb einer Gesellschaft wollen viele nicht („die Politik“ soll „machen“ und nicht reden) und ohnehin betrachten viele Menschen politische Diskussionen insbesondere im persönlichen Umfeld als belastend. Diesen wichtigen Aspekt liberaler Demokratie, nämlich die Freude am und die Akzeptanz von Diskurs, zu stärken und positiv zu besetzen wird eines der wichtigen Handlungsfelder sein.
- Ganz allgemein ist weniger „Wertearbeit“ als eine neue „Beziehungsarbeit“ zwischen Politik, Bürgerschaft und Zivilgesellschaft gefragt, um das insgesamt solide Fundament der deutschen Demokratie (wieder) zu stärken und vor allem breiter zu machen. Es geht also weniger darum, Menschen von der Demokratie zu „überzeugen“, sondern um das Zurückgewinnen von Vertrauen zwischen Bürgerschaft und Politik, zwischen Medien und Menschen, und um das Bemühen, unterschiedliche Interessen und Perspektiven in unserem politischen System abzubilden.
- Auch zielgruppenspezifisch lassen sich neue Zugänge finden. Bei den oftmals jüngeren Passiv-Indifferenten, deren Bezug zur Demokratie vergleichsweise schwach ist, geht es darum, in der praktischen Lebenswelt anzusetzen und ihnen zu verdeutlichen, dass auch sie Gestaltungsspielraum und -möglichkeiten haben – wenn sie diese denn ergreifen. Insbesondere niedrigschwellige „Pull-Angebote“ in der politischen Beteiligung könnten sich hier als wirksam erweisen, also Angebote, die nicht allgemein eröffnet werden, sondern jemanden spezifisch und persönlich einladen.
- Bei den Enttäuschten Output-Orientierten, deren Erwartung einer fürsorglichen und gemeinschaftsorientierten Politik in ihren Augen nicht erfüllt wird und die mit Rückzug reagieren, geht es dagegen um die Neubegründung eines Vertrauensverhältnisses zu den Institutionen des Gemeinwesens. Dabei stehen Fragen der glaubwürdigen Repräsentanz, Anerkennung und Interessenvertretung an erster Stelle. Politische und gesellschaftliche Akteure sollten lebensweltliche Probleme wie Prekarität und Ungleichheit nachdrücklicher als Aufgabe der Demokratiestärkung verstehen und behandeln. Nur so kann klar werden, dass demokratische Politik das Leben dieser Menschen besser machen kann und soll.
- In den Gesprächen zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie zwischen ihnen und der Politik sollten – so zeigt es wiederkehrend die Forschung – die Themen Gemeinwohl, Respekt und Wertschätzung weit oben stehen. Viele wünschen sich derzeit eine Gesellschaft, die diesen menschlichen Grundbedürfnissen gerechter wird – in einer Zeit, die häufig als kühl, interessen-geleitet und vereinzelt wahrgenommen wird.

Demokratie
in Frankreich:
Zerrissen
zwischen
Idealismus und
Desillusionierung

The background features a large, abstract geometric design. It consists of several overlapping, angular shapes in a teal color against a yellow-green background. The shapes are arranged in a way that creates a sense of depth and movement, with some shapes appearing to be layered on top of others. The overall effect is modern and dynamic.

Demokratie in Frankreich: Zerrissen zwischen Idealismus und Desillusionierung

12 In Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut KANTAR befragte More in Common insgesamt 2.000 Erwachsene in Frankreich zu ihren Einstellungen rund um Demokratie und Politik sowie zu ihrer eigenen Rolle in Gemeinwesen und Gesellschaft. Nach der quantitativen Feldarbeit im Januar 2021 folgten im März 2021 qualitative Fokusgruppen.

Es wird aufmerksame Leserinnen und Leser nicht überraschen, dass es um die Demokratie in Frankreich derzeit nicht zum allerbesten steht. Unsere Befragung zeigt: Mehr als ein Drittel der Bevölkerung (39 Prozent) würde manchmal eine nicht demokratische Regierung einer demokratischen vorziehen und 37 Prozent finden, dass es für Leute wie sie keinen Unterschied mache, ob sie unter einer demokratischen Regierung oder einem undemokratischen Regime leben.¹²

Um diese Desillusionierung besser zu verstehen und bevor wir den Blick auf verschiedene demokratisch entkoppelte Bevölkerungsgruppen legen, soll ein kurzer historischer Abstecher verdeutlichen, **wie heutige Wahrnehmungen von Demokratie und Macht in Frankreich die Gründungsmythen widerspiegeln**, die in der kollektiven Vorstellung des Landes so fest verankert sind.

Die Bedeutung der Französischen Revolution ist auch über 230 Jahre später ungebrochen. Dieses Ereignis bestimmt, wie die Menschen im Land Macht wahrnehmen und sich ihr gegenüber positionieren. Doch seit 1789 prägt Frankreich vor allem eine beträchtliche und oftmals unterschätzte konstitutionelle Instabilität. Seit dem Sturm auf die Bastille hat **Frankreich vierzehn Verfassungen und fünf Regierungsformen kommen und gehen sehen**. Allein im 20. Jahrhundert durchlief Frankreich die Dritte Republik, das Vichy-Regime, die Vierte und schließlich die jetzige Fünfte Republik. Letztere, 1958 gegründet, mit einer Verfassung, die seitdem vierundzwanzig Mal geändert wurde, hat nur für eine mäßige institutionelle Stabilität gesorgt. Seit 1958 hat es insbesondere zwei wichtige Veränderungen gegeben: Seit 1962 wird der Präsident durch eine allgemeine Direktwahl gewählt, und im Jahr 2000 wurde die Amtszeit des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre gesenkt.

Meist fanden die recht häufigen Regimewechsel nach Krisenmomenten statt, oftmals recht gewalttätig. So entstand etwa die Fünfte Republik aus dem Algerienkrieg und einem Gesuch an General de Gaulle, wieder an die Macht zu gelangen und die Ordnung wiederherzustellen. Institutionell wirkt Frankreich in der Nachkriegszeit also relativ instabil, gerade im Vergleich zu den Nachbarn Großbritannien und Deutschland. **Politische Machtkämpfe stehen hier stärker im Vordergrund als die Suche nach einem Konsens**.

Das heutige zentralisierte System hat seine Wurzeln noch in der Revolution von 1789 und dem damaligen Streben nach gleichen Rechten für alle, mit dem Staat – so zentral für das politische Leben des Landes – als Garanten. Doch seit den 1960er-Jahren ist die Frage nach der Aufteilung von Kompetenzen zwischen dem zentralisierten Staatsapparat und den lokalen sowie regionalen Behörden zum Dauerthema in der politischen Debatte geworden. Immer stärker gelten kommunale Behörden (Regionen und Kommunen) als politische und institutionelle Gegengewichte, um die Macht des Zentralstaats auszutarieren. Frankreichs Demokratie sollte also zumindest teilweise im Sinne eines sich verschiebenden institutionellen Rahmenwerks betrachtet werden.

Einstellungen zur Demokratie sind in Frankreich auch durch eine fortwährende Spannung geprägt, wonach der sogenannte starke Mann – l'homme providentiel – als politischer Führer einerseits gesucht und andererseits abgelehnt wird. Diese sehr französische Version von Cäsarentum beruht zu Teilen auf dem Erbe Napoleons (auch sein Einfluss bleibt 200 Jahre nach seinem Tod stark) und fand jüngere Verkörperungen in Marschall Pétain und natürlich General de Gaulle, der den meisten zeitgenössischen Präsidenten weiterhin als Vorbild dient. Auch im heutigen Frankreich herrscht die Idee vor, das französische Volk könne seine wahre Erfüllung durch eine derartige Schutzfigur finden, die verloren gegangenen Ruhm und Stolz wiederherstellt; jüngere Versuche, zu einer „normalen“ Autoritätsfigur zurückzukehren, waren erfolglos, wie die Präsidentschaft François Hollandes zeigte.

Die derzeitige Machtverteilung in Frankreich gesteht dem Präsidenten ein enormes Maß an informellem Gewicht und formeller Macht zu, was in den letzten Jahren nur noch zugenommen hat. Als Spitze der Exekutive steht der Präsident faktisch auch einer Legislative vor, die direkt nach ihm gewählt wird und ihm (ein weibliches Staatsoberhaupt gab es bislang noch nicht) die eigene politische Legitimation schuldet. Das daraus resultierende Machtungleichgewicht belastet die politischen Beziehungen, da die parla-

mentarische Opposition darum kämpfen muss, sich Gehör zu verschaffen. Diesen Stand der Dinge hat der fast durchgehende Ausnahmezustand verschärft, der aufgrund der terroristischen Anschläge 2015 und zuletzt als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie ausgerufen wurde. Viele Verfassungsexperten sind mittlerweile der Ansicht, die Fünfte Republik benötige einen Neustart. Über eine reine Verfassungsdebatte hinaus zeigt sich das auch darin, wie die Menschen in Frankreich die Demokratie insgesamt wahrnehmen.

Einstellungen der Franzosen zu ihrer Demokratie

Demokratische Ermüdung

Unsere Erhebung hat gezeigt, dass etwa ein Drittel der französischen Bevölkerung dem demokratischen System merklich misstraut. Die Symptome von Entfremdung sind zahlreich: von einem tiefen Misstrauen gegenüber Eliten, politischen Parteien und gewählten Amtsträgern – das in den vergangenen Jahren auch gewalttätige Formen angenommen hat, etwa während der Gelbwestenproteste – über eine wachsende Wahlenthaltung, die fortgesetzte Anziehungskraft populistischer und autoritärer Parteien bis hin zu einem Rückzug der Menschen aus der öffentlichen Debatte.

Um die genaue Sachlage dieser Desillusionierung und die Ursachen der wachsenden Kluft zwischen einem beträchtlichen Anteil der Bevölkerung und ihrem politischen System zu verstehen, müssen wir zuerst darlegen, wie die Französinen und Franzosen Demokratie verstehen und was sie von ihr erwarten.

Anforderungen an Demokratie

Was sind aus Sicht unserer Befragten – jenseits der juristischen und formellen Definition – die wichtigsten Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie? Als „besonders wichtig“ stufen die Menschen in Frankreich ein:

- Die **Ehrlichkeit gewählter Mandatsträger** wird als wichtigste Bedingung einer Demokratie eingestuft (63 Prozent). Das reflektiert zum einen, dass Gleichheit (hier die Gleichheit vor dem Gesetz) in Frankreich als Basiswert gilt, aber auch, wie verheerend sich eine Reihe öffentlichkeitswirksamer Korruptionsfälle und -prozesse ausgewirkt hat, etwa die kürzliche Verurteilung des ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy.
- **ein Bildungssystem, das allen Kindern dieselben Möglichkeiten gewährt** (61 Prozent) – eine erneute Illustration der Bedeutung des Wertes Gleichheit in Frankreich
- **Sicherheit** für alle im gesamten Staatsgebiet (60 Prozent)
- **freie Wahlen** (60 Prozent)
- **ein säkularer Staat** (auf das für Frankreich zentrale Konzept der Laizität bezogen) (59 Prozent)
- Achtung der **Freiheiten der Einzelnen**: Meinungs-, Bewegungs- und Glaubensfreiheit (56 Prozent)
- **Gewaltenteilung** zwischen Exekutive, Legislative und Judikative (52 Prozent)
- **eine freie und unabhängige Presse** (51 Prozent)

Auf die Frage, wie stark sie sich einzelnen Attributen einer Demokratie verbunden fühlen, nennen die Befragten an erster Stelle freie und faire Wahlen sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung (jeweils 67 Prozent), gefolgt von gleichen Rechten für alle und einer unabhängigen Justiz (jeweils 61 Prozent). Weiter hinten rangieren die Demonstrationsfreiheit mit 46 Prozent und die Existenz von Oppositionsparteien mit 45 Prozent.

An welchen Anzeichen lässt sich laut den Befragten ablesen, dass eine Demokratie nicht funktioniert? 42 Prozent stimmen zu, dass extreme Armut beziehungsweise mangelnde Gewaltenteilung einen solchen Hinweis geben, gefolgt von einer mangelnden Trennung von Religion und Staat (41 Prozent) – weit vor der Nennung eines schwachen Parlaments (31 Prozent).

Auch wenn die Meinungen der französischen Bevölkerung natürlich kein einheitlicher Block sind, kristallisiert sich doch ein Bild heraus. Die Befragten verstehen unter **Demokratie eher eine Reihe klarer Regeln und Resultate und weniger die repräsentative Demokratie an sich oder einen bestimmten Wertekanon.**

Das französische Paradoxon: Ist Frankreich ein autoritäres Land?

Die französische Bevölkerung – oder zumindest ein beträchtlicher Teil davon – unterscheidet sich von vielen Nachbarländern durch ihre Tendenz, eine an Autoritarismus grenzende vertikale Machtstruktur zu bevorzugen. Diese Neigung prägt die politische Landschaft Frankreichs schon lange und hat sich durch die zahlreichen terroristischen Anschläge seit 2015 und die COVID-19-Pandemie nur noch weiter verstärkt.

Frankreich weist außerdem ein relativ niedriges Niveau zwischenmenschlichen Vertrauens auf: Nach Angaben früherer Erhebungen von More in Common¹³, aber auch des jährlichen Barometers des Politikforschungsinstituts CEVIPOF¹⁴ finden 35 Prozent der Bevölkerung, man könne den meisten Menschen vertrauen, verglichen mit 42 Prozent in Deutschland und 45 Prozent im Vereinigten Königreich. Mit diesem Niveau liegt Frankreich eher näher bei Italien (29 Prozent). Dieses ausgeprägte „horizontale“ oder zwischenmenschliche Misstrauen könnte eine Erklärung für die eindeutige Nachfrage nach einer starken Führungsfigur sein, die die französische Politik prägt.

¹³ Vgl. More in Common (2020): The New Normal?

¹⁴ CEVIPOF: Le Baromètre de la confiance politique.

Doch trotz dieses Zuspruchs für den sogenannten starken Mann herrscht in Frankreich zugleich tiefes Misstrauen gegenüber allen Autoritätsfiguren, insbesondere politischen. **Darin liegt das demokratische Paradoxon des Landes:**

- 77 Prozent der Bevölkerung finden, es brauche in Frankreich „eine echte Führungsfigur, um die Ordnung wiederherzustellen“; 29 Prozent stimmen der Aussage sogar ausdrücklich zu.
- Und doch sind 61 Prozent der Ansicht, die wirksamsten Akteure im gesellschaftlichen Wandel seien die Bürgerinnen und Bürger selbst, weit vor allen anderen Kategorien einschließlich der Regierung (die hier von 28 Prozent genannt wird).

Diese Spannung zwischen horizontaler und vertikaler Macht hat sich in unseren Untersuchungen durchweg gezeigt. Während über die Hälfte der Befragten (57 Prozent) von Regierenden vor allem erwartet, Ergebnisse zu erzielen, will im Gegensatz dazu nur etwas weniger als die Hälfte (43 Prozent), dass die Regierenden an erster Stelle die größtmögliche Anzahl von Menschen berücksichtigen.

Auch, was die Entscheidungsfindung anbetrifft, offenbart sich diese Spannung:

- 78 Prozent sind der Ansicht, Entscheidungen würden am besten von gewählten Amtsträgern nach Debatte und Konsultation getroffen.
- 50 Prozent finden, Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Allgemeinheit würden am besten direkt vom Volk in Form von Referenden getroffen.
- Laut 48 Prozent würden die besten Entscheidungen für die Allgemeinheit von Experten und Wissenschaftlern getroffen.
- 24 Prozent zufolge treffe am besten der Präsident selbst derlei Entscheidungen.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen Deliberation einerseits und Effizienz andererseits kennzeichnet Frankreichs Politik durchgehend und trat schon in der Instabilität vergangener Republiken zutage. Besonders zeigt es sich seit Beginn der COVID-19-Pandemie, als Präsident Macron die Entscheidungsmacht stark zentralisierte, selbst bei schwerwiegenden Entscheidungen wie einem landesweiten Lockdown. Was die Legislative fassungslos machte, fand in der Bevölkerung große Zustimmung.

So erklären sich auch die folgenden beiden Punkte:

- 76 Prozent der französischen Bevölkerung finden es akzeptabel, wenn „die Regierung im Falle einer Gefahr für die öffentliche Ordnung die Bürgerrechte einschränkt“ (27 Prozent stimmen ausdrücklich zu).
- 77 Prozent finden es akzeptabel, wenn „die Regierung im Falle einer schweren Gefahr für die öffentliche Gesundheit die Bürgerrechte einschränkt“ (hier stimmen 29 Prozent ausdrücklich zu).

Auch in der Wahrnehmung des Verhältnisses von Demokratie und Effizienz ist diese autoritäre Tendenz zu bemerken. So bedeutet für viele Befragte eine stärker konzentrierte Entscheidungsmacht schnellere und effizientere Ergebnisse. Dialog, Beratschlagung und Kompromiss gelten hier eher als Zeitverschwendung.

Diese Forderung nach Autorität ist jedoch keineswegs einstimmig und verdrängt auch nicht völlig die Nachfrage nach Einbindung und gemeinsamer Gestaltung. Die beiden widersprüchlichen Forderungen koexistieren und schwanken in der französischen Bevölkerung je nach Moment. Das erklärt auch, warum Präsident Macron gerade dann starke Zustimmung erfährt, wenn er besonders „vertikale“ Macht ausübt (etwa während des ersten Jahres seiner Amtszeit oder des Großteils der Pandemie), seine Präsidentschaft aber zugleich von „horizontaler“, stark direktdemokratischer Kritik am Repräsentationsprinzip durchsetzt ist – etwa während der Gelbwestenbewegung und ihrer gebetsmühlenartigen Forderung nach einer exklusiv auf Referenden ausgelegten Regierungsführung.

Kann demokratische Politik das Leben der Menschen noch zum Positiven verändern?

Aus einem Empfinden von Ohnmacht, des Ignoriert- und Abgehängtwerdens erlebt etwa ein Drittel der französischen Bevölkerung ein demokratisches System, das ohne sie und immer stärker gegen sie zu funktionieren scheint. **Weniger als die Hälfte der Bevölkerung fühlt sich als Bürgerin oder Bürger anerkannt und berücksichtigt.** Diese Auffassung entstammt einer Alltagserfahrung von Zurücksetzung und Stagnation sowie einem Mangel an sozialer und beruflicher Anerkennung:

- Nur 18 Prozent der Befragten finden, dass sich Entscheidungen von Politikerinnen und Politikern positiv auf Leute wie sie auswirkten.
- 48 Prozent sind der Ansicht, diese Entscheidungen berührten sie zum Negativen.
- 34 Prozent meinen, derlei Entscheidungen kämen überhaupt nicht bei ihnen an.

Viel davon hat mit der Wahrnehmung eines wirtschaftlichen Stillstands in Frankreich zu tun: Untersuchungen des CEVIPOF (siehe oben) zufolge nimmt über die Hälfte der französischen Bevölkerung ihren derzeitigen Lebensstandard als schlechter oder ähnlich dem ihrer Eltern im gleichen Alter wahr. Hinzu kommt, dass 37 Prozent finden, ihr Lebensstandard habe sich im Laufe der letzten Jahre verschlechtert, ein höherer Anteil als etwa in Deutschland (23 Prozent) oder Italien (30 Prozent). Sowohl individuell als auch kollektiv sind derlei Wahrnehmungen von Fortschritt oder Stillstand wesentlich. Sie wirken sich darauf aus, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen das politische System im Land sehen. **So haben wirtschaftlich bessergestellte Befragte eine sehr viel positivere Wahrnehmung von Demokratie:**

- 73 Prozent der wohlhabenderen Segmente (mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von über 3.750 Euro) erachten das demokratische System als unverzichtbar und das bestmögliche.
- Unter den ärmsten Befragten (mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von unter 800 Euro) schließen sich dem nur 54 Prozent an.
- Nur ein Viertel der Wohlhabenderen (27 Prozent) stimmt der Aussage zu, es mache „für Leute wie sie keinen Unterschied, ob wir unter einer demokratischen Regierung oder einem undemokratischen Regime leben“. Demgegenüber bejaht das die Hälfte (52 Prozent) der Ärmsten unter den Befragten.
- Auch Bildungsunterschiede wirken sich erheblich aus: Für 41 Prozent der Befragten ohne Bildungsabschluss mache es keinen Unterschied, in einer Demokratie zu leben, verglichen mit 25 Prozent der Befragten mit höherer (akademischer) Bildung.

Demokratische Enttäuschung wird auch in dem Empfinden vieler Franzosen offenkundig, sie würden nicht angehört und Politikerinnen und Politiker vertrauten der gewöhnlichen Bevölkerung nicht: Diese Ansicht zeigt sich bei den 77 Prozent der Befragten, die meinen, „Politikerinnen und Politikern ist völlig egal, was Leute wie ich denken“. Nur 37 Prozent der Franzosen glauben, Regierungsmitglieder vertrauten ihnen, und 40 Prozent, dass der Präsident ihnen Vertrauen entgegenbrächte; dass Bürgermeister, Lehrer oder Polizisten ihnen vertrauen, glaubt hingegen eine klare Mehrheit.

Für viele Franzosen ist wichtig, was die Demokratie leistet

Die französische Bevölkerung bewertet ihre Demokratie nicht im (relativen) Vergleich mit anderen Regierungsformen, sondern auf absolute Weise. Das Ergebnis dieser Bewertung orientiert sich daran, inwieweit das System in der Lage erscheint, bestimmte greifbare Ergebnisse zu erzielen. **Wie Menschen Demokratie im Alltag erleben, wird also mit dem demokratischen Ideal dessen verglichen, was in Frankreich als „das Versprechen der Republik“ bezeichnet wird** – die Erfüllung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Unter den Befragten gilt Demokratie zwar gemeinhin als recht effektiv (etwa im Gewährleisten individueller Freiheiten oder von Minderheitenrechten), trotzdem ist sie für fast jeden Fünften nicht das bestmögliche System, um Ungleichheiten abzubauen, Partikularinteressen einzuhegen oder die Umwelt zu schützen. Ein Viertel erachtet sie auch nicht als das bestmögliche System zur Sicherung der öffentlichen Ordnung.

Abbildung 13:

Demokratie beste Regierungsform, um ...

Angaben in %

... die Freiheiten der Einzelnen zu gewährleisten



... Minderheitenrechte zu gewährleisten



... die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu fördern



... die Sorgen aller Bürger anzugehen



... Gerechtigkeit zu gewährleisten



... soziale Ungleichheit zu verringern



... das Gemeinwohl vor Einzelinteressen zu fördern



... die Umwelt und Artenvielfalt zu schützen



... die Ordnung zu wahren



■ Ja, stimme voll und ganz zu ■ Ja, stimme eher zu ■ Nein, stimme eher nicht zu ■ Nein, stimme überhaupt nicht zu

Frage: Ist die Demokratie Ihrer Meinung nach die bestmögliche Regierungsform, um... ? Quelle: More in Common (2021).
Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Welche Alternativen würden also bessere Resultate liefern? Angesichts der vermeintlichen „Ergebnislosigkeit“ bei bestimmten Themen und Politikzielen hält es eine klare Mehrheit (67 Prozent) heutzutage für einfacher, die Gesellschaft durch Arbeit und Unternehmertum zu verändern als durch politisches Engagement. Doch demokratische Abkehr und der Rückzug ins Private sind nicht die einzigen Folgen dieser Unzufriedenheit; so wäre ein knappes Drittel (29 Prozent) „bereit, für einen Systemwandel gewalttätige Handlungen zu unterstützen“, und fast jeder Zehnte stimmt dieser Aussage auch noch ausdrücklich zu.

Abbildung 14:

Handeln für den Wandel

Angaben in %

Heutzutage ist es einfacher, die Gesellschaft durch Arbeit und Unternehmertum zu ändern als durch politischen oder zivilgesellschaftlichen Einsatz



Ich bin bereit, gewalttätige Aktionen zu unterstützen, um das System zu verändern



■ Stimme voll und ganz zu ■ Stimme eher zu ■ Lehne eher ab ■ Lehne voll und ganz ab

Frage: Stimmen Sie den folgen Aussagen zu oder lehnen Sie sie ab? Quelle: More in Common (2021)

Ob die Demonstrationen gegen Emmanuel Macrons Rentenreform oder die Gelbwestenbewegung 2018/2019 – kaum eine Protestbewegung scheint in Frankreich heutzutage ohne großflächige Gewalt auszukommen, worauf die Polizei oftmals gleichermaßen gewalttätig reagiert. Die Präsenz politischer Gewalt, verstärkt durch die Dauerberichterstattung der Medien und den Nachhall in den Echokammern der sozialen Medien, hat sich zu einem wesentlichen Zug in Frankreichs politischem Leben entwickelt. Dies verstärkt Polarisierung und macht gewöhnliche Meinungsverschiedenheiten zu immer unlösbareren Kulturkonflikten.

Sporadische Beteiligung

Losgelöste Eliten, fehlende Berücksichtigung der gewöhnlichen Bevölkerung und ein Mangel an greifbaren Verbesserungen im Alltag sorgen bei einem substanziellen Anteil der Bevölkerung – etwa einem Drittel – für ein Verhältnis zur Demokratie, das von Enttäuschung und Resignation gezeichnet ist, eine passive Beziehung, die sich vornehmlich in Wahlenthaltung ausdrückt, aber auch regelmäßig zu mehr oder weniger gewalttätigen sozialen Unruhen führt.

Bei einem erheblichen Bevölkerungsanteil hat sich dabei eine Art „sporadischen Wählens“ etabliert: Nur 58 Prozent wählen durchweg in allen Wahlen, während 23 Prozent „meistens, aber nicht immer“ wählen, 11 Prozent „nur in manchen Wahlen“ abstimmen und 8 Prozent nie wählen gehen. Dieses sporadische Verhältnis zur Demokratie bedeutet für viele Franzosen, dass sich Phasen der Apathie oder Resignation mit solchen größeren Engagements abwechseln. Letzteres geschieht immer öfter auch außerhalb des üblichen Rahmens politischen Engagements oder Institutionen (wie Gewerkschaften oder NGOs). Der Gang zur Wahlurne, eine Mitgliedschaft in einer Partei oder Gewerkschaft oder sonstigen Vertreterorganisationen, der Dialog mit gewählten Amtsträgern und sogar friedliche Demonstrationen – sie gelten in diesem Umfeld mittlerweile als passé.

Dennoch hat die Entfremdung dieser Menschen weniger zu Forderungen nach anderen Regierungsformen geführt als nach Forderungen, die Demokratie selbst anzupassen –

sei es entweder auf eine moderne und partizipatorische Weise (etwa durch Bürgerversammlungen) oder in einem autoritäreren, hierarchischeren Gewand in der Hoffnung, dass dies zu größerer Effizienz und besseren Ergebnissen führe. Der letztere Trend wird von zwei durchaus verbreiteten Überlegungen genährt:

- Zum einen hat sich seit den Terroranschlägen von 2015 die Vorstellung etabliert, ein größerer Schutz vor physischer Gewalt rechtfertige ein Tauschgeschäft mit individuellen Rechten und Freiheiten. Vor die direkte Wahl gestellt finden 60 Prozent, es sei „essenziell, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten“, wohingegen nur 40 Prozent finden, es habe Priorität, „individuelle Rechte und Freiheiten zu respektieren“.
- Zum anderen existiert die Vorstellung, dass Deliberation nicht unbedingt der beste Weg zu guten Entscheidungen sei und Schnelligkeit manchmal besser sei – selbst wenn dabei die Bürger weniger eingebunden würden. So befürworten im Fall einer größeren gesundheits-, sicherheits- oder wirtschaftspolitischen Krise 43 Prozent, dass staatliche Stellen „in der Handhabung des Notfalls freie Hand“ haben sollten, selbst wenn das bedeute, keine Zeit für Diskussionen einzuplanen. Nichtsdestotrotz bevorzugen immer noch 57 Prozent „vor Entscheidungen und Handlungen das Einrichten von Zeit für eine Konsultation der Bevölkerung und Diskussionen“.

Ambivalente Gruppen in Frankreich: Zwischen Resignation und der Tendenz zur Revolte

Die dargelegten Spannungen und Paradoxa entstehen aus Einstellungsunterschieden innerhalb der französischen Bevölkerung. Wir wollten deshalb tiefer bohren und haben zwei Bevölkerungssegmente ermittelt, die im Besonderen ein ambivalentes Verhältnis zur Demokratie haben:

die Demokratieskeptiker und die Systemkritiker.

Die beiden Segmente illustrieren anschaulich die tiefer liegenden Spannungen zwischen verschiedenen Demokratieeinstellungen in Frankreich: Zwischen einem vertikalen und einem horizontalen Machtverständnis, also einem Fokus auf Deliberation und Gesprächen einerseits und dem Liefern von Ergebnissen andererseits (nicht zuletzt bei Sicherheit und Ordnung) und zwischen einem vermeintlichen Mangel an tatsächlicher Vertretung und der Forderung, diese zu übergehen:

- Die **Demokratieskeptiker** machen 25 Prozent aller Befragten aus und stellen somit die größere der beiden Gruppen. Sie besteht aus Menschen, die der Demokratie wenig zutrauen, denen Volksentscheide suspekt sind und die finden, es sei manchmal durchaus notwendig, die Regeln zu umgehen. Das Segment ist überdurchschnittlich jung, arm, weniger gut ausgebildet und wählt stärker als andere entweder überhaupt nicht oder Marine Le Pens rechtsextreme Partei Rassemblement National.
- Das Segment der **Systemkritiker** (13 Prozent) besteht aus Menschen, die man als demokratisch enttäuscht beschreiben könnte. Für sie ist Demokratie nicht zwingend das beste System, dennoch ist ihnen die Einbeziehung der Meinungen der Bevölkerung neben Referenden und dem Wert der Freiheit besonders wichtig. Der repräsentativen Demokratie begegnen sie mit Misstrauen. Bedenklich ist, dass sich auch in dieser Gruppe sowohl überdurchschnittlich viele Wähler Marine Le Pens als auch Nichtwähler finden.

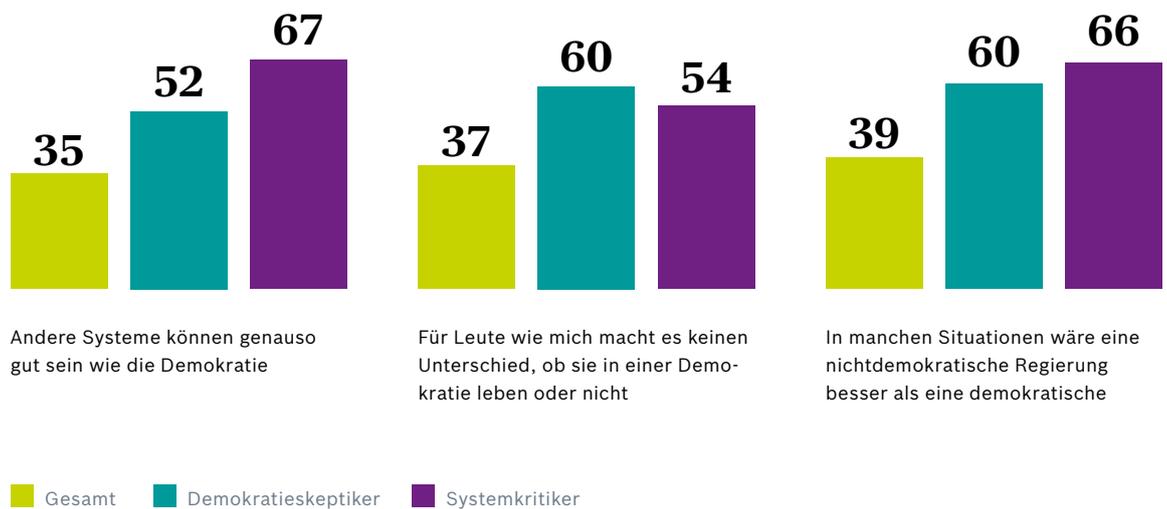
Beide Segmente zeigen eine insgesamt schwächere Bindung an das demokratische System: Sel-
tener als andere sind sie der Ansicht, Demokratie sei „das bestmögliche System“ oder dass sie
sich bemerkbar auf das eigene Leben auswirke. Doch keines der beiden Segmente – und dieser
Punkt ist ausschlaggebend – ist gegenüber demokratischen Prinzipien und Werten grundlegend
oder unwiderruflich entfremdet.

Mithilfe einer näheren Betrachtung möchten wir Wege zu einer Annäherung und einer erneuten
Einbindung beider Segmente ausmachen. Auch Unterschiede werden dabei deutlich: **Während
die Demokratieskeptiker klar autoritäre Tendenzen aufweisen, wollen die Systemkriti-
ker vor allem eine größere Einbindung und Berücksichtigung der Bevölkerung.**

Abbildung 15:

Gemeinsamkeiten der beiden Segmente

Zustimmung in %



Fragen: Würden Sie ganz allgemein sagen, dass ...? Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?
Quelle: More in Common (2021)

Die Demokratieskeptiker (25 Prozent)

Diese Gruppe neigt zu dem Urteil, dass Demokratie in keinerlei Hinsicht ihr eigenes Leben berühre. Da sie von der Ineffizienz der Demokratie überzeugt sind, erwarten sie so gut wie nichts von diesem System. Die Krise politischer Effektivität – die sie auf persönlicher Ebene als Stagnation oder sozialen Abstieg erleben – erweckt bei ihnen die Forderung nach Ordnung und Autorität.

„Wir haben keinerlei positive Perspektiven mehr. Es wird immer schwieriger, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, und die Politiker tun rein gar nichts, um unser Leben zu verbessern.“

– Teilnehmerin der Fokusgruppe

Soziodemografisches Profil

- Insgesamt eher jung
- In der Tendenz häufiger einfache Bildungsprofile
- Wirtschaftlich oftmals schlechtergestellt: 58 Prozent gehören zu unteren Einkommensgruppen oder zu der unteren Einkommensmittelschicht (mit bis zu monatlich 2.250 Euro Einkommen).

Persönliche Perspektive

Die Demokratieskeptiker sind insgesamt eher jung und Teil einer einkommens- und bildungsschwächeren Schicht. Besonders starke Zustimmung erfahren bei ihnen die beiden Aussagen, dass es „für Leute wie sie keinen Unterschied“ mache, unter einer demokratischen Regierung oder einem undemokratischen Regime zu leben, und dass eine nicht demokratische Regierung einer demokratischen mitunter vorzuziehen sei.

Auch legen sie weniger Wert auf eine Reihe grundlegender demokratischer Parameter, etwa freie und faire Wahlen, eine unabhängige Presse, eine unabhängige Judikative und die Gewährleistung gleicher Rechte für alle, unabhängig von der sexuellen Orientierung, von Geschlecht, Religion, geografischer oder sozialer Herkunft. Ebenfalls nur in geringem Maße halten sie die Demokratie für das bestmögliche System, um Gerechtigkeit, Ordnung oder individuelle Rechte wie die von Minderheiten zu gewährleisten oder die Meinung aller zu berücksichtigen und soziale Ungerechtigkeiten zu reduzieren.

Aus dieser Perspektive begründen die Demokratieskeptiker die eigene Ernüchterung mit einer mangelnden Effektivität der Demokratie, also der Unfähigkeit, spezifische Ziele wie Ordnung, wirtschaftlichen Wohlstand oder einen angemessenen Umweltschutz zu erreichen. Dieses Segment, das sich kaum zu demokratischen Verfahren, Abstimmungsprozessen oder dem Pluralismus bekennt, neigt dazu, Effizienz in der Konzentration von Macht zu suchen, also in vertikalen, von oben gesteuerten Prozessen, sowie in Disziplin und Ordnung.

Wenig überraschend kennzeichnet eine Reihe autoritärer Tendenzen dieses Segment. Eher als der Rest der Bevölkerung tendieren die Demokratieskeptiker dazu, „Referenden als politischem Werkzeug“ nicht zu trauen, weil diese sie „stark schwankenden Stimmungen unterwerfen“. Die Aussage „Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Allgemeinheit werden am besten nach Debatten und Konsultation durch gewählte Mandatsträger getroffen“ erhält von ihnen nur schwache Zustimmung; das Amt des Präsidenten ist in ihren Augen dafür besser geeignet und legitimer (wenn auch der jetzige Präsident ausgeklammert wird). Ähnlich befürworten sie klarer als andere die Aussage „um die Probleme des Landes zu lösen“ sei es „manchmal notwendig, Regeln zu umgehen“, selbst wenn es die Verfassung wäre. Auf das Gehör der Regierenden für politische Gegner legen die Demokratieskeptiker sehr viel weniger Wert als der nationale Durchschnitt und befürworten auch stärker Ein-Parteien-Regierungen.

Politische Positionierung

Wie erwähnt stimmen die Demokratieskeptiker überdurchschnittlich stark für Marine Le Pens Partei oder enthalten sich gleich ganz der Stimme. Ein beträchtlicher Anteil (39 Prozent) hat keine Parteipräferenz; und wenngleich man die Links-Rechts-Achse nicht überbewerten sollte – für 69 Prozent aller Befragten hat sie keine Aussagekraft –, identifizieren sich die Demokratieskeptiker stärker mit dem politisch rechten Spektrum (57 Prozent, wovon sich 12 Prozent mit der extremen Rechten identifizieren) als mit dem linken (19 Prozent). Trotzdem ist ihr Interesse an Politik weniger eindrücklich als bei anderen; sie diskutieren mit Freunden und Familie weniger über Politik und auch ihre Wahlbeteiligung unterschreitet klar den Mittelwert.

Wie sich die Demokratieskeptiker wieder einbinden lassen

Die für diese Studie durchgeführten Fokusgruppen bestätigen, dass die Demokratieskeptiker aufgrund ihres offensichtlichen Haderns mit dem politischen System am schwierigsten wieder einzubinden sein dürften. Sie sind schwieriger zu erreichen, weil sie dem öffentlichen und politischen Leben keinen großen Wert beimessen und sich dementsprechend auch nicht zivilgesellschaftlich engagieren. Primär erwarten sie von einer Demokratie, so leben zu können, wie sie wollen (nämlich weitgehend unabhängig oder sogar unbeteiligt), ihnen das System aber gleichzeitig klare Aussichten auf Fortschritt bieten beziehungsweise zumindest ihren wahrgenommenen sozialen Abstieg aufhalten soll.

Bei den Demokratieskeptikern treten zwei Züge besonders deutlich hervor:

- **Wut:** Gegenüber der bestehenden Ordnung empfinden sie tiefen Groll, gespeist aus einem tatsächlichen oder vermeintlichen sozialen Abstieg und dem Gefühl, zurückgelassen worden zu sein.
- **Ordnung:** Zuvorderst wollen die Demokratieskeptiker Autorität, Sicherheit und Ordnung. Neben dem Wunsch nach einer starken politischen Führung erwarten sie ein geordnetes System, in dem die Verdienste jedes Einzelnen anerkannt werden und jeder einen Platz und eine sinnstiftende Rolle innehat. In einem solchen Szenario liegt für dieses Segment auch die Anziehungskraft der extremen Rechten.

Somit hat eigentlich nur das Versprechen eines recht radikalen Wandels im politischen, wirtschaftlichen und sozialen System Aussichten, diese Menschen in den öffentlichen Raum zurückzuholen. Zusätzlich geht ihre Forderung nach mehr Ordnung und allseits respektierten Regeln mit der Erwartung einher, politisches Handeln müsse sich als sehr viel wirksamer erweisen.

Diesen Menschen zu zeigen, dass öffentliches Handeln ihr eigenes Leben durchaus zum Positiven berühren kann, wäre also ausschlaggebend.

„Wir leben schon gar nicht mehr, wir überleben nur noch. Wir haben keine Hobbys oder Freizeit mehr. Politik verändert gar nichts.“

– Teilnehmerin der Fokusgruppe

Letzten Endes eint die Demokratieskeptiker ein **Unverständnis gegenüber der heutigen Welt und das Bedürfnis nach einer Lesart, die sowohl sinnstiftend ist als auch Perspektiven auf ein besseres Leben bietet**. Darin liegt einer der Gründe, warum Verschwörungserzählungen in Frankreich stark vorherrschen. Ebenso zeigt sich dieses Segment besonders anfällig für die „Wir gegen die“-Narrative, die „schlüssselfertige“ Erklärungen für Bedrohungsszenarien liefern, indem sie etwa Minderheiten oder den sogenannten Eliten die Schuld zuweisen.

Für eine Wiedereinbindung der Demokratieskeptiker muss also ein Kreislauf des Misstrauens durchbrochen werden. Sie müssen in ein Narrativ eingebunden werden, das sie anspricht und ihren Glauben an die eigene Zukunft wiederherstellt – doch ohne dass es sich dabei auf hoch gesteckte Werte und Prinzipien beruft, deren bloße Nennung für Ermüdung und Misstrauen sorgt.

Die Systemkritiker (13 Prozent)

Ihre demokratische Enttäuschung haben diese Menschen mit den Demokratieskeptikern gemein, aber sie ziehen andere Schlüsse: Sie fordern vor allem, die breite Bevölkerung stärker in den Blick zu nehmen, mehr Abstimmungsprozesse und ein stärkeres Berücksichtigen der Bürgerinnen und Bürger durch die „Eliten“. Ihr Wählerprofil gleicht dem der Demokratieskeptiker – mit Tendenzen, entweder gar nicht oder Marine Le Pen zu wählen –, ebenso ihre Ansicht, das politische System sei nicht in der Lage, ihr Leben zum Besseren zu kehren.

„Ich bin schon seit über 25 Jahren nicht mehr wählen gegangen. 2005 hat Sarkozy gezeigt, dass Wählen nichts bringt, denn am Ende machen die Eliten doch, was sie wollen.“

– Teilnehmerin der Fokusgruppe

Soziodemografisches Profil

- Im Altersprofil ausgeglichen
- Auch Bildungsprofile eher durchschnittlich verteilt
- Ausgeglichene Einkommensverteilung, alle Schichten vertreten

Persönliche Perspektive

Wie bei den Demokratieskeptikern ist das Politikinteresse der Systemkritiker im Vergleich zum Rest der Bevölkerung recht niedrig; dennoch diskutieren die Menschen hier immer noch sehr viel mehr als die Demokratieskeptiker mit Freunden und Familie über Politik – **ein Anzeichen, dass im Kern ihres Desinteresses eher Enttäuschung stecken könnte als eine tatsächliche Abkoppelung.** Auch hier trifft die Aussage, Demokratie sei das beste System, auf geringe Zustimmung. Zuspruch hingegen erhält die Aussage, es mache „für Leute wie sie keinen Unterschied, ob wir unter einer demokratischen Regierung oder einem undemokratischen Regime leben“.

Die Verdrossenheit dieses Segments gegenüber sowohl dem demokratischen Verfahren als auch ihren Resultaten ist verknüpft mit einem tiefen Misstrauen gegenüber den Regierenden und der Kernforderung nach direkteren, konsultativeren und horizontaleren (also mehr auf die Breite der Bevölkerung bedachten) Formen von Demokratie. Die Systemkritiker hinterfragen kritisch, ob eine von „den Eliten“ geführte repräsentative Demokratie das Versprechen der Republik einlösen kann. Die Demokratie in ihrer gegenwärtigen Form ist für sie nicht die beste Regierungsform, um Frankreichs wirtschaftlichen Fortschritt voranzutreiben, Minderheitenrechte, Gerechtigkeit, individuelle Freiheiten und die öffentliche Ordnung zu gewährleisten oder um Umwelt und Biodiversität zu schützen.

Ausgehend von der Ansicht, Bürgerinnen und Bürger gehörten zu den wirksamsten Akteuren für gesellschaftlichen Wandel, ihnen werde aber nicht genügend Gehör geschenkt, unterstreichen die Systemkritiker besonders deutlich den Anspruch, dass Regierende „die größtmögliche Anzahl von Menschen berücksichtigen“ müssten. Auch im Falle einer schwerwiegenden Krise solle vor Entscheidungen und ihrer Umsetzung Zeit für eine Konsultation der Bevölkerung sein. Entscheidungen von Experten und Wissenschaftlern sehen sie ebenso misstrauisch wie allein

präsidial getroffene; in diesem Sinne können sich Systemkritiker auch kaum für die Aussage begeistern, dass sich nach einer Wahl die gesamte Wählerschaft hinter dem Sieger sammeln sollte.

Niemand sonst stimmt so sehr der Aussage zu, dass Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Allgemeinheit am besten direkt vom Volk getroffen werden sollen, etwa durch Referenden. Besonders großen Wert legen die Systemkritiker darauf, gegen Regierende Stellung beziehen und diese Position auch offen zeigen zu können.

Folgerichtig sind sie skeptisch gegenüber der Vorstellung, dass staatliche Stellen in einer Krise freie Hand haben sollen, ohne Zeit auf Konsultation oder Diskussion zu verschwenden. Doch gleichzeitig stimmen sie stärker als alle anderen zu, dass „manchmal eine nicht demokratische Regierung einer demokratischen vorzuziehen“ wäre – eine Aussage, die vermutlich eher Verdrossenheit gegenüber dem bestehenden System ausdrückt als einen tatsächlichen Wunsch nach einer anderen Regierungsform.

Dieser augenscheinliche Widerspruch im Denken der Systemkritiker ließe sich so erklären: In dieser Sichtweise ist das demokratische politische System eindeutig nicht in der Lage, die Meinungen der Bevölkerung zu berücksichtigen. Ihre Forderung, selbst mehr zurate gezogen zu werden, und ihre Enttäuschung gegenüber dem Status quo wecken folglich den Wunsch nach einem anderen politischen System, das es schafft, den Menschen derlei Beachtung zu schenken.

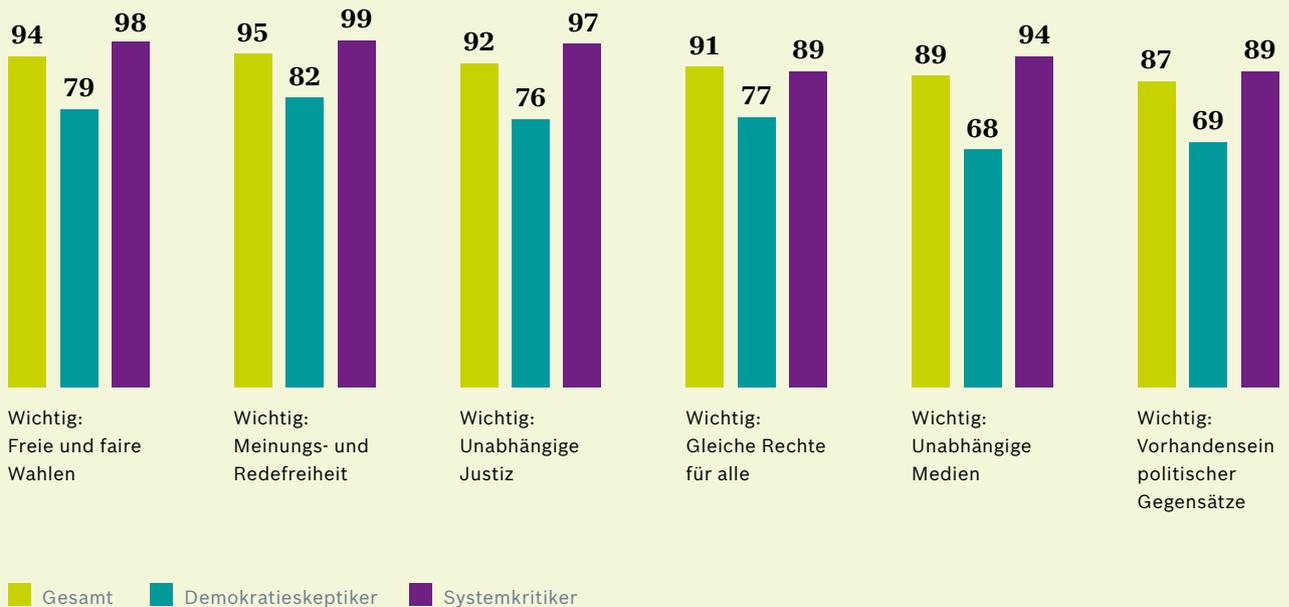
Politische Positionierung

Die Systemkritiker wählen überdurchschnittlich häufig Marine Le Pen oder enthalten sich ganz. Ein beträchtlicher Anteil hat zwar keine Parteipräferenz (44 Prozent), doch insgesamt identifizieren sie sich stärker mit der politischen Rechten (40 Prozent, 16 Prozent hiervon mit der extremen Rechten) als mit der Linken (31 Prozent, einschließlich 6 Prozent mit der extremen Linken).

Abbildung 16:

Unterschiede zwischen beiden Segmenten

Angaben in %



Frage: Sind die folgenden Dinge eine wichtige Bedingung für eine funktionierende Demokratie? Quelle: More in Common (2021)

Abbildung 17:

Zutrauen in die Demokratie

Systemkritiker erkennbar enttäuscht – mehr als die Demokratieskeptiker

Demokratie beste Regierungsform, um ...

Zustimmung in %



Frage: Ist die Demokratie Ihrer Meinung nach die bestmögliche Regierungsform, um ...?

Quelle: More in Common (2021)

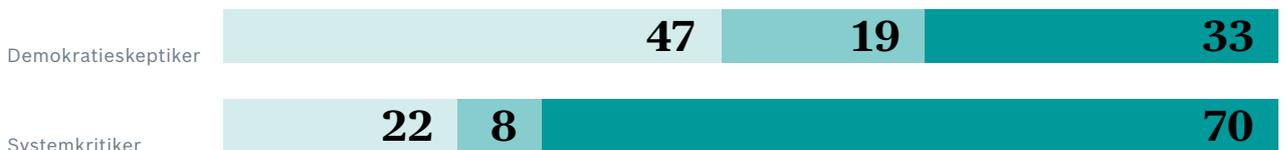
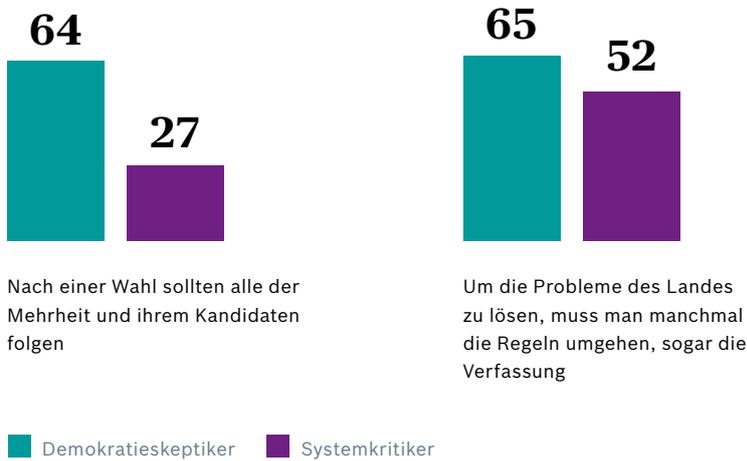
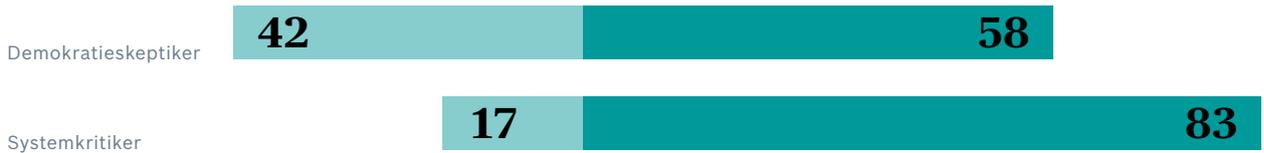
Abbildung 18:

Demokratiseskeptiker anfälliger für autoritäres Denken als Systemkritiker

Zustimmung in %

Im Krisenfall sollten die Behörden besser freie Hand haben, auch wenn es dann keinen Raum für Diskussion und Meinungsaustausch gibt

Im Krisenfall sollte man sich besser die Zeit nehmen, um mit den Bürgern zu beraten und zu diskutieren, bevor entschieden und gehandelt wird



- „Wir sollten vorsichtig beim Einsatz von Referenden sein, weil sie uns der Herrschaft von Meinungsschwankungen unterwerfen“
- „Referenden sollten nie genutzt werden, außer um grundlegende Fragen zu klären“
- „Unsere führenden Politiker nutzen zu selten die Möglichkeit des Referendums“

Frage: Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten zu: Um wichtige Fragen für die Zukunft des Landes zu entscheiden...
 Quelle: More in Common (2021). Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

„Die haben uns sogar unser Wahlrecht gestohlen. 2005 haben wir gewählt, aber die haben trotzdem gemacht, was sie wollten. Das Wahlrecht gibt es gar nicht mehr.“

– Teilnehmerin der Fokusgruppe

Für die Systemkritiker ist es wichtig, dass die Ansichten aller berücksichtigt werden, etwa durch Referenden oder Bürgerversammlungen. **Ihnen ist Effizienz in der Entscheidungsfindung weniger wichtig als ihr Prozess.**

Um sie wieder einzubinden, sollte das Bedürfnis nach einer wahrhaften Demokratie in den Vordergrund rücken, also eine Rückkehr zu demokratischen Grundlagen, von denen viele den Eindruck haben, sie seien in Vergessenheit geraten. So könnten Mandatsträger aufgestellt werden, die in ihrem Auftreten weniger elitär wirken und ihnen selbst stärker ähneln. Auch eine klarere Nachverfolgung von Wahlversprechen, von getroffenen Entscheidungen und ihre Umsetzung – etwa mithilfe von Online-Tools – könnte entscheidend dazu beitragen, das Vertrauen der Systemkritiker zurückzugewinnen. Jeder Ansatz, der die Bevölkerung weiter ins Zentrum der Entscheidungsfindung rückt, etwa auf lokaler Ebene, würde hier gut aufgenommen werden.

Schließlich sollte als Antwort auf die Kritikpunkte der Systemkritiker der Rede- und Demonstrationssfreiheit wieder eine größere Wertschätzung zukommen: Wie wichtig diese beiden Freiheiten historisch und heute für eine friedliche politische Opposition sind und welche Fortschritte mit ihrer Hilfe erreicht wurden, gehört anerkannt.

Fazit und Handlungsempfehlungen

„Wie wollen Sie ein Volk regieren, das 258 Käsesorten besitzt?“

– Charles de Gaulle

Frankreich ist heute geprägt von einer tiefgehenden demokratischen Enttäuschung, die sich vor allem in einer wahrgenommenen „Output-Krise“ begründet. Viele Menschen sehen die Ergebnisse dieses Systems als unzureichend. Das hat alte Spannungen zwischen einem vertikalen und einem horizontalen Machtverständnis im Land wiederaufleben lassen, und im selben Zug auch autoritäre Versuchungen. Etwa ein Drittel der Franzosen scheint die Demokratie aufgegeben zu haben, ist aber noch nicht bereit, Alternativen in Betracht zu ziehen.

Unsere Befragungen zeigen, dass sich erhebliche Bevölkerungsanteile übergangen fühlen, kaum beachtet vom Rest der Gesellschaft und dem bestehenden System. Sie fordern mehr Empathie, Gehör für ihre Sorgen und mehr Mitbestimmung bei Entscheidungen, die sich auf ihr eigenes Leben auswirken.

Die beiden von uns spezifisch untersuchten Bevölkerungssegmente – die Demokratieskeptiker und die Systemkritiker – verkörpern gewissermaßen die Zwiespältigkeit der Französischen und Franzosen zu ihrem politischen System. Wenngleich sich die beiden Segmente voneinander unterscheiden – die Demokratieskeptiker beweisen autoritäre Tendenzen, die Systemkritiker betonen die Mitbestimmung –, ist ihre jeweilige Wiedereinbindung gleichermaßen wichtig. Da 2022 in Frankreich Wahlen anstehen und sich die politische Stimmung derzeit so gestaltet, dass jeder Zehnte Gewalt als völlig legitimes Mittel im Dienst eines grundlegenden Wandels sieht, ist eine dringliche und konstruktive Auseinandersetzung mit der demokratischen Enttäuschung im Land geboten.

Speziell sollte die Absicht vieler Menschen ernst genommen werden, für die sogenannten populistischen Parteien der extremen Linken oder der extremen Rechten zu stimmen. **In dieser Hinsicht beunruhigt besonders das Vermögen von Marine Le Pens Partei, sowohl die Systemkritiker und ihre Forderungen nach direkter Demokratie als auch die autoritärer eingestellten Demokratieskeptiker anzusprechen.** Hinzu kommen ein wachsender Anteil an Nichtwählern und neue soziale Bewegungen, die sowohl die Leitlinien der repräsentativen Demokratie herausfordern als auch die intermediäre Organisation durch Gewerkschaften oder ehrenamtliche Gruppen, die in Frankreich so lange als Bindeglied im gesellschaftlichen Miteinander gedient haben. Diese Gemengelage erfordert es, die demokratische Desillusionierung und Entfremdung dieser Segmente zu verstehen (und letztlich zu überwinden), um den sozialen Frieden und die politische Stabilität ebenso zu wahren wie die Fähigkeit des Landes, sich zu reformieren und friedlich regiert zu werden. Die gute Nachricht ist, dass trotz tiefer Verdrossenheit keines der beiden Segmente als demokratiefeindlich eingestuft werden kann, also noch Zeit zum Handeln bleibt.

Wie erwähnt sind die Systemkritiker potenziell besser wieder in den demokratischen Prozess einzubinden, **solange Wege gefunden werden, ihnen zu verdeutlichen, dass ihre Stimme zählt und sie sowohl bei individuellen als auch bei kollektiven Entscheidungen etwas zu sagen haben.** Unsere Fokusgruppen weisen darauf hin, dass die folgenden Maßnahmen an dieser Stelle viel bewirken könnten:

- **Die rechtlichen Anforderungen für Volksentscheide senken.** Die Hürden der derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen (Unterstützung durch ein Fünftel des Parlaments und 10 Prozent der gesamten Wählerschaft) machen es für Bürgerinitiativen quasi unmöglich, einen Volksentscheid zur Abstimmung zu bringen. Referenden als Mittel zugänglicher zu machen wäre eine gute Methode, um den Systemkritikern mehr Mitsprache bei den Themen der politischen Agenda und der öffentlichen Debatte zu geben.
- Bei Wahlen **Leerstimmen anzuerkennen** – die gegenwärtig in keine Auszählung einfließen – könnte als Anerkennung von Dissens als Teil des demokratischen Prozesses gewertet werden.
- **Gewählten Mandatsträgern gestatten, sowohl ein Amt auf nationaler als auch eines auf lokaler Ebene innezuhaben,** bei gleichzeitiger Begrenzung von Gehältern und Privilegien. Vor einigen Jahren wurde es untersagt, gleichzeitig Mitglied sowohl in der Nationalversammlung als auch Bürgermeister zu sein, was sich angesichts der wachsenden Kluft zwischen der Vertretung auf nationaler Ebene und der gelebten lokalen Realität als kontraproduktiv erweisen könnte.
- **Mit Bedacht Bürgerversammlungen auf allen politischen Ebenen einsetzen.** Sie sind eine gute Methode, um zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden – doch nur, solange das Verfahren glaubwürdig ist und getroffene Entscheidungen tatsächlich umgesetzt werden.

- Gerade auf lokaler Ebene sind **sämtliche Maßnahmen hilfreich, die Menschen wieder ein Gefühl der Selbstwirksamkeit, von eigener Handlungsmacht verleihen**, da sich so ihre Blickweise auf die Demokratie insgesamt verändern kann. Effektiv geschieht das etwa bereits durch Recycling-Initiativen oder eine partizipative Haushaltsplanung, den sogenannten Bürgerhaushalt, verdient aber weitere Ideen.
- Den Systemkritikern ist besonders wichtig, dass die **Unabhängigkeit der Justiz gestärkt und herausgestellt** wird. In dieser Hinsicht wird in den kommenden Jahren ein großes Augenmerk darauf liegen, wie Fälle von großem öffentlichem Interesse gehandhabt werden.
- Damit verbunden ist **mehr Transparenz bei den Gehältern von Regierungsbeamten und bei großen öffentlichen Verträgen** ratsam. Gemeinhin sind diese Informationen zwar frei zugänglich, aber kaum auffindbar.
- Die **politische Bildung stärker zu fördern und Eltern von Kindern im schulpflichtigen Alter einzubeziehen**. Dies würde insbesondere den Systemkritikern angesichts ihres starken Bekenntnisses zu demokratischen Prozessen entgegenkommen.

Demgegenüber meinen die Demokratieskeptiker, auch „ohne“ Demokratie leben zu können, vor allem, weil diese kaum spürbar ihren Alltag berühre. **Um hier autoritären Tendenzen entgegenzuwirken, muss der Fokus auf konkrete Resultate gelegt werden, die eindeutig demokratischen Prozessen zu verdanken sind und als solche auch von den Demokratieskeptikern anerkannt werden können.** Folgende Maßnahmen könnten sich als hilfreich erweisen:

- Bei diesen Menschen ist entscheidend, den **französischen Staat effektiver und zugänglicher zu gestalten**. Eine gewaltige Aufgabe, doch greifbare Interaktionen mit dem Staat – etwa der eigene Zugang zu Sozial- oder Familienleistungen – effektiver und verständlicher zu machen würde die Wut auf das staatliche System bedeutend senken. Dass dies durchaus möglich ist, hat etwa die Reform der französischen Post bewiesen.
- Hochtrabende Rhetorik und Appelle an Werte – ein wohlbekanntes Merkmal französischer Politik – dürften bei den Demokratieskeptikern aller Voraussicht nach fehlschlagen. **Wichtig sind eine bodenständigere, ergebnisorientiertere Kommunikation und Rahmensetzung.**
- Wenn Geschichten von meritokratischem, also **leistungsorientiertem Erfolg** und sozialem Aufstieg **mehr Aufmerksamkeit** zuteil würde, etwa in den Medien, könnte das Wut auf gesellschaftlich Bessergestellte besänftigen.
- **Medienunternehmen und Social-Media-Plattformen müssen eingebunden werden, was Polarisierung und den generell aggressiven Ton der öffentlichen Debatte betrifft.** Wie verzerrend manche Medien und Foren der Bevölkerung Schlüsselthemen wiedergeben, verstärkt bestehende Ängste, macht das Finden von Gemeinsamkeiten unwahrscheinlicher und verleiht stattdessen spaltenden oder sogar toxischen Narrativen größere Glaubwürdigkeit.
- **Mithilfe eines leicht zugänglichen Online-Tools sollten Menschen nachverfolgen können, wie Gesetze in die Tat umgesetzt werden.** Eine der Hauptquellen für Frustration liegt darin, dass Wahlkampfreden und selbst viele Gesetze nie im eigenen Alltag anzukommen scheinen. Wegen Verspätungen, bürokratischen Mauern und politischer Wechsel werden Gesetze oft nie ratifiziert oder eingeführt. Veränderungen an dieser Stelle würden die Glaubwürdigkeit demokratischer Verfahren stärken und ihre greifbaren Auswirkungen auf den Alltag der Menschen demonstrieren.
- **Verwaltungspolitische Zuständigkeiten müssten besser geklärt werden.** Gegenwärtig verdichten sich der zentralisierte Staat, die Region, das Département und die Kommune zu einer solch bürokratischen Vielschichtigkeit, dass daraus Verwirrung, Frustration und der Eindruck fehlender Rechenschaftspflicht entstehen. Auch hier könnte sich zudem mehr **politische Bildung** positiv auswirken.
- Für dieses Bevölkerungssegment müssen neue Ansätze zur **Auseinandersetzung mit Verschwörungsideologien** und den Strukturen von Online-Kommunikation entwickelt werden.

Polen:
Demokratie im
Stresstest



Polen: Demokratie im Stresstest

Seit dem Doppelwahlsieg der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) im Jahr 2015, als Andrzej Duda zum Staatspräsidenten gewählt wurde und die Nationalkonservativen die absolute Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments erlangten, ist Polen in den Mittelpunkt der globalen Debatten rund um Populismus und die Resilienz liberaler Demokratien gerückt. Denn bereits kurz nach dem Wahlerfolg begann die von Jarosław Kaczyński angeführte Partei, das System der Gewaltenteilung auszuhebeln und Hürden zu beseitigen, die das Handeln der Exekutive einschränken könnten. So wurde Polens im Vergleich zu den etablierten Demokratien Westeuropas noch junge demokratische Grundordnung auf eine harte Probe gestellt.

Allem voran wurde durch die praktische Entmachtung des Verfassungsgerichts eine zentrale Kontrollinstitution des nach 1989 aufgebauten Institutionensystems ausgeschaltet. Es folgten zahlreiche weitere Schritte, die schließlich **im Dezember 2017 die Europäische Kommission dazu bewegten, eine eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit festzustellen** und erstmalig das Verfahren nach Artikel 7 des Vertrags über die Europäische Union einzuleiten. Denn – so die Europäische Kommission – durch die Reformen, die „sich auf die gesamte Struktur des polnischen Justizsystems – auf den Verfassungsgerichtshof, das Oberste Gericht, die ordentlichen Gerichte, den nationalen Justizrat, die Strafverfolgung und die Staatliche Hochschule für Richter und Staatsanwälte – auswirken, [wurden] Exekutive und Legislative systematisch befähigt [...], politischen Einfluss auf die Zusammensetzung, Befugnisse, Verwaltung und Arbeitsweise der Judikative auszuüben“.¹⁵

Dieser Frontalangriff auf rechtsstaatliche Prinzipien und die Gewaltenteilung schlug sich auch in der Bewertung der polnischen Demokratie durch internationale Beobachter nieder, die sich der Qualitätsmessung von Demokratie widmen. In verschiedenen Demokratie-Rankings rutschte das einst als Musterknabe demokratischer Transformation gehandelte Land schlagartig ab und avancierte zum Exempel für den Siegeszug des Rechtspopulismus und den Rückfall in autoritäre und illiberale Herrschaftsmuster. Freedom House stellte für Polen ab 2015 einen kontinuierlichen Prozess der demokratischen Dekonsolidierung fest: Im jüngsten Bericht Nations in Transit, der sich mit der demokratischen Entwicklung postkommunistischer Staaten beschäftigt, wurde **Polen als eine nur „semi konsolidierte Demokratie“ geführt**.¹⁶ Das V-Dem Institute der Universität Göteborg kam zu ähnlichen Schlüssen und stufte Polen von einer „liberalen“ zu einer „elektoralen“ Demokratie herab. Im Vergleich zu 2010 habe sich in keinem anderen Land der Welt die liberale Demokratie so schnell rückläufig entwickelt wie in Polen, so das Fazit.¹⁷

Obwohl der autoritäre Regierungsstil, die Aushöhlung liberal-demokratischer Regeln und die damit verbundene Einschränkung der Grundrechte immer wieder große Protestwellen ausgelöst haben, konnte die PiS 2019 dennoch ihren Wahlerfolg wiederholen und erneut die absolute Mehrheit im Sejm, der Unterkammer des Parlaments, erlangen. Der knappe Verlust der Kontrolle über den Senat stellte angesichts der Wiederwahl von Andrzej Duda zum Staatsoberhaupt nur eine kleine Korrektur dar. **Paradoxerweise kann also eine Regierung, die immer wieder wegen Verstößen gegen demokratische Prinzipien in der Kritik steht, sich auf ihre demokratische Legitimation durch das Volk berufen.**

Die Bestätigung eines Regierungslagers, das rechtsstaatliche Prinzipien verletzt, wirft Fragen auf, nicht nur über den Zustand der polnischen Demokratie auf institutioneller, also objektiver Ebene. Vielmehr müssen wir hier die subjektive, kulturpolitische Komponente der demokratischen Realität unter die Lupe nehmen. Sind die letzten Wahlergebnisse Ausdruck einer akuten Vertrauenskrise in eine Demokratie nach liberalem Vorbild? Wie tief sind demokratische Werte in der polnischen Gesellschaft überhaupt verankert? Ist tatsächlich eine tiefe Abkehr von liberal-demokratischen Grundprinzipien zugunsten illiberaler Verhaltensmuster erkennbar? Oder haben wir es eher mit einer weitverbreiteten Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie im Allgemeinen und der liberalen Demokratie im Besonderen zu tun?

15 Europäische Kommission (2017): Rechtsstaatlichkeit: Europäische Union verteidigt Unabhängigkeit der Justiz in Polen. Pressemitteilung vom 20. Dezember 2017.

16 Freedom House (2020): Nations in Transit 2020 – Dropping the Democratic Façade.

17 Alizada, N. et al. (2021): Autocratization Turns Viral. Democracy Report 2021. Universität Göteborg: V-Dem Institute.

Diese Punkte lassen sich zu einer Grundsatzfrage zusammenfassen: **Was bedeutet eigentlich „demokratisch“? Das ist keine abstrakte Frage, sondern eine, die die polnische Gesellschaft beschäftigt.** Denn angesichts des mit revolutionärem Eifer vorangetriebenen Umbaus der staatlichen Institutionen durch die PiS-Partei und der gesellschaftlichen Reaktionen darauf ist seit der Wende von 1989 die Demokratie selbst zum ersten Mal zum Politikum geworden.

Demokratieverständnis in Polen: Zwischen Konsens und Konflikt

18 In Zusammenarbeit mit KANTAR befragte More in Common im Februar 2021 rund 2.000 Erwachsene in Polen zu ihren Einstellungen rund um Demokratie und Politik sowie zu ihrer eigenen politischen und lebensweltlichen Teilhabe. Anschließend führten wir im März 2021 qualitative Fokusgruppen durch.

In einem Punkt sind sich nahezu alle Polen einig: Sie bejahen die Demokratie als beste Regierungsform.¹⁸ Natürlich sagt das noch nichts über das genaue Verständnis von Demokratie aus, doch das Bekenntnis zu ihr als solche ist eindeutig: 87 Prozent der Polinnen und Polen ziehen die Demokratie anderen Regierungsformen vor. Dabei sind ihr Frauen mit 89 Prozent etwas zugeneigter als Männer mit 85 Prozent. Der Anteil der Menschen, die es persönlich als wichtig erachten, in einem demokratisch regierten Land zu leben, liegt mit 91 Prozent noch höher.

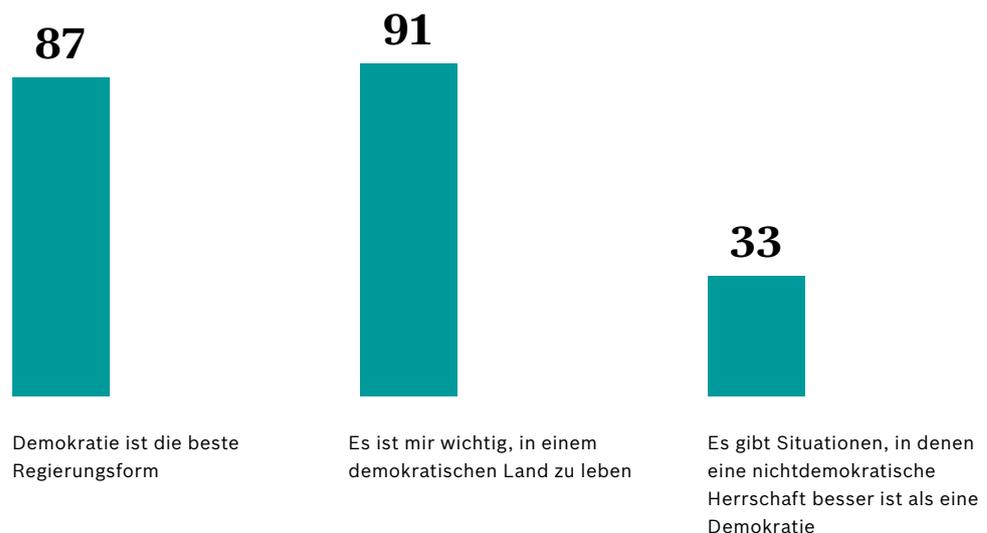
Selbsterklärte Unterstützer alternativer Regierungsformen stellen mit 13 Prozent eine vergleichsweise kleine Minderheit dar. Jüngere Menschen sind unter ihnen überrepräsentiert: Ganze 21 Prozent der 18- bis 29-Jährigen halten die Demokratie nicht für die beste Regierungsform. Bei 50-Jährigen und Älteren liegt dieser Wert bei deutlich weniger als 10 Prozent. Es sind auch die Jüngeren, die eine eher durchwachsene Einstellung gegenüber der Demokratie haben: Nur 19 Prozent der bis 29-Jährigen bekennen sich mit maximalem Nachdruck zu ihr, während der Durchschnittswert aller Altersgruppen bei 34 Prozent liegt.

Abbildung 19:

Akzeptanz von Demokratie

Die meisten Polen befürworten die Demokratie

Zustimmung in %



Frage: Stimmen Sie der Aussage zu, dass die Demokratie die beste Regierungsform ist? Wie wichtig ist es für Sie, in einem demokratischen Land leben zu können? Glauben Sie, dass es Situationen gibt, in denen eine nichtdemokratische Herrschaft besser ist als eine Demokratie? Quelle: More in Common (2021)

Gerade Menschen, die ihre finanzielle Situation als eher schlecht bewerten und sich auf den unteren Stufen der sozialen Leiter sehen, stehen der Idee der Demokratie skeptisch gegenüber: 23 Prozent der Befragten, die den eigenen sozialen Status als niedrig einschätzen, halten andere Regierungsformen für überlegen. Unter jenen, die sich ganz oben auf der sozialen Leiter sehen, sind es hingegen nur 5 Prozent. Auch im weiteren Verlauf der Studie wird eine Verbindung zwischen materiellen Aspekten und der Demokratie ersichtlich.

Das allgemein positive Bild der deklarativen Einstellung zur Demokratie wird zudem durch den etwa im Vergleich zu Deutschland hohen Anteil (33 Prozent) getrübt, der der Überzeugung ist, eine nichtdemokratische Herrschaft könne situationsabhängig besser als eine Demokratie sein. Allerdings stimmen lediglich 3 Prozent der Befragten dieser Aussage „absolut zu“. Damit scheint klar: Auch wenn offen antidemokratische Töne als Randerscheinung zur Folklore polnischer Politik gehören, haben sie doch keine Chance, in der breiten Gesellschaft Fuß zu fassen.

Auch langfristig erhobene Daten zeigen, dass in der polnischen Gesellschaft keine Abkehr von der Demokratie im Gange ist. Das Gegenteil ist der Fall: Seit 1992 fragt das staatliche Meinungsforschungsinstitut CBOS die Polinnen und Polen, ob sie der Aussage zustimmen, dass die Demokratie allen anderen Regierungsformen überlegen sei. Die nach 2015 erhobenen Daten zeigen Zustimmungswerte, die zu den höchsten je gemessenen gehören und deutlich über dem Durchschnitt der Vorjahre liegen.¹⁹

Klares Bekenntnis zu demokratischen Prinzipien

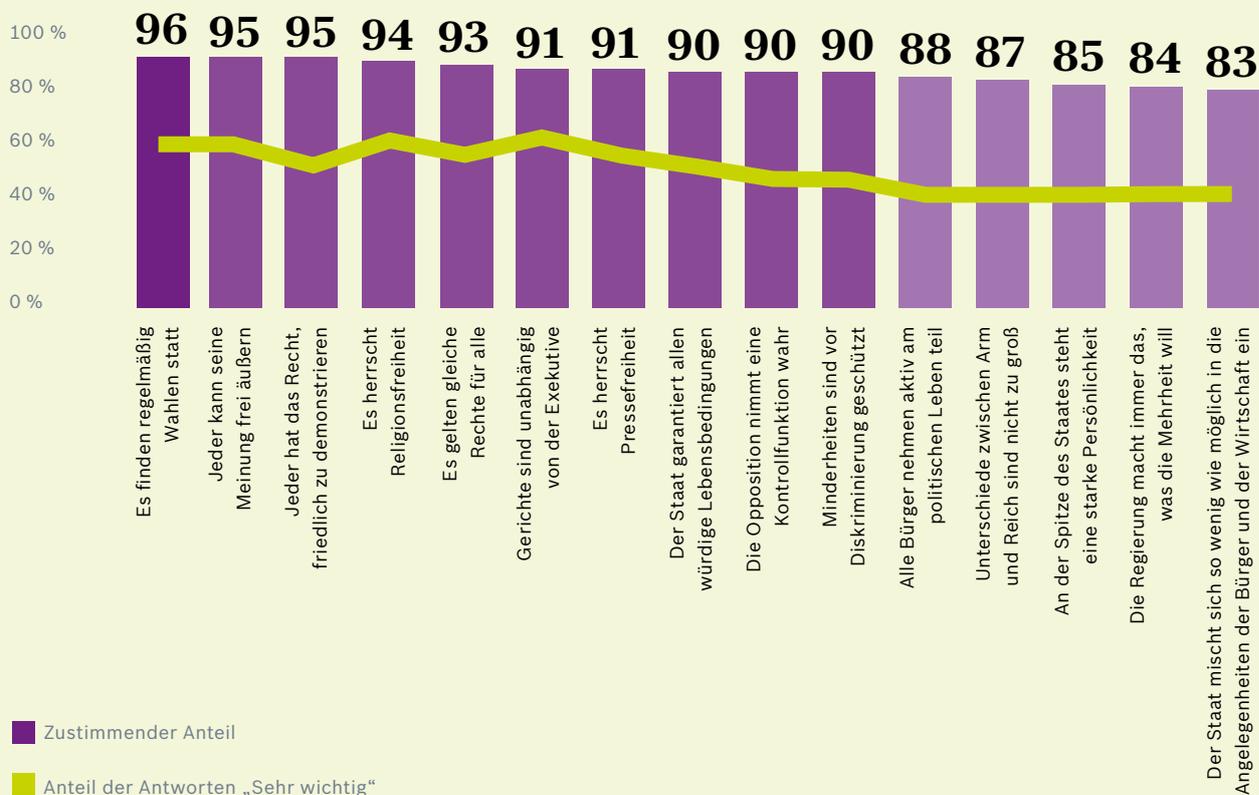
Was verbirgt sich in den Köpfen der Polinnen und Polen konkret hinter dem abstrakten Begriff Demokratie, der auf solch breite Zustimmung stößt? Um diese Frage zu beantworten, baten wir die Befragten zunächst, auf einer Skala von 1 bis 6 zu beurteilen, welche Prinzipien aus ihrer Sicht wichtig seien, um von einer Demokratie sprechen zu können. Um Einstellungen auch jenseits der simplen Bekenntnisse zu den jeweiligen Prinzipien zu erforschen, sollten sie ebenso auf einer Skala von 1 bis 6 aus einer Reihe gegensätzlicher Thesen über Demokratie diejenigen auswählen, die ihnen persönlich am ehesten entsprächen.

19 Centrum Badania Opinii Społecznej (2020): Polacy o demokracji. Komunikat z badań, Nr. 95/2020.

Abbildung 20:

Was ist für Sie persönlich wichtig in einer Demokratie?

Zustimmung in %



Frage: Was ist für Sie persönlich wichtig in einer Demokratie? Quelle: More in Common (2021)

Die Ergebnisse zeigen, dass in Polen ein breiter Konsens darüber besteht, welche Merkmale eine Demokratie ausmachen, doch nicht unbedingt darüber, wie diese in die Praxis umgesetzt werden sollten – und somit auch nicht darüber, wie Demokratie tatsächlich gelebt werden soll.

Zu den Prinzipien, die aus Sicht der Befragten in einer Demokratie unabdingbar sind, gehören in erster Linie klassische liberale Werte wie Freiheit der Meinungsäußerung (Durchschnittswert: 5,4) inklusive Demonstrationsrecht (5,2), freie Wahlen (5,4), die Religionsfreiheit (5,4), Gewaltenteilung (5,3), Medienfreiheit (5,2), die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz (5,2) und der Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung (5,0). Diese demokratische Grundeinstellung zeigt sich auch in der Ablehnung diktatorischer Regime als möglicher Vorbilder: Lediglich 17 Prozent aller Befragten glauben, man könne von Staatsoberhäuptern wie Wladimir Putin und Alexander Lukaschenko, „die mit starker Hand regieren“, etwas lernen. Ganz ausdrücklich stimmen dem nur 4 Prozent zu, während 83 Prozent Diktatoren jegliche Vorbildfunktion absprechen. Das bestätigt den Eindruck, dass die Menschen in Polen gegen eine offen formulierte autokratische Alternative immun sind.

Auch steht eine große Mehrheit der Polinnen und Polen hinter der Devise „Demokratie braucht Demokraten“. 88 Prozent der Befragten glauben, es gehöre zu einer Demokratie, dass sich alle Bürger am politischen Leben beteiligen (4,9). Mit großer Mehrheit (84 Prozent) lehnen sie ab, dass sich in einer Demokratie ausschließlich Politiker um die Politik kümmern sollten und es aus Sicht der „normalen Leute“ reiche, alle paar Jahre wählen zu gehen. Vielmehr sollten sich die Bürger kontinuierlich, auch zwischen den Wahlen, politisch engagieren. Stellt man diese Werte neben die Ansicht von 76 Prozent der Befragten, dass auch eine Regierung, die demokratisch ins Amt gewählt wurde, undemokratisch sein könne, wenn sie bestimmten demokratischen Werten den Rücken kehre, zeigt sich die Verpflichtung der meisten Menschen in Polen gegenüber dem Gebot der demokratischen Wachsamkeit.

Die Rolle der Wächter der Demokratie sollten nach Ansicht der Befragten jedoch nicht nur die Bürgerinnen und Bürger übernehmen, sondern auch die parlamentarische Opposition. 90 Prozent halten das Recht der Opposition auf Regierungskritik für ein demokratisches Grundprinzip (5,0). Konsequenterweise erwarten 82 Prozent, dass die Opposition die Regierung stets im Auge behalten und eigene Ideen präsentieren sollte.

Die erhobenen Daten zeigen auch deutlich, dass es vielen Menschen bei der Definition von Demokratie nicht nur um deren theoretische Vollkommenheit und gesellschaftspolitisches Engagement geht, sondern ebenso um die lebensnahe Wirksamkeit und Leistung des Systems. In diesem Sinne wird generell erwartet, dass ein demokratischer Staat seinen Bürgern würdige Lebensbedingungen garantiere (5,1) und dafür Sorge, dass die Kluft zwischen Arm und Reich nicht zu groß werde (4,9). Es zählt also auch die soziale Komponente. Das wurde auch in unseren Fokusgruppen deutlich, wo als Beispiele für demokratische Staaten in erster Linie die nordischen Länder genannt wurden. Dass der Demokratie kein Blankoscheck ausgestellt wird, zeigt sich in der **Überzeugung von 44 Prozent, dass die Demokratie nur dann eine gute Sache sei, wenn sie auch gute Ergebnisse für die Menschen liefere**. Für viele Menschen ist die Demokratie also kein Selbstzweck, sondern auch Mittel zum Zweck.

„Redefreiheit, Religionsfreiheit. Toleranz gegenüber anderen religiösen Überzeugungen und Nationen. Universeller und freier Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Ich verbinde sehr viele Sachen mit Demokratie.“

– Teilnehmerin der Fokusgruppe

An sich gibt diese Output-Orientierung keine antidemokratische Haltung wieder; zahlreiche Demokratieforscher betonen, dass sich eine Demokratie nicht allein durch die Überlegenheit ihrer Werte gegenüber anderen Systemen legitimieren kann oder durch die Ausgereiftheit ihrer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung. Eine Demokratie muss ihre Legitimität anhaltend durch gute Politikergebnisse reproduzieren, um in den Augen der Bürger stets die eigene Leistungsfähigkeit und Überlegenheit gegenüber anderen Systemen zu belegen. Diese theoretische Annahme wird durch unsere Erhebung bestätigt. Das will indes nicht heißen, dass sich bei schlechten Politikergebnissen eine Vielzahl von Polinnen und Polen automatisch von der Demokratie abwenden würde. Denn die bezieht ihre Legitimität aus mehreren Quellen. Allerdings sind durchaus Verschiebungen innerhalb des demokratischen Systems denkbar – etwa weg von der liberalen hin zu einer illiberalen Prägung, wenn erstere „versagt“.

20 Blaydes, L., Grimmer, J. (2019): Political Cultures: measuring values heterogeneity. Political Science Research and Methods 1–9.

Schwierige Suche nach Kompromissen trotz großer Gemeinsamkeiten

Ein weiterer Teil unserer Umfrage beschäftigt sich mit Vorstellungen von demokratischer Willensbildung. Im Falle Polens ist diese Frage besonders wichtig, denn wie die Studie Political Cultures: Measuring Values Heterogeneity zeigt, fallen nur in Rumänien Wertevorstellungen innerhalb der Bevölkerung noch weiter auseinander als in Polen.²⁰ Zwar konnten wir anhand unserer Daten zu Grundeinstellungen gegenüber der Demokratie diese große Heterogenität von Werten und auch die viel diskutierte kulturelle Polarisierung der polnischen Gesellschaft nicht feststellen; dennoch muss der Frage nachgegangen werden, ob unterschiedliche Wertevorstellungen zu Uneinigkeiten führen, wenn es darum geht, verschiedene politische Meinungen zu einem „Volkswillen“ zu formen.

Das Gefühl, in einer fragmentierten Gesellschaft zu leben, ist vielen Menschen in Polen vertraut. Ganze 37 Prozent der Befragten glauben nicht nur, andere politische Prioritäten als Wähler anderer Parteien zu haben, sondern auch unterschiedliche Grundwerte zu vertreten. Demgegenüber sind 63 Prozent der Überzeugung, dass sich alle Polinnen und Polen trotz verschiedener politischer Ansichten in etwa zu den gleichen Grundwerten bekennen. Mit dieser Heterogenität scheinen die Menschen zunächst gut leben zu können. Nur 14 Prozent der Befragten sind der Meinung, es sei für das Wohl des Landes wichtig, dass alle einer Meinung seien.

Abbildung 21:

Demokratie- und Politikverständnis

Großer Konsens

Zustimmung zur jeweiligen Aussage in %

Es ist wichtig für das Wohl unseres Landes, dass wir lernen, trotz unserer Meinungsverschiedenheiten miteinander zu leben	86	14	Es ist wichtig für das Wohl unseres Landes, dass alle einer Meinung sind
In einer Demokratie sollten die Rechte von Minderheiten respektiert werden, auch wenn die Mehrheit eine andere Meinung hat	85	15	In einer Demokratie sollten Minderheiten nur so viele Rechte haben, wie es die Mehrheit für richtig hält
Politik kann nicht allein den Politikern überlassen werden, sondern auch die einfachen Menschen sollten sich ständig politisch engagieren	84	16	Es reicht, wenn sich die Politiker um die Politik kümmern und die normalen Menschen alle paar Jahre wählen gehen
Diktatoren wie Wladimir Putin oder Alexander Lukaschenko sollten niemals Vorbilder sein	83	17	Wir können viel von Führern lernen, die mit starker Hand regieren, wie Wladimir Putin oder Alexander Lukaschenko
Die Opposition sollte die Regierung im Auge behalten und ihre eigenen Ideen vorschlagen	82	18	Die Opposition sollte die Wahlsieger regieren lassen und sich nicht einmischen
Die siegreiche Partei sollte nach Kompromissen suchen, die möglichst viele Menschen zufriedenstellen, auch wenn das bedeutet, einige ihrer Anhänger zu enttäuschen	77	23	Die siegreiche Partei sollte sich auf die Umsetzung ihres Programms konzentrieren, damit sie die Versprechen, die sie ihren Anhängern gegeben hat, erfüllt, auch wenn dies bedeutet, dass viele andere unzufrieden sein sollten
Selbst wenn eine Regierung gewählt ist, kann sie undemokratisch sein, wenn sie gegen demokratische Werte verstößt	76	24	Jede gewählte Regierung ist automatisch demokratisch
Auch wenn dies weniger Sicherheit mit sich bringen kann, der Staat sollte die Freiheit der Bürger nicht einschränken	74	26	Um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, sollte der Staat das Recht haben, die Freiheit der Bürger einzuschränken

Eher Konsens / mehrheitliche Übereinstimmung

Politiker sollten sich immer an die Gesetze halten, auch wenn das bedeutet, dass sie nicht alle ihre Wahlversprechen einhalten werden

68

32

Politiker müssen sich nicht immer an die Gesetze halten, wichtiger ist es, alle Wahlversprechen einzuhalten

Wir unterscheiden uns von den Wählern anderer Parteien in unseren politischen Prioritäten, bekennen uns aber in etwa zu den gleichen Grundwerten

63

37

Wir unterscheiden uns von den Wählern anderer Parteien nicht nur in unseren politischen Prioritäten, sondern auch in unseren Grundwerten

Dissens

Demokratie ist etwas Gutes, auch wenn ihre Auswirkungen für die Bürger manchmal nicht zufriedenstellend sind

56

44

Demokratie ist nur dann eine gute Sache, wenn sie gute Ergebnisse für die Menschen bringt

In einer Demokratie sollte jeder seine Meinung äußern können, auch wenn sich jemand anderes verletzt fühlen könnte

52

48

In einer Demokratie sollte Hatespeech bekämpft werden, auch um den Preis der Einschränkung der Meinungsfreiheit

In der Politik geht es darum, unterschiedliche Meinungen und Interessen unter einen Hut zu bringen

50

50

In der Politik geht es in erster Linie darum, den Willen der Mehrheit durchzusetzen

Frage: Welcher der folgenden Aussagen in Bezug auf Demokratie und Politik stimmen Sie jeweils eher zu?
Quelle: More in Common (2021)

Doch die Auffassungen, wie mit dieser Vielfalt in einem Prozess politischer Entscheidungsfindung umzugehen sei, fallen viel differenzierter aus. Zwar glauben 77 Prozent der Polinnen und Polen, dass diejenige Partei, die aus einer Wahl als Sieger hervorgeht, nach Kompromissen suchen sollte, die möglichst viele Menschen zufriedenstellen, auch wenn dadurch einige ihrer Anhänger enttäuscht werden könnten. Doch wenn es hart auf hart kommt, glaubt genau die Hälfte, in der Politik gehe es in erster Linie darum, den Willen der Mehrheit durchzusetzen. Die andere Hälfte befürwortet einen diskursiven Ansatz und hält es für die Aufgabe der Politik, unterschiedliche Meinungen und Interessen unter einen Hut zu bringen. **Derart unterschiedliche Auffassungen der Menschen zu Kompromissbereitschaft in der politischen Entscheidungsfindung könnten in kritischen Situationen zu Spannungen führen.** Dabei kann es sowohl um Fragen gehen, wie Handlungsfähigkeit und Effizienz einer Regierung grundsätzlich bewertet werden, als auch um die Bewertung eines bestimmten Regierungsstils oder die Achtung parlamentarischer Regeln.

All diese Aspekte – Prinzipientreue, Erwartungen an die Demokratie, Vorstellungen der demokratischen Entscheidungsfindung – finden sich in der Frage wieder, ob politische Entscheidungsträger sich immer an das Gesetz halten oder eher auf die Umsetzung ihrer politischen Vorhaben pochen sollten. Grundsätzlich glaubt eine solide Mehrheit von 68 Prozent, Politikerinnen und Politiker müssten im Rahmen der gegebenen Rechtsordnung agieren, und nehmen somit auch in Kauf, dass dadurch nicht alle Wahlversprechen erfüllt würden. 39 Prozent stimmen dieser Haltung sogar ausdrücklich zu. Doch auch der Anteil derer, die es für wichtiger halten, dass Politiker ihre Wahlversprechen einhielten, ist mit 32 Prozent bedeutend.

Wird die Aussage zugespitzt, nämlich, dass es zum Wohle der Nation manchmal eine starke Führungsperson brauche, die zum Regelbruch bereit wäre, stimmen sogar 47 Prozent zu.

Besonders in Krisensituationen steigt also die Bereitschaft, rechtsstaatliche Prinzipien und Verfahrensregeln zugunsten konkreter Politikergebnisse und einer entschlossenen politischen Führung zu opfern. Doch die Sehnsucht nach einer charismatischen politischen Führung ist in der polnischen Bevölkerung auch ohne besondere äußere Umstände weitverbreitet: Eine klare Mehrheit von 85 Prozent wünscht sich eine starke Persönlichkeit an der Spitze des demokratischen Staats (4,8); auch im „Normalzustand“ solle eine Demokratie ein erkennbares Gesicht haben.

Insgesamt herrscht in Polen also trotz einiger wichtiger Uneinigkeiten auf konzeptioneller Ebene eine durchaus einheitliche Vorstellung davon, was eine Demokratie ausmacht. Die meisten Menschen in Polen stehen zu liberal-demokratischen Prinzipien und verbinden diese mit der Demokratie selbst. Es stechen jedoch zwei Aspekte hervor, die auf ein erhöhtes Spannungspotenzial hindeuten: Zum einen geht es um die Frage, wie stark Frustration oder Zufriedenheit mit greifbaren Politikergebnissen in die Bewertung der Demokratie einfließen, zum anderen um die tatsächliche Kompromissbereitschaft und Fähigkeit, im Prozess der politischen Willensbildung mit unterschiedlichen Meinungen zurechtzukommen.

Demokratie in der Praxis: Mobilisierung und Polarisierung

Die Verinnerlichung demokratischer Werte ist allerdings nur eine Seite der Medaille. Denn die tatsächliche Haltung gegenüber der Demokratie setzt sich natürlich aus mehr als nur abstrakten Ideen und Konzepten zusammen. Sie entsteht erst in der ständigen Wechselwirkung mit der politischen Realität, in der diese Einstellungen mit der gelebten, real existierenden Demokratie konfrontiert werden. Im Fall Polens ist es besonders wichtig, einen genauen Blick auf die Einschätzungen der politischen und demokratischen Realität zu richten, da diese in den letzten Jahren Schauplätze heftiger Auseinandersetzungen waren.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass das politische Interesse in der polnischen Bevölkerung hoch ist. 69 Prozent der Befragten geben an, sich für Politik zu interessieren. Ein ähnlicher Anteil in Höhe von 70 Prozent verfolgt regelmäßig die politischen Nachrichten. Dieses hohe Interesse schlägt sich auch in der Wahlbeteiligung nieder, die in den letzten Jahren stark angestiegen ist.

Abbildung 22:

Wahlbeteiligung in Polen

Angaben in %

	<u>Wahlbeteiligung</u>	<u>Veränderung gegenüber der letzten Wahl</u>
Regionalwahl 2018	54,9	+7,5
Europawahl 2019	45,7	+21,9
Parlamentswahl 2019	61,7	+10,8
Präsidentchaftswahl 2020 (1. Wahlgang)	64,1	+15,1
Präsidentchaftswahl 2020 (2. Wahlgang)	68,2	+12,9

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza (Staatliche Wahlkommission)

Auch die Angabe von 17 Prozent der Befragten, innerhalb des letzten Jahres an einer Demonstration teilgenommen zu haben, deutet auf eine hohe gesellschaftspolitische Mobilisierung hin. Auf die tatsächliche Gesamtbevölkerung hochgerechnet würde dieser Prozentsatz allerdings bedeuten, dass die Anzahl der Demonstrierenden bei über fünf Millionen Erwachsenen gelegen hätte. Da jedoch beispielsweise Ende Oktober auf dem Höhepunkt des sogenannten „Frauenstreiks“ gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes in ganz Polen nur etwa 430.000 Menschen an über 400 Protesten teilnahmen, ist dieser Angabe mit Vorsicht zu begegnen, und sie ist eher als Indikator für den gesellschaftlichen Aufruhr zu verstehen.²¹

Und wie sieht die alltägliche Beschäftigung mit politischen Themen jenseits besonderer Vorkommnisse aus? Etwas über der Hälfte der Polinnen und Polen reicht es nicht, sich nur selbst über Politik zu informieren – sie suchen auch den Austausch mit anderen. So geben 53 Prozent der Befragten an, gerne über Politik zu diskutieren und dies auch oft zu tun. Dennoch wäre die These zu gewagt, in Polen existiere eine ausgeprägte, offene Diskussionskultur. Diskussionen über Politik finden – verständlicherweise – in erster Linie in einem vertrauteren Umfeld und nicht in der Öffentlichkeit statt. So gibt eine klare Mehrheit von 76 Prozent an, im Verlauf des letzten Jahres mindestens einmal mit Familie oder Freunden über politische Themen diskutiert zu haben. Außerhalb des Privaten sind soziale Medien wie Facebook oder Twitter die beliebtesten Foren des politischen Austauschs. 28 Prozent der Befragten geben an, dort innerhalb des letzten Jahres zu politischen Themen Stellung bezogen zu haben.

Gleichzeitig führt fast ein Drittel der Befragten (31 Prozent) an, dass es in ihrem engsten Bezugsbereich keine Person mit „völlig anderen politischen Ansichten“ gebe. 51 Prozent geben hingegen zu, dass sie den Kontakt mit einigen Freunden oder Familienmitgliedern einschränken oder Gespräche über Politik mit ihnen vermeiden, um keinen Streit zu provozieren. Dabei sind es gerade solche Treffen, bei denen die Menschen in Polen die Gelegenheit hätten, mit politisch anders Gesinnten in Kontakt zu treten. Denn 37 Prozent der Befragten geben an, Familienangehörige mit völlig anderen politischen Ansichten zu haben, seltener sind es Bekannte (30 Prozent), Freunde (15 Prozent) oder Partner (8 Prozent). Es zeigt sich also: Die Politik mobilisiert und spaltet zugleich.

²¹ Eine ebenfalls von KANTAR im November 2020 durchgeführte Umfrage kam zu ähnlichen Ergebnissen. Damals gaben 13 Prozent der Befragten an, am „Frauenstreik“ teilgenommen zu haben.

„Ich verhalte mich ein wenig reserviert, das heißt, wenn ich weiß, dass bei familiären oder anderen Zusammenkünften jemand dabei ist, der andere Ansichten als ich hat, versuche ich, diese Themen erst gar nicht anzusprechen, um keine unangenehmen Situationen zu provozieren.“

– Teilnehmerin der Fokusgruppe

Bereitschaft, in einer pluralistischen Gesellschaft zu leben: Fehlanzeige

Dabei ist, um den Zusammenhalt in einer pluralistischen Gesellschaft zu gewährleisten, unumgänglich, dass ihre Mitglieder bereit sind, Meinungsverschiedenheiten auszuhalten. Diese Einschätzung teilen 86 Prozent der Polinnen und Polen: Für das Wohl des Landes sei es wichtig, trotz Meinungsverschiedenheiten miteinander leben zu können. Doch wie wir festgestellt haben, existieren in der polnischen Gesellschaft unterschiedliche Vorstellungen davon, wie mit Differenzen umzugehen sei. Deswegen wollten wir wissen, ob und wie sich diese Vorstellungen in der politischen Realität ausdrücken. Die erhobenen Daten weisen auf eine zutiefst polarisierte Gesellschaft hin, die sich schwer damit tut, Kompromisse und Andersdenkende zu dulden.

Ganze 40 Prozent der Polinnen und Polen glauben, dass Menschen, die anders denken als sie selbst, zum Nachteil Polens handelten.

In diesem Sinne empfinden Wähler verschiedener Parteien füreinander mehrheitlich keinen Respekt. Auf die Frage, ob Unterstützer bestimmter Parteien – ausschließlich nach ihren politischen Ansichten beurteilt – Respekt verdienen, antworten nur die Wähler der kürzlich gegründeten Bewegung Polska 2050 von Szymon Hołownia, einem politischen Newcomer und Präsidentschaftskandidaten bei der Wahl 2020, häufiger positiv als negativ.

Das erwähnte negative Politikerbild verstärkt diese Haltung und belastet zusätzlich das Verhältnis zwischen Politik und Bürgerschaft. Ganze zwei Drittel der Befragten lehnen die Aussage ab, dass man trotz Meinungsunterschieden die meisten Politikerinnen und Politiker als Patrioten bezeichnen könne, denen das Wohl Polens am Herzen liege. In diesem Geiste glaubt auch eine Mehrheit von 60 Prozent, im Sejm, dem polnischen Parlament, seien Politiker vertreten, die keine polnischen, sondern ausländische Interessen verfolgten.

Wir finden in Polen also ein tiefes Misstrauen und eine starke gegenseitige Abneigung zwischen politisch Andersdenkenden. Das bestätigt die Befunde einer kürzlich veröffentlichten Studie von Paulina Górka von der Universität Warschau, der zufolge diese Feindseligkeit in Extremfällen bis hin zur Entmenschlichung des Gegenübers reiche.²² **Umso bedenklicher ist, dass nach unserer Erhebung die Hälfte der Menschen in Polen versucht, der persönlichen Auseinandersetzung mit politisch anders Gesinnten aus dem Weg zu gehen.**

Damit verschärfen viele Bürgerinnen und Bürger möglicherweise unbewusst das Problem, denn gerade der Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Gruppen kann die Vorurteile ihnen gegenüber abbauen.

Dabei muss noch einmal betont werden, dass bei den grundlegenden Einstellungen gegenüber der Demokratie keine große Polarisierung zu erkennen ist, sondern erst auf der parteipolitischen Ebene.

Eine nichtrepräsentative Demokratie

Wir haben bereits festgestellt, dass sich die Polinnen und Polen für Politik interessieren, auch wenn sie selbst in manchen Fällen hinter den eigenen Vorstellungen eines aktiven Bürgertums zurückbleiben. Doch wie ist es umgekehrt? Haben die Menschen im Land das Gefühl, die Politik interessiere sich für ihre Meinung und kümmere sich um ihre Belange?

Hier zeichnen die Ergebnisse unserer Umfrage ein düsteres Bild. Nur 24 Prozent der Befragten haben das Gefühl, Politikerinnen und Politiker kümmern sich um die Ansichten der Bevölkerung. Knapp die Hälfte der Befragten (47 Prozent) bejaht mit maximalem Nachdruck die Aussage, dass die meisten Politiker sich in erster Linie um ihre eigenen privaten Interessen statt um das Gemeinwohl sorgten. Neben einem allgemein negativen Politikerbild und einem Gefühl der Entfremdung von den politischen Eliten weisen unsere Daten auf ein weiteres Repräsentationsdefizit hin, und zwar in der Beziehung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Parteien: 55 Prozent der Befragten fühlen sich in ihren Ansichten von keiner der bestehenden politischen Parteien gut vertreten. Damit wird deutlich: Am Wahltag stimmen viele Polinnen und Polen nicht aus Überzeugung ab, sondern für das kleinere Übel.

22 Górka, P. (2019): Polaryzacja polityczna w Polsce. Jak bardzo jesteśmy podzieleni?

Abbildung 23:

Aussagen zur Politik in Polen

Zustimmung in %

Die meisten Politiker kümmern sich in erster Linie um ihre privaten Interessen

79

Den meisten Politikern ist es egal, was die Menschen denken

76

Der polnische Staat dient nur ausgewählten Einflussgruppen

65

Im Sejm sind Politiker vertreten, die nicht polnische, sondern ausländische Interessen vertreten

60

Unter den bestehenden politischen Parteien gibt es eine, die meine Ansichten gut vertritt

45

Als Bürger habe ich einen Einfluss auf das, was in diesem Land passiert

34

Ich habe noch nie Verachtung seitens der Politiker für Menschen wie mich gespürt

26

Fragen: Bitte geben Sie auf einer Skala von 1 bis 6 an, welche der folgenden Aussagen für Sie näher liegt (jeweils Gegensatzpaare); Bitte markieren Sie, welche Aussage für Sie zutrifft (jeweils Gegensatzpaare); Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Quelle: More in Common (2021)

Der politischen Klasse stellen diese Umfragewerte ein Armutszeugnis aus, das von einem langfristigen Vertrauensverlust in das gesamte System zeugt. Obwohl in einer Demokratie die Macht eigentlich vom Volk ausgeht, fühlt sich ein Großteil der polnischen Bevölkerung augenscheinlich eher machtlos. **Nur etwa ein Drittel der Befragten meint, Einfluss darauf zu haben, was im Land passiert; weniger als ein Zehntel tut das ausdrücklich.** Die real existierende Demokratie bietet also in Polen vielen Menschen, zumindest gefühlt, nicht die gestalterischen Möglichkeiten, die sie erklärtermaßen bieten sollte.

Bei der Frage, wie groß das eigene Mitspracherecht empfunden wird, sind die parteipolitischen Präferenzen zentral. **Denn nur die Anhänger der Regierungspartei PiS glauben mehrheitlich, ihre Stimme werde tatsächlich von der Politik gehört** (51 Prozent gegenüber 21 Prozent, die entgegengesetzter Meinung sind). Bei den Unterstützern der Opposition fühlt sich, je nach Partei, eine relative oder absolute Mehrheit politisch einflusslos. Gleichzeitig schätzen all jene Befragten, die regelmäßig wählen, also mindestens an drei der letzten vier Wahlen teilgenommen haben, diese Möglichkeit der Einflussnahme auf das politische Geschehen sehr: Auf einer Skala von 1 bis 6 entscheiden sich ganze 65 Prozent für den höchsten Wert.

Es ist also der tatsächliche Wahlgang, der für die Bürgerinnen und Bürger zählt und sie aus der Resignation herausholt. Die erwähnte hohe Wahlbeteiligung bestätigt diesen Eindruck. Die Fokussierung auf die Wahl sowie die darauffolgende Frustration und gefühlte Machtlosigkeit der Verliererseite zeigen jedoch auch, dass weder die Gesellschaft noch die politischen Eliten wirksame „Versöhnungsmechanismen“ zur Bewältigung vergleichsweise kleiner Spaltungen entwickelt haben. Polens politisches System ist stark nach dem Prinzip ausgerichtet, dass dem Sieger alles gebühre, oder zumindest wird es so wahrgenommen. Es bietet Anhängern der Opposition unzureichende Möglichkeiten, sich auch zwischen den Wahlen in das politische Geschehen eingebunden zu fühlen.

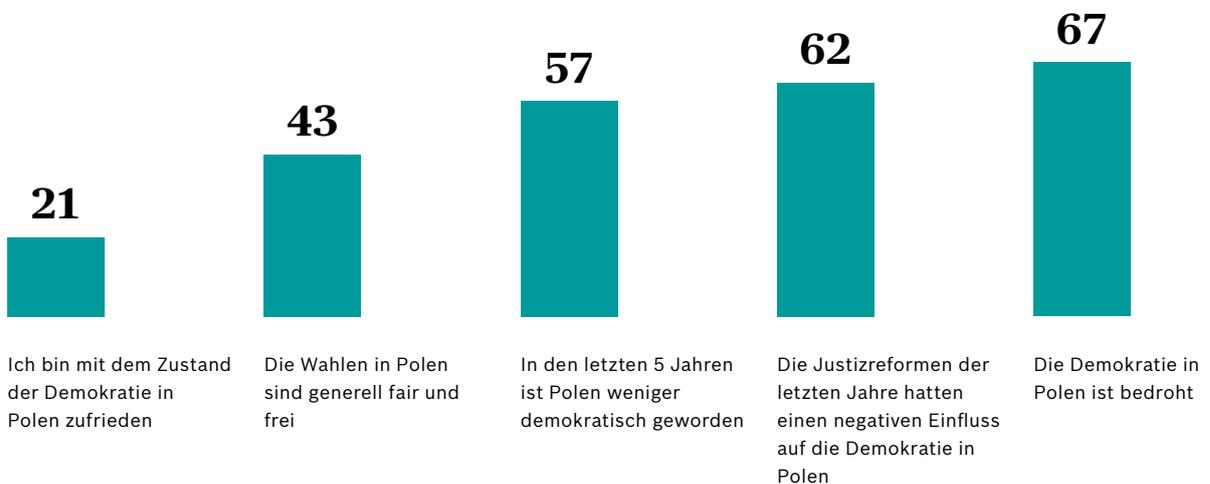
Sorge um die Demokratie – eine parteiische Angelegenheit

Bei diesem teils vernichtenden Zeugnis, das die Polinnen und Polen ihrer Demokratie ausstellen, überrascht es nicht, dass 59 Prozent der Befragten mit dem Zustand der Demokratie in Polen unzufrieden sind. Als damit zufrieden bezeichnen sich nur 21 Prozent. Besonders vor dem Hintergrund des aufkommenden Populismus und der Aushöhlung liberal-demokratischer Verfahrensregeln ist somit auch die Sorge um die Demokratie groß: 67 Prozent der Befragten sehen sie aktuell in Gefahr.

Abbildung 24:

Bewertung demokratischer Realität

Zustimmung in %



Fragen: Sind Sie mit dem Zustand der Demokratie in Polen zufrieden? Sind Ihrer Meinung nach die Wahlen in Polen generell frei und fair? Ist Polen in den letzten 5 Jahren mehr oder weniger demokratisch geworden? Bitte geben Sie an, wie die Reformen der Justiz, einschließlich des Verfassungstribunals und des Obersten Gerichtshofs, die Entwicklung der Demokratie in Polen beeinflusst haben oder beeinflussen; Ist Ihrer Meinung nach die Demokratie in Polen bedroht? Quelle: More in Common (2021)

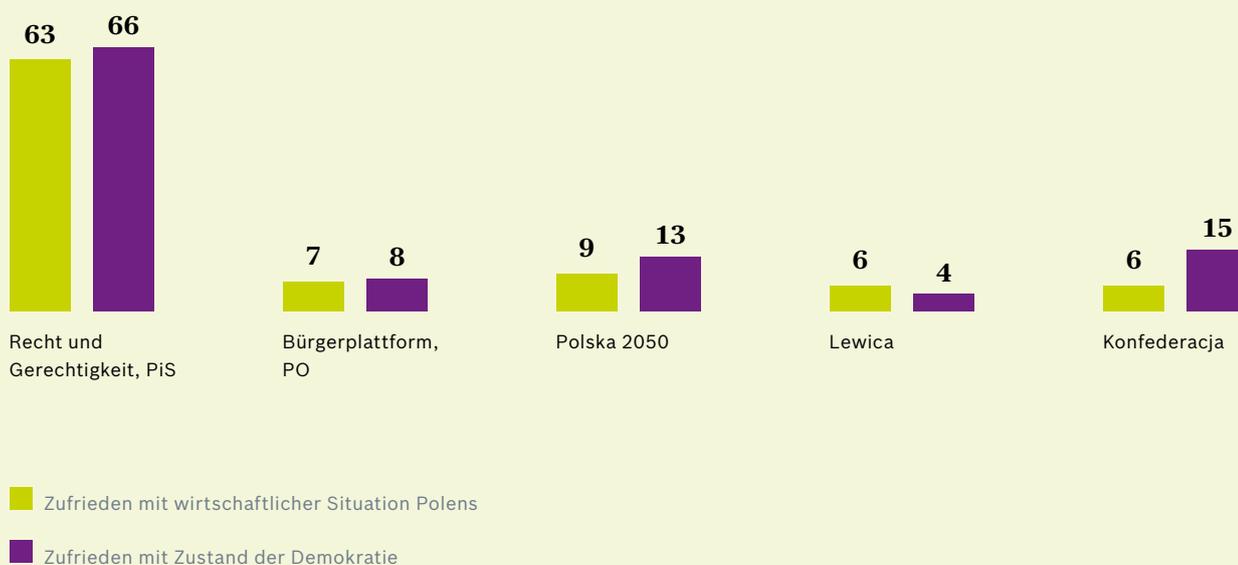
Aufgrund ähnlicher Grundeinstellungen gegenüber dem Konzept der Demokratie könnte man eigentlich erwarten, dass sich positive und negative Bewertungen gelebter Demokratie etwa gleichmäßig und unabhängig von Parteipräferenzen in der Bevölkerung verteilen. **Doch auch hier sind bei der Bewertung der politischen Realität parteipolitische Vorlieben entscheidend:** Während 96 Prozent der Wähler der konservativ-liberalen Bürgerplattform, 91 Prozent der Wähler des Linksbündnisses Lewica, 86 Prozent der Wähler von Szymon Hołownias Mitte-Rechts-Partei Polska 2050 und 60 Prozent der Wähler der libertär-nationalistischen Konfederacja die polnische Demokratie in Gefahr sehen, tun dies nur 19 Prozent der Anhänger der regierenden PiS. Ähnliche Werte sehen wir bei der Frage, ob das Recht auf Protest gefährdet sei.

Abbildung 25:

Zufriedenheit nach Parteipräferenz

Die PiS-Anhänger sind mit Abstand mit politisch-wirtschaftlicher Situation am zufriedensten

Zustimmung in %



Fragen: Sind Sie mit der allgemeinen wirtschaftlichen Situation in Polen zufrieden? Sind Sie mit dem Zustand der Demokratie in Polen zufrieden? Quelle: More in Common (2021)

Wie die demokratische Realität im Land bewertet wird, hängt also maßgeblich von parteipolitischen Präferenzen ab.

Die unterschiedlichen Einschätzungen sind hier weniger das Ergebnis einer kritischen Auseinandersetzung mit den eigenen Vorstellungen der demokratischen Funktionsweise als das Bekenntnis zu einem politischen Lager. Diese politische Polarisierung macht auch vor anderen Aspekten des Lebens nicht halt. So sind 63 Prozent der PiS-Wähler mit der wirtschaftlichen Situation in Polen zufrieden. Anhänger oppositioneller Parteien hingegen zeigen sich gegenüber der ökonomischen Lage viel kritischer und insgesamt knapp 80 Prozent damit unzufrieden. Und wie steht es um Wahlen, den Höhepunkt des demokratischen Prozesses? Glauben die Polen bei aller Polarisierung, dass durch den Urnengang die Ausübung der Staatsgewalt durch den Souverän, also das Volk, legitim zum Ausdruck kommt? Immerhin 43 Prozent der Befragten halten die Wahlen im Land für fair und frei. Weitere 21 Prozent haben dazu keine Meinung. Die restlichen 36 Prozent äußern teils schwerwiegende Bedenken: Während 26 Prozent die Wahlen als „eher nicht“ frei und fair bezeichnen, glauben 10 Prozent, man könne sie „definitiv nicht“ so bezeichnen. **Auch bei der Bewertung der Rechtmäßigkeit von Wahlen sind Parteipräferenzen ausschlaggebend:** Während 82 Prozent der PiS-Wähler polnische Wahlen für generell fair und frei halten, liegt der Wert bei Anhängern der vier größten Oppositionsparteien zwischen 34 Prozent und 40 Prozent.

Anhand dieser Daten scheint die These berechtigt, dass viele Anhänger der Opposition der Meinung sind, die regierende PiS-Partei habe sich durch die Übernahme des gesamten Staatsapparats samt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen unfairen Vorteil verschafft. Dadurch wird ein Wahlsieg der Opposition unwahrscheinlicher, ist jedoch nicht ausgeschlossen. Zumal die Ergebnisse der Regionalwahlen, bei denen Oppositionskandidaten zum Teil deutliche Wahlsiege erzielt haben, eine solche Möglichkeit eindeutig signalisieren. Im Endeffekt ist es der Glaube an die Legitimität der Wahlergebnisse, trotz fehlender Fairness im Wahlkampf, der die politische Gemeinschaft zusammenhält.

Potenzialgruppen: Wo die liberal-demokratische Regeneration ansetzen kann

Unsere Untersuchung zeigt: Die große Mehrheit der polnischen Bevölkerung verbindet mit Demokratie liberal-demokratische Prinzipien und hat diese zumindest auf normativer, abstrakter Ebene verinnerlicht. Auf institutioneller Ebene mag die liberale Demokratie in Polen vielleicht nicht mehr existieren, doch als Ideal ist sie nicht aus den Köpfen der Polinnen und Polen verschwunden. Dennoch unterscheiden sich die Menschen teilweise radikal in der Bewertung der politischen Realität und den damit verbundenen Gefahren für die Demokratie. Ausschlaggebend scheinen dafür in erster Linie parteipolitische Präferenzen zu sein, was wiederum die Macht politischer Großzählungen verdeutlicht: Sie strukturieren die politische Wahrnehmung und bieten Leitlinien und Anhaltspunkte, die den Menschen helfen, die einzelnen Teile der politischen Realität zu einem kohärenten Bild zusammenzufügen. Sie bilden auch den Rahmen, in dem der Begriff der Demokratie im Konkreten gedeutet wird.

An dieser Stelle wollen wir hinter die Kulissen der polnischen Gesellschaft blicken: Welche Bevölkerungssegmente haben in Polen die fast revolutionären institutionellen Umwälzungen seit 2015 überhaupt ermöglicht? Dabei geht es uns nicht um bekennende Gegner der liberalen Demokratie, die eindeutig illiberale bis autoritäre Züge aufweisen. Vielmehr als diese radikale, aber relativ kleine Randgruppe interessieren uns jene Menschen, die sich selbst nicht eindeutig einem politischen Lager zurechnen oder am Rande des Geschehens stehen, aber im entscheidenden Moment ihr Kreuz auf dem Wahlzettel überdurchschnittlich oft bei illiberalen Kräften gesetzt haben.

Deswegen wollen wir im nächsten Schritt mithilfe der eingangs beschriebenen Methode unseren Blick auf diejenigen richten, die der liberalen Demokratie ambivalent bis indifferent gegenüberstehen. Welche Eigenschaften und Einstellungen haben dazu beigetragen, dass sie den Abbau der rechtsstaatlichen Institutionen womöglich gleichgültig hingenommen haben? Ist ihnen die liberale Demokratie im Ergebnis egal, solange es Wahlen gibt? Oder wurden sie von der liberalen Demokratie enttäuscht und sind nun bereit, ein Auge zuzudrücken und manch ein liberales Prinzip für bestimmte, aus ihrer Sicht relevante „Gegenleistungen“ zu opfern? Im polnischen Fall

wäre das keine Gruppe mehr, die es vor der illiberalen Versuchung zu bewahren gelte, sondern eine, die aus Sicht der liberalen Demokratie zurückerobert werden muss. Damit das erfolgreich geschehen kann, muss man versuchen, diese Menschen, ihre Motive und Prioritäten besser zu verstehen.

Kurzprofil: Die Stillen Output-Orientierten (26 Prozent)

„Ein demokratischer Staat kann die Nöte seiner Bürger nicht unbeachtet lassen. Er übernimmt Verantwortung für uns, denn schließlich wählen wir diejenigen, die das Land regieren.“

– Teilnehmerin einer Fokusgruppe

Die Stillen Output-Orientierten haben ein elektorales und transaktionelles Verständnis von Demokratie. Sie erwarten konkrete Ergebnisse und einen fürsorglichen Staat, dessen Leistungsfähigkeit sie an der Wahlurne alle vier Jahre bewerten. Zwischen den Wahlen bleiben sie eher passiv. Debatten über Rechtsstaatlichkeit lassen sie kalt. Sie fühlen sich im heutigen illiberalen Polen gut aufgehoben.

Demografische und politische Merkmale:

- überdurchschnittlich auf dem Land vertreten, unterdurchschnittlich in Großstädten
- erhöhter Anteil an Wählern der PiS-Partei (+9 Prozentpunkte)
- hohes Wertschätzungsempfinden
- gemäßigt konservatives Weltbild

Das Segment der Stillen Output-Orientierten fällt auf den ersten Blick nicht besonders negativ auf. Ihre persönliche Wertschätzung der Demokratie und die Bindung an liberal-demokratische Werte weicht nicht vom Durchschnitt ab. Trotz dieser positiven normativen Grundeinstellung stehen die Stillen Output-Orientierten in einem ambivalenten Verhältnis zur liberalen Demokratie. Denn was dieses Segment ausmacht, ist eine hohe Bereitschaft, gewisse demokratische Prinzipien gegen konkrete Resultate einzutauschen, sowie ein geringes Bedürfnis nach politischer Teilhabe.

Wie die Bezeichnung des Segments bereits verrät, **legen die Stillen Output-Orientierten weniger Wert als andere darauf, am politischen Leben teilzunehmen**. Sie neigen verstärkt zum Bild eines passiven Bürgers, der sich zwischen den Wahlen politisch nicht einbringt. 28 Prozent von ihnen glauben, dass es in einer Demokratie reiche, wählen zu gehen und den Rest den Politikern zu überlassen (+12). Ihre eigenen Verhaltensmuster bestätigen diese Haltung. Sie interessieren sich unterdurchschnittlich für Politik (-8), verfolgen die politischen Nachrichten weniger intensiv (-10) und suchen seltener als der Durchschnitt die Diskussion mit anderen (-7). Das gleiche Muster finden wir bei politischen Aktivitäten wie der Beteiligung an Demonstrationen (-7) oder Unterschriftsammelaktionen (-7).

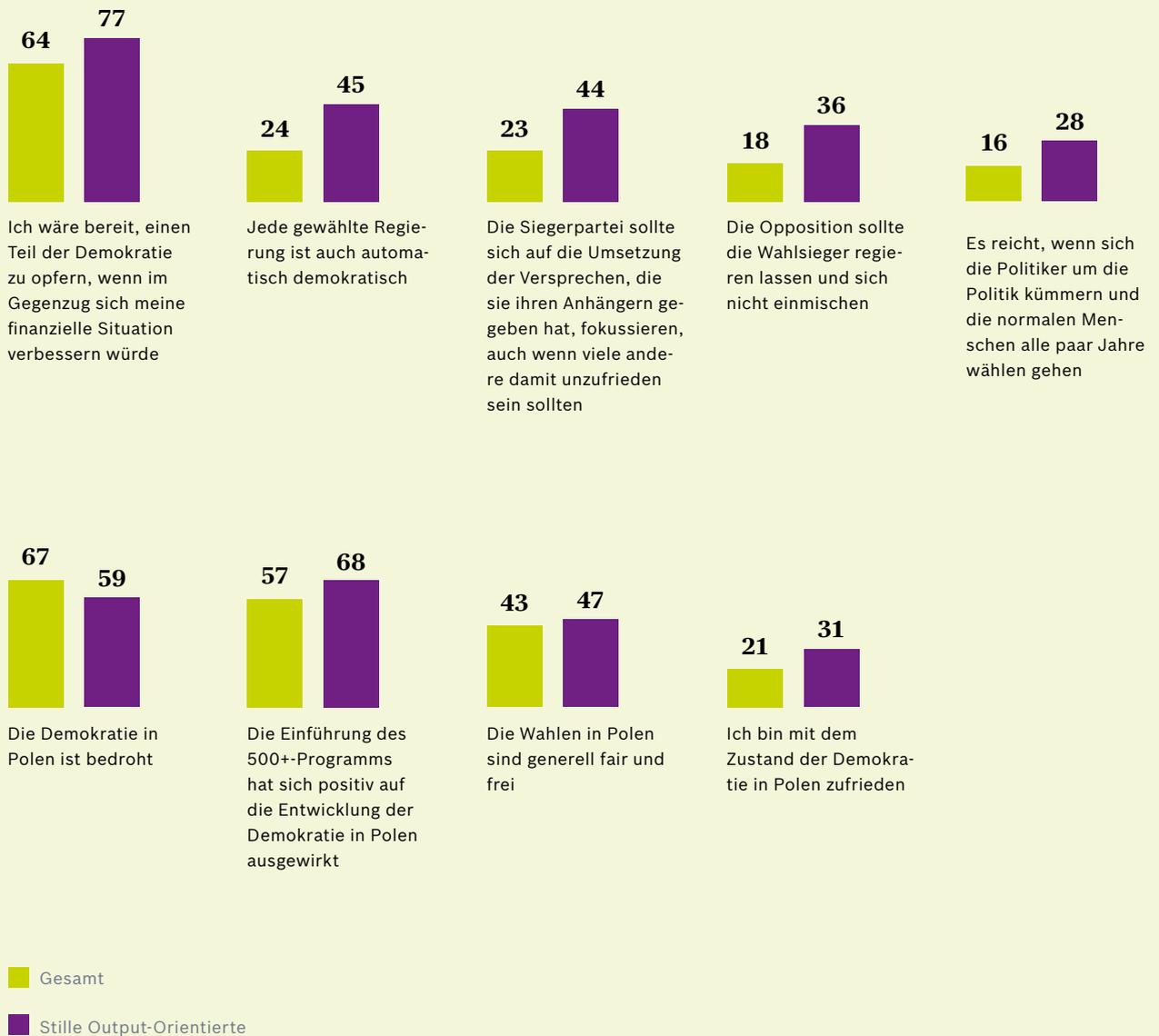
„Wir sind passive Akteure und werden zu aktiven, wenn die Wahl kommt.“

– Teilnehmer einer Fokusgruppe

Abbildung 26:

Profil der Stillen Output-Orientierten

Zustimmung in %



Fragen: Wären Sie bereit, einen Teil der Demokratie zu opfern, wenn im Gegenzug sich Ihre materielle Situation deutlich verbessern würde? Bitte markieren Sie auf einer Skala von 1 bis 6, welche der folgenden Aussagen Ihnen näher liegt (jeweils Gegensatzpaare). Ist Ihrer Meinung nach die Demokratie in Polen bedroht? Bitte geben Sie an, wie die Einführung des 500+-Programms die Entwicklung der Demokratie in Polen beeinflusst hat oder beeinflusst. Sind Ihrer Meinung nach die Wahlen in Polen generell frei und fair? Sind Sie mit dem Zustand der Demokratie in Polen zufrieden? Quelle: More in Common (2021)

Unter den Stillen Output-Orientierten gibt es eine Tendenz hin zu einem elektoralen Verständnis von Demokratie – zwischen den Wahlen solle nicht viel geredet oder gar gestritten, sondern gehandelt werden. So liegt die Erwartung, dass die Regierungspartei(en) nach Kompromissen suchen sollte(n), bei nur 56 Prozent und damit deutlich niedriger als beim Rest der Bevölkerung (-21). Ebenso sollte die Opposition die Regierung bei der Durchsetzung ihres Wahlprogramms möglichst wenig stören; dieser Meinung sind 36 Prozent der Stillen Output-Orientierten (+18). Diese Zurückhaltung hat zur Folge, dass bei dieser Gruppe das Abwehrsystem gegen Autoritarismus nicht so robust ist wie in den „demokratischen“ Bevölkerungsteilen. Dass eine demokratisch gewählte Regierung auch undemokratisch agieren kann, erschließt sich hier lediglich 55 Prozent (-21). Der eigentliche Kontrollmechanismus ist aus ihrer Sicht der Urnengang, wie unsere Fokusgruppen bestätigen.

„Wir müssen zur Wahl gehen, wir müssen wählen und die Regierungen wechseln, wenn sie etwas anderes tun als das, was sie versprochen haben.“

– Teilnehmerin einer Fokusgruppe

Ein weiteres Indiz für eine überdurchschnittliche Gleichgültigkeit gegenüber dem Konzept der liberalen Demokratie ist die „transaktionelle“ Gesinnung der Stillen Output-Orientierten. So wären 39 Prozent von ihnen bereit, Einschränkung bürgerlicher Freiheiten hinzunehmen, wenn im Gegenzug für mehr Sicherheit gesorgt würde (+13). Einen Teil der Demokratie würden 77 Prozent (+13) opfern, wenn sich dadurch ihre finanzielle Situation verbessern würde, und 71 Prozent (+13), wenn dadurch traditionelle Werte besser geschützt würden. **Für sie zählt demnach nicht in erster Linie die normative Vollkommenheit einer Demokratie, sondern ihre Leistungsfähigkeit.** So erwarten sie beispielsweise, dass der Staat allen Bürgern würdige Lebensbedingungen garantiere (94 Prozent, +4) und die Kluft zwischen Arm und Reich begrenze (93 Prozent, +7). Den Justizreformen der letzten Jahre, die in Teilen der polnischen Gesellschaft erhebliche Sorgen um die Zukunft der Rechtsstaatlichkeit verursacht haben, stehen sie vergleichsweise gelassen gegenüber; „nur“ 49 Prozent (-13) glauben, dass sich die Reformen negativ auf die Entwicklung der polnischen Demokratie ausgewirkt hätten.

Um die gewünschten Ergebnisse zu erreichen, sind überdurchschnittlich viele Stille Output-Orientierte bereit, auf eine starke Persönlichkeit zu setzen, die auch mal Regeln bricht (57 Prozent, +10), und gegebenenfalls von Diktatoren zu lernen (25 Prozent, +8).

„Die Polen müssen ein wenig gezähmt werden. Wir haben eine Demokratie, die zu unserer Nation passt.“

– Teilnehmer einer Fokusgruppe

Insgesamt gilt: Liefert die Demokratie nicht, so droht ihr der Entzug der Unterstützung. Das will selbstverständlich nicht heißen, dass ihr die Stillen Output-Orientierten komplett den Rücken kehren und ihr Schicksal einer diktatorischen Herrschaft überlassen würden, denn 95 Prozent von ihnen schätzen es, in einer Demokratie zu leben. Doch sie sind empfänglich für einen politischen Akteur, der bereit ist, bestehende Regeln zu brechen, um gewünschte Ergebnisse zu liefern. Liefert er, so werden er und auch die Demokratie belohnt. Kein Wunder also, dass 68 Prozent (+11) der Stillen Output-Orientierten die Einführung des Kindergeldprogramms 500+ durch

die PiS-Partei als demokratiefördernd bewerten. Vor diesem Hintergrund ist auch nachvollziehbar, dass dieses Segment die demokratische Realität in Polen weniger kritisch bewertet als der Rest ihrer Landsleute: 31 Prozent sind zufrieden mit dem Zustand der polnischen Demokratie (+10).

„Meine Tochter ist geschieden, ihre Ehe ist gescheitert, ihr Kind braucht medizinische Versorgung und sie wurde vom Staat im Stich gelassen. Hier retten die 500 Zloty ihre familiäre Situation sehr stark.“

– Teilnehmerin einer Fokusgruppe

Eine weitere interessante Erkenntnis: **Während in vielen anderen Gesellschaften ergebnisorientierte Bürgerinnen und Bürger große Frustration gegenüber dem System empfinden, ist in Polen das Gegenteil der Fall.** Die Zufriedenheit mit dem fürsorglichen Staat überträgt sich auf die Bewertung der eigenen Lebensrealität. Diese Menschen fühlen sich überdurchschnittlich respektiert und geschätzt für das, was sie in ihrem Leben erreicht haben (53 Prozent, +7). Dennoch stehen sie Politikern so skeptisch und kritisch wie der Bevölkerungsdurchschnitt gegenüber. Das zeigt, dass sie mit Politikern ein pragmatisches, transaktionelles Verhältnis eingehen, dessen Nützlichkeit alle vier Jahre an der Wahlurne bewertet wird.

Die Stillen Output-Orientierten pflegen einen eher konservativen, traditionellen Lebensstil, sind auf dem Land überrepräsentiert und dafür in Großstädten seltener zu finden, weisen darüber hinaus jedoch keine besonderen Merkmale auf.

Weitere Baustelle: Demokraten vs. Indifferente

Nachdem wir mit den Stillen Output-Orientierten ein durchaus demokratieindifferentes Segment genauer unter die Lupe genommen haben, lohnt sich ein kurzer Exkurs in die Welt der liberalen Demokratinnen und Demokraten. Sie verfügen zwar über ein robustes demokratisches Immunsystem und sind die Quelle, aus der sich die aktiven Verteidiger der Rechtsstaatlichkeit in Polen rekrutieren. Dennoch weisen auch sie Charakteristika auf, die sich negativ auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Qualität der Demokratie auswirken und somit auch den Weg für illiberale Tendenzen ebnen könnten. Diese Haltung lässt sich gut an den Einstellungen zum Kindergeldprogramm 500+ erkennen.

Die Stillen Output-Orientierten sind in den letzten Jahren zum Ziel heftiger Anschuldigungen seitens der (Liberal-)Demokraten geworden. Der Vorwurf lautet, sie hätten sich von der nationalkonservativen Regierung „bestechen lassen“ und die Demokratie für 500 Zloty verkauft. So erleben wir einen Zusammenprall zweier Visionen von Demokratie: einer, die die Bewahrung von rechtsstaatlichen Verfahren priorisiert, und einer, die unter anderem wirtschaftliche Sicherheit garantiert.

Auf der normativen Ebene lässt sich dieser Konflikt zunächst nicht rekonstruieren. Denn in ihrer Selbsteinschätzung stehen auch selbsterklärte und engagierte Demokratinnen und Demokraten voll hinter der Idee eines Wohlfahrtsstaats, und zwar in größerem Ausmaß als die Indifferenten. Die empirischen Daten zeigen jedoch, dass in den von uns identifizierten „demokratischen“ Segmenten das Programm 500+ mehrheitlich als demokratieschädigend eingestuft wird.

Dies zeigt, dass **die politische Realität maßgeblich durch eine parteipolitische Linse bewertet wird, die die eigentlichen persönlichen Grundeinstellungen überlagert**. Zudem wird deutlich, dass nicht nur Bevölkerungssegmente, die illiberale oder gar autoritäre Züge aufweisen, sondern auch selbsterklärte Demokraten Probleme haben, sich in die Position anderer zu versetzen und ihre Motive zu verstehen. Dieses Phänomen wird oft von einer Verachtung gegenüber Andersdenkenden begleitet und verstärkt. Aus unseren Daten geht sogar hervor, **dass Einstellungen der Anhängerinnen und Anhänger der Oppositionsparteien gegenüber PiS-Anhängern negativer sind als umgekehrt**.

So meinen 58 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Bürgerplattform, 51 Prozent der Polska 2050 und 43 Prozent des Bündnisses Lewica, dass PiS-Anhänger, ausschließlich nach ihren politischen Ansichten beurteilt, definitiv keinen Respekt verdienen. Die Unterstützerinnen und Unterstützer der PiS hingegen gehen mit ihren politischen Opponenten weniger streng ins Gericht: Von ihnen sagen „nur“ 33 Prozent, dass Wählerinnen und Wähler der Bürgerplattform keinen Respekt verdienen. Für Polska 2050 und Lewica liegt der Wert bei 24 Prozent beziehungsweise 26 Prozent. Auf diese Weise schrecken (Liberal-)Demokraten die Indifferenten selbst von der liberalen Demokratie ab.

Fazit und Handlungsempfehlungen

- Die Idee der Demokratie ist in der polnischen Gesellschaft nicht umstritten. Bis auf kleine Ausnahmen stehen die Polinnen und Polen zur Demokratie und bekennen sich mehrheitlich zu liberal-demokratischen Grundsätzen. Die Demokratie ist für viele Menschen in Polen nicht nur ein abstraktes, normatives Gerüst – eine soziale Komponente und ein fürsorglicher Staat gehören dazu. Vor diesem Hintergrund ist in Teilen der Gesellschaft eine Bereitschaft zu „Tauschgeschäften“ zwischen rechtsstaatlichen Prinzipien und erhofften Ergebnissen zu erkennen. Ein Blankoscheck wird den Regierenden jedoch nie ausgestellt. Denn es gilt der Grundsatz des eingeschränkten Vertrauens mit Wahlen als ultimativem Kontrollmechanismus.
- Während das theoretische Konzept der Demokratie also nicht umkämpft ist, bestehen in der polnischen Gesellschaft jedoch unterschiedliche Vorstellungen, wie eine Demokratie in der Praxis gelebt werden soll. Besonders betrifft das die Funktionsweise der politischen Willensbildung. Weil es in der polnischen Gesellschaft an Kom-

promissbereitschaft und wirksamen Mechanismen zur Bewältigung vergleichsweise kleiner Spaltungen mangelt, wird die politische Realität durch eine parteipolitische Brille gedeutet. Da die verschiedenen Seiten sich gegenseitig das Recht absprechen, den Willen des Volks zu vertreten, kann für die jeweiligen Lager die Demokratie nur dann gut funktionieren, wenn man selbst an der Macht ist. Damit wird auch die Demokratie zum Objekt der Polarisierung.

- In einer stark polarisierten Gesellschaft ziehen in der Regel laute Randgruppen die Aufmerksamkeit auf sich. Dennoch können auch eher zurückgezogene, stille Bürger ausschlaggebend sein für den Kurs, den eine Demokratie einschlägt. Im Fall Polens verfügt das Segment der Stillen Output-Orientierten über dieses Potenzial. Die Herausforderung besteht darin, diese Menschen davon zu überzeugen, dass in einer liberalen Demokratie besser für sie gesorgt wird als in einer illiberalen. Dafür müssen liberal-demokratische Akteure ein neues Vertrauensverhältnis zu ihnen aufbauen, indem sie das Gemeinschaftliche stärker betonen und das Konzept des modernen Wohlfahrtsstaats für sich entdecken.
- Das Konzept der Demokratieindifferenz verdeutlicht eine Schwäche der polnischen liberalen Demokratie seit 1989: Sie ließ zu viele Menschen auf der Strecke, die sich nach Alternativen umzuschauen begannen und so seit 2015 den illiberalen Umbau des polnischen Staats durch die PiS ermöglicht haben. Doch umgekehrt könnten diese Menschen auch zum Schlüssel für die Rückkehr liberal-demokratischer Kräfte avancieren. Dennoch zeigen unsere Befunde, dass die größte Herausforderung für die polnische Demokratie langfristig nicht demokratische Indifferenz ist, sondern die segmentübergreifend begrenzte Fähigkeit, mit Meinungsverschiedenheiten in einer pluralistischen Gesellschaft umzugehen.
- Langfristig gilt es also in erster Linie, das Misstrauen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen abzubauen. Es muss ein „überbrückendes Sozialkapital“ geschaffen werden. In vielen Fällen muss die Arbeit hierzu bei null anfangen, da die Politisierung tief in die Gesellschaft hineinreicht. So wurde nicht nur die Beschäftigung mit Geschichte politisiert, sondern auch manch eine karitative Initiative. Dazu braucht es Begegnungsorte, die nicht nur der Polarisierung der Gesellschaft entgegenwirken, sondern auch ihrer Atomisierung. Eine erfolgreiche Demokratie lebt von unterschiedlichen Meinungen und hitzigen Disputen, doch Streiten muss auch gelernt werden.

**Großbritannien:
Instandsetzung
und Resilienz
der britischen
Demokratie**



Großbritannien: Instandsetzung und Resilienz der britischen Demokratie

Einleitung

Die letzten zehn Jahre haben die britische Demokratie auf die Probe gestellt: vier Parlamentswahlen, drei Referenden, die verfahrene Lage rund um den Brexit, wachsender Populismus und eine zunehmend hasserfüllte politische Debatte, die mitunter in Gewalt mündete.²³ Unsere Studie zu den Demokratieeinstellungen²⁴ in Großbritannien zeigt: Drei von fünf Briten glauben heute, dass die britische Demokratie ernststen Risiken ausgesetzt sei. Das Vertrauen in demokratische Institutionen hat nachgelassen, wie auch das Vertrauen in Institutionen generell. Große Anteile der Bevölkerung finden, die öffentliche Debatte sei im digitalen Zeitalter rauer geworden. Im Hinblick auf die Spaltungen im Land hat sich eine gewisse Ermüdung eingestellt.

Doch in mehrererlei Hinsicht haben sich Großbritanniens demokratische Institutionen angesichts dieser tiefer gewordenen Spaltungen als widerstandsfähig erwiesen. Eine große Mehrheit im gesamten Land sieht Demokratie nach wie vor als die beste Regierungsform und ist stolz, in einem Staat mit einer solch langen demokratischen Geschichte zu leben. **Die Briten halten unverändert an der Idee der Demokratie und ihren Grundsätzen fest. Selbst bei den Unzufriedenen gilt ein Gros der Frustration eher den Ergebnissen des demokratischen Systems als seinen Prinzipien.** Die Menschen sind enttäuscht von Politikern, die Versprechen nicht einhalten, und von einem System, das seinen eigenen Idealen nicht nachkommt. Anders als in den USA sind demokratische Bedrohungen nicht durch eine Polarisierung zweier „verschanzter“ gegnerischer Lager bedingt, wie 2020 die Studie *Britain's Choice* zeigte.²⁵ Die Geisteshaltung, mit der viele Britinnen und Briten ihrer Demokratie begegnen, ist ebenso nuanciert, wie wir es bei einer ganzen Reihe von Themen sehen: **Neben einer tiefsitzenden Frustration über systemische Versäumnisse besteht ein ebenso aufrichtiges Bekenntnis zur demokratischen Praxis, und viele Menschen bringen beiderlei Gefühle unter.**

Der Westminster Palace, der historische Sitz der parlamentarischen Demokratie im Vereinigten Königreich, soll bald grundlegend restauriert werden. Die Arbeiten sollen mehrere Jahrzehnte dauern, denn durch jahrelange Vernachlässigung ist das Gebäude brandanfällig geworden und entspricht nicht mehr den Anforderungen des 21. Jahrhunderts. Während also der physische Sitz der britischen Demokratie instand gesetzt wird, erfordert diese selbst eine noch aufwendigere Sanierung. **Geringes Vertrauen und tiefe Frustration haben dazu geführt, dass sich Menschen abwenden, gleichgültig oder missgünstig werden, wodurch sie die Demokratie anfälliger machen für Spaltung, Verzweiflung und Extremismus.** Wir beschreiben hier das Umfeld dieser demokratischen „Sanierungsarbeit“, und zwar mit Blick darauf, was die Bevölkerung selbst von ihrem demokratischen System hält. Der Fokus liegt nicht auf Institutionen, Regionen oder demografischen Gruppen – sondern auf all jenen, die der Demokratie mit der im Vergleich größten Indifferenz begegnen.

23 So wurde wenige Tage vor dem Brexit-Referendum 2016 die Labour-Abgeordnete Jo Cox nach einer Bürgersprechstunde von einem Rechtsextremen ermordet.

24 In Zusammenarbeit mit YouGov befragte More in Common insgesamt 2.000 Erwachsene in Großbritannien (England, Wales, Schottland) zu ihren Einstellungen rund um Demokratie und Politik sowie zu ihrer eigenen Rolle im Gemeinwesen. Die quantitative Erhebung fand im Januar und Februar 2021 statt, gefolgt von qualitativen Fokusgruppen im März 2021.

25 Juan-Torres, M., Dixon, T., Kimaram, A. (2020): *Britain's Choice: Common Ground and Division in 2020s Britain*. More in Common.

Dynamiken und Trends in Einstellungen zur Demokratie

Die Briten fühlen sich dem Konzept einer demokratischen Gesellschaft und Kultur stark verpflichtet. Vor die Wahl weniger demokratischer Alternativen gestellt, entscheiden sich neun von zehn für die Demokratie als beste Regierungsform für ihr Land. Wenn sie auf einer Skala von 1 bis 10 bewerten sollen, wie wichtig es für sie sei, in einem demokratisch regierten Land zu leben, antwortet über die Hälfte (54 Prozent) mit 10 von 10. Auch finden knapp neun von zehn (87 Prozent), dass Demokratien in der Regel gerechtere Gesellschaften hervorbrächten, und sieben von zehn, dass sie zu geordneteren und friedlicheren Gesellschaften führten.

Die Menschen stehen hinter den Grundsätzen und Werten einer demokratischen Kultur

Der Wahldemokratie begegnen die Befragten mit Wertschätzung und Teilhabe und würden sie nicht opfern wollen. Nur jeder Zehnte ist der Meinung, dass weniger häufige Wahlen das Land stärker zusammenbringen würden. Die Briten schätzen die demokratischen Abläufe, in denen sie ihr politisches Führungspersonal aussuchen können. Nur ein Prozent „stimmt ausdrücklich zu“, Wahlen könnten abgeschafft werden, solange dies gewährleisten würde, dass die von ihnen bevorzugte Partei an der Macht bliebe.

Das allgemeine Bekenntnis zur Demokratie umfasst mehr als eine Vorliebe, Regierungen durch Wahlen zu bestimmen. Auch für viele der Grundsätze und Werte, die die Basis einer demokratischen Kultur bilden, zeichnet sich starke Unterstützung ab, etwa für den Respekt vor demokratischen Verfahren, Regeln und der Rechtsstaatlichkeit:

- 7 von 10 erwarten von den Regierenden, geltende Gesetze und Verfahren einzuhalten, selbst wenn ihre Handlungsfähigkeit dadurch eingeschränkt würde oder Entscheidungen länger dauerten.
- 4 von 5 stimmen zu, dass „auch wer politisch anderer Meinung ist als ich, dieselben Rechte“ verdiene (82 Prozent). Starke Zustimmung erfährt diese Überzeugung unabhängig von der politischen Ideologie, Einstellung zum Brexit oder der sozialen Schicht.
- Auf die Frage, welche drei Aspekte die wichtigsten der britischen Demokratie seien, werden in absteigender Reihenfolge freie und faire Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und die Gleichheit vor dem Gesetz genannt.

Manche würden demokratische Grundsätze für Vergünstigungen eintauschen

Wenngleich nur wenige Befragte demokratische Leitsätze offen ablehnen, wäre eine Minderheit gewillt, unter Umständen demokratische Rechte oder Freiheiten aufzugeben:

- Über ein Viertel wäre entweder bereit oder zumindest zwiespalten, Rechte und Freiheiten aufzugeben, wenn es der eigenen Familie eine bessere Zukunft sichern würde (28 Prozent; weitere 36 Prozent stimmen weder zu noch widersprechen sie).
- Ob Wahlen abgeschafft werden könnten, wenn dadurch gesichert wäre, dass die eigene bevorzugte Partei an der Macht bliebe, bejahen zwar nur 8 Prozent, aber weitere 23 Prozent stimmen weder zu noch widersprechen sie. Am unentschiedensten sind hier die Jüngeren (36 Prozent der Generation Z – der um die Jahrtausendwende Geborenen – stimmen weder zu noch widersprechen sie, verglichen mit nur 15 Prozent der Babyboomer).
- Auch beim Schutz von Minderheitenbelangen gegenüber der Mehrheit ist der Konsens weniger stark; für knapp zwei von fünf sollten die Belange von Menschen, die gerade nicht an der politischen Macht sind oder die ethnischen Minderheiten angehören, „hintanstehen“, falls ihre Belange der Mehrheitsmeinung entgegenliefen (38 Prozent beziehungsweise 36 Prozent).

Nur die Hälfte der Bevölkerung ist zufrieden mit der Funktionsweise ihrer Demokratie

Die allgemeine Demokratiezufriedenheit schwankt je nach den Umständen. Viele Menschen zeigen sich weniger zufrieden, wenn die von ihnen unterstützte Partei gerade nicht an der Macht ist oder ihnen die Arbeit von Regierenden oder Parlament unzureichend erscheint. So bewirkte im Vereinigten Königreich der andauernde Stillstand in den Verhandlungen um den EU-Austritt 2019 eine demokratische Unzufriedenheit von über 50 Prozent; nach Angaben des Berichts Global Satisfaction with Democracy der höchste Wert in 40 Jahren.²⁶ Doch als die Pattsituation schließlich aufgelöst wurde, stiegen nach den Parlamentswahlen 2019 die Zufriedenheitswerte wieder, gerade unter Wählerinnen und Wählern, die ohnehin für den Austritt aus der EU gestimmt hatten.²⁷

Besorgnis über Extremismus ist weitverbreitet

Drei von fünf Befragten sind der Ansicht, die britische Demokratie sei ernststen Risiken ausgesetzt. **Diese Bedenken äußern sich unabhängig von der politischen Ideologie, Haltung zum Brexit, Region und sozialen Herkunft.** Als größte Herausforderung wird zunehmender Extremismus genannt. Großbritannien hat in den vergangenen Jahren mehrfach politische Gewalt erfahren, darunter der Mord an der Abgeordneten Jo Cox, das anhaltende Risiko erneuter Gewalt in Nordirland und gehäufte Drohungen und Beschimpfungen im Internet, besonders gegen Frauen und Minderheiten.²⁸ Für den Kampf gegen Hassrede im Netz und gegen Extremismus gibt es breite öffentliche Unterstützung:

- 84 Prozent der Briten finden, Demokratien „müssen Bürgerinnen und Bürger vor jenen schützen, die Hass und Gewalt schüren“, und 42 Prozent erachten die derzeitigen Schutzmaßnahmen vor Hassrede als „unzureichend“.
- Laut drei von vier Briten sollten Social-Media-Unternehmen das Recht haben, bei Regelverstößen die Redefreiheit in ihren Foren einzuschränken.

Zweifel gegenüber der Rechenschaftspflicht und Macht von Eliten sitzen tief

Viele dieser Risiken sind aus Versäumnissen des Systems selbst entstanden; so empfinden viele Menschen in Großbritannien politische Entscheidungsträger und Institutionen als fern der eigenen Werte, Gedanken und Erfahrungen:

- Mehr als drei von fünf Briten glauben, das System sei zugunsten der Reichen und Mächtigen ausgelegt.
- Als Gefahren für die britische Demokratie werden neben wachsendem Extremismus am ehesten genannt: Politiker hätten „bei Versprechungen keine Rechenschaftspflicht“, die „schlechte politische Führung“ des Landes und „ein von Eliten aus Eigennutz betriebenes System“.
- 84 Prozent sind der Meinung, Politikern sei egal, was „Leute wie sie“ dächten, und nur 22 Prozent stimmen zu, gewählte Amtsträger seien geeigneter als gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger, um Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Allgemeinheit zu treffen. Für Experten sagen das immerhin sechs von zehn.
- Diese Verdrossenheit gegenüber Vertretern der demokratischen Institutionen entstammt dem weitverbreiteten Gefühl, die Akteure der britischen Demokratie sähen „auf die Leute herab“. Drei Viertel (76 Prozent) finden, die britische Regierung sehe entweder „stark“ oder „etwas“ auf sie herab. Von den politischen Parteien fühlen sich große Mehrheiten deutlich zurückgesetzt (74 Prozent durch die Tories, 63 Prozent durch die Labour-Partei). Ähnlich großen Unmut äußern über 60 Prozent gegenüber Kommunalbehörden, Richtern, Regierungsbeamten, Akademikern und den Medien. **Derlei Gefühle, übergangen, ignoriert oder abfällig beurteilt zu werden, sind entscheidend für den Verlust von Vertrauen in die demokratischen Institutionen.**

²⁶ Foa, R. S. et al. (2020): The Global Satisfaction with Democracy Report. Centre for the Future of Democracy, University of Cambridge.

²⁷ Fieldhouse, E. et al. (2020): British Election Study Internet Panel Waves 1–20.

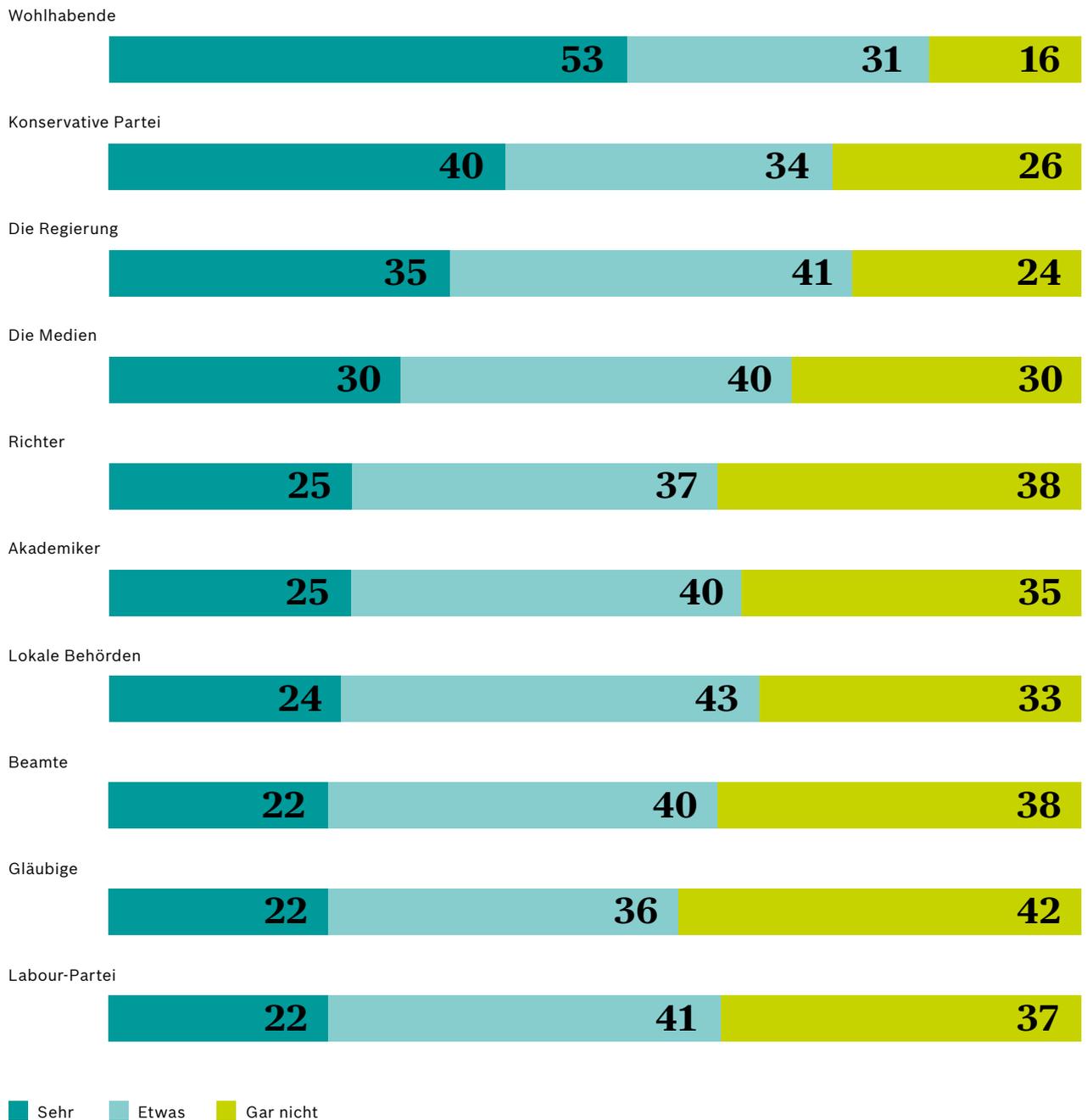
²⁸ Nach Daten der Stiftung Glitch UK und der Koalition End Violence against Women ist im Vereinigten Königreich fast die Hälfte aller Frauen während der COVID-19-Pandemie Opfer von Beschimpfungen im Netz geworden. Einem Drittel der Frauen zufolge seien derlei Beschimpfungen und Beleidigungen während der Pandemie schlimmer geworden. Glitch UK, End Violence Against Women (2020): The Ripple Effect: COVID-19 and the Epidemic of Online Abuse. S. 7.

Abbildung 27:

Empfundene Verachtung durch Eliten

Briten glauben, dass viele Akteure in der Demokratie auf sie herabschauen

Angaben in %



Frage: Inwieweit haben Sie das Gefühl, dass Menschen aus den folgenden Gruppen auf Menschen wie Sie herabschauen?

Quelle: More in Common (2021)

Das Vertrauen in demokratische Informationsquellen ist schwach

- Gegenüber den Medien besteht weitverbreitetes Misstrauen: **Nur 21 Prozent meinen, die etablierten Medien gäben die Ansichten von „Leuten wie ihnen“ angemessen wieder.**
- Trotz großer Kritik an den britischen Medien per se wird persönlich ausgewählten Nachrichtenquellen sehr viel mehr Vertrauen entgegengebracht. So trauen 68 Prozent ihrer bevorzugten Nachrichtenagentur (wobei die öffentlich-rechtlichen BBC One und BBC Two die beliebtesten Fernsehsender sind und das Boulevardblatt Daily Mail und der linksliberale Guardian die beliebtesten Zeitungen). Auch Dokumentarsendungen erfahren großes Vertrauen (76 Prozent).
- 61 Prozent der Befragten trauen tendenziell dem Print- und Online-Angebot der großformatigen Qualitätszeitungen, gegenüber 20 Prozent bei den Boulevardzeitungen und ihrem Online-Angebot.

Die Parteien gelten als großer Teil des Problems

Angetrieben wird Misstrauen gegenüber der Politik auch durch den Eindruck, einzelne Politiker müssten sich unabhängig von den eigenen Überzeugungen der Parteilinie fügen. Diese Unzufriedenheit mit den Parteien deckt sich mit den Ergebnissen der Studie Britain's Choice, wonach weniger als ein Drittel der Briten ihre Identifikation mit einer Partei als wichtig für die eigene Identität erachten:²⁹

- 77 Prozent zufolge sollten Abgeordnete frei und nach eigenem bestem Wissen und Gewissen abstimmen können, unabhängig von der Parteilinie zu einem bestimmten Thema.
- Gleichzeitig erwarten 61 Prozent, dass Politiker die öffentliche Meinung über die eigene Überzeugung stellen sollten.

Das Interesse an Demokratie ist da, aber nur die Hälfte der Bevölkerung fühlt sich handlungsmächtig

Die Britinnen und Briten interessieren sich dafür, was in ihrer Demokratie geschieht. Acht von zehn verfolgen das aktuelle politische Geschehen meistens oder zumindest zeitweise, und drei von vier diskutieren häufig oder hin und wieder im Freundeskreis über Politik. **Trotzdem besteht ein Unterschied, ob man das Zeitgeschehen nur verfolgt oder sich auch darin involviert fühlt.** Laut dem jüngsten Audit of Engagement der Hansard Society, einem jährlichen Bericht zu politischem Engagement, seien die Basisindikatoren politischer Teilhabe (die Wahrscheinlichkeit, mit der jemand wählen geht, oder auch politisches Wissen und Interesse) in den letzten Jahren stabil geblieben, „Gefühle von Ohnmacht und Abkoppelung“ hingegen hätten zugenommen.³⁰

Eine starke britische Demokratie muss nicht heißen, dass sich jeder vollständig daran beteiligt und engagiert einbringt; schließlich sind viele der Ansicht, es sei gar nicht ihre Aufgabe, sich am Wandel des Status quo zu beteiligen. Doch Distanzierung und Enttäuschung gegenüber der Demokratie können nur weiter zunehmen – auf lokaler wie nationaler Ebene –, wenn diejenigen, die gesellschaftlich mitreden wollen, eben doch mit dem Gefühl zurückbleiben, nichts bewirken zu können. So möchte eine **Mehrheit der Briten mehr Mitsprache bei Entscheidungen auf lokaler wie auf nationaler Ebene** (63 Prozent beziehungsweise 65 Prozent). Zu fast genau gleichen Teilen sind die Befragten jedoch gespaltenen Meinung (51 Prozent zu 49 Prozent), ob Bürgerinnen und Bürger durch ihr Handeln und Entscheiden die Gesellschaft verändern können.

Die Macht ist den Menschen zu zentralisiert – trotzdem kein Ja zu mehr regionaler Autonomie

Viele Reformideen rund um die britische Demokratie befassen sich mit einer weiteren Machtverschiebung weg von der Regierung in London, hin zu den dezentralisierten Landesteilen und Kommunen, etwa durch die Direktwahl von Bürgermeistern. Der Slogan „Take Back Control“, groß gemacht durch die Kampagne für den EU-Austritt, ließe sich auch lokaler anwenden.

²⁹ Juan-Torres, M. et al. (2020): Britain's Choice. S. 106.

³⁰ Blackwell, J. et al. (2019): Audit of Political Engagement 16. The Hansard Society. S. 3

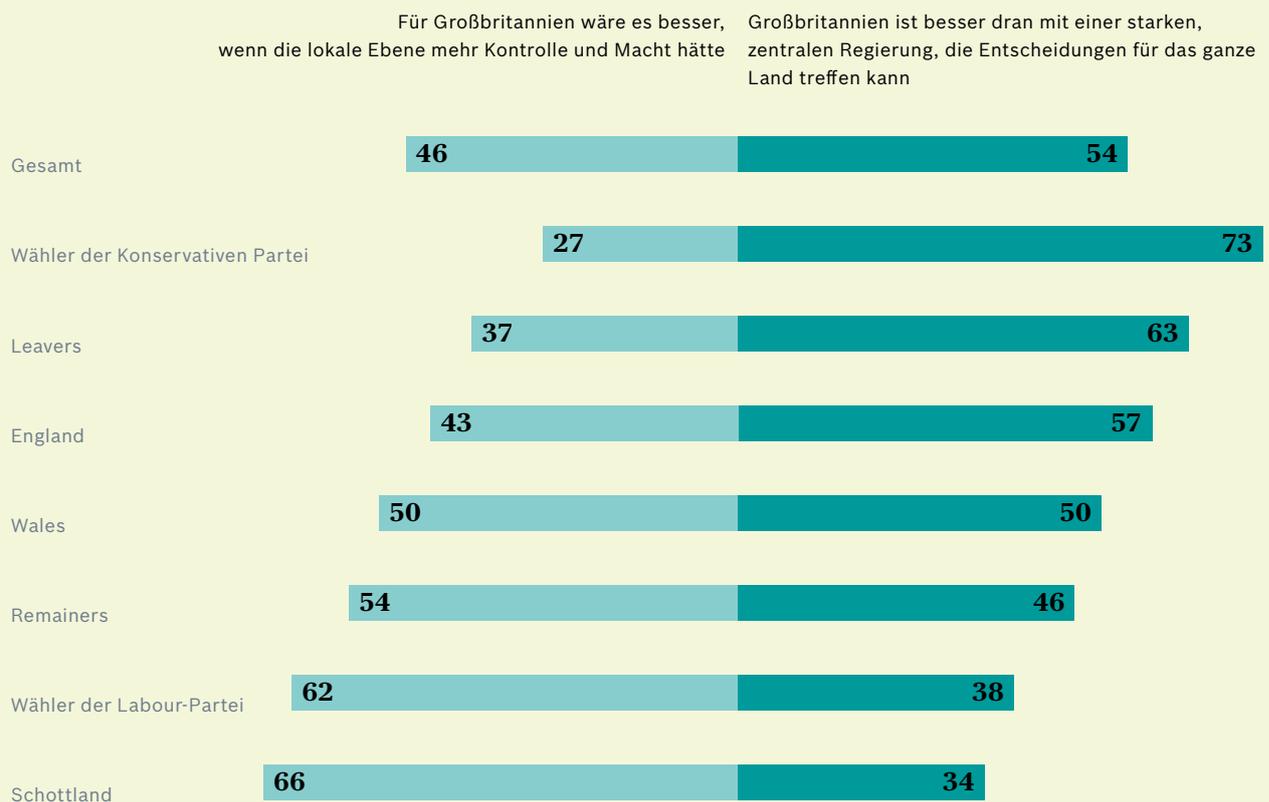
Aber die Einstellungen der Bevölkerung sind abgestufter, als dass weitere Machtübertragungen von Westminster an die Regionalebene durchweg unterstützt würden. Die Ansichten zur Zukunft der Union des Landes unterscheiden sich mitunter deutlich. Wird die Frage nach einer zentralisierten Entscheidungskompetenz möglichst positiv formuliert („eine starke Zentralregierung, die für das ganze Land entscheiden kann“ im Gegensatz zu „mehr Kontrolle und Macht auf Lokalebene“), spricht sich eine Mehrheit von 54 zu 46 Prozent für eine stärkere Zentralregierung aus, mit besonders großer Unterstützung bei Befragten in England (57 Prozent), Wählern der Konservativen (73 Prozent) und Befürwortern des EU-Austritts (63 Prozent). Dagegen wünschen sich Menschen in Schottland (66 Prozent), Labour-Wähler (62 Prozent) und Befürworter eines Verbleibs in der EU (54 Prozent), mehr Macht auf die Landesteile zu übertragen. In Wales sind die beiden Lager gleich groß.

Abbildung 28:

Politische Entscheidungen (de-)zentralisieren?

Nur in Schottland strebt man mehrheitlich nach Dezentralisierung

Zustimmung in %



Frage: Welcher Aussage stimmen Sie eher zu, wenn Sie sich entscheiden müssten? Quelle: More in Common (2021)

Schlüsselemente für eine Stärkung der Demokratie

Gespräche und Umfragen für die vorliegende Studie haben gezeigt, wie stark sich Erfahrungen und Ansichten von beziehungsweise zu Demokratie unterscheiden. Im Alltag denken die wenigsten Menschen abstrakt über Demokratie nach. Trotzdem stimmen sie zu, dass sie das beste Regierungsmodell sei; kaum jemand sucht nach Alternativen. Gleichzeitig gibt es enorme Unterschiede sowohl bezüglich der Einschätzungen, wie gut diese Demokratie funktioniert, als auch bezüglich des eigenen Engagements in den zivilgesellschaftlichen und politischen Praktiken, die dem liberalen demokratischen System zugrunde liegen. Für manche funktioniert die britische Demokratie bestens. Für andere ist Großbritannien nur dem Namen nach eine Demokratie; das System sei zum Nutzen der Reichen und Einflussreichen ausgelegt, und Politikerinnen und Politikern sei es egal, wie es Leuten wie einem selbst ergehe.

Abbildung 29:

Gesellschaftliches Engagement

Die Briten unterscheiden sich in Sachen Beteiligung

Angaben in %	Gesamt	Politikferne Pragmatische	Frustrierte Realisten	Enttäuschte Oppositionelle
Für einen guten Zweck gespendet	52	44	38	42
Petition unterschrieben	43	25	38	48
Auf meinen Social-Media-Seiten ein Anliegen unterstützt	22	9	18	15
Einen Abgeordneten oder gewählten Volksvertreter wegen eines Anliegens kontaktiert	16	4	14	12
An einer Kommunalwahl teilgenommen	16	12	12	10
Produkte/Dienstleistungen gekauft oder boykottiert, um ein Anliegen zu unterstützen	13	2	10	7
Mich freiwillig vor Ort/in der Gemeinde engagiert	12	3	5	3
Meiner Glaubensgemeinde Geld gespendet	8	2	4	4
Blut gespendet	6	5	3	5
Einer Kampagne oder politischen Organisation Geld gespendet	5	0	0	0
An einer Demonstration teilgenommen	2	0	0	0
Nichts davon	25	38	35	30

Frage: An welchen der folgenden Tätigkeiten haben Sie vergangenes Jahr teilgenommen? Quelle: More in Common (2021)

Gleichermaßen sind manche Befragte in eine ganze Bandbreite zivilgesellschaftlicher und politischer Aktivitäten eingebunden: Sie teilen politische Beiträge in den sozialen Medien, nehmen an Demonstrationen teil, spenden wohltätigen Organisationen und so weiter. Andere wiederum tun nur manches davon. Und ein bedeutender Anteil der britischen Bevölkerung beteiligt sich an wenigen oder gar keinen Aktivitäten dieser Art. Die Motive dafür unterscheiden sich von Gruppe zu Gruppe.

Schritte zum Aufbau eines stärkeren demokratischen Vertrauens und größerer Resilienz gegen demokratische Bedrohungen sind effektiver, wenn sie auf Erkenntnissen basieren, aus denen hervorgeht, wie sich Haltungen zu demokratischen Normen, Werten und Praktiken in der Bevölkerung unterscheiden. **Im Folgenden beschäftigen wir uns mit den Teilen der Bevölkerung, die entweder ein besonders geringes demokratisches Engagement aufweisen oder denen demokratische Normen besonders gleichgültig zu sein scheinen.** Die aktivsten Mitglieder der Gesellschaft werden an dieser Stelle ausgeklammert, ob sie sich nun prodemokratisch engagieren oder zum marginalen aktiv antidemokratischen Anteil gehören. Auch die Zufriedensten werden an dieser Stelle außen vor gelassen.

Stattdessen konzentrieren wir uns auf **drei Segmente, die über die Hälfte der britischen Bevölkerung ausmachen, aber mit eher geringer Wahrscheinlichkeit am zivilgesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen.** Die einzelnen Gruppen haben unterschiedliche Blickweisen auf die Funktionsweise des britischen Systems und darauf, wo sie sich selbst darin verorten, welche Normen und Werte wichtig sind, sowie ein unterschiedlich ausgeprägtes Verlangen, ob sie gern eine entscheidendere Rolle einnehmen würden.

Zusammen bilden die folgenden Gruppen 51 Prozent der Bevölkerung:

- die Politikfernen Pragmatischen (16 Prozent)
- die Frustrierten Realisten (26 Prozent)
- die Enttäuschten Oppositionellen (9 Prozent)

Bestimmt wurden die drei Gruppen durch eine Segmentierung, in der Einzelpersonen nach ähnlichen Einstellungen zu demokratischen Normen zusammengefasst wurden, nach ähnlichen Maßstäben an zivilgesellschaftlichem und politischem Engagement sowie nach unterschiedlichen Konzepten und Auffassungen von Demokratie (siehe Methodenkapitel).

Diese Gruppen beteiligen sich eher wenig am zivilgesellschaftlichen und politischen Leben und zeigen insgesamt wenig Vertrauen. Für die Arbeit zur Stärkung der liberalen Demokratie besteht trotzdem Potenzial mit Menschen aus jeder der drei Gruppen.

Aufgrund ihrer Tendenzen sowie Denk- und Handlungsmuster gegenüber dem demokratischen System unterscheiden sich die drei in vielerlei Hinsicht:

- Die Politikfernen Pragmatischen interessieren sich weniger für aktuelle Nachrichten und politische Themen, zeigen sich aber mit der staatlichen Funktionsweise recht zufrieden. Praktische Fragen aus der echten Welt finden bei ihnen sehr viel mehr Anklang als fern oder abstrakt wirkende Themen. Zwar wollen sie, dass die Leute gehört werden, aber an einer tatsächlichen Beteiligung sind sie tendenziell sehr viel weniger interessiert als andere.
- Die Frustrierten Realisten empfinden das gesamte System als kaputt. Sie sind frustriert, misstrauisch und fühlen sich durch andere zurückgesetzt. Insbesondere finden sie, dass „Leute wie sie“ Politikerinnen und Politikern egal seien. Gegenüber vielen Grundsätzen liberaler Demokratien, wie dem Schutz von Minderheitenrechten, zeigen sie sich eher weniger verlässlich.

- Die Enttäuschten Oppositionellen unterscheiden sich von den beiden anderen Segmenten durch ein starkes Bekenntnis zu universellen Rechten und Freiheiten. Bei demokratischen Normen und Werten sind sie nicht gewillt, Kompromisse einzugehen. Sie interessieren sich für das Zeitgeschehen und wollen mehr Mitsprache, haben jedoch nur einen geringen Glauben an das System und finden, dass Bürgerinnen und Bürger kaum wirklichen Wandel bewirken können. Das verursacht Enttäuschung, Frustration und Verdrossenheit – und potenziell einen dauerhaften Rückzug.

Abbildung 30:

Interesse am aktuellen Geschehen

Die meisten Briten verfolgen die Nachrichten gelegentlich bis häufig

Ich verfolge das Geschehen in der Politik und den aktuellen Nachrichten ...

Angaben in %

Gesamt



Politikferne Pragmatische



Frustrierte Realisten



Enttäuschte Oppositionelle



■ Meistens ■ Gelegentlich ■ Selten/eher nicht ■ Überhaupt nicht

Frage: Würden Sie sagen, Sie verfolgen das Geschehen in der Politik und in den aktuellen Nachrichten? Quelle: More in Common (2021). Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

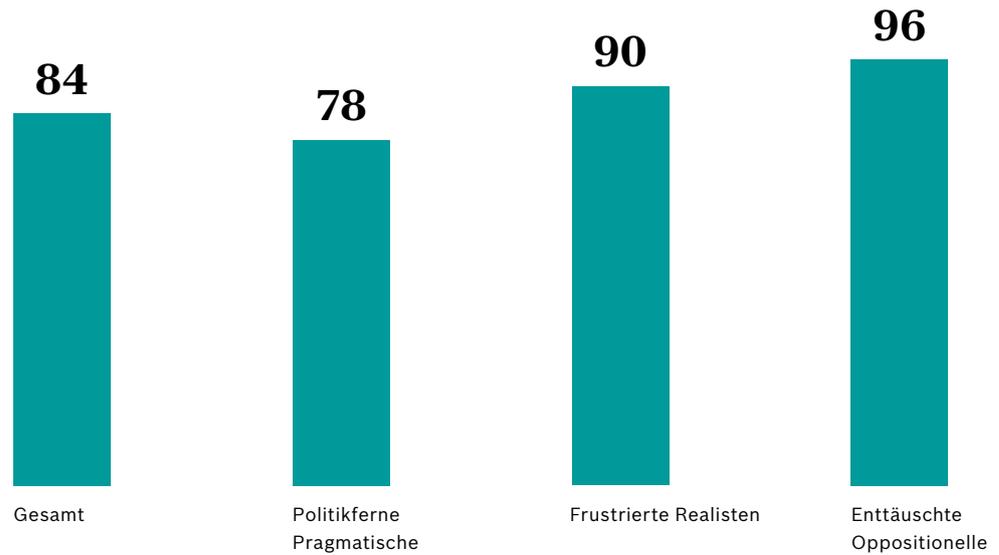
Abbildung 31:

Politikerbild

Nur wenige glauben daran, dass sich Politiker für sie interessieren

Den meisten Politikern ist egal, was Leute wie ich denken

Zustimmung in %



Frage: Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu? (Gegensatzpaar)

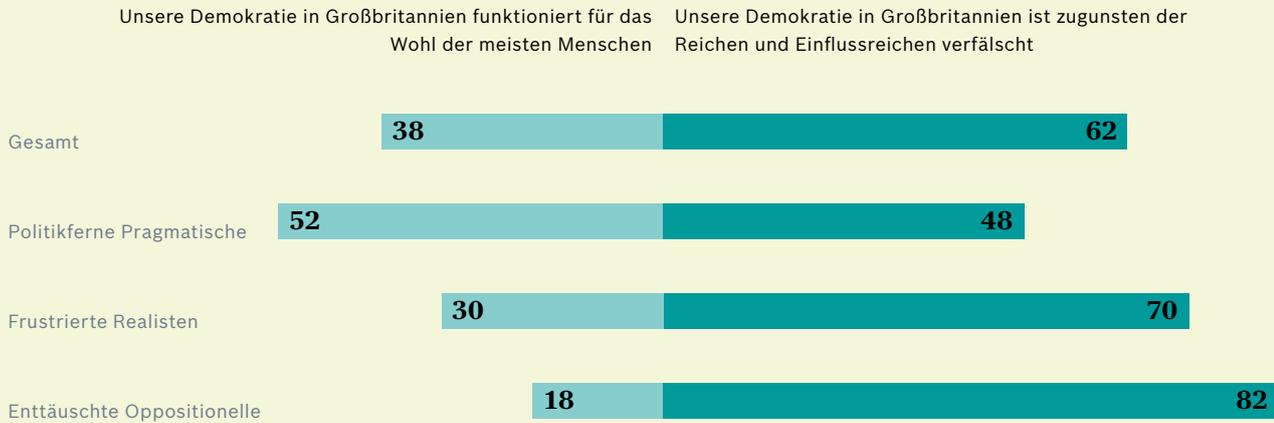
Quelle: More in Common (2021)

Abbildung 32:

Wem dient unsere Demokratie?

Politikferne Pragmatische bewerten Zustand der Demokratie positiver

Zustimmung in %



Frage: Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu? Quelle: More in Common (2021)

Die Politikfernen Pragmatischen (16 Prozent)

„Mit manchen Dingen bin ich nicht zufrieden, aber auch nicht unzufrieden genug, um dafür Zeit zu opfern.“

– Teilnehmerin der Fokusgruppe

Schlüsselwörter: Zufriedenheit, Pragmatismus, Desinteresse, Sorgen, wenig Meinungsstärke

Was bedeutet Demokratie in ihren eigenen Worten? Repräsentation, Regierungswahl, Freiheit

Demografisches und politisches Profil:

- gleichmäßig über die Altersgruppen verteilt, mit etwas geringerem Anteil bei den Babyboomern (29 Prozent, verglichen mit einem Mittelwert von 34 Prozent)
- eher Nichtwähler oder Wähler der Konservativen (72 Prozent, verglichen mit Mittelwert von 45 Prozent)
- Stimme im EU-Referendum: 47 Prozent für den Austritt, 25 Prozent für den Verbleib, 25 Prozent Wahlenthaltung
- eher aus dem Nordwesten, weniger häufig aus London oder Schottland
- überwiegend Frauen (Geschlechterverhältnis von 58 Prozent zu 42 Prozent)
- insgesamt niedrigstes Bildungsprofil (42 Prozent einfach gebildet, gegenüber 29 Prozent im Gesamtschnitt)

Einbindung im zivilgesellschaftlichen und politischen Leben

Die Politikfernen Pragmatischen interessieren sich wenig für Politik und beteiligen sich auch eher wenig am zivilgesellschaftlichen und politischen Leben (mit der Ausnahme, dass sie wohltätigen Organisationen spenden). Nur 4 Prozent diskutieren regelmäßig im Freundeskreis über Politik, über 42 Prozent tun das nie.

Jeder Dritte verfolgt das politische Zeitgeschehen entweder kaum oder gar nicht (24 beziehungsweise 12 Prozent). Diejenigen, die das aktuelle Geschehen überhaupt nicht verfolgen, begründen das damit, Politik sei „langweilig“, sie fänden es „schwierig, politisch auf dem Laufenden zu bleiben“ oder hätten „im Leben Wichtigeres zu tun“. Nur 9 Prozent teilen in ihren persönlichen Social-Media-Profilen Inhalte zur Unterstützung sozialer oder politischer Anliegen (verglichen mit 22 Prozent der Gesamtbevölkerung).

Ihr geringeres Interesse ist insgesamt kein Anzeichen für eine größere Frustration oder Wut gegenüber dem System, und viele zeigen sich mit der britischen Demokratie zufrieden. Tatsächlich sind die Politikfernen Pragmatischen viel eher der Ansicht als der Durchschnitt, dass im Vereinigten Königreich die Demokratie für die meisten gut funktioniert. Etwa 72 Prozent betrachten das Land als wirkliche Demokratie (verglichen mit 65 Prozent der Gesamtbevölkerung). Alles in allem fühlen sie sich nicht von oben herab behandelt, auch nicht von Eliten. In Gesprächen beweisen sie eben diesen Pragmatismus: „Ich glaube, keine Partei kann dir alles bieten ... wir haben ja zumindest ein, zwei Optionen. Aber ich denke, am Ende ist jede Partei einfach eine Ansammlung unterschiedlicher Sichtweisen. Sie kann also nie komplett mit dir übereinstimmen.“

Demokratische Normen und das britische Modell

Die Politikfernen Pragmatischen haben am ehesten keinen klaren Standpunkt zu konkreten Themen. Sie stellen sich zwar nicht gegen die Demokratie und befürworten auch keine autoritären Alternativen, sprechen sich aber auch nicht eindeutig für demokratische Grundsätze aus. Wie sie es selbst in Fokusgruppen ausdrückten, haben viele von ihnen einfach nicht ausgiebig über diese Themen nachgedacht.

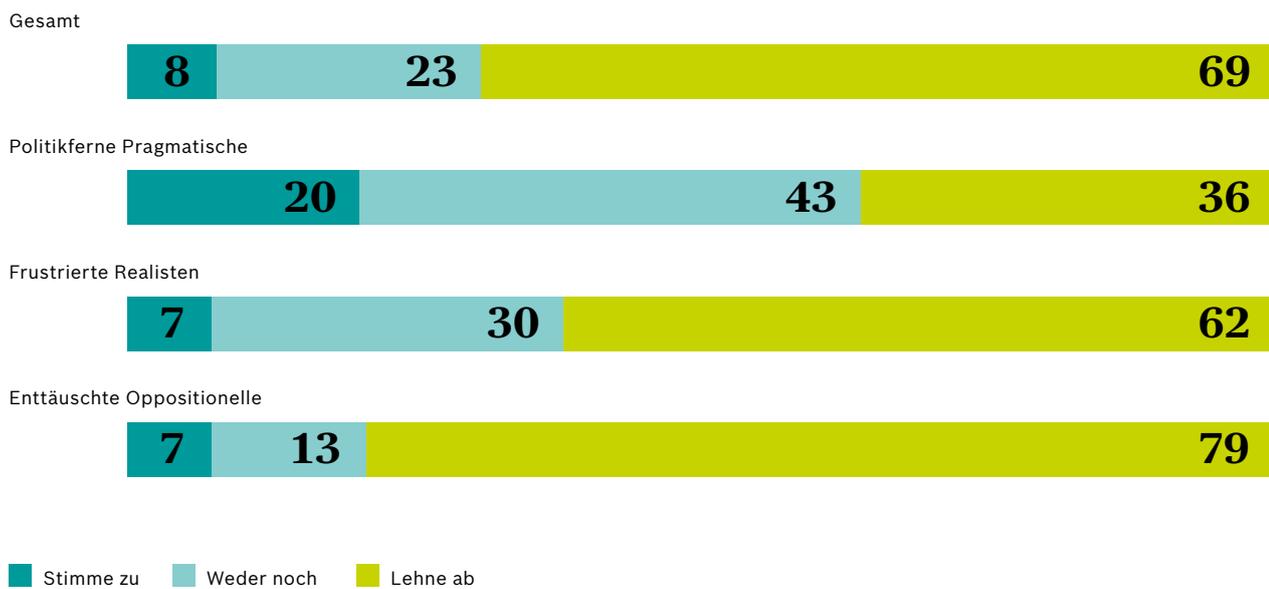
Abbildung 33:

Bekennnis zur Demokratie versus Machterhalt

Politikferne Pragmatische sind eher bereit, ihre demokratischen Freiheiten einzutauschen

„Wenn im Gegenzug meine bevorzugte Partei an der Macht bleiben könnte, wäre ich dafür, Wahlen abzuschaffen“

Angaben in %



Frage: Inwiefern stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Quelle: More in Common (2021). Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Die Ansichten der Politikfernen Pragmatischen weichen von jenen der Gesamtbevölkerung darin ab, was für sie in einer Demokratie am wichtigsten ist. Weniger häufig als andere nennen sie an erster Stelle freie und faire Wahlen (19 Prozent, verglichen mit 26 Prozent) und priorisieren eher die freie Meinungsäußerung und eine freie Presse. Bei der Frage nach den größten Herausforderungen der Demokratie beunruhigt diese Gruppe am meisten wachsender Extremismus, gefolgt von der „Unmöglichkeit, zu wissen, was wahr ist und was gelogen“ und „parteiischen Medien“.

Die Politikfernen Pragmatischen stellen persönliche über kollektive Interessen. Diese Gruppe würde am ehesten Einschränkungen von Rechten und Freiheiten in Kauf nehmen, wenn dadurch gewährleistet würde, dass die eigene Familie wirtschaftlich bessergestellt wäre (38 Prozent, verglichen mit 28 Prozent der Gesamtbevölkerung). Zum Vorschlag, Wahlen abzuschaffen, wenn dadurch die eigene bevorzugte Partei an der Macht bliebe, äußern hier ganze 43 Prozent keine Meinung, 20 Prozent stimmen der Idee zu. Im Vergleich zu den Frustrierten Realisten und den Enttäuschten Oppositionellen zeigen sich die Politikfernen Pragmatischen zudem am wenigsten einverstanden, dass eine Demokratie die Menschen vor Hassrede schützen müsse oder es Regierungsaufgabe sei, Arbeitsplätze für alle zu schaffen.

Ihrem geringen Interesse und Engagement entsprechend sind die Politikfernen Pragmatischen demokratischen Grundsätzen nicht stark verbunden, aber auch nicht sonderlich demokratiekritisch. So ließ unsere Fokusgruppe recht passive Vorstellungen erkennen, was es heiÙe, ein guter Bürger zu sein. Nach ihren Erwartungen müsse ein guter Bürger sich einfach an das Gesetz halten, Menschen respektieren und offen sein. Sie haben durchaus Ideen, wie Gesellschaft und Regierung funktionieren sollten, aber kein Interesse, selbst derlei Wandel herbeizuführen. Manche haben den Eindruck, auf lokaler Ebene etwas bewirken zu können, doch die meisten sagen, sie hätten dafür keine Zeit, wie es ein Politikferner Pragmatischer aus Yorkshire ausdrückt: *„Woher soll man denn die Zeit nehmen für solche Sachen, selbst wenn man wollte ... Zeit ist da ja ein entscheidender Faktor.“* Eher als andere Gruppen glauben die Politikfernen Pragmatischen, dass es Politikerinnen und Politikern wichtig sei, was Leute wie sie dächten, und Gespräche in den Fokusgruppen offenbarten neben Kritik auch Verständnis für die Herausforderungen, denen politische Entscheidungsträger gegenüberstehen.

Das schwächere Bekenntnis der Politikfernen Pragmatischen zu demokratischen Prozessen zeigt sich in den 41 Prozent, laut denen Politikerinnen und Politiker rasch und entschieden handeln sollten, selbst wenn dadurch Regeln und Verfahren umgangen würden (gegenüber 29 Prozent im Gesamtdurchschnitt). Sie bejahen auch häufiger (die Hälfte stimmt zu), dass es zur Sanierung Großbritanniens eine politische Führung brauche, die auch mal Regeln umgehe. Jeder Vierte könnte sich gegebenenfalls alternative Regierungsformen vorstellen, in denen den politischen Entscheidungsträgern mehr Macht zukäme (26 Prozent, verglichen mit 10 Prozent im Gesamtschnitt). Und ganzen 75 Prozent zufolge sollte eine gewählte Regierung sehr viel mehr Macht haben und weniger Einschränkungen, um Entscheidungen treffen zu können (gegenüber 30 Prozent der Gesamtbevölkerung). Bei der Frage, ob Abgeordnete nach ihrer Parteilinie oder der eigenen Überzeugung abstimmen sollten, sprechen sich die Politikfernen Pragmatischen eher für die Parteilinie aus, denn so könne eine Partei konsequenter Positionen vertreten (36 Prozent, verglichen mit 23 Prozent insgesamt).

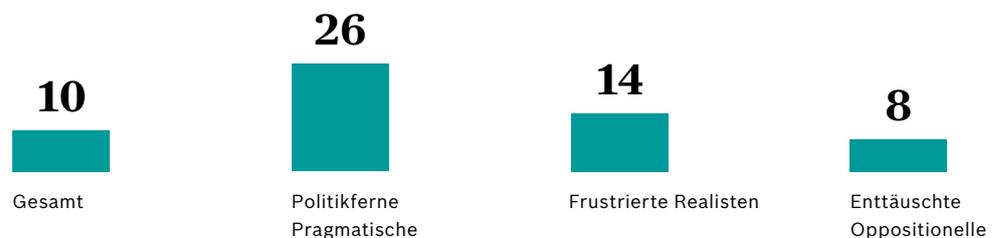
Abbildung 34:

Unterstützung für autoritäre Alternativen

Politikferne Pragmatische neigen viel häufiger zu alternativen Modellen

„Wir sollten über andere Regierungsformen nachdenken, bei denen die Regierenden mehr Macht haben“

Zustimmung in %



Frage: Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu? (Gegensatzpaar)

Quelle: More in Common (2021)

Zur Struktur der politischen Entscheidungsfindung haben die Politikfernen Pragmatischen am wenigsten von allen eine Meinung: So ist fast die Hälfte weder für noch gegen eine größere Machtübertragung auf die Regionalebene (49 Prozent, verglichen mit insgesamt 35 Prozent); im Zweifelsfall fallen sie eher auf eine starke Zentralregierung zurück, mit Entscheidungsmacht über das gesamte Land (mit einer Differenz von 66 zu 34 Prozent, verglichen mit 54 zu 46 Prozent im Gesamtdurchschnitt). Zudem würde keine andere Gruppe mit solch geringer Wahrscheinlichkeit an einem Referendum teilnehmen oder so unentschieden sein (36 Prozent), wenn zur Wahl stünde, ob Großbritannien eine Republik werden oder eine parlamentarisch-konstitutionelle Monarchie bleiben solle. Unzufriedenheit spiegelt das aber durchaus nicht wider: Von allen Gruppen gibt es hier die zweithöchste Zustimmung (61 Prozent), wonach die Monarchie für die britische Demokratie gut sei.

Die Frustrierten Realisten (26 Prozent)

**„Ich frage mich, warum denn überhaupt wählen?
Demokratie fühlt sich an wie eine Castingshow,
bei der lauter Leute über etwas abstimmen, was
mir eigentlich egal ist.“**

– Teilnehmer der Fokusgruppe

Schlüsselwörter: Realismus, Bedrohung, Isolation, Ausschluss, Skepsis, Misstrauen

Was bedeutet Demokratie in ihren eigenen Worten? Stimmrecht, Wahlfreiheit, Gehör schenken, Sieg der Mehrheit, Debatte

Demografisches und politisches Profil:

- mittleres bis niedriges Bildungsprofil, einkommensschwach
- überwiegend Männer (Geschlechterverhältnis von 55 Prozent zu 45 Prozent)
- mit überdurchschnittlicher Wahrscheinlichkeit Geringverdiener, auf staatliche Unterstützung angewiesen
- überwiegend Wähler der Konservativen (56 Prozent, verglichen mit 45 Prozent der Gesamtbevölkerung) und insgesamt stärkste Unterstützung der Brexit Party (5 Prozent, verglichen mit 2 Prozent insgesamt)
- überdurchschnittliche Wahrscheinlichkeit, 2016 für den EU-Austritt gestimmt zu haben (58 Prozent, verglichen mit insgesamt 41 Prozent)

Die Frustrierten Realisten stellen knapp ein Viertel der britischen Bevölkerung. Demokratie sehen sie überaus kritisch: 70 Prozent sind der Meinung, Demokratie sei darauf ausgelegt, den Reichen und Einflussreichen zu dienen, und 90 Prozent glauben, dass es den meisten Politikerinnen und Politikern egal sei, was Leute wie sie dächten. Für knapp die Hälfte der Frustrierten Realisten ist Großbritannien nur dem Namen nach eine Demokratie (47 Prozent, gegenüber 35 Prozent der Gesamtbevölkerung). Eine derartige Skepsis überträgt sich häufig in antidemokratisches Gedankengut.

Einbindung im zivilgesellschaftlichen und politischen Leben

Die Frustrierten Realisten haben eine der niedrigsten Beteiligungen an zivilgesellschaftlichen und politischen Aktivitäten, zeigen unterdurchschnittliches Engagement in sämtlichen Bereichen und in manchen Fällen nur halb so viel Engagement wie der Landesdurchschnitt, etwa bei ehrenamtlichen Tätigkeiten vor Ort. Auch wohltätigen Organisationen spenden sie seltener als andere (38 Prozent, gegenüber 52 Prozent der Gesamtbevölkerung).

Die demokratischen Einstellungen der Frustrierten Realisten scheinen von geringem Vertrauen gegenüber den Mitmenschen bestimmt zu sein. Über zwei Drittel sind der Ansicht, man könne bei den meisten Menschen nicht vorsichtig genug sein (68 Prozent, verglichen mit 51 Prozent der Gesamtbevölkerung). Auch glauben sie häufiger als andere, dass in Großbritannien heute jeder auf sich selbst gestellt sei (52 Prozent empfinden das so, während 27 Prozent denken, die Menschen kümmern sich umeinander). Das Zugehörigkeitsgefühl dieser Menschen ist weniger stark als bei anderen ausgeprägt, ob im Hinblick auf ihr direktes Umfeld, die Gemeinde oder selbst Freunde und Familie. Fast jeder Dritte findet, die Unterschiede zwischen den Menschen im Vereinigten Königreich seien zu groß, als dass man noch miteinander arbeiten könne – ein fast doppelt so hoher Anteil wie im Gesamtdurchschnitt (31 Prozent gegenüber 18 Prozent).

72 Prozent der Frustrierten Realisten verfolgen das Zeitgeschehen meistens oder zumindest zeitweise (verglichen mit 79 Prozent der Gesamtbevölkerung). Verfolgt man hier die Tagesereignisse, dann, weil man wissen möchte, was in der Welt geschieht, weil Politik alle betreffe und man – in sehr viel höherem Maße als die meisten anderen – „Politikern nicht traut, richtig zu handeln“ (36 Prozent nennen diesen Grund, verglichen mit 25 Prozent im Gesamtschnitt). Bei denjenigen, die das Zeitgeschehen kaum oder gar nicht verfolgen, sind die Hauptgründe Misstrauen und die Auffassung, Politikerinnen und Politiker seien alle gleich und von Eigennutz getrieben.

„Bei der letzten Wahl bin ich am Ende nicht wählen gegangen. Da war ich zwar nicht stolz drauf. Aber ich dachte mir, egal, wen ich wähle, es wäre eine Lüge, denn ich glaube ja gar nicht wirklich dran ... Ich habe mich eigentlich immer für Politik interessiert. Aber ich weiß nicht, ob ich je wirklich dran glauben werde, dass mein Beitrag irgendetwas bewirkt.“

– Frustrierter Realist aus Dronfield, Mittelengland

Die eigentlichen Gründe für die geringe Beteiligung dieser Menschen mögen Wut und Frustration sein, namentlich die Wahrnehmung, staatliche Akteure seien häufig arrogant und ihren Mitmenschen gegenüber abfällig, und das Gefühl, selbst kaum etwas bewirken zu können. **Gleichzeitig sind Apathie oder gesellschaftliche Abkehr keine Kennzeichen der Frustrierten Realisten**; tatsächlich würden 62 Prozent bei Entscheidungen mit kommunalen Auswirkungen gern stärker mitbestimmen (nur 7 Prozent zeigen kein Interesse), und auch bei Entscheidungen über die Zukunft des gesamten Landes bringen sie ähnliche Ansichten zum Ausdruck. **Ihre Skepsis wird aber sichtbar, sobald sie nach der eigenen Gestaltungsmacht gefragt werden: Für ihr Empfinden hat die Bevölkerung kaum Handlungsspielraum.** Fast doppelt so häufig wie andere sind sie der Überzeugung, Entscheidungen und Handlungen von Bürgern hätten kaum Einfluss auf die Funktionsweise der Gesellschaft (37 Prozent, verglichen mit 20 Prozent der Gesamtbevölkerung); weitere 30 Prozent stimmen dem teilweise zu. Auch zeigt niemand sonst so wenig Zuversicht, dass, wer vor Ort etwas positiv bewirken wolle, dazu auch Möglichkeiten finde.

Charakteristisch für Frustrierte Realisten ist ihre Wahrnehmung, dass praktisch sämtliche Gruppen des öffentlichen Lebens in Großbritannien auf sie herabblickten. Generell fühlen sie sich im Leben nicht angemessen respektiert und anerkannt. Ähnlich fühlen sie sich von den Parteien zurückgesetzt (91 Prozent durch die Konservativen, 86 Prozent durch die Labour-Partei); und auch, dass Reiche, Richter, Regierungsbeamte und Akademiker auf sie

herabblickten, empfindet eine große Mehrheit so. Das mag erklären, warum niemand sonst so wenig davon überzeugt ist, Experten seien zur Entscheidungsfindung besser qualifiziert als die Allgemeinheit (41 Prozent, gegenüber einem Gesamtdurchschnitt von 63 Prozent).

In den Fokusgruppen lautete eine wiederkehrende Klage, die aktuelle politische Führung sei unqualifiziert, um im Namen der Allgemeinheit Entscheidungen zu treffen. Häufig hieß es, die meisten Politikerinnen und Politiker verstünden nicht, was die Menschen vor Ort tatsächlich benötigten, dass es ihnen an echter Erfahrung mangle und sie zu losgelöst von ihren Wahlkreisen seien – und dort nur alle vier Jahre zum Wahlkampf auftauchten. Ein Frustrierter Realist aus Südwales sagt: „Stellen Sie sich mal vor, es gäbe mal eine Wahl mit zwei oder drei Leuten, die total inspirierend wären, und wir könnten uns gar nicht zwischen ihnen entscheiden, weil sie so toll wären. Stattdessen müssen wir uns für die am wenigsten schlimmste Option entscheiden.“

Bedrohungen nehmen die Frustrierten Realisten stärker wahr als andere – laut 80 Prozent werde die Welt immer gefährlicher (gegenüber 70 Prozent der Bevölkerung insgesamt). Sehr viel seltener hingegen sagen sie, heute seien die Chancen auf ein sicheres und sorgloses Leben größer denn je. Diese Besorgnis umfasst auch die Vorstellung, dass in Großbritannien die Demokratie selbst gefährdet sein könnte – 62 Prozent stimmen dieser Aussage zu, nur 6 Prozent widersprechen. **Auf besonders fruchtbaren Boden fallen in diesem Segment Verschwörungserzählungen:** 70 Prozent sind überzeugt, geheime, mächtige Gruppen kontrollierten das allgemeine Geschehen und das, was davon in den Medien berichtet werde (verglichen mit 53 Prozent der sonstigen Bevölkerung). Und mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit glaubt diese Gruppe, COVID-19-Impfstoffe seien Teil eines Regierungsplans zur Nachverfolgung und Kontrolle der Bevölkerung (14 Prozent, verglichen mit sonst 8 Prozent).

Demokratische Normen und das britische Modell

Das mangelnde Zutrauen zu anderen zeigt sich auch darin, dass die Frustrierten Realisten bei der Rechtmäßigkeit offizieller Wahlergebnisse fast doppelt so skeptisch sind wie der Rest der Bevölkerung: 32 Prozent schenken offiziellen Wahlergebnissen kein Vertrauen (gegenüber gesamtdurchschnittlich 19 Prozent).

Prinzipiell und konform mit der allgemeinen Mehrheit glauben die meisten Frustrierten Realisten noch immer daran, die Demokratie sei das beste Regierungsmodell für Großbritannien, jedoch vertreten sie negativere Ansichten als andere. So sind sie eher der Ansicht, Demokratien sorgten nicht besser als andere Regierungsformen für gerechtere Gesellschaften (20 Prozent, verglichen mit insgesamt 13 Prozent) und seien generell nicht gut darin, Ordnung aufrechtzuerhalten (43 Prozent).

Dem Prinzip der freien Meinungsäußerung sind die Frustrierten Realisten stark verbunden – vielleicht ein Ausdruck ihres Wunsches, die eigene Stimme zu erheben und das System herauszufordern –, und häufiger als die restliche Bevölkerung betrachten sie die Redefreiheit als wichtigsten Aspekt einer Demokratie. So glauben sie auch mehr als jede andere Gruppe, dass es im Vereinigten Königreich nicht genügend Freiheit zum Ausdruck der eigenen Gedanken gebe (45 Prozent, verglichen mit 28 Prozent der Gesamtbevölkerung). Über die Hälfte fühlt sich im Vereinigten Königreich häufig unfrei (53 Prozent, verglichen mit insgesamt 31 Prozent); und wenngleich drei Viertel das öffentliche Gesundheitswesen über den Schutz der Freiheit stellen würden, würde doch jeder Vierte die Freiheit priorisieren – ein höherer Anteil als in allen anderen Gruppen.

Wie tief verdrossen die Frustrierten Realisten sind, mag erklären, warum ihr Bekenntnis zu vielen Normen der liberalen Demokratie weniger stark ausfällt:

- Mehr als jede andere Gruppe finden sie, es sollte der Wille der Mehrheit gelten; 57 Prozent zufolge sollten in einer Demokratie die Belange von ethnischen Minderheiten hintanstellen, falls sie im Widerspruch mit der Mehrheit stünden, und laut 51 Prozent sollten auch die Belange derer das tun, die gerade nicht an der Macht sind. Aber dass dem Sieger alles gebühre, impliziert das durchaus nicht – beispielsweise sagt ein Frustrierter Realist aus Workington in Cumbria: „Wir sollten uns danach richten, was die Mehrheit will ... aber uns natürlich auch andere (Minderheiten-)Ansichten anhören und so weit wie möglich versuchen, negative Auswirkungen einzuschränken.“
- Als einzige Gruppe glauben die Frustrierten Realisten mehrheitlich, Großbritannien benötige eine politische Führung, die zur Lösung der Probleme des Landes Regeln auch mal umginge (53 Prozent, verglichen mit insgesamt 36 Prozent).
- Auf besonders viel Zustimmung trifft die Aussage, eine gewählte Regierung sollte sehr viel größere Entscheidungsbefugnisse haben und weniger Einschränkungen (43 Prozent, gegenüber 30 Prozent der Gesamtbevölkerung).

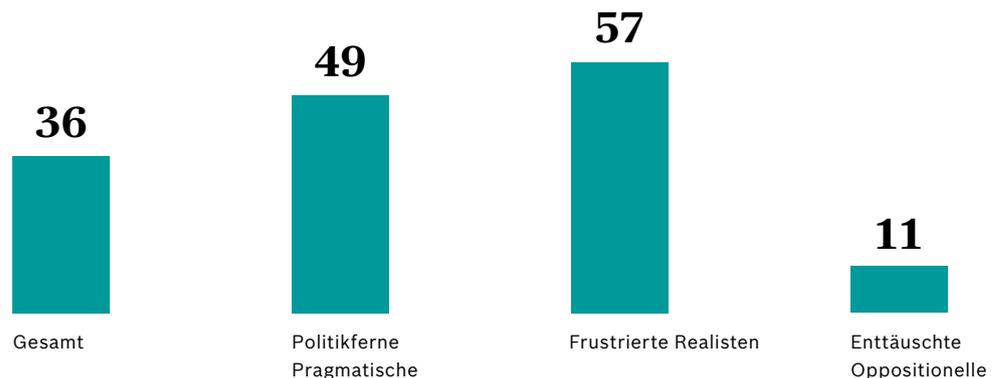
Abbildung 35:

Mehrheiten vs. Minderheitenschutz

Frustrierte Realisten neigen am stärksten zur „Mehrheitsherrschaft“

„In einer Demokratie sollten die Belange ethnischer Minderheiten zurückstehen, wenn sie der Mehrheit zuwiderlaufen“

Zustimmung in %



Frage: Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu? (Gegensatzpaar)

Quelle: More in Common (2021)

„Manchmal kommt’s mir so vor, als ob [Politiker] quasi gottgegeben im Amt wären; manche von denen sind da ja auch wegen ihrer Väter und so, wie an einem Fließband. Hier vor Ort könnte ich vielleicht was bewegen, aber nicht im großen Ganzen. Also wenn ich mir bei der Arbeit so was geleistet hätte, hätte man mich rausgeschmissen und fertig, aber die kriegen auch noch Abfindungen.“

– Teilnehmer der Fokusgruppe

Schlüsselwörter: Interesse, Enttäuschung, Unzufriedenheit, Demokratieorientierung, Prinzipientreue, Sorgen

Was bedeutet Demokratie in ihren eigenen Worten? Wahl, zu Wort kommen, Wirkung erzielen, Bedenken und Anliegen zum Ausdruck bringen

Demografisches und politisches Profil:

- eher jung (etwa jeder Fünfte in der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren, mehr als doppelt so viel wie im Gesamtdurchschnitt), seltener in der ältesten Altersgruppe
- eher hochschulgebildet (zwei von fünf)
- eher männlich (Geschlechterverhältnis von 57 Prozent zu 43 Prozent)
- eher in London oder Ostengland lebend, seltener aus dem Südwesten
- bei den Parlamentswahlen 2019 fast doppelt so häufig wie der Gesamtdurchschnitt Stimme für Labour oder die Liberaldemokraten (58 Prozent Labour, 19 Prozent Liberaldemokraten), sehr viel seltener Stimme für die Konservativen (9 Prozent, gegenüber Gesamtdurchschnitt von 45 Prozent)
- im EU-Referendum 2016 Stimmenverteilung von 3 zu 1 zugunsten des Verbleibs

Die Enttäuschten Oppositionellen haben konkrete Vorstellungen davon, wie eine Demokratie aussehen sollte, und bekennen sich zu demokratischen Grundsätzen.

Dennoch ist ihre demokratische Beteiligung nach konventionellen Maßstäben häufig niedrig. Als Enttäuschte wählen sie möglicherweise nicht oder bringen sich nicht in etablierten demokratischen Beteiligungsformaten ein, doch gleichzeitig engagieren sich viele vor Ort, ob sie nun gerichtlich gegen Schulschließungen vorgehen, in Initiativen für ein besseres betreutes Wohnen involviert sind oder im Umweltschutz. Im Hinblick auf die nationale Ebene schildern sie oft den Eindruck, die Probleme des Systems säßen so tief, dass ihr eigenes Engagement nichts bewirken könne – wenngleich viele finden, wenn etwas schief läuft, stünden die Menschen selbst in der Verantwortung, zu hinterfragen und zu kritisieren. Weiter sind sie der Ansicht, es gehöre zu gutem Sozialverhalten, andere so zu behandeln, wie man selbst behandelt werden möchte, sich an die Regeln zu halten und unterschiedliche Kulturen zu respektieren.

Einbindung im zivilgesellschaftlichen und politischen Leben

Die Enttäuschten Oppositionellen interessieren sich für soziale und politische Fragen und sind mit der britischen Demokratie unzufrieden. Sie haben bestimmte Vorstellungen, wie eine Demokratie aussehen sollte, glauben aber nicht, dass Großbritannien dem nachkomme – in den Worten eines Enttäuschten Oppositionellen aus Sheffield sei das Land eine „kompromittierte

Demokratie“. Sie bekennen sich zu demokratischen Grundsätzen, sind jedoch sehr viel weniger als andere in das zivilgesellschaftliche und politische Leben eingebunden. **Von den Ergebnissen des demokratischen Systems fühlen sie sich im Stich gelassen und frustriert, doch bewirkt diese Enttäuschung eher Untätigkeit, als dass die Betroffenen versuchen würden, etwas zu ändern.**

Obwohl sie mehr als andere das politische Zeitgeschehen meistens oder zumindest zeitweise verfolgen (86 Prozent, gegenüber 79 Prozent der Bevölkerung insgesamt), haben die Enttäuschten Oppositionellen bei sämtlichen Maßstäben zivilgesellschaftlichen und politischen Engagements niedrigere Beteiligungswerte, mit der Ausnahme, im Laufe des vergangenen Jahres eine Petition unterzeichnet zu haben (48 Prozent, verglichen mit insgesamt 43 Prozent). Mit sehr viel geringerer Wahrscheinlichkeit engagieren sie sich ehrenamtlich (3 Prozent, verglichen mit 12 Prozent), spenden einer Kampagne, wohltätigen Organisationen oder auch Blut, und selbst in ihren Social-Media-Profilen teilen sie weniger als andere Inhalte zur Unterstützung sozialer oder politischer Anliegen (15 Prozent, verglichen mit insgesamt 22 Prozent).

Demokratische Grundsätze zweifeln die Enttäuschten Oppositionellen nicht an. Gleichzeitig sind sie – ob ihres eigenen Erlebens der demokratischen Praxis – zutiefst skeptisch, ob sich die eigene Teilhabe überhaupt lohne. Fast durchweg sind sie der Meinung, Politikerinnen und Politikern sei es egal, was Leute wie sie dächten (96 Prozent, verglichen mit einem Gesamtdurchschnitt von 84 Prozent). Und so glauben auch vier von fünf, die britische Demokratie sei zum Nutzen der Reichen und Einflussreichen ausgelegt (82 Prozent, verglichen mit insgesamt 62 Prozent). Von der Regierung und insbesondere von Reichen und der Konservativen Partei fühlen sie sich herabgesetzt. Nur 15 Prozent glauben, die etablierten Medien gäben die Ansichten von Leuten wie ihnen angemessen wieder.

Trotz dieser überaus negativen Sichtweisen auf die Funktionsweise der britischen Demokratie wünschen sich die Enttäuschten Oppositionellen, die Dinge lägen besser. Mehr als jede andere Gruppe denken sie, sie sollten dem politischen Zeitgeschehen größere Aufmerksamkeit schenken (46 Prozent, verglichen mit einem Mittelwert von 38 Prozent). Und die allermeisten von ihnen hätten gern mehr Mitsprache bei Entscheidungen, die sich auf das ganze Land wie auch auf die eigene Kommune auswirken (87 beziehungsweise 79 Prozent, verglichen mit Mittelwerten von 65 und 63 Prozent).

Eine beachtliche Mehrheit der Enttäuschten Oppositionellen glaubt, dass zur gesellschaftlichen Verbesserung ein radikaler Wandel vonnöten sei (73 Prozent, verglichen mit insgesamt 54 Prozent). Doch bei der Frage, ob Bürgerinnen und Bürger durch ihre Entscheidungen und Handlungen die Gesellschaft verändern könnten, sind sie etwas weniger zuversichtlich als der Rest der Bevölkerung. Dieses Empfinden mangelnder Handlungsmacht könnte auch mit einem **unterdurchschnittlichen Zugehörigkeitsgefühl** verbunden sein (so sagen nur 64 Prozent, sie wüssten, wo sie zu Hause sind und wohin sie gehören, gegenüber 75 Prozent der Gesamtbevölkerung).

Eine weitere Erklärung für die starke Zurückhaltung dieser Menschen bei der politischen Teilhabe ist ihre **mangelnde Identifikation mit den meisten politischen Akteuren**. Nur für 14 Prozent gebe es in der Politik ausreichend Menschen, mit denen sie sich identifizieren könnten – weniger als in allen anderen Gruppen. Ein zusätzlicher Faktor könnte ihr besonders schwaches Vertrauen zu anderen Menschen sein: Fast drei Viertel glauben, die Welt werde immer gefährlicher, und über die Hälfte, dass man bei den meisten Menschen nicht vorsichtig genug sein könne (55 Prozent). 42 Prozent treibt um, dass bei wichtigen Themen andere Menschen sich nach anderen Werten und Überzeugungen als den eigenen richten (in der Gesamtbevölkerung sind es 32 Prozent), wenngleich sie finden, dass politisch Andersdenkenden dieselben Rechte zustünden – was wiederum ein Bekenntnis zu demokratischen Grundsätzen offenbart.

Demokratische Normen und das britische Modell

Stärker als fast alle anderen sind die Enttäuschten Oppositionellen der Ansicht, die britische Demokratie sei ernststen Bedrohungen ausgesetzt (69 Prozent, verglichen mit insgesamt 58 Prozent). Über zwei Drittel sind mit der jetzigen demokratischen Funktionsweise unzufrieden (68 Prozent). Auf die Frage, ob das Vereinigte Königreich wirklich eine Demokratie sei oder nur dem Namen nach, entscheidet sich über die Hälfte für Letzteres (54 Prozent). Als größte Herausforderungen der britischen Demokratie nennen diese Menschen, das System werde von Eliten betrieben, die derzeitige politische Führung sei schlecht und Politikerinnen und Politiker nicht rechenschaftspflichtig. **Für politische Reformen zeigen sie starke Unterstützung:** Neun von zehn sind der Ansicht, das Mehrheitswahlsystem mache das Vereinigte Königreich weniger demokratisch, und eine ähnlich hohe Zahl findet, dass Abgeordnete bei Parlamentsabstimmungen dem eigenen Gewissen und nicht der Parteilinie folgen sollten. Fast ein Viertel misstraut den offiziellen britischen Wahlergebnissen.

Dennoch ist auch den Enttäuschten Oppositionellen zufolge die Demokratie die beste Regierungsform für das Vereinigte Königreich; alternative Regierungsformen, in denen der politischen Führung mehr Macht zukäme, weisen sie zurück. Sie sind überzeugt, dass Demokratien in der Regel gerechtere Gesellschaften hervorbrächten (88 Prozent, dem Gesamtdurchschnitt entsprechend) und der beste Rahmen für eine geordnete und friedliche Gesellschaft seien. Sie wären nicht gewillt, demokratische Rechte und Freiheiten aufzugeben, wenn dadurch ihre Familie wirtschaftlich bessergestellt oder die von ihnen bevorzugte Partei dauerhaft an der Macht wäre.

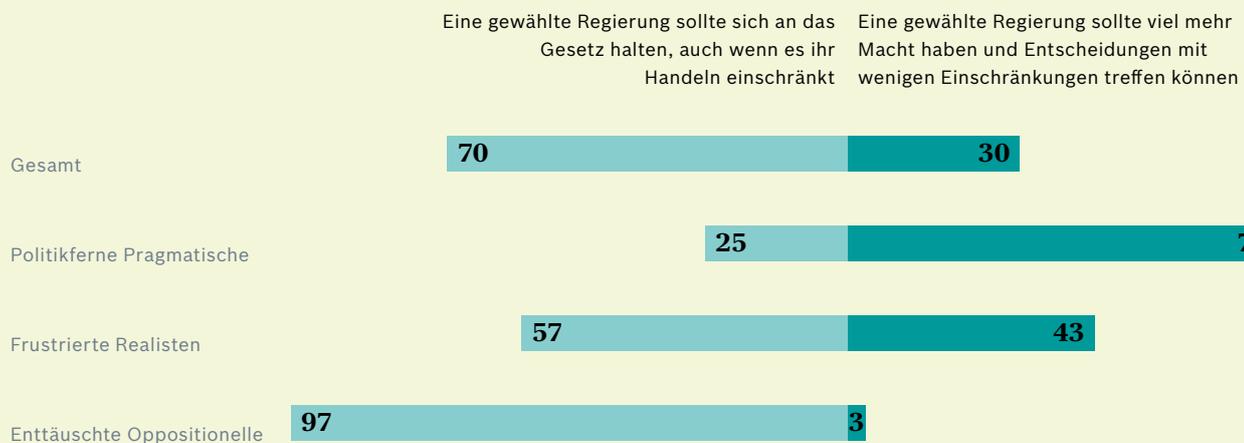
Stärker als jede andere Gruppe bekennen sie sich zu demokratischen Verfahren und der Rechtsstaatlichkeit: Eine gewählte Regierung müsse sich an das Gesetz halten, auch wenn dadurch ihre Handlungsfähigkeit eingeschränkt würde; Politikerinnen und Politiker hätten Vorschriften zu befolgen, auch wenn Entscheidungen dadurch länger dauerten (87 Prozent, verglichen mit durchschnittlich 71 Prozent), und die Belange ethnischer Minderheiten verdienten Beachtung, auch wenn sie im Widerspruch zur Mehrheitsmeinung stünden (89 Prozent, verglichen mit 64 Prozent insgesamt).

Abbildung 36:

Beschränkungen der Regierungsmacht

Die Rechtsstaatlichkeit ist für Enttäuschte Oppositionelle am wichtigsten

Zustimmung in %



Frage: Welcher Aussage stimmen Sie eher zu? Quelle: More in Common (2021)

**„Politisch wollen Menschen das eigene Leben
widerspiegelt sehen, die eigenen Werte und
Erfahrungen im ganzen Land erkennen.“**

– Marc Stears (2021), Out of the Ordinary

In ihren Programmen für die Parlamentswahlen 2019 verpflichteten sich sämtliche großen Parteien zu weitreichenden demokratischen und konstitutionellen Reformen. Wenn Reform bedeutet, in den Bevölkerungsgruppen, die sich am weitesten von der Demokratie abgekehrt haben, wieder Vertrauen und Engagement aufzubauen, dann müssen wir uns mit den eben genannten Anliegen auseinandersetzen. **Vertrauen in die britische Demokratie kann nur dann gestärkt und die demokratische Kultur nur dann widerstandsfähiger gemacht werden, wenn die Menschen spüren, dass man sie anhört, vertritt und respektiert.**

In einer akuten existenziellen Krise befindet sich die britische Demokratie nicht, nach weniger demokratischen Regierungsansätzen besteht so gut wie kein Verlangen. Zwar gibt es tiefe Frustrationen, aber sie beziehen sich vor allem auf die Akteure der Demokratie – Politiker und die Medien – und das Versagen des Systems, sein Versprechen einzulösen. Auch wenn es sich dabei um kein demokratiefeindliches Gedankengut handelt, stellen diese Haltungen längerfristig dennoch eine Gefahr für die Demokratie dar, gerade angesichts verschärft wahrgenommener sozialer Spaltungen. Resilient ist das Regierungssystem nach wie vor insofern, als kaum jemand diese Spaltungen der Demokratie selbst anlastet.

Um verloren gegangenes öffentliches Vertrauen in das britische System wiederherzustellen, muss eine von sozialen Spaltungen erschöpfte Generation erleben, wie die Demokratie im Land Menschen tatsächlich zusammenbringen, Unterschiede überbrücken, Probleme aus dem wirklichen Leben lösen und dadurch Lebenslagen verbessern kann. **Die Menschen müssen spüren, dass sich die eigene Beteiligung an demokratischen Prozessen lohnt und sie etwas bewirken können.** Die Zeit nach dem Brexit und der Pandemie wäre ideal, derlei „Instandsetzungen“ anzugehen, da sich nach einer überaus aggressiven und spalterischen Phase in der britischen Politik sozusagen eine Art Zwangspause eingestellt hat. Gleichzeitig ist leider davon auszugehen, dass in einem auf Konflikt optimierten Umfeld spalterische Kräfte erneut erstarken werden. So bleibt das System auch für zukünftige Spaltungen angreifbar, insbesondere durch das Viertel der britischen Bevölkerung, das sich im Segment der Frustrierten Realisten wiederfindet.

Wir haben uns mit drei Gruppen auseinandergesetzt, die von der britischen Demokratie besonders enttäuscht oder abgekehrt sind: Eine ist zufrieden, aber abgekehrt (die Politikfernen Pragmatischen), eine unzufrieden, interessiert, aber kaum engagiert (die Enttäuschten Oppositionellen) und eine weder zufrieden noch engagiert (die Frustrierten Realisten). **Begreifen wir die Bevölkerung als einzelne Segmente mit unterschiedlichen Werten und Einstellungen, können wir eher gezielte und praktische Schritte anregen, um Vertrauen und Einbindung in unsere Demokratie zu stärken.** Anstatt sich eine ideale Welt vorzustellen, in der alle Menschen gut informiert, demokratisch aktiv und zufrieden sind, hilft uns der Blick auf diese drei Gruppen, um herauszufinden, wo sich in der Praxis eingreifen lässt, um Menschen tatsächlich zu erreichen und sie womöglich sogar zu nachhaltigeren demokratischen Haltungen und Handlungsweisen zu bewegen.

In den Fokusgruppen mit allen drei Gruppen entstand der Eindruck, dass sowohl von oben verordnete als auch direktdemokratisch angestoßene Veränderungen bei diesen Menschen Vertrauen und Zuspruch zur Demokratie stärken könnten. In dieser Studie haben wir uns darauf konzentriert, erst einmal Einstellungen zur Demokratie zu verstehen, als gleich verschiedene Ansätze zur demokratischen „Sanierung“ auszutesten.

Basierend auf unseren quantitativen und qualitativen Ergebnissen haben wir zehn Prioritäten ermittelt, die über die drei Gruppen hinweg Vertrauen und Teilhabe stärken könnten:

- Angesichts der Macht von Nachrichtenflüssen und sozialen Netzwerken im heutigen Demokratiebetrieb müssen sich **Medienorganisationen** damit befassen, dass sich in Großbritannien nur jeder Fünfte durch sie vertreten fühlt, und deshalb **klarer vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber der Öffentlichkeit priorisieren**. Medienunternehmen müssen anerkennen, wie Strategien zur Konsumentenbindung, die auf Empörung und Polarisierung ausgelegt sind, dem öffentlichen Vertrauen schaden – ob sie nun in den sozialen Medien, im Rundfunk oder im traditionellen Print stattfinden.
- Die Regulierung sozialer Netzwerke (ob durch Tech-Riesen oder Aufsichtsbehörden) sollte sich **an der öffentlichen Erwartung orientieren, dass Social-Media-Unternehmen bei Regelverstößen einschreiten müssen**. Oder wie ein Politikfremder Pragmatiker es ausdrückt: *„Wenn etwas draußen auf der Straße illegal ist, sollte es auch im Netz illegal sein.“* Der digitale Raum bietet vielen Menschen ein wertvolles Forum für offene Debatten, was jedoch keine Beschimpfungen und Hassrede entschuldigt. Die meisten Menschen sind der Ansicht, dass die Pflichten grundlegender Höflichkeit und gegenseitigen Respekts im digitalen Raum dieselbe Gültigkeit besäßen.
- Anstrengungen für mehr demokratisches Engagement sollten sich auf Gemeinschaften richten, wo Menschen sich zugehörig fühlen. Besonders sollten wir hier untersuchen, **inwieweit der Arbeitsplatz ein wichtigerer Raum für stärkere demokratische Mitsprache und Teilhabe werden könnte** (was durchaus möglich wäre, ohne derlei Bemühungen zu politisieren).
- Die soziale Herkunft ist wesentlich für die Ausgestaltung der Normen und des demokratischen Verhaltens eines Menschen. Noch Jahrzehnte später verweisen viele Befragte auf ihre Kindheit als die Zeit, in der ihre Vorstellungen von bürgerlichem Verhalten und Verantwortungen Form annahmen. Eine **höhere Qualität und Finanzierung politischer Bildung** könnte diese prägenden Jahre demokratischen Handelns unterstützen. Heute getätigt, werden sich derlei Investitionen bis ins 22. Jahrhundert hinein auszahlen.
- Im schwindenden demokratischen Vertrauen und Engagement ist Ärger über blinde Parteigefolgschaft ein wichtiger Faktor. Für zwei Drittel der Bevölkerung ist Politik kein wichtiger Teil der eigenen Identität; sie würden sich durch die Politik besser vertreten fühlen, wenn ihre Akteure ihnen selbst ähnlicher wären. Angesichts der vielen Anreize für tiefe Parteilichkeit in Großbritannien ist das eine enorme Herausforderung. Jedoch ließe sich durch praktische Schritte die öffentliche Debatte im Land weniger parteiisch und spalterisch gestalten, etwa indem auch unter **politischen Akteuren die Debattenkultur gestärkt würde – und damit das Widersprechen „auf höherem Niveau“** (und insbesondere weniger leicht zu kränken und gekränkt zu sein).
- Der Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass **Regierungsbeamte und Mandatsträger für ihr Handeln rechenschaftspflichtig sind**, würde Vertrauen stärken beziehungsweise wiederherstellen und ein Zeichen gegen den weitverbreiteten Zynismus setzen, das System sei zugunsten der Eliten ausgelegt, oder wie es ein Enttäuschter Oppositioneller ausdrückt: *„Wenn ich mir an der Arbeit so was geleistet hätte, hätte man mich rausgeschmissen.“* Verhaltenskodizes sollte deutlich Geltung verschafft und Amtsinhaber bei Verstößen ernsthaft bestraft oder aus dem Amt entfernt werden.

- Um der Demokratie stärker zu vertrauen, müssen sich Menschen im britischen Gesellschaftsleben vertreten sehen. Hierzu müssen Parteien **Kandidaten mit diverseren sozialen Hintergründen und Lebenserfahrungen aufstellen**, mit denen sich gewöhnliche Britinnen und Briten besser identifizieren können – und weniger Kandidaten, deren Arbeitserfahrung sich einzig und allein auf die Politik und verwandte Gebiete beläuft.
- Kaum ein Faktor ist für zukünftiges Vertrauen in die britische Demokratie so ausschlaggebend wie die **Qualität der politischen Führung**. Die meisten Befragten fühlen sich hier schlecht vertreten und empfinden die politische Führungsriege als zynisch und unehrlich. Dadurch schenken sie Debatten weniger Beachtung, betrachten häufig alle Politikerinnen und Politiker als eins und sind eher bereit, über demokratische Normen hinwegzusehen. Weil heute viele instinktiv begreifen, wenn Politiker Marketing-Taktiken zur Wählermanipulation anwenden, wollen sie eine authentischere, transparentere und ehrlichere politische Führung – die zudem weniger eine Partei als Menschen und Gemeinschaften vertritt.
- Obwohl die meisten Menschen weder über genügend Zeit noch Kapazitäten verfügen, um sich vertieft mit einzelnen Themen auseinanderzusetzen, wünschen sich viele, sie könnten sich zu tagesaktuellen Themen leichter Gehör verschaffen. Die Regierenden sollten mehr Wege öffnen, auf denen **sich Menschen an lokalen wie nationalen Entscheidungsfindungsprozessen beteiligen können** – und hierbei mit unterschiedlichen Ansätzen experimentieren, um solche zu ermitteln, die das breiteste Spektrum der Bevölkerung ansprechen.

Für Großbritannien beginnt mit dem Brexit und dem Ende der Pandemie – wenngleich Letzteres noch abzuwarten ist – eine neue Ära. Das ist ein günstiger Zeitpunkt für **eine größere Debatte über „das System“ und darüber, welche Reformen die Demokratie im Land stärken und das System repräsentativer, zugänglicher und partizipativer machen würden**.

Die Vereinigten
Staaten von
Amerika:
eine gespaltene
Demokratie?

Die Vereinigten Staaten von Amerika: eine gespaltene Demokratie?

Einleitung

In den letzten Jahren musste sich die Demokratie in den USA zahlreichen Prüfungen stellen. Eine extreme Polarisierung von Politik und Wählerschaft, rassistische Diskriminierung, die schweren Auswirkungen einer Pandemie auf Gesundheitswesen und Wirtschaft, ein Präsident, der innerhalb einer Amtszeit zweifach im Amtsenthebungsverfahren verklagt wurde, eine erst hart umkämpfte und später angefochtene Präsidentschaftswahl und die Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 – all das bildet die Grundlage für den jetzigen Zustand der Demokratie im Land. Entsprechend verkündete die Zeitschrift The Atlantic nach der Wahl: „Die Krise der amerikanischen Demokratie ist noch nicht vorbei.“³¹

31 Serwer, A. (2020, 8. November): „The Crisis of American Democracy Is Not Over“. The Atlantic.

32 Salmon, F. (2021, 8. Januar): „America in Danger“. Axios.

33 Redaktion des New Yorker (2020): Sonderreihe The Future of Democracy. The New Yorker.

34 In Zusammenarbeit mit YouGov befragte More in Common insgesamt 2.000 Erwachsene in den USA zu ihren Einstellungen rund um Demokratie, das gegenwärtige politische Klima sowie zu ihrer eigenen Rolle in Gemeinwesen und Gesellschaft. Die quantitative Erhebung fand im Januar und Februar 2021 statt, gefolgt von qualitativen Fokusgruppen im März 2021.

35 Amandi, F. et al. (2020): The 100 Million Project. The Untold Story of American Non-Voters. Knight Foundation.

Auch weitere Schlagzeilen jüngerer Datums beschreiben eine Demokratie, die in den letzten Zügen zu liegen scheint – eine „zerbrechliche Demokratie“ und ein „Amerika in Gefahr“³²–, oder verkünden, dass sich „unsere Demokratie in der Krise“ befinde.³³ Nach der landläufigen Meinung scheint die Demokratie in den USA seit dem Ende des Bürgerkriegs noch nie so gefährdet gewesen zu sein wie heute.

Doch nach unseren Erkenntnissen ist die Gemengelage in den USA noch um einiges komplexer.³⁴

Auch wenn sich inmitten der derzeitigen Herausforderungen zweifelsohne problematische Tendenzen zeigen und diese sich spürbar auf die Einstellungen der Bevölkerung zum Zustand ihrer Demokratie auswirken, erkennen wir auch ein anhaltendes Vertrauen in die Demokratie – ein Bekenntnis, durch das dieses System eben nicht wirkt, als könne es kurzfristig zerstört werden.

Während manche Studien bereits unterschiedliche Gruppen ermitteln, die sich nicht aktiv am demokratischen System beteiligen,³⁵ offenbart unsere Untersuchung für diese Studie noch einmal eine nuanciertere Unterteilung von Einstellungen. **So machen wir häufig Haltungen aus, die zwar bei einzelnen demokratischen Grundsätzen von einem Glaubensverlust zeugen, aber aufrichtig hinter anderen demokratischen Grundsätzen stehen.** Ein Beispiel: Obwohl fast acht von zehn Republikanern der Meinung sind, Wahlen in den USA seien unsauber und manipulierbar geworden, wird mehrheitlich abgelehnt, als Lösung Wahlen einzuschränken oder ganz abzuschaffen. Ähnlich haben Anhänger der Demokratischen Partei, obwohl sie als Schutz vor Hass und Gewalt eher die Redefreiheit und andere Freiheiten einschränken würden, weiterhin großen Respekt vor der Gewaltenteilung und ihrem System gegenseitiger Kontrolle. Ebenso sind sie gegen alternative Regierungsformen, in denen der politischen Führung größere Macht zukäme.

Wenngleich der Glaube der Amerikanerinnen und Amerikaner an die Normen ihrer Demokratie nicht von einem unmittelbaren Zusammenbruch bedroht sein mag, treten im öffentlichen Vertrauen in die Mechanismen eben dieser Demokratie durchaus Warnsignale auf. Gerade in ihren Einstellungen zu Wahlen und Informationsquellen (etwa Medien, Wissenschaft und Experten) ist die Bevölkerung mittlerweile stark polarisiert. Am klarsten zeigt sich das in einem Bevölkerungssegment, das wir als „die Bedrängten Konservativen“ identifizieren: Menschen, die trotz überwältigender Beweise einer freien, fairen und rechtmäßigen Wahl meinen, der ehemalige Präsident Donald Trump sei zum Opfer von Wahlbetrug geworden. Derlei Überzeugungen bildeten das Fundament für zwei präzedenzlose Ereignisse in der amerikanischen Geschichte: die Weigerung zahlreicher republikanischer Abgeordneter, Joe Bidens Wahlsieg zu bestätigen, und die Erstürmung des US-Kapitols am 6. Januar 2021.

Vor diesem Hintergrund erscheint nicht Indifferenz, sondern Polarisierung als die sehr viel akutere Herausforderung für die US-Demokratie. **Eine Analyse, deren „Suchraster“ primär auf Teilnahmslosigkeit und Distanz gegenüber demokratischen Normen oder Politik im Ganzen eingestellt ist, schien uns daher nicht hinreichend, aktuelle Gefahren für die US-amerikanische Demokratie bestmöglich zu erfassen.** Um dieser besonderen Situation methodisch Rechnung zu tragen, haben wir stattdessen aktuelle Dynamiken wie affektive Polarisierung zwischen politischen Gegnern oder auch die Bereitschaft, extreme Taten zur Verteidigung der eigenen Seite (oder der Demokratie) zu rechtfertigen, in den Fokus genommen. Anhand dieser Maßstäbe stellen wir im Folgenden bestimmte Teile der amerikanischen Bevölkerung heraus.

Die Lage der Dinge in den USA

Bisherige Untersuchungen von More in Common haben belegt, dass ein gemeinsamer Bürgerglaube an das demokratische System bisher auch die Polarisierung in jüngerer Zeit überdauern konnte.³⁶ Eine solide Mehrheit (etwa acht von zehn) stimmte sowohl vor als auch nach der Wahlperiode 2020 zu, dass die Demokratie anderen Regierungsformen noch immer vorzuziehen sei. Es hält sich ein starker Glaube an die Bedeutung des Wählens und von Wahlen.

Gleichzeitig zeigen unsere Untersuchungen, dass die Ansichten der Amerikanerinnen und Amerikaner zu potenziellen Bedrohungen ihres Landes und ihrer Demokratie gespalten sind, um nicht zu sagen polarisiert, und **sich die wahrgenommenen Gefahren je nach der jeweiligen Parteilinie unterscheiden.** So stehen für Anhänger der Demokraten ethnische Diskriminierung und das sogenannte gerrymandering (die Verschiebung von Wahlbezirksgrenzen zum Nachteil ethnischer Minderheiten) im Vordergrund, für Anhänger der Republikaner hingegen die etablierten Medien und Wahlbetrug. Als noch spalterischer und gefährlicher erweist sich, dass **durch eine partiische Nachrichtenberichterstattung und die abgekapselte Nutzung der sozialen Medien unterschiedliche Haltungen in der Bevölkerung zunehmend von einer Art Stammesdenken (tribalism) bestimmt** werden. Zudem überlagern derlei voreingenommene Stimmen immer mehr die komplexeren und weniger lautstarken Ansichten einer „erschöpften Mehrheit“, einem erheblichen Bevölkerungsanteil, der bereit ist, anderen zuzuhören und die eigene Meinung zu ändern.

Andere Untersuchungen der US-Demokratie offenbaren eine ähnliche Dynamik. Laut einem Bericht der Voter Study Group vom Juni 2020 – *Democracy Maybe*³⁷ – bekennt sich eine überwältigende Mehrheit (80 Prozent) der Bevölkerung zum demokratischen System und zeigt gegen autoritäre Regierungsformen insgesamt starken Widerstand. Trotzdem gibt es im Detail beunruhigende Anzeichen von Ambivalenz und Vorbehalten sowie Belege, dass Amerikaner sich durchaus an Autoritarismus „versuchen“ würden. Dies betrifft gerade Konservative, die sich gewissermaßen ausgeklinkt haben und voller Misstrauen gegen Experten und ethnische Minderheiten sind.

Ein Bericht von 2017 – *The Republic is (Still) at Risk – and Civics is Part of the Solution*³⁸ – identifiziert wiederum **Misstrauen als größtes Risiko für die US-Demokratie:** „Verbindet sich Misstrauen gegenüber den wichtigsten staatlichen Institutionen mit Misstrauen gegenüber den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, dann ist das Ergebnis eine schwindende Unterstützung für die Demokratie selbst.“ In einem Land, das keine andere Regierungsform erfahren hat, bilden Vertrauen, Identität und Polarisierung das Vokabular, mithilfe dessen wir demokratische Bedrohungen besser begreifen können.

Demokratische Tendenzen und Dynamiken

Mutmachende Zeichen

In unserer Befragung zu Demokratieeinstellungen in den USA konnten wir mehrere oft über-

³⁶ Hawkins, S. et al. (2018): *Hidden Tribes: A Study of America's Polarized Landscape.* More in Common.

³⁷ Drutman, L., Goldman, J., Diamond, L. (2020): *Democracy Maybe. Attitudes on Authoritarianism in America.* Democracy Fund Voter Study Group.

³⁸ Levine, P., Kawashima-Ginsberg, K. (2017): *The Republic is (Still) at Risk – and Civics is Part of the Solution. A Briefing Paper for the Democracy at a Crossroads National Summit.* iCivics.

sehene oder unterschätzte Indizien ausmachen, nach denen **das demokratische Fundament in den USA nach wie vor solide ist**. Zu diesen ermutigenden Anzeichen gehören:

- Demokratie als Grundbestandteil der amerikanischen Identität
- Unterstützung von Demokratie gegenüber Alternativen
- gesellschaftliches Engagement
- Hochachtung für die Grundlagen der Demokratie
- ein übergeordneter Glaube an beziehungsweise der Wunsch nach Einheit

In den USA ist die Idee der Demokratie fest mit der nationalen Identität verwoben.

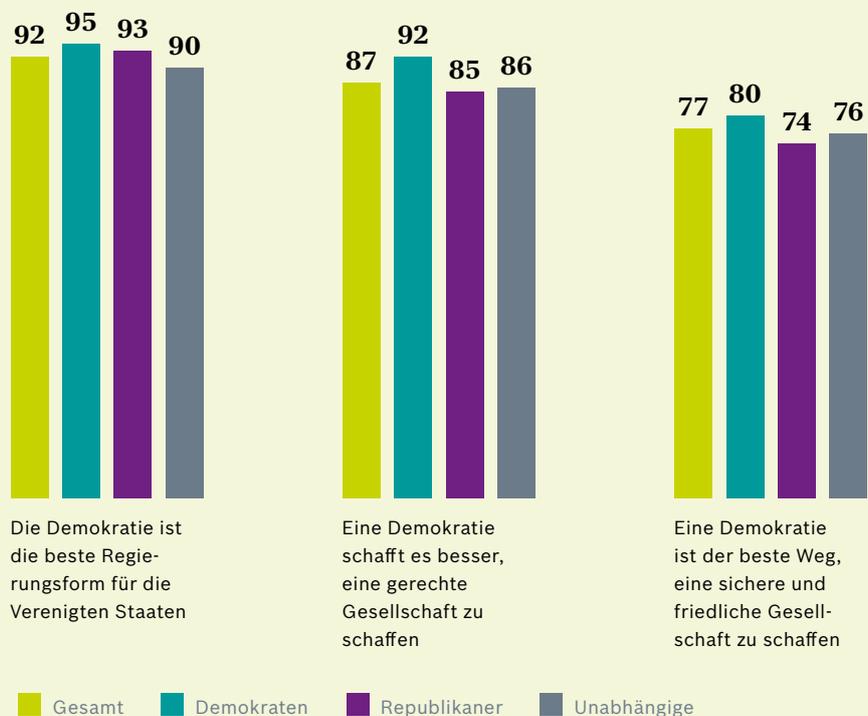
Mehr als neun von zehn Befragten sind der Ansicht, Demokratie sei für die Vereinigten Staaten die beste Regierungsform, und acht von zehn empfinden es als enorm wichtig, in einem demokratisch regierten Land zu leben. Auch gewinnt die Demokratie – die einzige Regierungsform, die die amerikanische Bevölkerung als Kollektiv erfahren hat – in der Auffassung der Befragten gegenüber allen Alternativen. Fast acht von zehn erscheint sie zwar nicht perfekt, sei aber anderen Regierungsformen eben immer noch vorzuziehen. Zudem findet eine große Mehrheit, dass Demokratien in der Regel eher eine gerechte und geordnete Gesellschaft gewährleisten.

Abbildung 37:

Einstellungen der US-Amerikaner zur Demokratie bleiben robust

Demokratie als Grundbestandteil amerikanischer Identität

Zustimmung in %



Frage: Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu? (jeweils Gegensatzpaare)
Quelle: More in Common (2021)

Nur eine geringe Minderheit äußert sich offen zugunsten von Systemen, die im Widerspruch zur Demokratie stehen. Weniger als 10 Prozent unterstützen die Idee, dass man alternative Regierungsformen in Betracht ziehen sollte, in denen der politischen Führung größere Macht zukäme, und nur jeder Zehnte stimmt ausdrücklich zu, dass im heutigen Amerika eine Revolution vonnöten sei.

Auch im zivilgesellschaftlichen Engagement der Befragten wird deutlich, wie tragfähig das demokratische Fundament ist. **So haben sich über 80 Prozent im Laufe des vergangenen Jahres in irgendeiner Form politisch oder zivilgesellschaftlich eingebracht**, und zwei Drittel haben in Kommunalwahlen abgestimmt, ein Befund, der im Einklang steht mit der Rekordwahlbeteiligung im selben Zeitraum. Zusätzlich verfolgen 54 Prozent das politische Tagesgeschehen weiterhin „meistens“ und nur 4 Prozent „überhaupt nicht“.

Trotz der harten Anfechtung der Präsidentschaftswahl 2020 bleiben für die meisten Befragten demokratische Wahlen heilig. 70 Prozent würden Wahlen auch nicht abschaffen wollen, wenn dadurch gewährleistet wäre, dass die eigene bevorzugte Partei an der Macht bliebe. Ähnlich widersprechen zwei Drittel der Aussage, weniger häufige Wahlen würden das Land stärker vereinen.

Demokratische Grundsätze werden weiterhin in Ehren gehalten, einschließlich der Gewaltenteilung und ihres Systems gegenseitiger Kontrolle. Die große Mehrheit (80 Prozent) beschreibt diese Bestandteile des Regierungssystems als „unverzichtbar“, wohingegen nur jeder Fünfte sie als Hindernis wahrnimmt. Auch dem Standpunkt, das Land brauche eine politische Führung, die zu Regelverstößen bereit wäre, schließen sich nur 10 Prozent ausdrücklich an.

Bei aller Polarisierung in der heutigen amerikanischen Politik und Gesellschaft stellen wir einen tiefer liegenden Glauben an die Einigkeit des Landes fest. Fast zwei Drittel sagen, die Differenzen innerhalb der Bevölkerung seien nicht so groß, als dass man nicht zusammenarbeiten könne. Und sogar acht von zehn sind der Ansicht, dass politisch Andersdenkende dieselben Rechte wie sie selbst verdienten. Demgegenüber sollten nur laut 27 Prozent die Belange von Menschen, die gerade nicht an der politischen Macht sind, „hintanstehen“, falls sie von den Mehrheitsansichten abweichen.

Gründe zur Sorge

Trotzdem bezeugen die erschütternden Ereignisse vom 6. Januar 2021 – die Anstachelung zur Gewalt durch die damalige Regierung, deren Rhetorik und Gebrauch der sozialen Medien, die Erstürmung des Kapitols und die vorausgegangenen Anschuldigungen von Wahlbetrug –, dass, wenngleich die Basis der amerikanischen Demokratie stark sein mag, es reale und akute Gründe zur Besorgnis gibt.

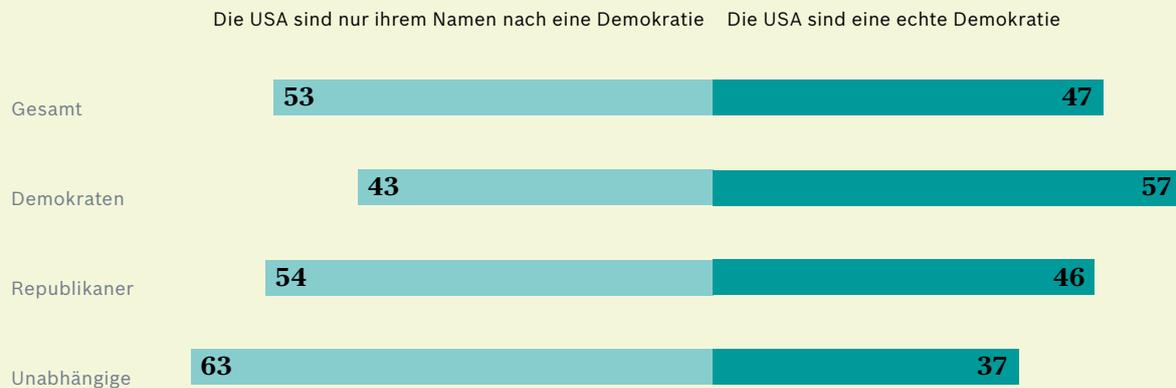
Nur wenige Amerikanerinnen und Amerikaner haben den Eindruck, ihre Demokratie funktioniere in ihrem jetzigen Zustand gut. Die Regierenden gelten in weiten Teilen der Bevölkerung als zu unfähig, um das Land effektiv zu führen, und für nur 4 Prozent sind gewählte Mandatsträger ausdrücklich besser geeignet als gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger, um Entscheidungen mit Auswirkungen auf das Gemeinwesen zu treffen. Sollen die Regierenden allgemein bewertet werden, spricht sich weniger als ein Viertel ausdrücklich dafür aus, Amerika sei derzeit die beste Demokratie der Welt – für knapp über die Hälfte ist das jetzige US-Regierungssystem nur dem Namen nach eine Demokratie (53 Prozent).

Abbildung 38:

Sind die USA eine echte Demokratie?

Trotz großer Unterstützung für die Idee der Demokratie findet die Hälfte der US-Amerikaner, dass sie in ihrem aktuellen Zustand nicht funktioniert

Zustimmung in %



Frage: Welcher Aussage stimmen Sie eher zu? Quelle: More in Common (2021)

Eine Mehrheit bejaht entschieden, dass die US-Demokratie gegenwärtig ernststen Risiken ausgesetzt sei, zu großen Teilen aus den folgenden Richtungen:

- soziale Spaltung und schwache gemeinschaftliche Bindungen
- Uneinigkeit über demokratische Freiheiten
- wahrgenommener Mangel an wirklicher Vertretung
- Misstrauen gegenüber Experten und Presse
- eine fehlende gemeinsame Wahrheit
- ethnische Spannungen und Diskriminierung

Nicht nur die Ansichten zur freien Meinungsäußerung, zu Recht und Ordnung und zur Aufgabe der Regierung beim Schutz vor Hassrede sind polarisiert; mittlerweile wird auch angezweifelt, inwieweit Wahlen im Land korrekt durchgeführt würden. So gaben im Vorfeld der Wahlen letztes Jahr 68 Prozent der Republikaner an, Demokraten würden mit erhöhter Wahrscheinlichkeit Wahlbetrug begehen, und etwa neun von zehn Republikanern glaubten, Nichtstimmberechtigte würden trotzdem wählen können. Der Regierungswechsel hat sich auf diese Gefahr nicht ausgewirkt, diese Wahrnehmungen haben seitdem nicht abgenommen. Auch ist eine schwache, aber bemerkbare Unterstützung für Maßnahmen zu erkennen, die beim Ausräumen von demokratischen Freiheiten für Spannungen sorgen, etwa bei Einschränkungen der Meinungsfreiheit. So fordert eine Mehrheit – vor allem Anhänger der Demokraten – einen stärkeren Schutz vor Hassrede. Die Demokraten stehen auch eher als Republikaner hinter staatlichen Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten oder um Aufstachelung zur Gewalt zu verhindern. Ähnlich finden neun von zehn Demokraten (im

Gegensatz zu nur einem Viertel der Republikaner), Social-Media-Unternehmen sollten bei Regelverstößen in ihren Foren die Redefreiheit einschränken dürfen.

Im Gegensatz hierzu hat sich bei Anhängern der Republikaner ein deutlicher Wahrnehmungswandel vollzogen, was die freie Meinungsäußerung anbelangt, und zwar im Zeitraum seit vor der Präsidentschaftswahl bis nach dem 6. Januar: Derzeit empfinden sechs von zehn die Redefreiheit als zu stark eingeschränkt – zuvor sah das nur ein Drittel so.

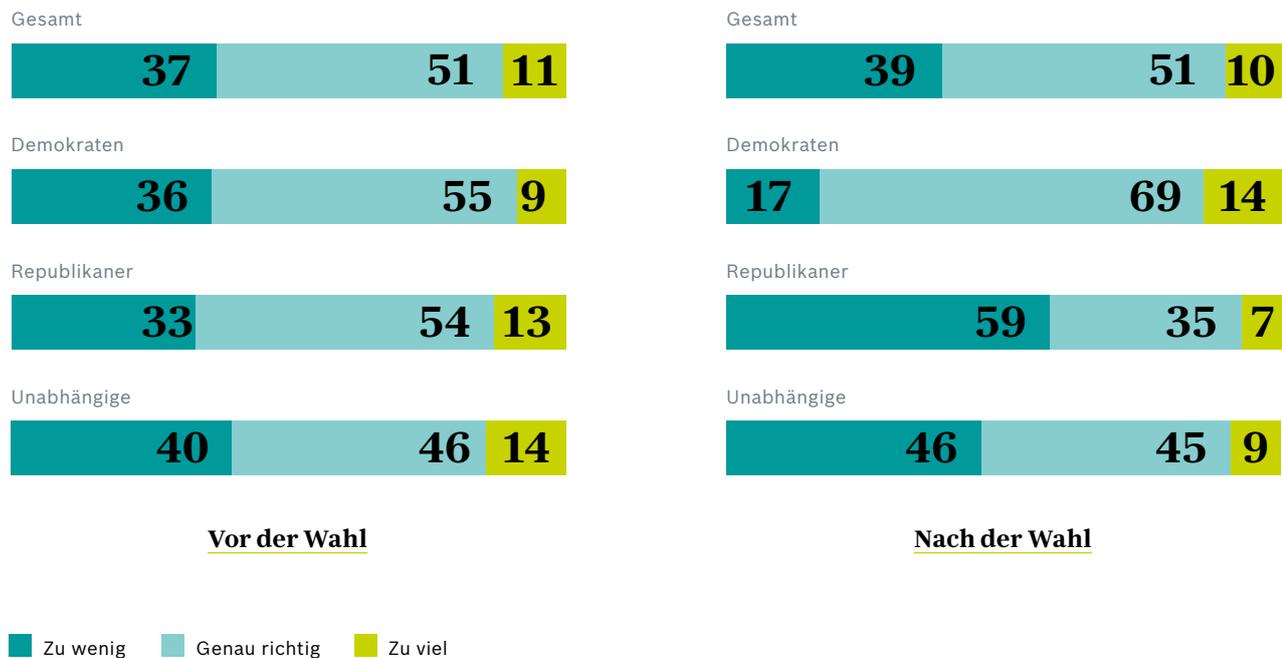
Abbildung 39:

Freie Meinungsäußerung

Die Präsidentschaftswahlen 2020 und ihre Folgen haben die Einschätzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung deutlich beeinflusst, insbesondere unter Konservativen

Angaben in %

„Es gibt ... Meinungsfreiheit“



Frage: Glauben Sie, dass wir heutzutage in den USA zu wenig, genau das richtige Ausmaß oder zu viel Redefreiheit haben?
 Quelle: More in Common (November 2020; März 2021). Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Noch immer besteht kein Konsens über das Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2020. Im Gegensatz zu 93 Prozent der Demokraten sagen nur 15 Prozent der Republikaner, Joe Biden habe die Wahl rechtmäßig gewonnen. Zwei Drittel der Republikaner glauben, Donald Trump habe gewonnen, sei aber Opfer von Wahlbetrug geworden. Weitere Einstellungen zum Thema Wahlfälschung bestätigen diese Kluft: Sechs von zehn Republikanern meinen, Wahlfälschungen hätten den Sieg 2020 „stark“ beeinflusst, für neun von zehn Demokraten war ein solcher Einfluss „nicht existent“.

Derlei verstörende Anzeichen sind womöglich eher eine Momentaufnahme, eine Reaktion entlang von Parteigräben, als eine größere kollektive Verschiebung hin zu antidemokratischen Leitsätzen. **Und doch wird hier deutlich, wie verschieden Amerikanerinnen und Amerikaner unterschiedlicher politischer Überzeugungen Demokratie erfahren.**

Auch beim Vertrauen in die Presse, Experten und wissenschaftliche Erkenntnisse besteht ein solcher Graben entlang von Parteilinien.

Etwa vier von zehn Befragten, größtenteils aus dem republikanischen Lager, fühlen sich durch Social-Media-Unternehmen, etablierte Medien, Akademiker und Intellektuelle „sehr stark“ herabgesetzt. Zudem widerspricht eine deutliche Mehrheit der Republikaner (69 Prozent), dass die etablierten Medien die Ansichten von Leuten wie ihnen angemessen wiedergäben, und nur 5 Prozent stimmen ausdrücklich zu, dass Experten besser qualifiziert seien als gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger, um Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Allgemeinheit zu treffen, oder dass Ratschläge von Experten und Wissenschaftlern zu beherzigen seien.

Auch Bindungen an die Gemeinschaften vor Ort, wo demokratische Teilhabe häufig erst entsteht, sind angespannt. Wenngleich sich die meisten Befragten insgesamt in irgendeiner Form zivilgesellschaftlich oder politisch engagieren, empfinden nur 10 Prozent ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zum unmittelbaren Umfeld ihres Wohnorts, und wiederum nur die Hälfte davon verspürt eine solche Zugehörigkeit zu einer kommunalen Organisation.

Dieses fehlende Zugehörigkeitsgefühl wird weiter dadurch belegt, dass nur jeder Zehnte ausdrücklich zustimmt, die eigenen Bürgerrechte würden von den Mitbürgerinnen und Mitbürgern respektiert, und sieben von zehn Republikanern sowie sechs von zehn Demokraten bestätigen, Anhänger der gegnerischen Partei blickten „sehr stark“ auf sie herab. **Ein Großteil fühlt sich auch von Politik und politischen Akteuren nicht angemessen vertreten.** Nur ein Drittel stimmt der Aussage zu, „Leute wie ich kommen in der Politik zu Wort“, und noch weniger (18 Prozent) sind der Ansicht, die meisten Politikerinnen und Politiker interessiere, „was Leute wie ich denken“. Obwohl eine Mehrheit die politischen Nachrichten weiter regelmäßig verfolgt, ist bei jenen, die das nicht tun, ein häufiger Grund fürs Abschalten die Dominanz von Wut und Konflikt in der Politik.

Um die Strukturen der amerikanischen Demokratie zu verstehen, ist schließlich noch das komplexe Thema der ethnischen Zugehörigkeit absolut wesentlich. **In den USA sind soziale Spaltungen dort am tiefsten, wo es um die ethnische Zugehörigkeit geht.** Vor dem Hintergrund der Black Lives Matter-Bewegung und der antirassistischen Demonstrationen im ganzen Land stimmen insgesamt zwei Drittel zu, dass Rassismus in den USA weiterhin ein bedeutendes Thema sei; doch stimmen unter Anhängern der Demokraten fast 95 Prozent dieser Ansicht zu, im Gegensatz zu nur einem Drittel der Republikaner. Ähnlich bestätigt eine Mehrheit der Befragten mit liberalen Tendenzen ausdrücklich, die Vorstellung weißer Überlegenheit (white supremacy) bedrohe das Leben von People of Color in den USA, während bei den Konservativen eine große Mehrheit dem widerspricht und rassistische Probleme im Land als seltene und vereinzelte Situationen sieht.

Wie ist der Zustand der US-Demokratie insgesamt einzuschätzen?

Die Wahrnehmung der Demokratie in den USA als abstraktes Konstrukt und ihre praktische Erfahrung gehen weit auseinander. So ist der Glaube an beziehungsweise das Vertrauen in das demokratische Regierungssystem weiterhin stark. Gleichzeitig erlebt die Bevölkerung praktische Elemente der Demokratie in einer Weise, die sie zersplittert wirken lässt oder wie kurz vor einem Wendepunkt stehend.

Wir wollen deshalb untersuchen, wie Amerikanerinnen und Amerikaner Demokratie erleben und ein nuanciertes Verständnis jener Bevölkerungssegmente entwickeln, die gegenüber den wichtigsten demokratischen Normen, Grundsätzen, Institutionen und Verhaltensweisen eine gewisse Ambivalenz aufzeigen. Das soll eine Orientierungshilfe bieten, wie sich diesen Risiken produktiv begegnen lässt.

Drei Potenzialgruppen in den USA

Im hyperpolarisierten Amerika von heute, **wo Einstellungen zu Staat und Demokratie untrennbar mit der eigenen ideologischen Identität verbunden sind** und es stark an einer gemeinsamen Wahrheit und selbst einer Verständigung über die reinen Fakten mangelt, lohnt der Blick auf das so entstehende „Stammesdenken“.³⁹ Denn aus seiner „Teamdynamik“ heraus entsteht mitunter eben jene Ablehnung aller Aspekte der US-Demokratie, die vermeintlich nicht zur „eigenen Seite“ oder „dem eigenen Lager“ gehören.

Dieser Zynismus tritt in Verbindung mit den zuvor genannten Risikofaktoren zutage: Enttäuschung gegenüber dem Staat und die Selbstwahrnehmung als Opfer, Misstrauen gegenüber gewählten Amtsträgern und den Regierenden, Misstrauen gegenüber Medien, Experten, der Wissenschaft und Fakten sowie eine generelle Enttäuschung über demokratische Resultate für einen selbst oder „die eigene Seite“.

Von dieser Dynamik ausgehend beschreiben wir drei Segmente: zwei mit einer starken Selbstwahrnehmung als Opfer und einer Enttäuschung, die sich in Zynismus äußert (die Bedrängten Konservativen und die Rebellischen Aktivisten); und ein Segment, dessen Distanzierung sich herkömmlicher als Passivität äußert, das also insgesamt weniger in das zivilgesellschaftliche Leben eingebunden ist (die Moderat-konservativen Unbeteiligten).

Die drei Bevölkerungssegmente illustrieren, jedes auf seine Weise, was die drängendsten Herausforderungen der amerikanischen Demokratie sind. Während Schlagzeilen das Bild einer krisengebeutelten US-Demokratie zeichnen, offenbart eine Untersuchung dieser drei Segmente eine komplexere und nuanciertere Lage. Verstehen wir diese Menschen und ihre Einstellungen zur Demokratie, mag die Gesamtsituation vielleicht nicht sehr viel positiver wirken; und doch werden mehr Möglichkeiten und individuell zugeschnittene Strategien aufgezeigt, wie sich demokratisches Engagement stärken ließe.

Die Bedrängten Konservativen (31 Prozent)

Dieses Segment beweist große Unterstützung für das Konzept der Demokratie, steht aber gleichzeitig für einen ausgeprägten Zynismus und ideologisches Lagerdenken – und bringt diese auch zum Ausdruck.

39 Der Begriff „Tribalism“ beschreibt starke Gruppenbezüge und -loyalitäten und wird im Kontext gesellschaftlicher Dynamik verwendet, um Abgrenzungs- und Identifizierungsprozesse zu benennen. S. z. B. Fukuyama, F. (2018). *Against Identity Politics. The New Tribalism and the Crisis of Democracy*. In: *Foreign Affairs* 90, 2018.

Demografisches und politisches Profil

- eher älter, mit hohem Anteil an Ruheständlern (33 Prozent in Rente, gegenüber einem Mittelwert von 22 Prozent)
- größtenteils weiß (83 Prozent), männlich (58 Prozent), verheiratet (51 Prozent), republikanisch wählend (58 Prozent) und konservativ bis sehr konservativ (72 Prozent)
- überdurchschnittlich kleinstädtisch (52 Prozent), aber auch ländlicher geprägt als andere Bevölkerungssegmente (33 Prozent)
- überdurchschnittlich religiös (51 Prozent befinden Religion in ihrem Leben als sehr wichtig, verglichen mit 37 Prozent der Gesamtbevölkerung)

Gruppenbezogene Identitätsmerkmale

- tiefes Misstrauen hinsichtlich der Ergebnisse der Präsidentschaftswahl 2020
- hoch engagiert, stolz auf ihre Nationalität, starke Unterstützung für das demokratische Konzept
- ausgeprägte Selbstwahrnehmung als Opfer
- Zynismus gegenüber den Regierenden, Politikerinnen und Politikern allgemein
- Zynismus und Misstrauen gegenüber Presse, Experten, Wissenschaft und Fakten
- Zynismus und Verärgerung beim Themenkomplex ethnische Zugehörigkeit

Gegenüber ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern sind die Bedrängten Konservativen weder teilnahmslos noch gleichgültig.

Ganz im Gegenteil, zivilgesellschaftlich und politisch sind sie enorm engagiert: 91 Prozent waren in dieser Hinsicht im Laufe des letzten Jahres in irgendeiner Weise involviert. Fast das gesamte Segment hat sich ins Wahlregister eintragen lassen (97 Prozent) und ein großer Anteil hat in der jüngeren Vergangenheit in einer Kommunalwahl abgestimmt (81 Prozent, gegenüber 67 Prozent der Gesamtbevölkerung). Fast zwei Drittel verfolgen regelmäßig das politische Geschehen (verglichen mit insgesamt 54 Prozent), und ganze zwei Drittel stimmen ausdrücklich zu, mehr Mitsprache bei Entscheidungen haben zu wollen, die sich auf die Zukunft des Landes auswirken (verglichen mit der Hälfte der Gesamtbevölkerung).

Die Bedrängten Konservativen sind stolz darauf, Amerikaner zu sein; sie ziehen einen enormen Teil ihrer Identität daraus: Etwa acht von zehn (verglichen mit weniger als der Hälfte der Gesamtbevölkerung) stimmen ausdrücklich zu, stolz zu sein, Amerikaner zu sein, und fast genauso viele sagen, ihre Staatsangehörigkeit sei für ihre Identität wesentlich. **Angesichts eines solchen Nationalstolzes überrascht es nicht, dass sie der Idee der amerikanischen Demokratie mit großer Wertschätzung begegnen;** zur Aussage, Amerika sei die beste Demokratie der Welt, äußert dieses Segment insgesamt die größte Zustimmung (68 Prozent, verglichen mit sonst 49 Prozent). Die Mehrheit (64 Prozent) stimmt ausdrücklich zu, dass Demokratie nicht perfekt, anderen Regierungsformen aber immer noch vorzuziehen sei, und 95 Prozent bejahen, die Demokratie sei für die Vereinigten Staaten die beste Regierungsform.

Augenscheinlich wird der Zynismus dieser Menschen in ihren Aussagen, wie sie Demokratie gegenwärtig erleben. Über neun von zehn sehen die amerikanische Demokratie ernstlich in Gefahr (sogar noch mehr als der Gesamtdurchschnitt von 83 Prozent), und fast die Hälfte (45 Prozent) stimmt ausdrücklich der Aussage zu, die Regierung sei mittlerweile zu dysfunktional, um das Land effektiv zu führen (bedeutend mehr als die 26 Prozent im Gesamtdurchschnitt).

In einer Fokusgruppe mit Bedrängten Konservativen herrschte Konsens, dass sich das Land derzeit in die falsche Richtung bewege; sie sehen eine politisch und ethnisch gespaltene Nation, unfähig zum gesellschaftlichen Dialog, die nichts Geringeres als eine nationale Tragödie bräuchte, um die Bevölkerung zu einen und wieder auf einen gemeinsamen Pfad zu setzen. So sagt eine Teilnehmerin der Fokusgruppe: „Wir sind als Land derzeit einfach so gespalten. Das zeigt sich an so vielen Stellen. Etwa in der Cancel Culture. Auch die Politik ist ein Riesengrund für Spaltungen. Rassismus natürlich auch. Immer wird gleich gefragt, wie es Schwarzen mit etwas geht. Können wir uns nicht einfach irgendwie verstehen? Es ist einfach alles ein so großes Durcheinander.“

Wenngleich die Bedrängten Konservativen politisch interessiert sind, frustriert sie ihr fehlender Handlungsspielraum und ein Gefühl der Entfremdung. Auch fehlt ihnen Zutrauen zur Politik und den Regierenden. Über drei Viertel bejahen, keinen Einfluss auf das Regierungshandeln zu haben (verglichen mit 65 Prozent insgesamt), und ganze 94 Prozent sagen, Politikerinnen und Politikern sei egal, was Leute wie sie dächten. Von bürgerlichem Engagement glauben sie, dass es sich kaum auf die Gesellschaft auswirke, und widersprechen ausdrücklich, dass sie sich in ihren Bürgerrechten von der Regierung respektiert fühlten.

Die Teilnehmenden der Fokusgruppe bekräftigten diese Einstellung; hier war die generelle Haltung, dass man nicht viel zum System beitragen müsse, um ein guter Amerikaner oder ein guter demokratischer Bürger zu sein. Neben dem Gang zur Wahlurne geht es für diese Menschen eher darum, vor allem an sich selbst zu arbeiten, und um die Frage, was die Demokratie denn eigentlich für sie tue. So sagt etwa ein Bedrängter Konservativer: „Ich glaube nicht, dass wir irgendetwas machen können. Für meinen eigenen Lebensstandard habe ich einiges geleistet. Aber ich glaube, die Regierung tut einfach, was sie will, ganz unabhängig von allem anderen – egal, was wir sagen, egal, was wir tun.“

Und obwohl dieses Segment insgesamt starke Bindungen an Familie und Freundeskreis aufweist, bezeichnet die Bedrängten Konservativen **ein Gefühl der Entfremdung gegenüber Nachbarn und ein eher schwaches kommunales Zugehörigkeitsgefühl**. Ein weiterer Teilnehmer der Fokusgruppe sagt:

„Wir sind uns als Land völlig fremd geworden. Soweit ich zurückdenken kann, habe ich nie viel über meine Nachbarn gewusst. Und meine Freunde kann ich an zwei Händen abzählen. So viele Leute haben sich total zurückgezogen und kaum irgendwelche sozialen Kontakte und leben in ihrer eigenen kleinen Welt.“

– Teilnehmer der Fokusgruppe

Eines der deutlichsten Merkmale der Bedrängten Konservativen ist ihre Selbstwahrnehmung als Opfer. Das bestimmt auch ihre Sichtweisen auf die Regierenden, nährt möglicherweise ihr mangelndes Handlungsbewusstsein und die Einstellung, man selbst müsse eigentlich nichts zum System beitragen, um es aufrechtzuerhalten. Über die Hälfte verneint, dass Menschen wie sie es einfacher als die meisten anderen hätten; dementsprechend bekräftigen fast genauso viele (49 Prozent), dass das System gegen Menschen wie sie gerichtet sei (verglichen mit sonst 40 Prozent). Sie fühlen sich stark von oben herab behandelt, ob von der US-Regierung (62 Prozent, verglichen mit insgesamt nur 34 Prozent), den Demokraten (92 Prozent), den etablierten Medien (90 Prozent, gegenüber 42 Prozent im Gesamtschnitt), Social-Media-Unternehmen (83 Prozent, gegenüber 42 Prozent) oder Akademikern und Intellektuellen (72 Prozent, verglichen mit insgesamt 36 Prozent).

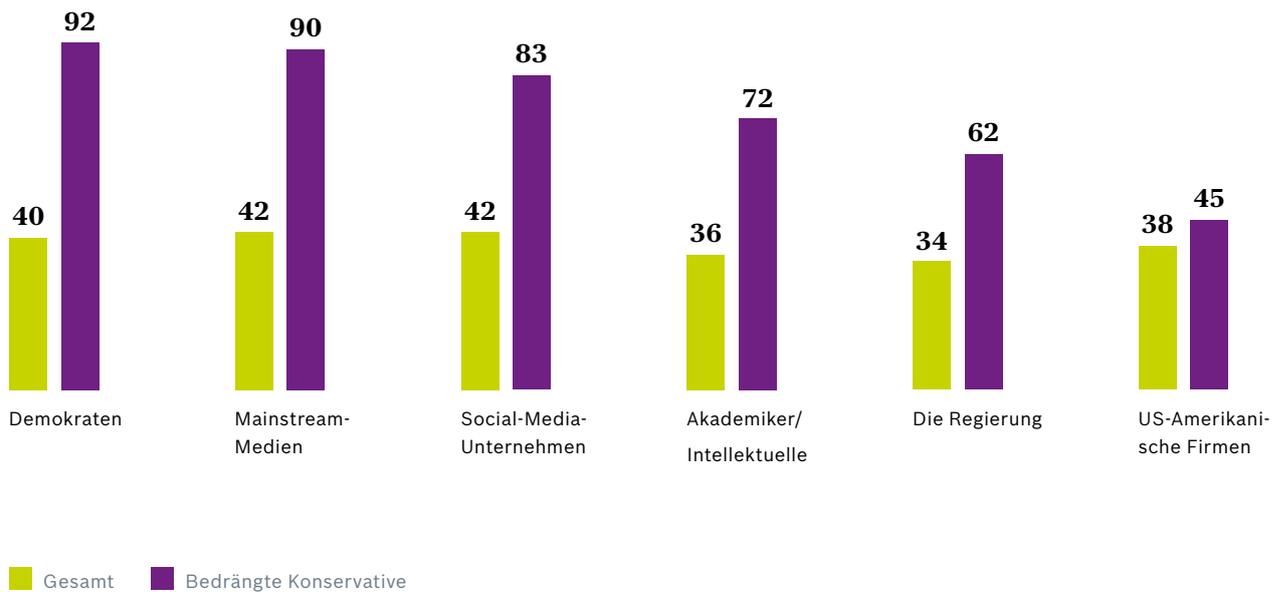
Abbildung 40:

Opfergefühle

Bedrängte Konservative nehmen sich selbst stark als Opfer verschiedener Gruppen und Akteure wahr

Ich fühle mich von oben herab behandelt durch ...

Zustimmung in %



Frage: In welchem Maße fühlen Sie sich im Allgemeinen durch die folgenden Gruppen von oben herab behandelt?

Quelle: More in Common (2021)

Über acht von zehn Bedrängten Konservativen halten gewählte Amtsträger nicht für qualifizierter als gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger, um Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Allgemeinheit zu treffen; über Experten denken das sechs von zehn. Fast ein Drittel stimmt zu, dass bei den wirklich wichtigen Fragen wissenschaftliche Fakten nicht sonderlich nützlich seien (verglichen mit sonst 18 Prozent); und folgerichtig verneint ein ähnlich hoher Anteil, Ratschläge von Experten und Wissenschaftlern müssten befolgt werden (verglichen mit insgesamt nur 12 Prozent). Der Hälfte der Gruppe hingegen bedeutet es viel, zu den eigenen Überzeugungen zu stehen, selbst wenn Beweise gegen diese vorgebracht würden.

Diese Abfälligkeit gegenüber Expertenwissen und wissenschaftlichen Fakten geht einher mit starkem Misstrauen gegenüber den Medien und Nachrichten. In diesem Segment haben über acht von zehn – mehr als doppelt so viel wie in der Gesamtbevölkerung – keinerlei Vertrauen zur Presse und widersprechen ausdrücklich, die etablierten Medien gäben die Ansichten von „Leuten wie ihnen“ wieder.

In der Fokusgruppe kam auf, wie schwierig es sei, an wertneutrale Informationen zu gelangen; es hieß, man müsse dafür selbst die Verantwortung übernehmen, indem man eine Vielzahl von Websites außerhalb der etablierten Medien besuche und sich nach den Feeds der eigenen Social-Media-Kanäle richte. So sagt ein Teilnehmer:

„An unparteiische Nachrichten zu kommen ist ziemlich schwer. Ich kann mich noch erinnern, wie früher Nachrichten einfach aus Fakten bestanden. Aber heute geht es bei den Sendungen um Meinungen, nicht um Fakten, von Fox über CNN bis zu NBC.“

– Teilnehmer der Fokusgruppe

Ein derartiges Misstrauen in die meisten – wenn nicht sämtliche – Quellen glaubwürdiger Informationen macht Demokratie angreifbar, weil es die gemeinschaftliche Wahrnehmung von Realität eintrübt. Zusätzliche Risiken erzeugt diese Dynamik, wenn Nachrichten ausschließlich aus Quellen bezogen werden, die bestehende Überzeugungen bestätigen und Vorurteile verstärken.

Am vielleicht alarmierendsten für die Demokratie ist, dass sich dieser Argwohn als Misstrauen gegenüber den Resultaten der letzten Präsidentschaftswahl äußert, aber auch als Vertrauensverlust gegenüber der prinzipiellen Rechtmäßigkeit von Wahlen in den USA. So glauben unter den Bedrängten Konservativen fast neun von zehn, Wahlen in den USA seien heutzutage unsauber und manipulierbar. Ganze drei Viertel sind der Meinung, Trump habe die Wahl 2020 gewonnen, sei aber Opfer von Wahlfälschung geworden; fast genauso viele (72 Prozent) meinen, Betrug habe die Bestätigung des Wahlsiegers stark beeinflusst.

Abbildung 41:

Rechtmäßigkeit der Wahl

Welchen Einfluss hatte Betrug auf die Bestätigung des Wahlsiegers 2020?

Zustimmung in %



Frage: Wie viel Einfluss hatte Betrug auf die Bestätigung des Wahlsiegers der Präsidentschaftswahl 2020 Ihrer Meinung nach?

Quelle: More in Common (2021)

Teilnehmende der Fokusgruppen brachten den Glauben zum Ausdruck, dass große Tech-Unternehmen und Regierung gemeinsame Sache machten, um Nachrichten zur Wahlfälschung zu verdrängen oder ganz zu unterdrücken – und dadurch ein undemokratischeres Amerika riskiert werde. In den Worten einer Teilnehmerin: „Bei den letzten Wahlen hat Betrug vielen Leuten Sorgen gemacht, und mir kam es so vor, als würden die Regierung und die Tech-Riesen nicht zulassen, dass das zur Sprache kommt. Ich habe den Eindruck, als würden die zusammenarbeiten, um gegnerische Stimmen zu unterdrücken. Ich glaube ja, die Leute dürfen nicht mehr so sehr sagen, was sie denken. Wir haben nicht mehr so viel Redefreiheit.“

Die Wahrnehmung der Bedrängten Konservativen, einzelne Gruppen wollten sie zum Verstummen bringen, zeigt sich auch in ihren Ansichten zum Schutz vor Hassrede.

So trifft die Aussage, dass Menschen mit extremen Ansichten ein Recht auf ihren Ausdruck hätten, hier auf überdurchschnittliche Zustimmung (87 Prozent, verglichen mit 67 Prozent im Gesamtschnitt). Auch sie selbst haben oftmals das Gefühl, die eigene Meinung nicht frei ausdrücken zu können (67 Prozent, verglichen mit insgesamt 38 Prozent). Sie sprechen sich ausdrücklich dafür aus, dass Regierende unter keinen Umständen das Recht haben dürften, die Redefreiheit oder sonstige Freiheiten zu unterdrücken oder zu beschränken. Dass Social-Media-Unternehmen zu keiner Zeit Nutzer zensieren oder sperren dürfen, bejahen über acht von zehn (verglichen mit weniger als der Hälfte der Gesamtbevölkerung).

Doch der größte Unmut kam im Gespräch der Fokusgruppe darüber auf, dass die Demonstrationen der Black Lives Matter-Bewegung nicht verurteilt worden seien, im Gegensatz zum Angriff auf das Kapitol – was abermals die zuvor erwähnte „Teamdynamik“ verdeutlicht und wie stark sich gerade dieses Bevölkerungssegment als Opfer wahrnimmt. So sagt eine Teilnehmerin: „Die Proud Boys verurteilt die Regierung schnell und sagt, dass die schlimm sind. Die Antifa dann aber nicht. Die Ausschreitungen am Kapitol verurteilen sie, aber nicht die von Black Lives Matter. Also mir kommt die Regierung total einseitig und heuchlerisch vor.“

Das Gefühl, zu den Verlierern eines Machtgefälles zu gehören, reicht über die Rede- und Meinungsfreiheit hinaus und umfasst Fragen der ethnischen Zugehörigkeit und sozialen Ungerechtigkeit.

So befürchten 58 Prozent der Bedrängten Konservativen, in den USA zur Minderheit zu werden. 55 Prozent sagen, sie fühlten sich manchmal wie Fremde im eigenen Land. Aus Sicht der Bedrängten Konservativen hat systemische Unterdrückung in den USA nichts mit ethnischer Zugehörigkeit zu tun. Dies zeigt sich auch in ihrer mehrheitlichen Auffassung, dass Rassismus zwar früher ein Problem in den USA gewesen, heutzutage aber kein wichtiges Thema mehr sei. Rechtsextremismus (white supremacists) betrachten sie kaum als Gefahr für das Land.

Die Rebellischen Aktivisten (4 Prozent)

Dieses Segment ist hoch engagiert und ideologisch und passt somit nicht mehr in die Kategorie der demokratieindifferenten bzw. -ambivalenten Gruppen. An das Narrativ des Wahlbetrugs glauben diese Menschen nicht. Sie beschäftigt vielmehr, inwieweit Bürgerinnen und Bürger in den USA aktiv vom Wählen ausgeschlossen werden. **Zentrales Merkmal ist ihre stark überdurchschnittliche Bereitschaft, Extremhandlungen zu unterstützen.** Diese Einstellung, die sich häufig als Unterstützung für Menschen- und Bürgerrechte äußert, könnte potenziell auch zu einer Starrheit der eigenen Ausrichtung führen – und das wiederum zu antidemokratischeren Ansichten oder Verhaltensweisen.

Demografisches und politisches Profil

- vornehmlich männlich (66 Prozent), weiß (69 Prozent), aber auch hispanisch (20 Prozent) und kleinstädtisch geprägt (58 Prozent)
- jünger als der Durchschnitt, besonders viele Studierende (24 Prozent, verglichen mit insgesamt 8 Prozent) und Ledige (69 Prozent, verglichen mit insgesamt 36 Prozent)
- keine starke Parteizugehörigkeit (57 Prozent beschreiben sich als unabhängig oder Sonstiges), mit starker liberaler Ausrichtung (65 Prozent)

- weniger religiös als Gesamtbevölkerung (58 Prozent zufolge sei Religion in ihrem Leben irrelevant, verglichen mit 27 Prozent im Gesamtschnitt)

Gruppenbezogene Identitätsmerkmale

- politisch und zivilgesellschaftlich enorm engagiert; in diesem Themenbereich stark eingearbeitet
- kein ausgeprägter Nationalstolz
- prodemokratisch und antiautoritär; sehen die USA „nur dem Namen nach“ als Demokratie
- überzeugt, dass staatliche Reform nur durch radikalen Wandel möglich sei; zur Verteidigung der Demokratie sei alles legitim
- misstrauisch gegenüber Regierenden, Politikerinnen und Politikern und der Funktionsweise des Systems
- weniger glücklich und hoffnungsvoll; eher ängstlich
- gegen große Konzerne
- Einsatz für Minderheiten und soziale Gerechtigkeit

Ähnlich den Bedrängten Konservativen und anders als die Moderat-konservativen Unbeteiligten sind die Rebellischen Aktivisten alles andere als passiv. Sie sind sogar sehr viel engagierter als der Durchschnitt, und so waren im Laufe des letzten Jahres 95 Prozent in irgendeine politische Aktivität involviert, was dem höchsten Anteil aller Bevölkerungsgruppen entsprach. Überdurchschnittlich viele (73 Prozent) haben unlängst in einer Kommunalwahl abgestimmt, und ein ähnlich hoher Anteil verfolgt das aktuelle politische Geschehen die meiste Zeit, was abermals dem höchsten Anteil aller Gruppen entspricht. Die Rebellischen Aktivisten haben auch in den sozialen Medien überdurchschnittlich oft Inhalte zugunsten eines sozialen oder politischen Anliegens geteilt (73 Prozent), in Unterstützung einer Sache etwas gekauft oder als Boykott etwas nicht gekauft (54 Prozent), eine Petition unterzeichnet (53 Prozent) oder für ein politisches Anliegen gespendet (51 Prozent).

Sowohl auf lokaler (74 Prozent, verglichen mit insgesamt 68 Prozent) als auch auf nationaler Ebene (94 Prozent, verglichen mit 81 Prozent) wollen die Rebellischen Aktivisten mehr Mitsprache bei Entscheidungen, die sich auf sie selbst und das Land auswirken, eine noch stärkere Forderung als bei den Bedrängten Konservativen.

Doch anders als die Bedrängten Konservativen sind die Rebellischen Aktivisten offener dafür, Ideen vollständig zu durchdenken, sind weniger starr „teamgebunden“ und zeigen größere Fürsprache für Experten, die Wissenschaft und Fakten. Fast acht von zehn widersprechen ausdrücklich, dass es ein Zeichen von Schwäche sei, die eigene Meinung zu ändern (verglichen mit 45 Prozent bei den Bedrängten Konservativen und 53 Prozent der Gesamtbevölkerung). Beinahe universell (91 Prozent) nehmen sie Ratschläge von Experten und Wissenschaftlern ernst.

Dass in den USA freie und faire Wahlen stattfinden, stellen die Rebellischen Aktivisten unabhängig vom jeweiligen Wahlsieger nicht infrage. Ihr Thema ist vielmehr, dass alle Wahlberechtigten einen gerechten Zugang zu Wahlen bekommen. Die Präsidentschaftswahl 2020 hat Joe Biden in den Augen von 83 Prozent rechtmäßig gewonnen, und für die Mehrheit war Wahlbetrug hierbei völlig irrelevant. Die Bedenken, die dieses Segment gegenüber dem US-Wahlrecht hingegen hat, drückt ein Teilnehmer der Fokusgruppe so aus: „Auf so vielen Ebenen werden Wählerstimmen unterdrückt. Schwarzen wird das Wählen schwer gemacht, Indigenen wird das Wählen schwer gemacht. Transgenderleute haben es schwer, wählen zu gehen, ganz egal, ob wir unsere Papiere haben ändern lassen.“

Offenkundig wird der Zynismus dieser Gruppe in ihren Ansichten zur US-Regierung und der derzeitigen Funktionsweise der amerikanischen Demokratie. So sei es laut 96 Prozent Politikerinnen und Politikern egal, was Leute wie sie dächten; Politiker wollten zwar ihre Stimme, ihr Wohlergehen sei ihnen jedoch gleichgültig. Auch pflichteten acht von zehn der Aussage bei – knapp die Hälfte sogar ausdrücklich, ähnlich den Bedrängten Konservativen –, die Regierung sei zu dysfunktional, um das Land effektiv zu führen.

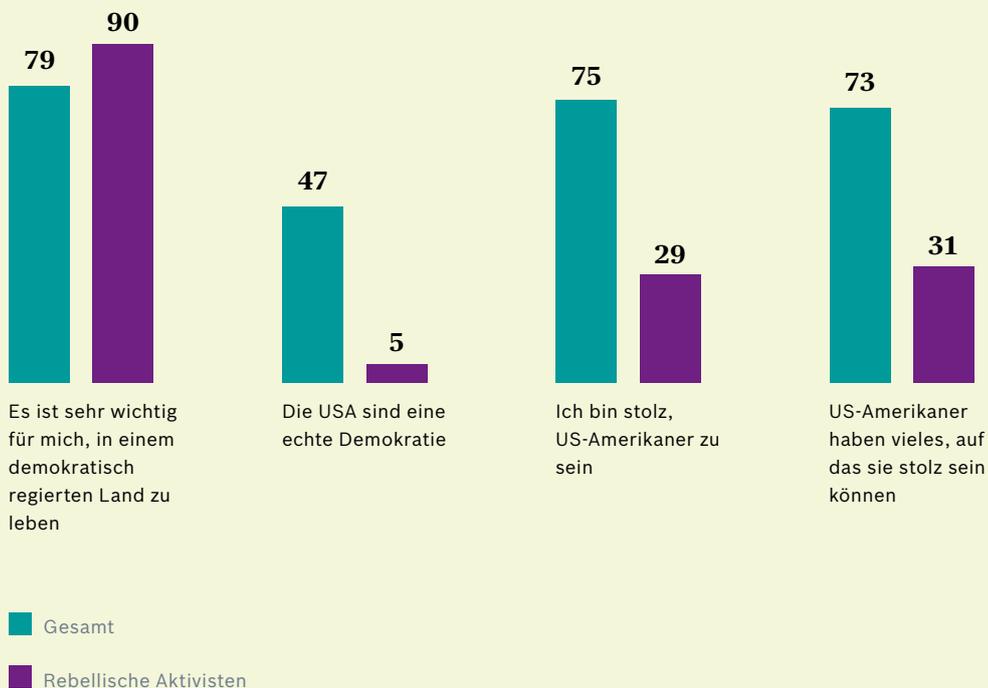
Obwohl die Rebellischen Aktivisten enorm schätzen, in einem demokratisch regierten Land zu leben, sie alternative Regierungsformen zurückweisen und demokratiefeindliche Beschränkungen von Rechten, Freiheiten und Wahlen vehement ablehnen, sind sie geschlossen (95 Prozent) der Ansicht, die USA seien in gewisser Hinsicht nur dem Namen nach eine Demokratie. Nur 5 Prozent halten Amerika für eine echte Demokratie, und nur ein Drittel (29 Prozent) ist stolz darauf, Amerikaner zu sein, oder sagt, Amerikaner hätten viele Gründe, stolz zu sein (31 Prozent). Diese Haltung gegenüber der nationalen Identität wird insofern zur Herausforderung, als in den USA Demokratie und Amerikanismus stark miteinander verbunden sind.

Abbildung 42:

Demokratie und Patriotismus

Die Rebellischen Aktivisten sind sehr unzufrieden mit der Demokratie in den USA und teilen antiamerikanische Einstellungen

Zustimmung in %



Fragen: Wie wichtig ist es für Sie, in einem demokratisch regierten Land zu leben? Welcher Aussage stimmen Sie eher zu? (jeweils Gegensatzpaare) Quelle: More in Common (2021)

Die Rebellischen Aktivisten fühlen sich durch die Regierenden schikaniert und sind gegenüber großen Konzernen extrem misstrauisch. Über vier von zehn (verglichen mit 20 Prozent der Gesamtbevölkerung und 40 Prozent der Bedrängten Konservativen) widersprechen ausdrücklich, dass die Regierenden ihre Bürgerrechte respektierten. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil (73 Prozent) ist überzeugt, das System sei gegen Leute wie sie gerichtet und dass die Regierung „sehr stark“ auf sie herabblicke (68 Prozent). Ein noch höherer Anteil (82 Prozent, der höchste Anteil aller Gruppen) sagt dasselbe über amerikanische Konzerne, und die Hälfte (48 Prozent, verglichen mit insgesamt nur 17 Prozent) bejaht, dass sich große Konzerne auf jeden Fall gegen gewöhnliche Amerikanerinnen und Amerikaner verschworen hätten. Klar zum Ausdruck bringt diese Einstellung eine Teilnehmerin der Fokusgruppe:

„Ich finde, es geht gar nicht, dass jemand in Vollzeit arbeitet und sich davon trotzdem keine Wohnung leisten kann, keine Gesundheitsversorgung und keinen Zahnarzt, keinen vernünftigen Lebensstandard und kein vernünftiges Essen. Wie Arbeiter heutzutage ausgebeutet werden, finde ich einfach ungeheuerlich. In den letzten Jahren bin ich Sozialistin geworden. An den Kapitalismus glaube ich gar nicht mehr. Das ist doch ein Raubtiersystem. Es macht die Menschen kaputt.“

– Teilnehmerin der Fokusgruppe

Zur Verteidigung der US-Demokratie erscheint den Rebellischen Aktivisten alles legitim; eine Einstellung, die momentan zwar im Dienst der Demokratie steht, aber potenziell auch demokratiefeindliche Ansichten oder Verhaltensweisen begünstigen könnte. Beispielsweise halten es in diesem Segment neun von zehn für legitim, zur Verteidigung der Demokratie im Netz andere zur Rede zu stellen (verglichen mit 26 Prozent der Gesamtbevölkerung); aufschreckender dürfte sein, dass sechs von zehn die Zerstörung von Eigentum als gerechtfertigt ansehen (verglichen mit nur 6 Prozent im Gesamtdurchschnitt) und fast drei von zehn körperliche Angriffe (verglichen mit insgesamt 4 Prozent).

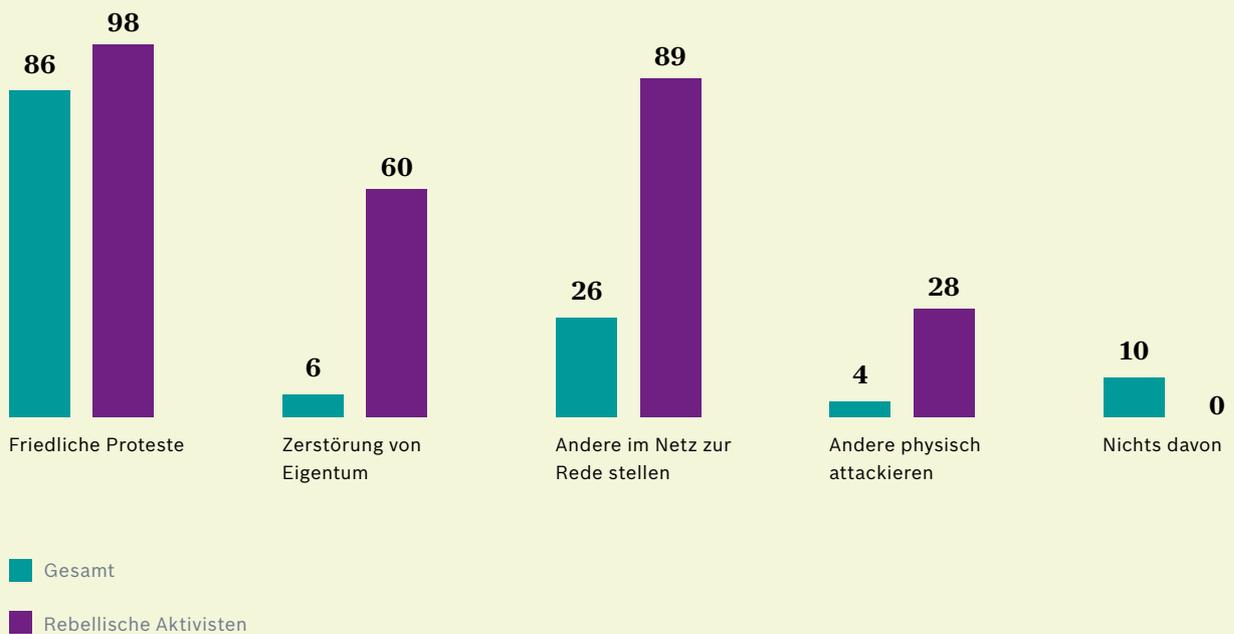
Abbildung 43:

Legitime Handlungen

Die Rebellischen Aktivisten halten alle Handlungen für gerechtfertigt, wenn es um die Verteidigung der Demokratie geht

Welche der folgenden Handlungen sind gerechtfertigt, wenn es um die Verteidigung der Demokratie geht?

Zustimmung in %



Frage: Welche der folgenden Handlungen sind gerechtfertigt, wenn es um die Verteidigung der Demokratie im Land geht?

Quelle: More in Common (2021)

Dieses Verständnis für oder sogar Zuspruch für Extremhandlungen im demokratischen Auftrag kommentiert eine weitere Teilnehmerin der Fokusgruppe im Hinblick auf die Ausschreitungen am Kapitol so:

„Wegen der Gewalt habe ich damit weniger ein Problem. Ein Problem habe ich damit, weil das Ganze auf einer Lüge basiert hat, einer Lüge, die zahllose Leute und Medien einfach immer wiederholt haben. Dass da Leute das Kapitol erstürmt haben, treibt mich weniger um. Während der George Floyd-Proteste hätte ich ja selbst das Kapitol erstürmt. Wenn sich die Gelegenheit dazu geboten hätte, und ich niemanden dabei verletzt hätte. Die Wut und den Frust gegen die Regierung und unser Land kann ich nachvollziehen. Aber mein Problem ist eben, dass die Krawalle vom 6. Januar auf einer Lüge basiert haben.“

– Teilnehmerin der Fokusgruppe

Eine potenzielle Bedrohung wäre hier also am ehesten, dass die Rebellischen Aktivisten neben Zynismus eine bedenkliche Neigung zu radikalen oder extremen Maßnahmen pflegen. Für ganze 80 Prozent (verglichen mit 52 Prozent im Gesamtschnitt) wären für soziale Verbesserungen radikale Veränderungen vonnöten, und über sechs von zehn (verglichen mit sonst 26 Prozent) finden, dass Amerika eine Revolution bräuchte, damit die Regierenden tatsächlich als Vertreter der Bevölkerung gelten könnten.

Die Moderat-konservativen Unbeteiligten (13 Prozent)

Um noch einmal zu verdeutlichen, was für ein Problem Polarisierung und politisches Stammesdenken für die US-Demokratie sind, beschreiben wir hier zum Vergleich eine demokratisch indifferentere Bevölkerungsgruppe, die mit den Bedrängten Konservativen jedoch einige ideologische Gemeinsamkeiten aufweist.

Demografisches und politisches Profil

- vornehmlich weiblich (64 Prozent), weiß (57 Prozent), aber auch hispanisch (20 Prozent), mit minderjährigen Kindern (31 Prozent) und einem höheren Anteil an Hausfrauen als andere Gruppen (12 Prozent)
- weniger gut ausgebildet und niedrigere Einkommen als andere Gruppen
- Mischung aus kleinstädtischer (44 Prozent), urbaner (31 Prozent) und ländlicher Prägung (25 Prozent)
- keine starke religiöse Identifikation
- eher unsicher, wie die eigene politische Sicht zu beschreiben sei; 33 Prozent sind Anhänger der Republikaner, 31 Prozent der Demokraten, 22 Prozent unabhängig und 13 Prozent nicht sicher

Gruppenbezogene Identitätsmerkmale

- indifferent im passiven Sinne; weder demokratische Beteiligung noch starkes Empfinden demokratischer Sorgfaltspflicht
- generell keine ausgeprägten Meinungen; „weder Zustimmung noch Ablehnung“ als häufige Antwort oder „Ich weiß nicht“
- apathisch gegenüber der Verteidigung von Demokratie
- indifferent/kein starker Widerstand gegenüber einer mächtigeren politischen Führung

Politisch wie zivilgesellschaftlich ist diese Bevölkerungsgruppe abgekoppelt. Fast die Hälfte (48 Prozent) hat sich im Laufe des letzten Jahres an keinerlei politischen oder zivilgesellschaftlichen Aktivitäten beteiligt (verglichen mit nur 17 Prozent insgesamt), und mehr als ein Fünftel, ein höherer Anteil als in allen anderen Gruppen, geht nie irgendeiner Pflicht innerhalb der Gemeinde nach.

Die Moderat-konservativen Unbeteiligten haben andere Sorgen, die einem demokratischen Engagement im Wege stehen mögen. Im Vergleich zum Rest der Bevölkerung haben sie mit erhöhter Wahrscheinlichkeit im Laufe des letzten Jahres nicht ausreichend zu essen gehabt, sich zu Hause vor Kriminalität nicht sicher gefühlt, auf Medikamente oder medizinische Versorgung verzichten und sich Geld leihen müssen. Auch ihr Zugehörigkeitsgefühl ist schwächer: In diesem Segment fühlen sich mehr als doppelt so viele (14 Prozent) wie in der Gesamtbevölkerung überhaupt keiner Gemeinde oder Gemeinschaft zugehörig.

Gleichzeitig folgen nur 19 Prozent dem aktuellen politischen Geschehen meistens (verglichen mit insgesamt 54 Prozent); wer hier den Nachrichten nicht folgt, begründet das meist damit, Politikerinnen und Politikern nicht zu trauen, Wut und Konflikt in der Politik meiden zu wollen und Politik außerdem langweilig zu finden. **Die Moderat-konservativen Unbeteiligten äußern auch nicht den Wunsch, engagierter zu sein, als sie sind.** Ob sie bei Entscheidungen mit Auswirkungen auf ihr direktes Umfeld oder auch die Zukunft des Landes betreffend gern mehr Mitsprache hätten, beantwortet eine Mehrheit beziehungsweise fast eine Mehrheit weder mit Ja noch mit Nein (53 Prozent beziehungsweise 44 Prozent).

Der Demokratie begegnen die Moderat-konservativen Unbeteiligten mit Apathie. Nur für die Hälfte (verglichen mit acht von zehn im Gesamtdurchschnitt) ist es sehr wichtig, in einem demokratisch regierten Land zu leben. Auch ist hier die Zustimmung, dass Demokratie für die USA die beste Regierungsform sei, am niedrigsten (71 Prozent, verglichen mit insgesamt 92 Prozent). Und für fast sieben von zehn ist zur Verteidigung der Demokratie im Land nichts gerechtfertigt, nicht einmal friedliche Demonstrationen.

Das bedeutet aber nicht, diese Bevölkerungsgruppe wäre mit ihrer Erfahrung der amerikanischen Demokratie unzufrieden. So findet eine Mehrheit, im Land herrsche die „richtige Menge“ an Freiheiten, an Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, aber auch das richtige Maß an Schutz vor Hassrede. Das Gefühl, selbst Opfer zu sein, ist in dieser Gruppe insgesamt nicht stark ausgeprägt, auch fühlen sich die Menschen hier nicht durch andere herabgewürdigt.

Abbildung 44

Politisches und zivilgesellschaftliches Engagement

Angaben in %	<u>Gesamt</u>	<u>Bedrängte Konservative</u>	<u>Rebellische Aktivisten</u>	<u>Moderat- konservative Unbeteiligte</u>
An einer Kommunalwahl teilgenommen	67	81	73	27
Für einen guten Zweck gespendet	46	54	42	16
Eine Petition unterzeichnet	38	42	53	10
Inhalte auf dem eigenen Social-Media-Profil geteilt, um ein Anliegen zu unterstützen	35	38	73	11
Produkte gekauft oder boykottiert, um ein Anliegen zu unterstützen	31	38	54	6
Einer Kampagne oder politischen Organisation Geld gespendet	26	28	51	5
Meiner Glaubensgemeinde Geld gespendet	24	40	12	10
Freiwilligenarbeit in meiner Gemeinde geleistet	15	18	17	5
Blut gespendet	8	9	12	4
An einer Demonstration teilgenommen	8	5	30	1
Nichts davon	17	9	5	48

Frage: An welcher der folgenden Aktivitäten haben Sie sich im letzten Jahr beteiligt? Quelle: More in Common (2021)

Antidemokratische Sichtweisen stillschweigend hinzunehmen ist die beunruhigendste Haltung in diesem Segment. Auch wenn sich die Menschen hier nicht stark für die Notwendigkeit radikalen Wandels aussprechen – ob in den USA eine Revolution vonnöten sei, beantworten sechs von zehn weder mit Ja noch mit Nein –, sagen sie häufiger als andere, man könnte ruhig alternative Regierungsformen in Betracht ziehen, in denen der politischen Führung größere Macht zukäme (28 Prozent, verglichen mit 8 Prozent im Gesamtschnitt). Auch die Frage, ob die USA eine politische Führung bräuchten, die durchaus Regeln brechen würde, beantwortet hier ein Viertel mit „Ich weiß nicht“ (verglichen mit insgesamt nur 13 Prozent). Folgerichtig halten nur 55 Prozent das System der Gewaltenteilung für unverzichtbar (verglichen mit 80 Prozent insgesamt).

Doch die ambivalenten Einstellungen dieser Menschen gegenüber demokratischen Grundsätzen scheinen sie für die Lügen über die Präsidentschaftswahl 2020 nicht anfälliger als andere zu machen. Über den Wahlsieger ist die Gruppe geteilter Meinung: 41 Prozent zufolge sei es Biden, 31 Prozent zufolge Trump als Opfer von Wahlbetrug und 28 Prozent sind sich nicht sicher, wer nun gewonnen habe. Auch auf die Frage, ob Wahlen in den USA unsauber und korrumpiert worden seien, reagiert man unentschieden (46 Prozent befürworten weder die Aussage noch lehnen sie sie ab).

Diese Indifferenz beschreibt die meisten Einstellungen dieser Menschen gegenüber den offenkundigeren Bedrohungen der US-Demokratie. Ob sie Einschränkungen ihrer Freiheit hinnehmen würden, wenn dadurch gewährleistet würde, dass ihre Familie wirtschaftlich bessergestellt wäre, beantwortet eine Mehrheit (60 Prozent) weder mit Ja noch mit Nein; und ein ähnlich hoher Anteil (56 Prozent) gibt kein klares Votum ab, ob sie bereit wären, Wahlen in den USA abzuschaffen, wenn dadurch die eigene bevorzugte Partei an der Macht bleiben könnte. Genauso sprechen sie sich weder für noch stark gegen staatliche Unterdrückung im Namen der öffentlichen Sicherheit aus, noch im Gegenzug zum Schutze der Rechte anderer. In etwa die Hälfte äußert sich weder mit Ja noch mit Nein, ob die Regierung im Fall von Hassrede die Redefreiheit einschränken solle, ob Menschen mit extremen Ansichten ein Recht auf ihren Ausdruck hätten oder ob politisch Andersdenkenden dieselben Rechte wie einem selbst zustünden.

Was die Gesundheit der amerikanischen Demokratie anbetrifft, mögen diese Haltungen nicht sonderlich ermutigend sein, doch sie wirken sich weniger akut aus als die polarisierteren Ansichten der beiden anderen Bevölkerungssegmente.

Abbildung 45:

Rechte und Einschränkungen

Moderat-konservative Unbeteiligte vage in Fragen demokratischer Rechte

Angaben in %

Ich würde einige Einschränkungen meiner Grundrechte akzeptieren, wenn es meiner Familie dann besser ginge als jetzt

Gesamt



Moderat-konservative Unbeteiligte



Wenn es bedeuten würde, dass meine favorisierte Partei an der Macht bleiben könnte, wäre ich bereit, die Wahlen in den USA abzuschaffen

Gesamt



Moderat-konservative Unbeteiligte



Die Regierung sollte die Redefreiheit derjenigen einschränken, die zu Gewalt aufrufen

Gesamt



Moderat-konservative Unbeteiligte



Menschen mit extremen Ansichten haben das Recht, ihre Einstellungen auszudrücken

Gesamt



Moderat-konservative Unbeteiligte



Menschen, die politisch uneinig mit mir sind, verdienen dieselben Rechte wie ich

Gesamt



Moderat-konservative Unbeteiligte



■ Stimme zu ■ Weder noch ■ Stimme nicht zu

Frage: Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?
Quelle: More in Common (2021)

Fazit und Handlungsempfehlungen

40 Porter, T. (2021, 26. März): „Laura Ingraham Cut Trump off When He Tried to Repeat False Claims That the Election was Stolen, As Fox News Faces Defamation Lawsuits“. Insider.

41 Vgl. z. B. Educating for American Democracy. Abgerufen von www.educatingforamericandemocracy.org/.

Der Angriff auf das Kapitol am 6. Januar hallt noch immer nach; erst am 25. März wiederholte der ehemalige Präsident Trump in einem Fernsehinterview seine falschen Anschuldigungen von Wahlbetrug.⁴⁰ In dieser Situation ist es unbedingt notwendig, dass wir uns mit den Risiken auseinandersetzen, die in den Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung zur Demokratie augenscheinlich werden. Gleichzeitig bedarf es einer klaren Einschätzung, wie wirkstark und verbreitet diese Risiken im Einzelnen sind.

Im Gegensatz zum Bild, das zahlreiche Kommentare vom Zustand der amerikanischen Demokratie zeichnen, besteht ein starker Glaube an demokratische Normen und Grundsätze fort. Ein klareres Risiko für die US-Demokratie entsteht durch ideologische Polarisierung – also das Ausmaß, in dem viele Amerikanerinnen und Amerikaner gewillt sind, gesellschaftliche und politische Fragen ausschließlich durch den starren Rahmen eines „wir gegen die“ zu sehen.

Diese Polarisierung durchzieht die gesamte politische Landschaft und es müssen Wege gefunden werden, sie möglichst weitgreifend abzumildern. Gleichzeitig müssen gezielt gerade jene Ursachen von Polarisierung angegangen werden, die das Misstrauen gegenüber Wahlen und glaubwürdigen Informationsquellen weiter nähren. Unsere Ergebnisse verweisen auf drei Ansätze, die sich konstruktiv auswirken könnten:

- **Neue Modelle für gemeinschaftsbildende Maßnahmen, um gesündere Ökosysteme von Fakten, Information und Diskurs aufzubauen.** Für einen Austausch mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern unterschiedlicher Überzeugungen gibt es in den USA nur wenige Räume. Viele Initiativen konzentrieren sich derzeit auf den Brückenbau, den direkten Austausch zwischen Liberalen und Konservativen. Derlei Projekte erzielen wichtige Ergebnisse, haben jedoch einen beschränkten Umfang. Dem Land käme es zugute, wenn es Anstrengungen für ein Mehr dieser Formate gäbe: Gruppen, mit denen sich Menschen identifizieren können, die aber unpolitisch sind; wo Menschen zusammenkommen – ob nun als Feinschmecker, Musikliebhaber, Yoga-Anhänger oder Mitglieder religiöser Gemeinden – und wo sich zugleich gesunde Informationsnormen etablieren können. Soziale Bindungen spielen eine große Rolle dabei, die eigenen Überzeugungen entweder bestätigt zu bekommen oder diese herausgefordert zu sehen; eine Stärkung diverserer persönlicher Netzwerke könnte etwas von der toxischen Polarisierung abbauen, die wir heute in den USA erleben.
- **„Integrierte Moderate“ fördern.** Eine Strategie für eine gesündere politische Kultur würde sowohl Polarisierung als auch demokratische Indifferenz angehen, indem Gruppen und Botschafter ermittelt und unterstützt würden, die innerhalb polarisierter Bevölkerungsgruppen Glaubwürdigkeit genießen. In den USA könnte das zum Beispiel Netzwerke von Gläubigen, Kriegsveteranen, dem Militär verbundenen Familien und kleinen und mittelständischen Unternehmen umfassen. Diese Individuen und Gruppen könnten auf glaubwürdige Art und Weise Foren für den Informationsgewinn, die politische Diskussion und die Auseinandersetzung mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern anderer Überzeugungen bieten.
- **Politische Bildung für alle.** In den USA gibt es bereits eine starke Bewegung dafür, Unterricht in politischer Bildung für Kinder und Jugendliche wiederzubeleben.⁴¹ Ergänzt werden könnte das durch Initiativen, die neue Modelle von politischer Bildung für Erwachsene aufbauen, erproben und anpassen. Derlei Programme könnten im Format neuer Online-Lernmodule stattfinden, als Partnerschaften mit Contentproduzenten für Videospiele und Massenmedien oder auch als neue Podcasts oder Serien.

Eine erfolgreiche Demokratie braucht mehr als nur Vertrauen in die Normen und Grundsätze des demokratischen Regierens. Sie braucht einen Mindestwert an Vertrauen über ideologische Unterschiede hinweg und die Bereitschaft, politische Gegner nicht als Feinde, sondern als Mitbürger zu betrachten. Ideologische Polarisierung und ihre zersetzende Wirkung auf die Demokratie haben in den USA ein besorgniserregendes Ausmaß erreicht. Und doch liegt es in der Macht der Bevölkerung, dieser Gefahr entgegenzutreten, indem sie sich gemeinsam für die Widerstandsfähigkeit der Demokratie einsetzt.

Fazit

Der ausführliche Blick, den wir in den vergangenen Monaten auf Demokratieeinstellungen in Deutschland, Frankreich, Polen, Großbritannien und den USA geworfen haben, hat eines deutlich gezeigt: Die Idee der Demokratie als solche erfreut sich in der westlichen Welt großer Beliebtheit. Das gilt sowohl für alte Demokratien wie die Vereinigten Staaten als auch für jüngere wie die Republik Polen. **Überall sagt die große Mehrheit der Menschen „Ja“ zum Prinzip der Volksherrschaft** und bekennt sich zu ganz grundsätzlichen gemeinsamen Werten wie der Rechtsstaatlichkeit, freien Wahlen und Meinungsfreiheit.

Das bedeutet auch, dass Gefahren für die Demokratie, die viele derzeit sehen und fürchten, eher nicht aus einer „offenen“ Ablehnung dieser Regierungsform entstehen. Wir haben in keinem der untersuchten Länder einen Appetit auf eine Alternative zur Demokratie gefunden, der mehrheitsfähig wäre.

Dennoch gibt diese Studie zu Demokratieeinstellungen in fünf Ländern keine Entwarnung. Sie zeigt eindrucksvoll, dass es unterschiedliche Vorstellungen von, Erwartungen an und Erfahrungen mit Demokratie gibt, die sich in allen fünf Ländern auf das demokratische Miteinander auswirken – in unterschiedlichen Ausprägungen und Schweregraden. Deswegen reicht es nicht, auf der Ebene der ganz großen Begrifflichkeiten halt zu machen, wenn wir die derzeitige Dynamik um die Demokratie in der westlichen Welt erfassen möchten.

Aus dem Zusammenspiel zwischen demokratischen Idealvorstellungen und der Bewertung der „real existierenden Demokratie“ ergeben sich in allen fünf Ländern relevante Befunde – und übergreifende Erkenntnisse, die auch in zivilgesellschaftliches Handeln Eingang finden sollten. Der genauere Blick auf diejenigen Bevölkerungssegmente, die kein gefestigtes Verhältnis zur Demokratie im jeweiligen Land haben, ihr aber auch nicht ablehnend gegenüberstehen, liefert zusätzliche relevante Erkenntnisse zur gesellschaftlichen Dynamik.

Länderspezifische Befunde

In **Deutschland** gibt es ein starkes, aus der eigenen Geschichte gewachsenes Bekenntnis zur Demokratie. Die Menschen haben viele Verfassungsgrundsätze verinnerlicht und zeigen reife demokratische Reflexe. Bei aller Solidität, auf die man in Deutschland bekanntlich baut, besteht jedoch unterschwellig eine Vertrauenskrise zwischen Bürgern und Politik; das System liefert in den Augen vieler Menschen nicht ausreichend und hört ebenso nicht aufmerksam genug zu. Eliten- und Medienkritik ist breit anschlussfähig. In dieser Gemengelage treten unterschiedliche Definitionen davon, was Demokratie eigentlich ist und soll, stärker zutage – man redet teils aneinander vorbei, während man vermeintlich dasselbe meint. Unterschiedliche Vertretungsansprüche treten auf den Plan, um sich zu den „eigentlichen Demokraten“ zu erklären. Im vergangenheitsbewussten deutschen Diskurs gewinnt eine solche Verunsicherung schnell an Fahrt.

In **Frankreich** schwelt eine Krise des politischen Systems, das seit jeher den hohen Anspruch einer gestaltenden Staatlichkeit („Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“) erfüllen soll – dies aber derzeit in den Augen der Menschen nur sehr unzureichend tut. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang eine in der kollektiven französischen Vorstellung verankerte Offenheit für eine starke, im Zweifel auch autoritär gefärbte Führung, die das System erneuert; und das, während sich die Bürger im selben Atemzug mehr Mitsprache wünschen. Diese besondere französische Gemengelage aus fordernder Systemkritik, vertikalem Führungsbedürfnis und republikanischem Selbstbewusstsein macht das Land anfällig für politische Verwerfungen.

Auch die **Polen** bekennen sich zu dieser Regierungsform, obwohl sie in der jüngsten hier untersuchten Demokratie leben. Allerdings leidet der Diskurs im Land unter einem Mangel an Kompromissfähigkeit und bürgerschaftlicher Konfliktlösung. So wird die Demokratie häufig durch die parteiliche Brille betrachtet: In den Augen vieler Polen geht es vor allem dann demokratisch zu, wenn die eigene Kraft an der Macht ist. Zudem hat es die polnische liberale Demokratie noch nicht ausreichend geschafft, „ergebnisorientierte“ Bürger durch ein materielles Angebot sozialer Sicherheit an sich zu binden – hier liegt eines der Einfallstore für die Regierungspartei PiS, die in den letzten Jahren systematisch den Rechtsstaat unterhöhlt hat und trotzdem auf breite Unterstützung zählen konnte.

In **Großbritannien** bauen die Menschen auf eine gefestigte Demokratie und haben verlässliche demokratische Reflexe. Die Debatten rund um den Brexit haben zwar deutliche Spuren hinterlassen und Ressentiments geschürt – von einer durchgängigen Polarisierung der Gesellschaft, wie oft berichtet, kann allerdings so nicht die Rede sein. Vielmehr leiden viele Menschen an Frustration und Ohnmachtsgefühlen gegenüber politischen Eliten, die in ihren Augen zu wenig auf die Meinung der Bürger geben und keine zureichenden Ergebnisse erzielen. Auch den Medien stehen die Menschen häufig skeptisch gegenüber. Es geht in Großbritannien also in erster Linie um die Neubegründung von Vertrauen und die „Reparatur“ des Verhältnisses zwischen Bürgern und Politik.

Die **USA** können als eine der wesentlichen Wiegen der westlichen Demokratie gelten – in der kollektiven Vorstellung der Amerikaner gibt es keine Alternative zu dieser Regierungsform, man bekennt sich per Definition zu ihr. Das Problem der amerikanischen Demokratie, das angesichts der letzten Jahre nicht zu leugnen ist, ist also nicht eine Beliebigkeit gegenüber der Regierungsform, sondern ein außergewöhnliches und toxisches Maß an politischer Polarisierung. Das Verhältnis zwischen den Lagern ist so belastet, dass man einander das Schlimmste zu unterstellen bereit ist. In diesem Sinne werfen beide Seiten jeweils der anderen vor, die Demokratie zu unterwandern. Die schrillsten Stimmen erhalten dabei jeweils viel Raum. So erleidet die gemeinsame Sache – die Republik – großen Schaden.

Wiederkehrende Motive

Aus diesen nationalen Perspektiven ergeben sich einige wirkmächtige, teils länderübergreifende Motive:

Das erste betrifft **die Erwartungen, die Menschen an ihr Gemeinwesen stellen**, und die sich – das sei einmal mehr gesagt – keineswegs im Schlagwort der „Demokratie an sich“ erschöpfen. Stattdessen bestätigen die Länderanalysen eindrücklich, wie spezifische Erwartungen an die Demokratie Unmut und Verunsicherung hervorbringen können, wenn sie – aus Sicht der Menschen – nicht eingelöst werden. Dies gilt in „materieller“ Hinsicht für Länder wie Frankreich, in denen der republikanische Staat einer umfassenden Gestaltungsrolle nachkommen soll (übrigens im Gegensatz zur Denkweise vieler US-Amerikaner), aber auch für Deutschland und Polen, wo viele Menschen ebenfalls eine „kümmernde“ Funktion der Demokratie an ganz zentraler Stelle voraussetzen. **Zufriedenheit mit Demokratie ist hier also immer auch eine Frage von greifbaren Ergebnissen, nicht nur von Prozeduren und rechtlichen Prinzipien.** Nach dieser Optik muss das System „liefern“, und Demokratiezufriedenheit oder -unzufriedenheit kann dann auch stets in diesem Kontext begriffen werden. In manchen Fällen, wie zum Beispiel in Frankreich verbreitet, führt mitunter Unzufriedenheit mit den Ergebnissen von Politik zum Wunsch nach einer Systemalternative.

Ein weiteres Beispiel für Erwartungen eher ideeller Natur, die in der Bevölkerung schwanken, oft gegenläufig gedeutet werden und so in Konflikte münden können, zeigt sich in den USA, wenn gleich derlei Phänomene abgeschwächt auch in anderen Ländern auftreten: In der Debatte um **Meinungsfreiheit vs. den Schutz vulnerabler Gruppen vor Diskriminierung** treffen – in

einem ohnehin schon angespannten Klima – unterschiedliche Vorstellungen darüber aufeinander, welches dieser gesellschaftlichen Prinzipien Vorrang haben sollte. Beide Seiten fühlen sich dabei subjektiv jeweils als Verteidiger elementarer Werte.

Spannungen dieser Art führen uns zum zweiten übergreifenden Motiv: einer Krise des Vertrauens. Faktisch weisen alle Länder Motive von Misstrauen und mangelndem Zutrauen innerhalb des Gemeinwesens auf. In allen Ländern zeigt sich eine verbreitete Grundskepsis der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Entscheidungsträgern in der Politik, aber auch in den Medien.

Gerade nach Bewältigung der COVID-19-Pandemie wird das Stärken beziehungsweise Wiederherstellen des öffentlichen Vertrauens eine der drängendsten Aufgaben sein. Insbesondere vor dem Hintergrund der Anschlussfähigkeit von Verschwörungserzählungen in zahlreichen Ländern sollte diese Aufgabe in den kommenden Jahren prioritär angegangen werden.

Mit dem politischen Misstrauen gehen oftmals Ohnmachtsgefühle seitens der Bürgerschaft einher. Gerade in Frankreich, Deutschland und Großbritannien fühlen sich viele Menschen unzureichend gehört oder gesehen und reagieren hierauf mit Resignation oder schlimmstenfalls Ablehnung. Ausdrücklich teilen zwar nicht alle dieses Empfinden und es gibt in allen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß durchaus zufriedene und vertrauensvolle Bevölkerungsteile. Aber gerade Unterschiede in den Vertrauens- beziehungsweise Misstrauensperspektiven innerhalb der Bevölkerung müssen als Ausgangslage für gesellschaftliches Miteinander berücksichtigt werden: Sie können für zusätzliche Unwucht sorgen, wenn sich – etwa in Krisensituationen wie der gegenwärtigen Pandemie – Vertrauende und Misstrauende in gegenseitigem Unverständnis gegenüberstehen.

Eine zweite Dimension des Misstrauens zeigt sich insbesondere in stark polarisierten Ländern wie den USA und Polen (interessanterweise der ältesten und der jüngsten Demokratie in unserer Auswahl): das **politische Misstrauen auch und gerade zwischen den Bürgern selbst**. Die politischen Lager mitsamt ihren Unterstützerinnen und Unterstützern sind dort zumindest gefühlt so weit voneinander entfremdet, dass sie bereit sind, einander demokratieschädliche Absichten zu unterstellen. Die Menschen beginnen in der Folge, nicht mehr nur innerhalb der Demokratie politisch zu kämpfen, sondern gefühlt um die Demokratie selbst zu ringen. Dabei leidet das Gemeinsame auf denkbar ungünstigste Weise.

Eng damit verbunden ist das dritte Motiv einer **Diskurskrise**. In den Augen vieler leidet nämlich derzeit die Art und Weise, wie in der Demokratie miteinander gesprochen wird, bis hin dazu, dass viele Menschen überhaupt nicht mehr miteinander sprechen. Besonders augenfällig ist dieser Befund einmal mehr im toxischen Debattenklima der USA, aber auch in Europa stellen sich sorgenvolle Fragen. Das „zunehmend Hassgefüllte“, nicht mehr Kompromissorientierte im erlebten Gesprächston scheint viele umzutreiben. Qualitative Fokusgruppen unterstreichen außerdem, dass Menschen die Verschärfung im Ton nicht nur auf der „politischen Ebene“ wahrnehmen, sondern durchaus auch im ganz konkreten Austausch mit den Mitmenschen – sofern man sich dabei überhaupt noch auf gesellschaftliche Themen einlässt und sie nicht ausklammert.

Gerade bei der Bewältigung der Diskurskrise ist es wichtig, aus den in den Ländern vorhandenen ähnlichen Motiven nicht abzuleiten, dass hier dieselben gesellschaftlichen Kämpfe entlang identischer Konfliktlinien gekämpft werden. Vielmehr unterstreichen die Länderkapitel in dieser Studie, dass ähnliche Bedürfnisse auf Basis sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Grundvoraussetzungen verhandelt werden müssen.

Abbildung 46:

Zentrale Motive in den Ergebnissen

Wiederkehrende Motive Gesamtbevölkerung

- Unterschiedliche normative Erwartungen (z. B. hinsichtlich der Ergebnisse der Demokratie, Wegen der Entscheidungsfindung, „Hierarchie“ demokratischer Prinzipien)
- Vertrauenskrise zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Demokratie
- Diskurskrise

Wiederkehrende Motive auf Basis der identifizierten Segmente

- Normative Vagheit gegenüber der Demokratie (fehlender Nachdruck)
- Abwendung wegen Enttäuschung über „Output“ / Ergebnisse der Demokratie

Es ist zu vermuten, dass sich viele der identifizierten Motive auch in anderen Ländern finden, die hier nicht untersucht werden konnten. Auch dort bietet es sich an, neue Perspektiven auf die Dynamik rund um ihre jeweilige Demokratie zu betrachten – wobei nationale Kontexte stets berücksichtigt werden sollten.

Abbildung 47:

Demokratisch ambivalente Segmente

In Klammern der jeweilige Anteil an der Gesamtbevölkerung*

Deutschland

- Passiv-Indifferente (16 Prozent)
- Enttäuschte Output-Orientierte (8 Prozent)

Frankreich

- Demokratieskeptiker (25 Prozent)
- Systemkritiker (13 Prozent)

Polen

- Stille Output-Orientierte (26 Prozent)

Großbritannien

- Politikferne Pragmatische (16 Prozent)
- Frustrierte Realisten (26 Prozent)
- Enttäuschte Oppositionelle (9 Prozent)

USA (abweichende Methode und Untersuchungsschwerpunkt)

- Bedrängte Konservative (31 Prozent)
- Rebellische Aktivisten (4 Prozent)
- Moderat-konservative Unbeteiligte (13 Prozent)

* Aufgrund eigenständiger Segmentierung in den Ländern bieten die hier genannten Zahlen keinen unmittelbar vergleichenden Aufschluss über den jeweiligen Zustand der Demokratie.

Erkenntnisse über besonders ambivalente Gruppen

Der methodische Fokus dieser Studie lag darauf, neben den Erkenntnissen zur Gesamtbevölkerung zu untersuchen, ob es in den ausgewählten Ländern bestimmte Bevölkerungssegmente gibt, die der Demokratie zwar nicht ablehnend gegenüberstehen, aber auch kein gefestigtes Verhältnis zu ihr haben. Denn existieren sie, müssen sich die Vorzeichen der politischen und gesellschaftlichen Arbeit zur Stärkung der liberalen Demokratie gegebenenfalls anpassen. Wir wollten verstehen, wen politische und zivilgesellschaftliche Akteure dabei besser ansprechen und erreichen sollten. Die folgenden Ergebnisse spiegeln also nicht die Gesamtbevölkerung, sondern potenzielle Zielgruppen mit einem ambivalenten Verhältnis zur Demokratie.

In allen fünf untersuchten Ländern haben wir Menschen identifiziert, die vor allem durch **ihre normative Vagheit beziehungsweise lebensweltliche Ferne gegenüber der Demokratie** auffallen. Dann besteht oftmals schlicht ein Mangel an Bezug zu den Werten, Abläufen und Institutionen des Gemeinwesens – das System hat gefühlt wenig mit dem eigenen Leben zu tun, man lebt daran vorbei. Diese Muster sehen wir unter anderem bei den Stillen Output-Orientierten in Polen, den Passiv-Indifferenten in Deutschland, den Politikfernen Pragmatischen in Großbritannien, den Moderat-konservativ Unbeteiligten in den USA und den Demokratieskeptikern in Frankreich, obwohl das gemeinsame Phänomen aufgrund der nationalen Unterschiede natürlich oft anders gelagert ist. (In Polen betrifft es eine Gesellschaft, in der vordemokratische Zeiten nicht lange zurückliegen, während in den anderen Ländern ähnliche Motive auftreten, obwohl dort Demokratie länger erlernt ist.) Das Spektrum reicht dabei von zufriedener Teilnahmslosigkeit über gefühlte Desorientierung, was eigentlich die eigene Rolle innerhalb des Systems ist, bis hin zu dem Glauben, dass autoritäre Alternativen im Grunde womöglich sogar besser geeignet seien, gute Ergebnisse zu produzieren, als eine Demokratie, mit der man ohnehin in keinem engen Verhältnis steht.

Dann gibt es Menschen, **deren Ansprüche an den demokratischen Staat unerfüllt bleiben und die sich deshalb entweder resignativ abwenden** oder aber (nicht in allen Fällen) empfänglicher für „Alternativen“ werden. Dies betrifft beispielsweise die Enttäuschten Output-Orientierten in Deutschland, die Systemkritiker in Frankreich und die Frustrierten Realisten in Großbritannien. Für diese Menschen ist die demokratische Realität oftmals eine, in der sie nicht vorkommen (Bedürfnis nach Beteiligung beziehungsweise Gehörtwerden) und die ihre Bedürfnisse unzureichend erfüllt. Es fragt sich also ein relevanter Teil der Bevölkerung, warum man dem System eigentlich vertrauen oder sich dafür einsetzen sollte. Nur in manchen Fällen (zum Beispiel teils in Frankreich) entwickeln diese Menschen bestimmte autoritäre Impulse. Ihnen allen ist gemein, dass sie sich selbst nichtsdestominder für Demokraten erklären, aber mit dem reinen Verweis auf den Eigenwert der existierenden „(liberalen) Demokratie“ nicht zufrieden sind.

Diese ambivalenten, aber nicht demokratiefeindlichen Gruppen sind fast überall relevante Größen in ihren Ländern (in Europa zwischen 24 und 51 Prozent) **und haben Bedarf an aktivierenden Diskurs- und Gestaltungsangeboten**. Anders liegt der Fall für diejenigen Teile der Bevölkerung, die wir ebenfalls gefunden haben und die aus einem starken Sendungsbewusstsein gegen die derzeitige Ordnung rebellieren (so die Kritischen Aktivbürger in Deutschland oder die US-amerikanischen Rebellischen Aktivisten). Sie fordern die Deutungshoheit über bestimmte Prinzipien des Gemeinwesens vehement ein und legen dabei eine gehörige Militanz an den Tag. Diese Menschen sind nicht im Wortsinn indifferent oder ambivalent gegenüber der Demokratie, aber bereit, gemeinsame Vertrauensbezüge, Diskurse und die gemeinsame Kompromissfindung infrage zu stellen. Ihr Bestreben, entweder „das System“ oder aber „die Gegenseite“ in die Schranken zu weisen, kann also das Gemeinsame beschädigen und teils autoritäre Züge annehmen.

Insgesamt sehen wir in vielen Ländern **durchaus eine Indifferenz bestimmter Bevölkerungsteile – die sich aber fast nie gegen den Begriff der Demokratie selbst wendet, sondern eher ein geschwächtes Verhältnis zu ihren Normen und/oder ihrer gelebten Praxis beschreibt**. Für Kontexte wie Polen, Deutschland und Großbritannien ist das Konzept der demokratischen Indifferenz durchaus hilfreich, um eine andere, stärker von den Empfindungen der Menschen her gedachte Fokussierung zivilgesellschaftlicher Arbeit zu ermöglichen. Ganz wichtig ist dabei, **unterschiedliche Ursachen dieser Indifferenz zu berücksichtigen, die eben vor allem als „Ambivalenz“ und weniger als völlige Gleichgültigkeit zu verstehen ist**. Für Frankreich gilt dieser Befund grundsätzlich auch; dort sollte aber zudem die traditionelle Neigung vieler Bürger bedacht werden, ihr System bei Unzufriedenheit immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls nach alternativen Verfassungen zu suchen.

Im am stärksten polarisierten Land, den USA, hingegen führt uns der Begriff der Indifferenz nicht näher an die Kernherausforderung heran, vor der die dortige Demokratie steht. Vielmehr hat es die US-amerikanische Gesellschaft mit einer **Politisierung des Konzepts der Demokratie** zu tun, die das Gespräch über normative Grundlagen und Präferenzen bereits heute nahezu unmöglich macht. Eine Entwicklung in diese Richtung grundsätzlich aufzuhalten wird eine der Kernaufgaben in Deutschland, Frankreich und Großbritannien sein – und vor allem in Polen, wo sie bereits ganz wesentlich im Gange scheint.

Empfehlungen

Eines zeigt sich deutlich: Demokratie ist vielen Menschen wichtig, aber eben auch ein Konzept mit vielen Facetten. Allein dieser Umstand macht den „richtigen“ Umgang mit ihr zu einer besonderen Herausforderung. Die Stärkung und Weiterentwicklung der liberalen Demokratie bleibt eine gemeinsame, nie endende Aufgabe.

Wir sehen unterschiedliche Erwartungen, Erfahrungen und Bedürfnisse der Menschen im Hinblick auf ihre Demokratie. Der Versuch einer Einheitslösung für zivilgesellschaftliches Kommunizieren und Handeln, die sich auf ganz bestimmte Aspekte von Demokratie stützt, kann deshalb nicht alle Bevölkerungsteile gleich gut erreichen. Auch politische Akteure müssen sich direkt der Vertrauenskrise stellen, der sie sich in allen untersuchten Ländern gegenübersehen. Das gilt insbesondere für die ambivalenten Segmente, deren Perspektive auf Demokratie auf ganz eigenen Prämissen beruht – und sicherlich auch von der Sichtweise vieler politisch Engagierter abweicht. Deshalb ist unbedingt zu empfehlen, existierende Bemühungen zur Stärkung der liberalen Demokratie durch zielgruppenfokussierte Ansätze zu ergänzen, die ambivalente Demokratieeinstellungen und -erfahrungen berücksichtigen.

Nimmt man diese Zielgruppenfokussierung ernst, wird in der Folge nicht immer Demokratiestärkung draufstehen, wo Demokratiestärkung drin ist. So wird es etwa für das Erreichen derjenigen ambivalenten Gruppen, für die greifbare politische Ergebnisse im Vordergrund stehen, wichtig sein, diese Erwartungen aufzugreifen und damit ihr Vertrauen in Demokratie zu stärken. In anderen Worten: Auch der gesellschaftliche Einsatz gegen Ungleichheit und für gesellschaftliche Anerkennung verschiedener Gruppen ist sehr wohl eine entscheidende Facette von Demokratiearbeit.

Zu denken gibt uns dabei das Gefühl vieler Menschen, nicht gehört und nicht gesehen zu werden. Neben einer besseren politischen Kommunikation liegt deshalb die Stärkung und gegebenenfalls Neuausrichtung demokratischer Beteiligungs- und Begegnungsformate nahe. Hier muss unbedingt darauf geachtet werden, dass durch eine niedrighschwellige Ansprache und ausreichende Anreize die bestehenden Teilnahnehürden abgebaut und so insbesondere diejenigen Gruppen erreicht werden, die weniger intrinsisch als andere zur politischen Deliberation neigen. Insbesondere in Zeiten, in denen die Menschen einen scharfen Diskurs beklagen, sollten die beschriebenen Formate einen Raum bieten, in dem offener und unvoreingenommener Diskurs auch ein Stück weit neu gelernt wird.

Demokratiearbeit wird oftmals – und richtigerweise – als Wertearbeit verstanden. Menschen brauchen gemeinsame normative Grundlagen, um verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger zu sein. Aber das allein ist nicht alles. So manches wertorientierte Format der Demokratiearbeit dürfte nämlich momentan an den indifferenten Gruppen vorbeiziehen, weil ihm wortwörtlich der menschliche „Bezug“ fehlt. Viele Menschen haben derzeit kein vertrauensvolles Verhältnis zum Politischen. Aber auch bereits in der Vergangenheit wurden Bürgerinnen und Bürger nicht im luftleeren Raum zu Demokraten – vielmehr entwickelten sie über geeignete Vertretungen, Ansprechpartner und institutionelle Bindungen ein Verhältnis zu „ihrem“ System, mitsamt seinen Werten. An dieser Notwendigkeit hat sich nichts geändert. Außerdem zeigt die fortgeschrittene Polarisierung in vielen Ländern, dass es auch am demokratischen Kitt zwischen den Menschen mangeln könnte. Daraus ergibt sich für zivilgesellschaftliches Handeln eine klare Ableitung: Anstatt andere von der liberalen Demokratie „überzeugen“ zu wollen, gibt es ganz handfest auf verschiedenen Ebenen den Bedarf zur aufbauenden Beziehungsarbeit.

„Beziehungsarbeit, nicht nur Wertearbeit“ könnte also eine thematische Überschrift von Bemühungen sein, um größere Teile der Bevölkerung anzusprechen und damit das demokratische Fundament der Gesellschaft zu verbreitern. Denn Demokratie ist auch Zugehörigkeit. Alle Themen wie Beteiligung, Vertrauensstärkung oder Diskursverbesserung können durch diese Linse neu betrachtet werden.

Abbildungsverzeichnis

Einleitung

1: Mehrwert einer Segmentationsanalyse

Ausreichend gefestigt? Einstellungen zur Demokratie in Deutschland

2: Zustimmung zur Demokratie

3: Kriterien der Demokratie

4: Demokratie- und Politikverständnis

5: Aussagen zur politischen Realität

6: Vertrauen in Institutionen und Organisationen

7: Was nützt, was schadet der Demokratie in Deutschland?

8: Formen des Engagements

9: Profil der Passiv-Indifferenten

10: Profil der Enttäuschten Output-Orientierten

11: Unterschiede und Gemeinsamkeiten der beiden Segmente

12: Profil der Kritischen Aktivbürger

Demokratie in Frankreich: Zerrissen zwischen Idealismus und Desillusionierung

13: Demokratie beste Regierungsform, um ...

14: Handeln für den Wandel

15: Gemeinsamkeiten der beiden Segmente

16: Unterschiede zwischen beiden Segmenten

17: Zutrauen in die Demokratie

18: Demokratieskeptiker anfälliger für autoritäres Denken als Systemkritiker

Polen: Demokratie im Stresstest

19: Akzeptanz von Demokratie

20: Was ist für Sie persönlich wichtig in einer Demokratie?

21: Demokratie- und Politikverständnis

22: Wahlbeteiligung in Polen

23: Aussagen zur Politik in Polen

24: Bewertung demokratischer Realität

25: Zufriedenheit nach Parteipräferenz

26: Profil der Stillen Output-Orientierten

Großbritannien: Reparatur und Resilienz der britischen Demokratie

27: Empfundene Verachtung durch Eliten

28: Politische Entscheidungen (de-)zentralisieren?

29: Gesellschaftliches Engagement

30: Interesse am aktuellen Geschehen

31: Politikerbild

32: Wem dient unsere Demokratie?

33: Bekenntnis zur Demokratie versus Machterhalt

34: Unterstützung für autoritäre Alternativen

35: Mehrheiten vs. Minderheitenschutz

36: Beschränkungen der Regierungsmacht

Die Vereinigten Staaten von Amerika: eine gespaltene Demokratie?

37: Einstellungen der US-Amerikaner zur Demokratie bleiben robust

38: Sind die USA eine echte Demokratie?

39: Freie Meinungsäußerung

40: Opfergefühle

41: Rechtmäßigkeit der Wahl

42: Demokratie und Patriotismus

43: Legitime Handlungen

44: Politisches und zivilgesellschaftliches Engagement

45: Rechte und Einschränkungen

Fazit

46: Zentrale Motive in den Ergebnissen

47: Demokratisch ambivalente Segmente

Literaturverzeichnis

Alizada, N., Cole, R., Gastaldi, L., Grahn, S., Hellmeier, S., Kolvani, P., Lachapelle, J., Lührmann, A., Maerz, S., Pillai, S., Lindberg, S. (2021): Autocratization Turns Viral. Democracy Report 2021. Universität Göteborg: V-Dem Institute. Abgerufen von https://www.v-dem.net/media/filer_public/c9/3f/c93f8e74-a3fd-4bac-adfd-ee2cfbc0a375/dr_2021.pdf.

Amandi, F., Williams, A., Feldman, D., Hunter, R., Artman, H., Ferrera, D., Passariello, M., Hersh, E., Krupnikov, Y. (2020): The 100 Million Project. The Untold Story of American Non-Voters. Knight Foundation. Abgerufen von https://knightfoundation.org/wp-content/uploads/2020/02/The-100-Million-Project_KF_Report_2020.pdf.

Blackwell, J., Fowler, B., Fox, R. (2019): Audit of Political Engagement 16. The Hansard Society.

Blydes, L., Grimmer, J. (2019): Political Cultures: measuring values heterogeneity. Political Science Research and Methods 1–9. Abgerufen von <https://blydes.people.stanford.edu/sites/g/files/sbiyb-j1961/f/culture.pdf>.

Centrum Badań Opinii Społecznej (2020): Polacy o demokracji. Komunikat z badań, Nr. 95/2020. Abgerufen von https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2020/K_095_20.PDF.

CEVIPOF: Le Baromètre de la confiance politique. Abgerufen von <https://www.sciencespo.fr/cevipof/fr/content/le-barometre-de-la-confiance-politique.html>.

Demoures, F., Monges, L., Piola, M., Parfait, A., Lefèvre, M. (2020): Finding France. A people in search of their country. More in Common.

Drutman, L., Goldman, J., Diamond, L. (2020): Democracy Maybe. Attitudes on Authoritarianism in America. Democracy Fund Voter Study Group. Abgerufen von <https://www.voterstudygroup.org/publication/democracy-maybe>.

Europäische Kommission (2017): Rechtsstaatlichkeit: Europäische Union verteidigt Unabhängigkeit der Justiz in Polen. Pressemitteilung vom 20. Dezember 2017. Abgerufen von https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_17_5367.

European Social Survey: Deutschland in Europa. Deutsche Teilstudie im Projekt European Social Survey, Welle 9, 2018/2019, Fragebogen. Abgerufen von https://www.europeansocialsurvey.org/docs/round9/fieldwork/germany/ESS9_questionnaires_DE.pdf.

Fieldhouse, E., Green, J., Evans, G., Mellon, J. & Prosser, C. (2020): British Election Study Internet Panel Waves 1-20.

Foa, R. S., Klassen, A., Slade, M., Rand, A., Collins, R. (2020): The Global Satisfaction with Democracy Report. Centre for the Future of Democracy, University of Cambridge.

Freedom House (2020): Nations in Transit 2020 – Dropping the Democratic Façade. Abgerufen von <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2020/dropping-democratic-facade>.

Fukuyama, F. (2018): Against Identity Politics. The New Tribalism and the Crisis of Democracy. In: Foreign Affairs 90, 2018.

Glitch UK, End Violence Against Women (2020): The Ripple Effect: COVID-19 and the Epidemic of Online Abuse. S. 7. Abgerufen von <https://www.endviolenceagainstwomen.org.uk/wp-content/uploads/Glitch-and-EVAW-The-Ripple-Effect-Online-abuse-during-COVID-19-Sept-2020.pdf>.

Górska, P. (2019): Polaryzacja polityczna w Polsce. Jak bardzo jesteście podzieleni? Abgerufen von <http://cbu.psychologia.pl/wp-content/uploads/sites/410/2021/02/Polaryzacja-polityczna-2.pdf>.

Hawkins, S., Yudkin, D., Juan-Torres, M., Dixon, T. (2018): Hidden Tribes: A Study of America's Polarized Landscape. More in Common.

Juan-Torres, M., Dixon, T., Kimaram, A. (2020): Britain's Choice: Common Ground and Division in 2020s Britain. More in Common.

Krause, L., Gagné, J. (2019): Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. More in Common.

Levine, P., Kawashima-Ginsberg, K. (2017): The Republic is (Still) at Risk – and Civics is Part of the Solution. A Briefing Paper for the Democracy at a Crossroads National Summit. iCivics. Abgerufen von <https://www.civxnow.org/sites/default/files/resources/SummitWhitePaper.pdf>.

Lührmann, A., Hellmeier, S. (2020): Populismus, Nationalismus und Illiberalismus: Herausforderung für Demokratie und Zivilgesellschaft. E-Paper der Heinrich-Böll-Stiftung. Abgerufen von https://www.boell.de/sites/default/files/2020-03/E-Paper_DE__2_hbs_V-Dem_FINAL.pdf?dimension1=division_ip.

More in Common (2020): The New Normal? Abgerufen von <https://www.moreincommon.com/newnormal/>.

Neu, V. (2019): Niemand möchte die Demokratie abschaffen – Einstellungen zu Demokratie, Sozialstaat und Institutionen. Ergebnisse einer repräsentativen Studie. In: Konrad-Adenauer-Stiftung: Analysen und Argumente, Nr. 351, Juni 2019. Abgerufen von <https://www.kas.de/documents/252038/4521287/AA351+Niemand+m%C3%B6chte+Demokratie+abschaffen.pdf/3101d553-0ca1-578e-5d31-625fe1db46e0?version=1.0&t=1559709111004>.

New Yorker (2020): Sonderreihe The Future of Democracy. The New Yorker. Abgerufen von <https://www.newyorker.com/news/the-future-of-democracy?verso=true>.

Porter, T. (2021, 26. März): „Laura Ingraham cut Trump off when he tried to repeat false claims that the election was stolen, as Fox News faces defamation lawsuits.” Insider. Abgerufen von <https://www.businessinsider.com/laura-ingraham-stops-trump-repeating-election-fraud-claims-2021-3?r=DE&IR=T>.

Salmon, F. (2021, 8. Januar): America in Danger. Axios. Abgerufen von <https://www.axios.com/america-danger-democracy-trump-biden-a8fcb481-c1bd-4aea-8b0e-350ed57f5071.html>.

Schubert, K. /Klein, M. (2018): Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz 2018. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Serwer, A. (2020, 8. November): „The Crisis of American Democracy Is Not Over”. The Atlantic. Abgerufen von <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2020/11/the-crisis-of-american-democracy-is-not-over/616962/>.

Roßmann, R. (2015, 13. Juni): „Ganz große Koalition gegen Stimmverweigerer“. Süddeutsche.de. Abgerufen von <https://www.sueddeutsche.de/politik/kampf-gegen-niedrige-wahlbeteiligung-ganz-grosse-koalition-gegen-stimmverweigerer-1.2519370>.

